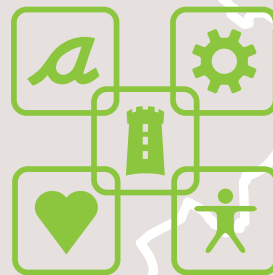


Bielefeld

Lernreport 2012



Kommunaler
Lernreport

2012



Kommunaler Lernreport der Stadt Bielefeld 2012



Wissenschaftliche Beratung

SOFI | Soziologisches Forschungsinstitut
an der Universität Göttingen

Mit freundlicher Unterstützung durch die

| BertelsmannStiftung

Inhalt



Vorwort	6
Einleitung	8
Zentrale Aussagen	12
A Kommunale Rahmenbedingungen des Bildungswesens	15
A 1 Demographische Entwicklung und Zusammensetzung der Bevölkerung	16
A 1-1 Bevölkerungsvorausberechnung	15
A 1-2 Wanderungsbewegungen	18
A 1-3 Zusammensetzung der Bevölkerung nach Migrationshintergrund	19
A 2 Wirtschaftliche Entwicklung und Strukturwandel, Finanzsituation und Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte	20
A 2-1 Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner und erwerbstätiger Person	21
A 2-2 Unterbeschäftigungsquote	23
A 2-3 Erwerbstätige nach Berufsgruppen	24
A 2-4 Kommunale Steuereinnahmen	25
A 2-5 Anteil der laufenden kommunalen Bildungsausgaben am Gesamthaushalt nach Bildungsbereichen	25
A 3 Soziale, materielle und kulturelle Lage der Bevölkerung	27
A 3-1 Hilfequote nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II)	27
A 3-2 Sozialgeldempfängerquote der unter 15-Jährigen	28
A 3-3 Bildungsstand der Bevölkerung	30
A 3-4 Quartierstypen bildungsrelevanter sozialer Belastungen	32
B Lerndimension „Lernen Wissen zu erwerben“	37
B 1 Beteiligung an frühkindlicher Bildung	38
B 1-1 Versorgung mit Kindertagesstätten und -plätzen	38
B 1-2 Bildungsbeteiligung von unter 7-Jährigen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege	40
B 1-3 Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung	41
B 2 Allgemeinbildende Schulen: Versorgung, Einmündung und Unterstützung, Übergänge und Abschlüsse	42
B 2-1 Schulen und Schülerzahlen, Besuchsquote von Grundschulen	42
B 2-2 Integration von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf nach Art des Förderschwerpunkts	46
B 2-3 Ganztagsbetreuung von Schülerinnen und Schülern des Primar- und Sekundarbereichs nach Art des Angebots	48
B 2-4 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und nicht deutscher Verkehrssprache	52
B 2-5 Schülerinnen und Schüler in der 4. Grundschulklasse nach Schulempfehlung	54
B 2-6 Übergänge auf weiterführende Schulen	57
B 2-7 Klassenwiederholung – Auf- und Abstiegsmobilität	59
B 2-8 Schulabgänger allgemeinbildender und beruflicher Schulen mit und ohne Abschluss	62
B 3 Nachschulische Lernaktivitäten	65
B 3-1 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Alphabetisierungskursen	65
B 3-2 Nachträglicher Erwerb von Schulabschlüssen	66
B 4 Hochschulbesuch	67
B 4-1 Hochschulen und Studierende	67
B 4-2 Studienanfängerinnen und -anfänger mit regionaler Herkunft	69

C	Lerndimension „Lernen zu handeln“	71
C1	Versorgung mit beruflicher Ausbildung	72
C1-1	Berufliche Schulen und Schülerzahlen (Bielefelder Berufskollegs)	72
C1-2	Angebots-Nachfrage-Relation der dualen Berufsausbildung	73
C1-3	Übergangsquoten neu eingetretener Schülerinnen und Schüler in die drei Teilbereiche des beruflichen Ausbildungssystems	75
C2	Management der Übergänge zwischen Schule und Beruf	78
C2-1	Im kommunalen Übergangsmanagement erfasste Schulabgänger aus Förder-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen (Anteil an Abgängern insgesamt)	78
C2-2	Schulabgänger aus Förder-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen nach Art des Verbleibs in Prozent	81
C3	Qualifikationsanpassung und -erweiterung	85
C3-1	Eintritte Arbeitsloser in FbW-Maßnahmen je 1.000 Einwohner	85
C3-2	Kursbelegungen in beruflicher Weiterbildung der Volkshochschule je 1.000 Einwohner	86
C3-3	Eingliederungsquote in den Arbeitsmarkt von Teilnehmern an FbW-Maßnahmen in Prozent	87
D	Lerndimension „Lernen zusammen zu leben“	89
D1	Intergenerationelle Begegnungen	90
D2	Angebote der Kinder- und Jugendarbeit	91
D2-1	Öffentliche Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit	91
D2-2	Personal in der Kinder- und Jugendarbeit nach Qualifikation und Alter	92
D2-3	Anzahl der öffentlich geförderten Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit in der außerschulischen Jugendbildung	93
D2-4	Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an außerschulischen Jugendbildungsmaßnahmen	94
D3	Teilnahme und Abschlüsse von Integrationskursen	95
D3-1	Teilnahme an Integrationskursen mit Migrationshintergrund	95
D3-2	Abschlüsse in allgemeinen Integrationskursen mit Migrationshintergrund	96
E	Lerndimension „Lernen das Leben zu gestalten“	97
E1	Nutzung kultureller Institutionen und Veranstaltungen	98
E1-1	Besucherinnen und Besucher kommunaler Kultureinrichtungen und -veranstaltungen	98
E1-2	Teilnehmer an Vokal-, Instrumental- und Ensembleunterricht der öffentlichen Musikschule	100
E1-3	Kursbelegungen in allgemeiner Weiterbildung der Volkshochschule	101
E 2	Nutzung medialer Angebote kultureller Bildung	102
E 2-1	Aktive Nutzerinnen und Nutzer und Besucherinnen und Besucher der Stadtbibliothek	102
E 2-2	Entlehene Medien der Stadtbibliothek	104
E 3	Gesundheitsprävention, Selbsterfahrung in Sport und Spiel	105
E 3-1	Spielfeldfläche je Kind	105
E 3-2	Anteil der in Sportvereinen organisierten Personen	106
E 3-2	Kursbelegungen im Bereich Gesundheit der Volkshochschule	108
	Handlungsempfehlungen	110
	Von Daten zu Taten – ein Ausblick	114
	Literaturverzeichnis	116
	Abbildungsverzeichnis	118
	Impressum	122



Vorwort

Die Stadt Bielefeld legt ihren ersten Lernreport vor. Damit beginnen wir auf lokaler Ebene mit einer systematischen Bildungsberichterstattung, wie sie für die internationale, Bundes- und Länderebene seit Längerem sowie für einzelne Kommunen in jüngster Zeit etabliert wurde. Die Aachener Erklärung des Deutschen Städtetags „Bildung in der Stadt“ von 2007 fordert, ein umfassendes Bildungsmonitoring für die Beobachtung, Steuerung und Qualitätsentwicklung des Bildungswesens in der Kommune zu entwickeln. Diese Erklärung betont die immer stärkere Rolle, die die Kommune bei der Gestaltung der kommunalen Bildungslandschaft spielt und die weit über die Trägerschaft von Bildungs- und Erziehungseinrichtungen hinausgeht.

Bildung ist das Schlüsselthema für die Entwicklungsfähigkeit Bielefelds. Über die Qualität und Leistungsfähigkeit der Lernprozesse entscheidet maßgeblich neben der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auch die soziale Qualität dieser Stadt. Um diesen Gestaltungsanspruch umzusetzen, benötigen wir als Kommune eine sichere Datenbasis, die lokale Entwicklungen, Problemlagen und Handlungsbedarfe im Bildungsbereich zuverlässig markiert. Dieser Lernreport präsentiert in kompakter Form relevante Daten und hat Entwicklungen im Bildungsbereich systematisch aufbereitet. Das Bildungsgeschehen in der Stadt wird so für politische Akteure und die bildungsinteressierte Öffentlichkeit transparent gemacht. Wir verbinden mit dieser Veröffentlichung die Erwartung, kommunale Diskussionen über bildungspolitische Ziele und Entscheidungen anzustoßen.

Erweiterter Lernbegriff

Der Report orientiert sich am Lernbegriff, den die UNESCO für lebenslanges Lernen konzipiert hat. Die vier Lerndimensionen sprechen wesentliche Bildungsziele an, die Menschen zur Bewältigung ihres schulischen, beruflichen, persönlichen und sozialen Lebens erreichen sollen: „Lernen Wissen zu erwerben“, „Lernen zu handeln“, „Lernen zusammen zu leben“ sowie „Lernen das Leben zu gestalten“. Dieses Lernverständnis erweitert die Sichtweise auf das Bildungsgeschehen in der Stadt Bielefeld. Neben Zuständen und Entwicklungen in den formalisierten Lernumgebungen des schulischen und beruflichen Lernens werden Lebensbereiche einbezogen, in denen Lernen nicht oder wenig formalisiert verläuft, wie zum Beispiel Theater- und Museumsbesuche, Medienausleihen oder Engagements in Sportvereinen. Der Lernreport folgt also der Idee, dass die Stadt Bielefeld in vielfältiger Weise auch jenseits von Schulen Lerngelegenheiten bereitstellt. So wird die Landkarte der städtischen Bildungslandschaft erweitert und stärker ausdifferenziert.

Zur Weiterentwicklung dieser Landschaft muss es auch auf kommunaler Ebene zur Verständigung über bildungspolitische Ziele kommen. Solche Ziele wurden bislang überwiegend anlassbezogen, zum Beispiel im Rahmen von Schulentwicklungsplanung oder im Umfeld von Projektkonzeptionen, formuliert. Auf einer allgemeinen Ebene entsprechen diese Ziele den Zieldimensionen der Autorengruppe des Berichts „Bildung in Deutschland“:

- ▶ Zugang stärken zu gesellschaftlicher, d.h. politischer, kultureller und sozialer Teilhabe
- ▶ Chancengerechtigkeit verbessern durch offene Zugänge zu allen schulischen und beruflichen Bildungsgängen
- ▶ Qualifikationspotenziale ausschöpfen und Talente fördern für leistungsfähige Arbeitskräfte

Bielefeld als Pilotkommune

Als Pilotkommune haben wir diese Form des indikatorengestützten Lernreports erprobt. Dazu mussten wir den konzeptionellen Rahmen ausarbeiten und sodann die Verfügbarkeit sowie Zugänglichkeit von zeitreihenfähigen Daten klären. Das Konzept haben wir mit Unterstützung und Begleitung durch die Bertelsmann Stiftung sowie das Soziologische Forschungsinstitut der Universität Göttingen entwickelt. Zahlreiche städtische Ämter und Institutionen, die Daten geliefert haben, waren auch in die konzeptionellen Arbeiten eingebunden. Wir danken daher allen Beteiligten für die umfangreiche Mitwirkung. Aufgrund unserer Erfahrungen ermuntern wir andere Kommunen, den Weg der indikatorengestützten Bildungsberichterstattung zu beschreiten.

Impulse

Schon in der Erstellungsphase des Lernreports hat sich der kooperative Austausch der beteiligten Institutionen deutlich intensiviert. Der in Gang gesetzte Verständigungsprozess befördert die Selbstreflexivität der Verwaltung und aktiviert die lokal vorhandene Expertise. Wir wünschen dem Lernreport viele interessierte Leserinnen und Leser in der Politik, unter den im Bildungsbereich Tätigen, aber auch in einer breiten Öffentlichkeit. Mögen die vorgelegten Daten über den Zustand und die Entwicklungen des Bildungssystems in Bielefeld Anstöße geben für eine nachhaltige kommunale Bildungspolitik und fruchtbare Gestaltung der Bildungslandschaft.



Pit Clausen
Oberbürgermeister



Dr. Udo Witthaus
Schul- und Kulturdezernent

Einleitung

Bildung in Bielefeld – Die Kommune als Lern- und Lebensraum

Bielefeld steht mit 323.332 Einwohnerinnen und Einwohnern (Stand 30.06.2011) vor vielfältigen Herausforderungen, um die Stadt auch in Zukunft lebenswert zu erhalten und weiter zu entwickeln. Bielefeld ist heute ein bedeutsamer Standort der Maschinenbau-, Textil- und Lebensmittelindustrie und verfügt als eine Stadt der Wissenschaften und Innovationen über eine auch international ausgerichtete Hochschullandschaft.

Die Bielefelder Bevölkerung hat sich in den letzten Jahrzehnten zunehmend heterogen entwickelt: Fast ein Viertel der Einwohnerinnen und Einwohner hatte 2011 ausschließlich eine oder eine zusätzliche ausländische Staatsangehörigkeit. Insgesamt weisen 30 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund¹ auf. In den Grundschulen hat jedes zweite Kind einen Migrationshintergrund, nahezu 30 % der Grundschulkinder im Schuljahr kommen aus Familien, die Deutsch nicht als Verkehrssprache nutzen. Diese heterogene Bevölkerungszusammensetzung bereichert die Stadt, hat aber auch große Herausforderungen für die kommunale Bildungspolitik zur Folge. Insbesondere gilt es, für Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen bessere Bildungsvoraussetzungen zu schaffen und dem zunehmenden Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund einen chancengleichen Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

Die Stadt Bielefeld orientiert sich an einem erweiterten Bildungsbegriff, der lebenslanges und lebensweltorientiertes Lernen einschließt. Bildung ist demnach ein Prozess, der „geistige Aufgeschlossenheit zum Ziel haben muss, Einstellungen und Kenntnisse von der Art, wie man sie braucht, um sich immer neues Wissen anzueignen und mit immer neuen Situationen zurechtzukommen“.²

Bielefeld will die Wirksamkeit seiner Maßnahmen und Investitionen in die kommunale Bildungslandschaft erhöhen. Daher ist Steuerungswissen zu entwickeln, um bildungspolitisches Handeln begründbar und zielgerichtet zu gestalten.³ Es geht folglich darum, systematisches Wissen über das kommunale Bildungswesen und seine Entwicklungen bereitzustellen durch kontinuierliche, datengestützte Informationen über Rahmenbedingungen, Verlaufsmerkmale, Ergebnisse und Erträge von Bildungsprozessen.⁴

Um der gemeinsamen Verantwortung für ganzheitliche Bildung gerecht zu werden und die Bildungssituation in Bielefeld zu verbessern, hat die Stadt Bielefeld mit dem Land Nordrhein-Westfalen am 15.04.2010 einen **Kooperationsvertrag zur Entwicklung eines Bildungsnetzwerkes in der Bildungsregion Stadt Bielefeld** abgeschlossen. Ziel ist u. a. die Optimierung der Zugänge zu Bildung und der Bildungsübergänge, die Verbesserung der Transparenz über das Bildungsangebot in der Region sowie die Entwicklung innovativer und nachhaltiger Förder- und Bildungskonzepte. 2010 und 2011 wurde ein Konzept mit Leitlinien⁵ zur Zielerreichung erarbeitet, auf dessen Grundlage die weitere Bildungsgestaltung stattfinden wird. Im Rahmen öffentlicher und gremienbezogener Veranstaltungen wird seither die Entwicklung der Bildungsregion Bielefeld diskutiert.

¹ Ein Migrationshintergrund liegt vor, wenn eine Person in ihrer Biographie eines der folgenden Merkmale aufweist:

1. ausländische Staatsangehörigkeit
2. deutsche und eine weitere Staatsangehörigkeit
3. Geburtsort im Ausland
4. Geburtsort im Inland und Eltern mit Migrationshintergrund

² Collège de France 1987:253; für die Bildungsregion Bielefeld wurde dieser Bildungsbegriff auf der 1. Sitzung des Kommunalen Lenkungskreises am 28.04.2010 beschlossen.

³ Baethge-Kinsky, Volker in Kooperation mit Döbert, Hans: Lernen ganzheitlich erfassen – Wie lebenslanges und lebensweites Lernen in einem kommunalen Lernreport dargestellt werden kann, Göttingen 2012

⁴ Bildung in Deutschland 2010, Autorengruppe Bildungsberichterstattung im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, S. 1

⁵ Formulierte Konzeptziele:

1. Bildungschancen dürfen nicht von der sozialen oder ethnischen Herkunft abhängig sein.
2. Als eine Voraussetzung für die Verbesserung von Bildungschancen sind eine durchgängige und nahtlose individuelle Bildungsförderung sowie deren Dokumentation anzustreben.
3. Übergangsempfehlungen an allen Schnittstellen im Bildungsverlauf sollen sich an individuellen Leistungen und Ressourcen orientieren.

So haben in der **1. Bielefelder Bildungskonferenz** am 24.05.2011 nahezu 200 Bildungsakteure aller Bildungsinstitutionen aus dem formellen und non-formalen Bereich unter Einbeziehung der Bielefelder Universität und Fachhochschulen die Situation in der Bildungsregion Bielefeld erörtert.⁶

Möglichkeiten kommunaler Bildungspolitik

Kommunale Bildungspolitik war bis vor wenigen Jahren durch eine klare Struktur, Ausrichtung und Abgrenzung gekennzeichnet. In das Aufgabengebiet der Kommune fielen Institutionen außerschulischer Bildung wie Museen, Bibliothek, Volkshochschule, Musik- und Kunstschule, Jugendhilfe. Als Schulträger konzentrierte sich die Zuständigkeit auf Schulgebäude und deren Ausstattung. Gestaltungsspielräume innerhalb der Schulen bezogen auf Inhalte und Konzepte waren und sind eingeschränkt vorgesehen.

Die Ergebnisse der ersten PISA-Studie rückten die Bedeutung von Bildung deutlich stärker in die öffentliche Diskussion. Wurde Bildung bis dahin noch primär in formalen Kontexten (Schule) verortet, öffnete sich der Lern- und Bildungsbegriff und wurde erweitert um non-formale und informelle Orte und Gelegenheiten, in denen Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene lernen. Ein erheblicher Anteil von Lernprozessen erfolgt auch in non-formalen und informellen Zusammenhängen. Daher müssen Bildung und Bildungsprozesse stärker als Netzwerkaufgabe aller an Bildungsprozessen beteiligten Akteure begriffen und deren Zusammenspiel im Hinblick auf erfolgreiche Gestaltung von Bildungsbiographien näher in den Blick genommen werden. Dies sind zu einem erheblichen Anteil kommunale Akteure, so dass Bildung vor allem auch eine kommunale Aufgabe ist (vgl. H. Böll Stiftung 2011).

Die Entwicklung einer kommunalen Bildungslandschaft zielt daher auf eine Vernetzung von schulischer und außerschulischer Bildung ab, in der die Kommune als aktiver Akteur, Dienstleister und Gestalter im Bildungsbereich auftritt. Ausgehend von der Bildungsbiographie des einzelnen Kindes, das je nach Alter an unterschiedlichen Bildungsprozessen beteiligt ist, kooperieren die verschiedenen Institutionen in der Kommune (vgl. Weiß 2009:9 f). Die Stadt übernimmt damit als Bildungsakteur zunehmend Gestaltungsaufgaben und erweitert so ihren bildungspolitischen Handlungsspielraum. Zugleich steigt der Abstimmungsaufwand zwischen den unterschiedlichen Beteiligten, die jeweils primär ihren eigenen, fach- und institutionenspezifischen Blick auf Bildungsprozesse haben. Exemplarisch lässt sich dies am Handlungsfeld Ganztagschule nachzeichnen, das neben dem Amt für Schule und dem Jugendamt auch außerschulische Kulturinstitutionen und freie Träger gestalten.

Etablierung von Strukturen und Kooperationen zur Verbesserung von Bildung in Bielefeld

Die kreisfreie Stadt Bielefeld nimmt die kommunalen Aufgaben als öffentlicher Schulträger und Träger der Jugendhilfe wahr. Im Sinne der Daseinsvorsorge hält sie institutionalisierte kulturelle Angebote und Angebote zur Weiterbildung vor. Für die Entwicklung der Bildungsregion Bielefeld und die Zusammenarbeit der Akteure vor Ort wurden mit dem vorstehend erwähnten Kooperationsvertrag folgende Strukturen etabliert:

In einem Lenkungsreis und einem Leitungsteam für die Bildungsregion Bielefeld arbeiten die Leitungsverantwortlichen des Ministeriums für Schule und Weiterbildung in der Region (Bezirksregierung Detmold) mit denen der Stadt regelmäßig zusammen, definieren und operationalisieren Ziele, Handlungsfelder sowie Maßnahmen und sorgen für die konkrete Umsetzung.

Als Geschäftsstelle für die Bildungsregion Bielefeld wurde zum 01.07.2010 das Bildungsbüro der Stadt Bielefeld eingerichtet, in dem ein multiprofessionelles Team die anstehenden Aufgaben bearbeitet.

6 Siehe Dokumentation der 1. Bielefelder Bildungskonferenz: www.bielefeld.de/ftp/dokumente/DokumentationFinalVersion.pdf

Die Bildungsregion Bielefeld kooperiert in einem durch die Bezirksregierung Detmold gesteuerten Netzwerk mit allen Bildungsregionen der sechs Kreise im Regierungsbezirk Detmold und unterstützt so den Aufbau einer gesamten Bildungsregion für Ostwestfalen-Lippe.

Bereits jetzt zeigt sich, dass die systematisch entwickelten Strukturen und Kooperationen die Vernetzung der Bildungsakteure unterstützen. So haben sich weitere Arbeitskreise von Schulformvertretern, Schulaufsichten bzw. Ersatzschulvertretern gebildet, die mit den Verantwortlichen für die Arbeit in der Bildungsregion kontinuierlich an konkreten Themen arbeiten und die Umsetzung in den von ihnen vertretenen Handlungsfeldern veranlassen.

Konzept zur Erstellung des Bielefelder Lernreports

Vor dem Hintergrund der beschriebenen inhaltlichen Planungen und Strukturveränderungen zur Verbesserung der Bildungserfolge in Bielefeld erscheint es folgerichtig, die Wirkungen bereits laufender Bildungsprozesse zu analysieren, um mit den daraus resultierenden Erkenntnissen zielgerichtet umzugehen. Hierfür ist die Entwicklung eines **Bildungsmonitorings**⁷ als konzeptioneller Rahmen notwendige Voraussetzung. Verschiedene Kommunen haben bereits **Bildungsberichte** als Ergebnis ihres Bildungsmonitorings erarbeitet, die vorrangig die schulische Bildung betrachten. Die Bildungsberichterstattung ist die theoriebasierte und indikatorengestützte Darstellung des kommunalen Bildungsbereichs.⁸

Ausgehend vom erweiterten Bildungsbegriff sollten das zu entwickelnde Bildungsmonitoring und die Bildungsberichterstattung auf einer entsprechend erweiterten Systematik aufbauen. In die Systematik waren daher neben den Bildungsinstitutionen der formalisierten Bildung auch solche Institutionen, Einrichtungen und Lernumgebungen außerhalb der Schule einzubeziehen, die für das Gelingen von Bildungsprozessen unverzichtbar sind. Das Konzept für einen kommunalen Lernreport⁹ als Basis für die Bielefelder Bildungsberichterstattung richtet den Blick folglich sowohl auf das System institutionalisierter Bildung als auch auf die Gelegenheitsstrukturen non-formaler Bildung und informellen Lernens. Die Struktur des Lernreports leitet sich ab aus dem von der UNESCO konzipierten Lernverständnis mit seinen vier Säulen des Lernens:

- ▶ Learning to Know
- ▶ Learning to Do
- ▶ Learning to Live together
- ▶ Learning to Be



Lernen Wissen zu erwerben



Lernen zu handeln



Lernen zusammen zu leben

7 Ein Bildungsmonitoring ist ein kontinuierlicher, überwiegend datengestützter Beobachtungs- und Analyseprozess des Bildungssystems insgesamt sowie einzelner seiner Bereiche bzw. Teile zum Zweck der Information von Bildungspolitik und Öffentlichkeit über Rahmenbedingungen, Verlaufsmerkmale, Ergebnisse und Erträge von Bildungsprozessen. Es macht das Bildungsgeschehen in der Gesellschaft transparent und ist damit Grundlage für weitere Zieldiskussionen und politische Entscheidungen, vgl. Baethge-Kinsky, Volker in Kooperation mit Döbert, Hans: Lernen ganzheitlich erfassen – Wie lebenslanges und lebensweites Lernen in einem kommunalen Lernreport dargestellt werden kann, Göttingen 2012.

8 Vgl. Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines Kommunalen Bildungsmonitoring 2010:8

9 Baethge-Kinsky, Volker in Kooperation mit Döbert, Hans: Lernen ganzheitlich erfassen – Wie lebenslanges und lebensweites Lernen in einem kommunalen Lernreport dargestellt werden kann, Göttingen 2012

Das Lernverständnis wurde mit einem Indikatorenengerüst so operationalisiert, dass relevante Zustände und Entwicklungen gemessen werden konnten. Ein Indikator steht im Kontext dieses Lernreports für einen Themenkomplex, der Auskunft gibt über wichtige bildungspolitische Handlungsfelder auf der kommunalen Ebene. Weil auf keine einheitliche stichtagsbezogene Datenlage zurückgegriffen werden konnte, wird nicht durchgängig bei allen Indikatoren auf die gleichen Berichtszeiträume Bezug genommen. Diese Problematik, die die Vergleichbarkeit von Entwicklungen bei einzelnen Indikatoren erschwert, resultiert aus den unterschiedlichen Erhebungszeiträumen der Datenlieferanten. Die Indikatoren selbst bilden keine Ursachen- und Wirkungszusammenhänge ab, sie liefern vielmehr eine fundierte Diskussionsgrundlage. Somit bleiben aktuelle bildungspolitische Projekte ausgespart. Für nachfolgende Reporte wird zu klären sein, ob qualitative Berichtsteile außerhalb der auf Indikatoren basierenden Themenfelder aufgenommen werden.

Berichtsaufbau

Im Weiteren werden die Befunde in Form von 50 Indikatoren dezidiert vorgestellt. In **Kapitel A** werden die kommunalen Rahmenbedingungen mit 12 Indikatoren präsentiert. **Kapitel B** beschreibt die Lerndimension „Lernen Wissen zu erwerben“ mit Hilfe von 15 Indikatoren. Das **Kapitel C** widmet sich der Lerndimension „Lernen zu handeln“ mit 8 Indikatoren. Im **Kapitel D** wird die Lerndimension „Lernen zusammen zu leben“ mit 7 Indikatoren und im **Kapitel E** die Lerndimension „Lernen das Leben zu gestalten“ mit 8 Indikatoren beschrieben. Die einzelnen Kapitel und Teilkapitel beginnen jeweils mit einer kurzen Beschreibung des Indikators, präsentieren dann die entsprechenden Daten und fassen mit einem Fazit die wesentlichen Erkenntnisse zusammen. Zu jeder Lerndimension werden abschließend **Handlungsempfehlungen** formuliert, die kommunale Steuerungsmöglichkeiten beinhalten.

Zentrale Aussagen im Überblick

Mit dem ersten Bielefelder Lernreport beginnt die Stadt, das im Kooperationsvertrag dargelegte Handlungsfeld „Aufbau eines Monitoringsystems“ umzusetzen. Die systematisch erfassten und interpretierten Daten liefern Hinweise für Planungs- und Steuerungsprozesse im kommunalen Bildungswesen.

Die zentralen Befunde über die kommunalen Rahmenbedingungen des Bildungswesens sowie die vier Lerndimensionen werden auf den folgenden Seiten zusammengefasst.

Den Lernreport und den Datenanhang finden Sie unter www.bildungsbuero-bielefeld.de.



Lernen das Leben zu gestalten

Zentrale Aussagen

Kommunale Rahmenbedingungen des Bildungswesens

Bevölkerungsrückgang

Bielefeld wird bis 2030 mehr als 17.000 Einwohnerinnen und Einwohner verlieren. Zwei Trends sind besonders auffällig: In der Alterskohorte der 11- bis 29-Jährigen verliert Bielefeld rund ein Fünftel (-18%) seiner Bevölkerung mit gravierenden Auswirkungen für Bildungsinstitutionen. Bei den 36- bis 55-Jährigen umfasst der Rückgang annähernd 25 %. Das Erwerbspersonenpotential wird um fast 9 % abnehmen.

Migrationshintergrund

Rund 30 % der Bielefelder Einwohnerinnen und Einwohner haben einen Migrationshintergrund. In der Altersgruppe der 0- bis 10-Jährigen ist der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund auf annähernd 50 % angestiegen.

Unterbeschäftigung

In 2010 war mehr als jeder siebte Jugendliche zwischen 15 und unter 25 Jahren von Unterbeschäftigung betroffen.

Transferleistungen

Jeder achte Bielefelder zwischen 15 und 65 Jahren erhielt in 2010 Transferleistungen nach dem SGB II. Annähernd jedes vierte Kind unter 15 Jahren ist in Bielefeld von einer finanziellen Risikolage (Kinderarmut) betroffen.

Bildungsabschlüsse

Die Quote der Personen, die die allgemeinbildende Schule ohne einen Abschluss verlassen haben, liegt bei über 6,1 %. Jeder Fünfte besitzt keinen beruflichen Abschluss.

Bildungsrelevante soziale Belastungen

30 % der Bielefelder Grundschülerinnen und Grundschüler leben in Schuleinzugsbereichen, die eine hohe bildungsrelevante soziale Belastung aufweisen. Sie sind damit verstärkt von Bildungsrisiken betroffen.

Lernen Wissen zu erwerben

Frühkindliche Bildung

Mit einer Betreuungsquote in Kindertagesstätten von 96,3 % bei den 3- bis 6-Jährigen und einer Quote von 34,1 % bei den unter dreijährigen Kindern ist Bielefeld gut aufgestellt.

Sprachförderung

50 % der vierjährigen Kinder weisen einen Sprachförderbedarf auf.

Bildungswanderung

Annähernd 25 % der Eltern – Tendenz steigend – entscheiden sich bei der Wahl der Grundschule nicht für die wohnortnächste Schule, sondern berücksichtigen bei der Schulortwahl noch andere Aspekte.

Integration

Die Integrationsquote für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Regelschulen stieg zwischen 2006/07 und 2010/11 von 9,1 % auf 12,7 % an.

Ganztagsbetreuung

An den Grundschulen wurde das Angebot der offenen Ganztagsbetreuung in den Jahren 2006 bis 2010 von 19,3 % auf 40,6 % der Schülerinnen und Schüler ausgebaut. Die Nachfrage nach Ganztagsbetreuung übersteigt das aktuelle Angebot.

Segregation und Heterogenität an Schulen

75 % der Schülerinnen und Schüler in den Hauptschulen haben einen Migrationshintergrund. Für annähernd jedes dritte Kind in den Grundschulen ist Deutsch nicht die Familiensprache.

Soziale Herkunft und Bildungserfolg

In Schuleinzugsbereichen mit hohen bildungsrelevanten sozialen Belastungen fallen die gymnasialen Übergangsempfehlungen in Klasse 4 deutlich geringer aus als in Schuleinzugsbereichen mit niedrigen Belastungen. Die Übergangsempfehlungen für den Besuch der Hauptschule variieren je nach Stadtbezirk zwischen 5 % und 23 %.

Übergänge in die Hauptschule

Die Übergangsquote zur Hauptschule ist zwischen dem Schuljahr 2002/03 und 2011/12 von 14,4 % auf 5,5 % gesunken.

Klassenwiederholungen und Abschlüssen

Die Quote der Klassenwiederholungen in Bielefeld steigt über alle Schulformen gesehen zwischen den Klassen 5 und 9 kontinuierlich auf über 5 % an. Abschlüssen zu niedrigeren Schulformen finden in erheblichem Umfang an Realschulen und Gymnasien statt.

Lernen zu handeln

Berufliche Bildung

Berufskollegs wurden 2010/11 von rund 18.000 Schülerinnen und Schülern besucht, von denen ca. 38 % aus anderen Kommunen einpendelten.

Angebote dualer Berufsausbildung

Die Angebots-Nachfrage-Relation im Bereich der dualen Ausbildung hat sich zwar seit 2006 positiv entwickelt, das Ausbildungsplatzangebot entspricht aber weiterhin nicht der Nachfrage.

Anschlüsse nach der Sekundarstufe I

Für Jugendliche ohne Schulabschluss bzw. mit einem niedrigen Bildungsabschluss bestehen nur geringe Chancen auf eine direkte berufliche Perspektive. 80 % von ihnen münden aus Mangel an Alternativen zunächst in das Übergangssystem ein.

Übergangsmanagement

57 % der im kommunalen Übergangsmanagement betreuten Schulabgängerinnen und Schulabgänger konnte 2008 direkt eine berufliche Anschlussperspektive vermittelt werden. 2009 gelang der direkte erfolgreiche Übergang 53 %. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind häufiger mit Übergangsproblemen konfrontiert als ihre deutschen Mitschülerinnen und Mitschüler.

Lernen zusammen zu leben

Kinder- und Jugendarbeit

Die kommunalen Aufwendungen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit konnten zwischen 2006 und 2010 trotz einer schwierigen Haushaltssituation der Stadt auf konstantem Niveau gehalten werden.

Personal in der Kinder- und Jugendarbeit

In der Kinder- und Jugendarbeit sind zunehmend ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Das Qualifikationsniveau der in diesem Bereich Beschäftigten ist in den zurückliegenden Jahren angestiegen.

Außerschulische Jugendbildung

Seit dem Jahr 2000 ist eine Verringerung von Angeboten der außerschulischen Jugendbildung zu beobachten. Parallel hat sich der Schwerpunkt der Angebote im Betrachtungszeitraum verschoben.

Integrationskurse

Die Quote der erfolgreichen Abschlüsse von Integrationskursen hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt.

Lernen das Leben zu gestalten

Kulturelle Partizipation

Die Nutzung von Kulturangeboten, insbesondere im Theaterbereich, ist deutlich gestiegen.

Musische Bildung

Die Musik- und Kunstschule erreicht mit ihren musischen Angeboten rund 6 % der bis 18-Jährigen. Der Anteil materiell benachteiligter Kinder und Jugendlicher, die die Angebote nutzen, liegt bei 1,3 % dieser Bevölkerungsgruppe.

Weiterbildung

In den zurückliegenden Jahren ist eine positive Entwicklung bei der Inanspruchnahme des allgemeinen Weiterbildungsangebots der Volkshochschule festzustellen.

Mediale Bildung

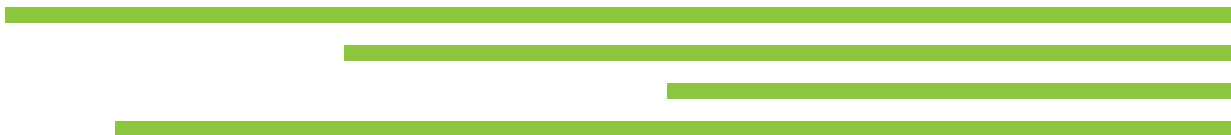
Seit 2006 ist die Anzahl der aktiven Nutzerinnen und Nutzer der Angebote der Stadtbibliothek um 6 % angestiegen. Schuleinzugsbereiche, in denen eine Außenstelle der Stadtbibliothek vorgehalten wird, weisen signifikant höhere Nutzerquoten auf.

Spielplätze

Für die Kinder bis 12 Jahre stehen durchschnittlich 16,3 m² Spielplatzfläche pro Kind zur Verfügung. 44 % dieser Altersgruppe lebt in Stadtgebieten mit unterdurchschnittlicher Versorgung.

Lernen im Sport

Rund ein Viertel der Bielefelderinnen und Bielefelder ist in Sportvereinen organisiert. Nahezu 70 % der Kinder und Jugendlichen im Alter von 7 bis 14 Jahren nutzen die Angebote in Sportvereinen.



Kommunale Rahmenbedingungen des Bildungswesens

In dem Kapitel zu den kommunalen Rahmenbedingungen werden die wichtigsten Faktoren dargestellt, die den bildungspolitischen Bemühungen einer Kommune vorgelagert sind. Sie geben Aufschluss über demographische, ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen in der Bildungsregion und können Hinweise für zukünftige bildungspolitische Interventionen liefern.



A1 Demographische Entwicklung und Zusammensetzung der Bevölkerung

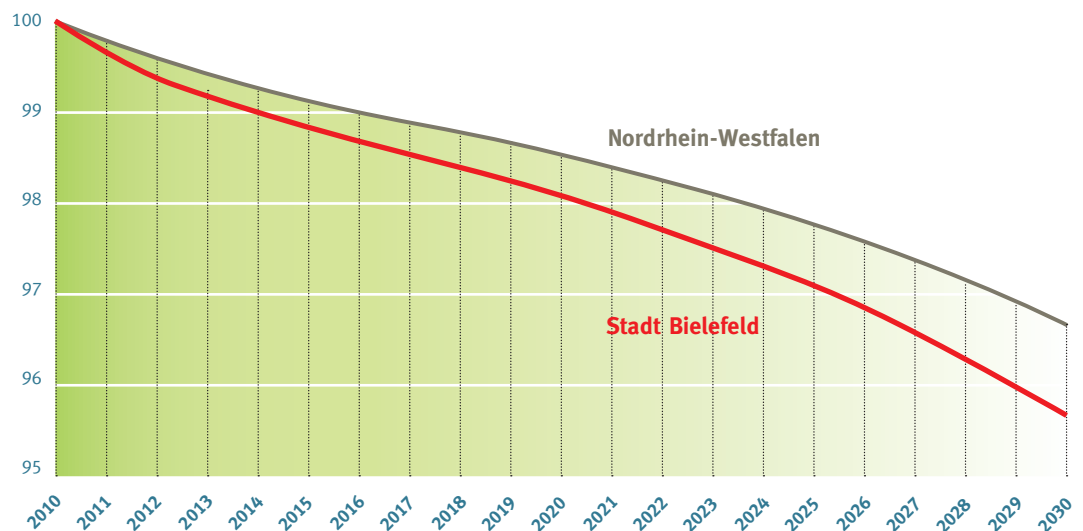
Eine abnehmende Zahl der Geburten, eine Steigerung der Lebenserwartung sowie Wanderungsbewegungen der Bevölkerung sind die zentralen Merkmale der gegenwärtigen demographischen Entwicklung. Aus der bildungspolitischen Perspektive stellt diese Entwicklung Bildungsregionen vor gravierende Herausforderungen sowohl im Bereich der langfristigen Infrastrukturplanung von Bildungseinrichtungen wie auch hinsichtlich einer inhaltlichen und organisatorischen Verbesserung der Ausschöpfung individueller Potentiale. Die Wanderungsbewegungen liefern darüber hinaus Hinweise über das Entwicklungspotential einer Kommune.

A1-1 Bevölkerungsvorausberechnung

Nach derzeitigen Prognosen¹⁰ wird sich die Bevölkerung in Bielefeld bis zum Jahr 2030 um 4,4 % auf 308.857 Personen verringern. Im Vergleich dazu fällt der Bevölkerungsrückgang auf Landesebene mit 3,2 % rund 1 Prozentpunkt niedriger aus als in Bielefeld. Auf die geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Bevölkerung hat diese Entwicklung nur einen marginalen Einfluss. Während der Anteil der männlichen Bevölkerung bis 2030 nach der jetzigen Prognose um 4,6 % abnimmt, verringert sich der Anteil der weiblichen Bevölkerung um 5,3 %. Im Jahr 2030 wird der weibliche Bevölkerungsanteil den der Männer um voraussichtlich 8,7 % übersteigen.

Abb. 1

Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Bielefeld 2010 bis 2030 (Index 2010 = 100)



Quelle: IT.NRW. Landesdatenbank, Bevölkerungsvorausberechnung 2008 bis 2030, Basisvariante, Düsseldorf, Mai 2009

Sehr viel ungleichmäßiger trifft der Bevölkerungsrückgang die unterschiedlichen Altersgruppen der Bevölkerung. Hier sind drei Entwicklungen hervorzuheben (vgl. Abb. 2):

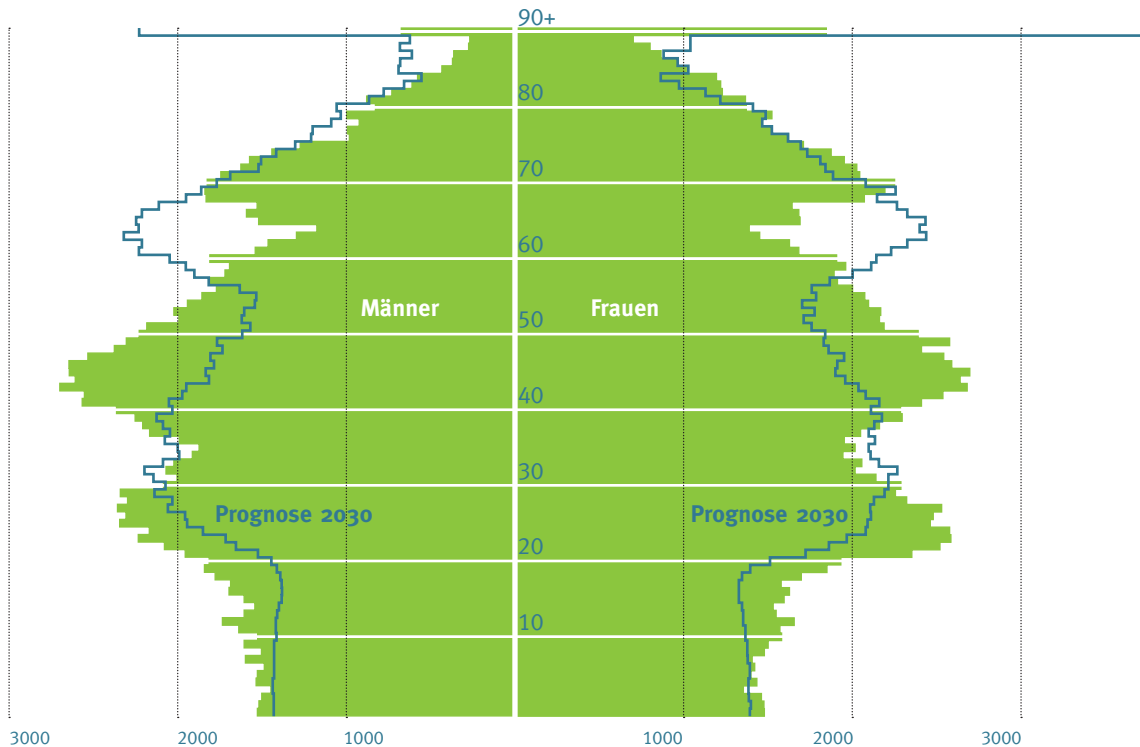
- Die anhaltend niedrigen Geburtenraten führen zu einer deutlichen Verringerung der Bevölkerung im **Vorschul-, Schul- und Ausbildungsalter**: Während sich der Anteil der Kinder im Alter unter 6 Jahren bis 2030 nur leicht überdurchschnittlich um rund 5 % verringert, nimmt die Gruppe der Kinder im Grundschulalter zwischen 6 und 10 Jahren bereits um knapp 11 %, die der 11- bis 19-Jährigen um 18 % und der Anteil der 20- bis 29-Jährigen an der Bevölkerung bis 2030 um knapp ein Fünftel ab.

¹⁰ IT.NRW 2011

- In erheblichem Maße vom Rückgang betroffen sind auch jene Altersgruppen in der Bevölkerung, die mitten im Erwerbsleben stehen. Insbesondere die Entwicklung in der Altersgruppe der 36- bis 55-Jährigen weist dramatische Züge auf: Ihr Anteil an der Bevölkerung sinkt bis 2030 um rund ein Viertel. Insgesamt verringert sich damit das **Erwerbspersonenpotential** in Bielefeld im Betrachtungszeitraum um fast 9%.
- Erst im Übergang zum **Rentenalter** wird der Trend der Bevölkerungsabnahme abgemildert und sogar umgekehrt: Bis 2030 wird der Anteil der 60- bis 70-Jährigen um rund 26% ansteigen.

Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030

Abb. 2



Quelle: IT.NRW. Landesdatenbank, Bevölkerungsvorausberechnung 2008 bis 2030, Basisvariante, Düsseldorf, Mai 2009

Der prognostizierte Bevölkerungsrückgang in Bielefeld um insgesamt rund 17.000 Einwohnerinnen und Einwohner bis 2030 betrifft in besonderem Maß die Altersgruppen der bis 29-Jährigen sowie die der 36- bis 55-Jährigen.

Aus der bildungspolitischen Perspektive führt der Bevölkerungsrückgang im Schulbereich und auch in der Hochschulausbildung zu einer veränderten Nachfragesituation mit weitreichenden Auswirkungen (vgl. B 2-1). Im dualen Ausbildungssektor wird diese Entwicklung ebenfalls nicht ohne Folgen bleiben. Auf der einen Seite sind Engpässe im Ausbildungsnachwuchs für die Unternehmen, zum anderen die Steigerung eines auswahlfähigen Angebots für die ausbildungssuchenden Jugendlichen wahrscheinlich.

Die prognostizierte Abnahme des Erwerbspersonenpotentials wird auch deutliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben. Zum einen wird die Deckung des Fachkräftebedarfs für die Unternehmen schwieriger, zum anderen kann dies für qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer positive Effekte haben.

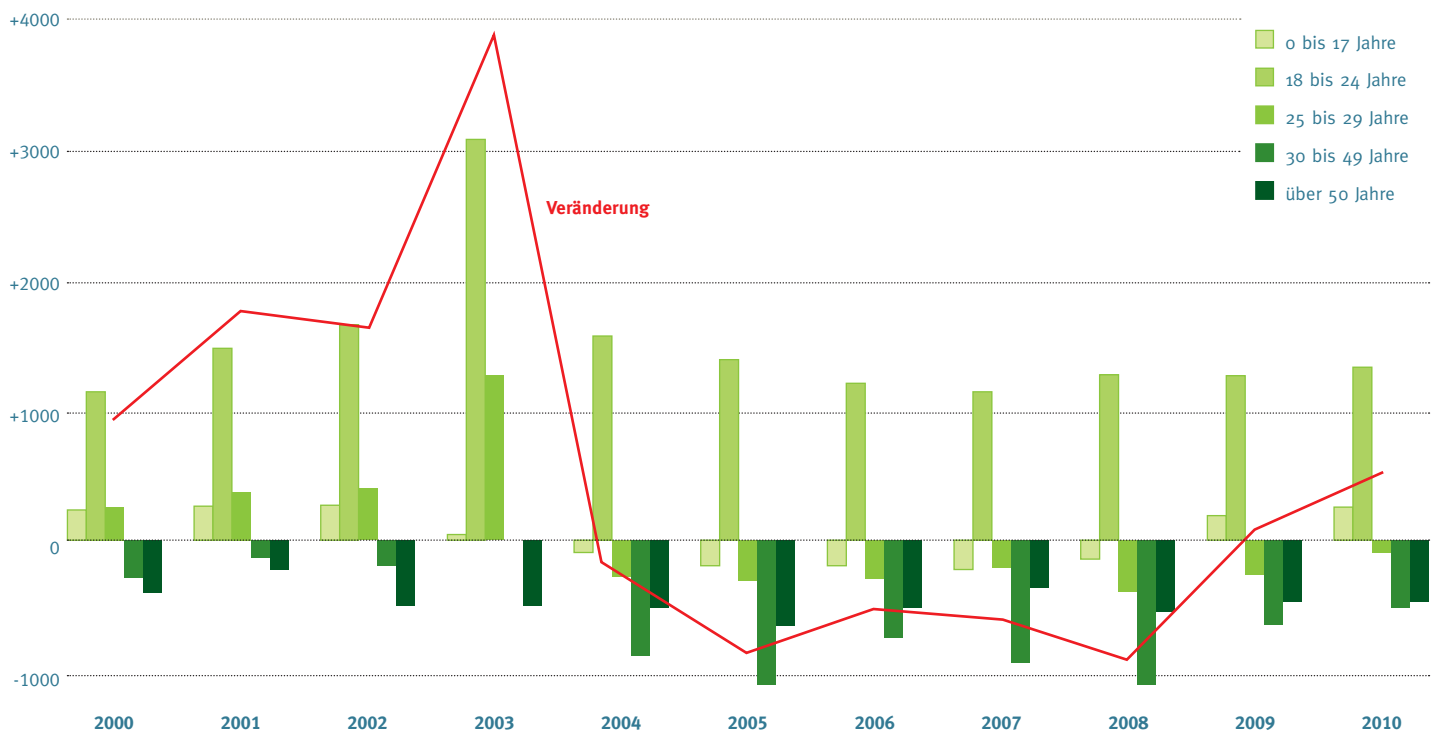
A1-2 Wanderungsbewegungen

Die Zu- und Fortzüge aus einer Kommune werden als Wanderungsbewegung bezeichnet, deren Daten ein Bild der Dynamik jüngerer Entwicklungen vermitteln. Wanderungsbewegungen liefern zudem Hinweise auf die ökonomische Attraktivität einer Kommune, die sich an den Zu- bzw. Abflüssen der Bevölkerung ablesen lässt. Von besonderem Interesse ist hierbei die Altersgruppe zwischen 18 und 30 Jahren, da an ihr die Bedeutung von Prozessen der Bildungswanderung nachgezeichnet werden kann.

Während die Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen über den gesamten Betrachtungszeitraum (2000–2010) einen positiven Wanderungssaldo mit relativ geringer Schwankung aufweist, ist bei den anderen Altersgruppen eine gegenläufige Entwicklung zu sehen. So weist die Alterskohorte der 25- bis 29-Jährigen bis 2003 noch eine positive Entwicklung auf. Ab 2004 lässt sich ein negativer Saldo beobachten. Gravierend ist die Abwanderung der 30- bis 49-Jährigen im Betrachtungszeitraum. Seit 2009 ist zwar eine geringere Abwanderung zu beobachten, dennoch liegt der negative Saldo noch über dem des Jahres 2000.

Abb. 3

Wanderungssalden nach ausgewählten Altersgruppen 2000 bis 2010



Quelle: IT.NRW, Landesdatenbank, Wanderungen nach Herkunfts- und Zielgebieten und Nationalität, Düsseldorf, März 2011

Der Zuzug in die Bildungsregion Bielefeld erfolgt insbesondere mit dem Ziel des Erwerbs einer schulischen und/oder beruflichen Qualifikation.

Für die Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen hat die Bildungsregion Bielefeld im Ausbildungsbereich (Schule, Berufsausbildung und Hochschule) eine hohe Attraktivität. Jedoch bietet die Region denjenigen, die für eine Ausbildung oder zum Studium nach Bielefeld kommen, im Anschluss keine ausreichende Perspektive. Diese Entwicklung hat sich in den zurückliegenden Jahren zugespitzt. Verblieb bis 2003 ein Teil der 25- bis 29-Jährigen im Anschluss an die Ausbildung in der Region, kehrte sich dieser Trend ab 2004 ins Negative. Die Ursachen für die gravierende Abwanderung der 30- bis 49-Jährigen sind sicherlich vielschichtig. Möglicherweise gilt der Aspekt der nicht ausreichend vorhandenen Arbeitsplätze auch für diese Altersgruppe. Darüber hinaus könnten geringere Lebenshaltungskosten im Umland, insbesondere für junge Familien mit Kindern, zu einer Abwanderung führen.

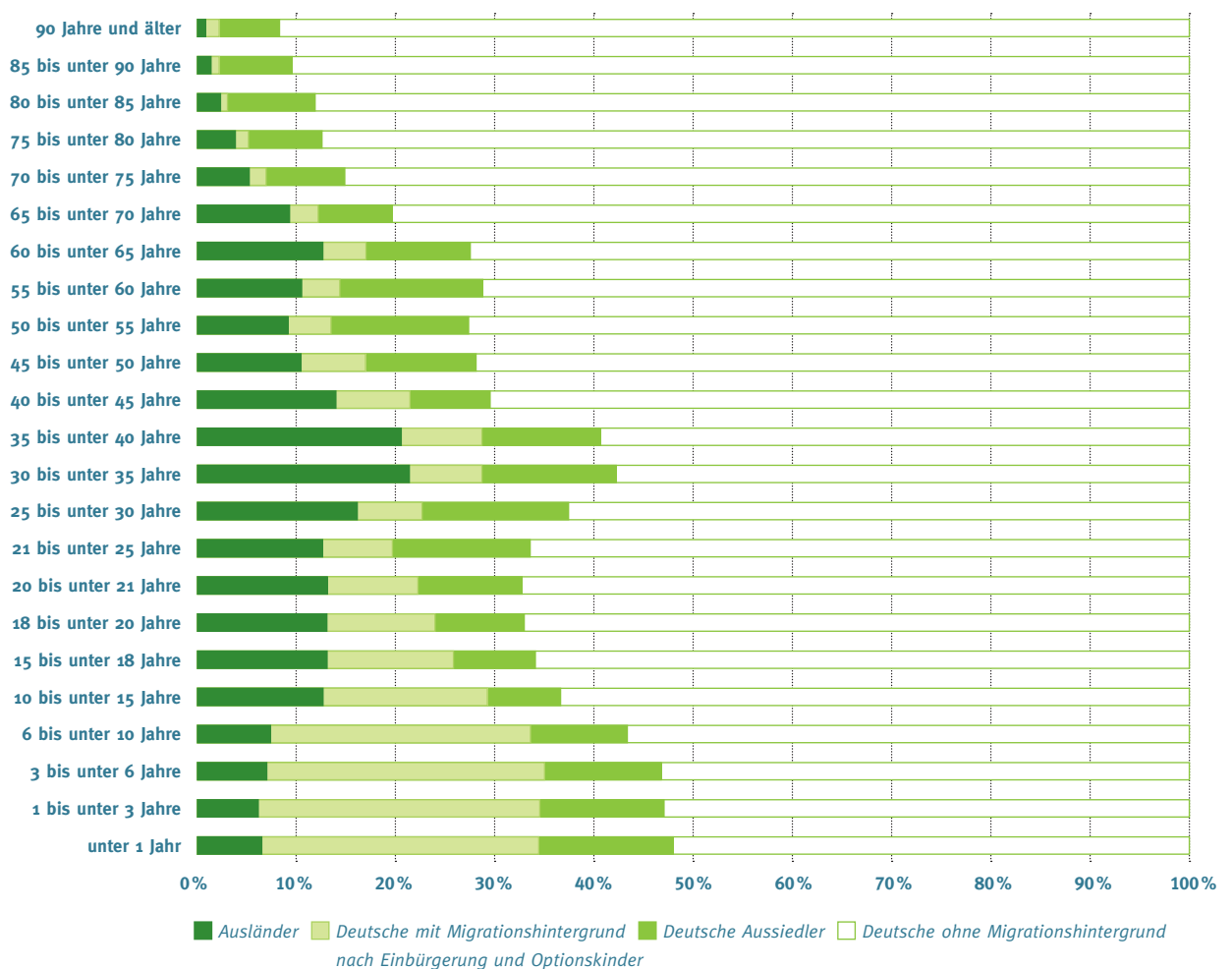
A1-3 Zusammensetzung der Bevölkerung nach Migrationshintergrund

Sowohl vor dem Hintergrund des demographischen Wandels als auch aus bildungspolitischer Perspektive gewinnt die adäquate und erfolgreiche Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an Bildung weiter an Bedeutung. Zwar scheint der Einfluss auf den Bildungserfolg stärker vom sozioökonomischen Status beeinflusst als vom Migrationshintergrund, gleichwohl weisen überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund einen geringeren sozioökonomischen Status auf. Bildungspolitisch ebenso relevant ist die räumliche Verteilung von Menschen mit Migrationshintergrund im Stadtgebiet.¹¹

Von den am 31.12.2010 in Bielefeld gemeldeten Personen hatten rund 30% (99.536) einen Migrationshintergrund. Der männliche Bevölkerungsanteil in dieser Gruppe betrug ca. 49%. Auffallend ist der hohe Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in den Altersgruppen der 0- bis 10-Jährigen, der zwischen 40% und 50% liegt. Je jünger die Alterskohorte ist, desto größer fällt der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund aus.

Anteil der Bevölkerung nach Altersgruppen und Migrationshintergrund am 31.12.2010

Abb. 4



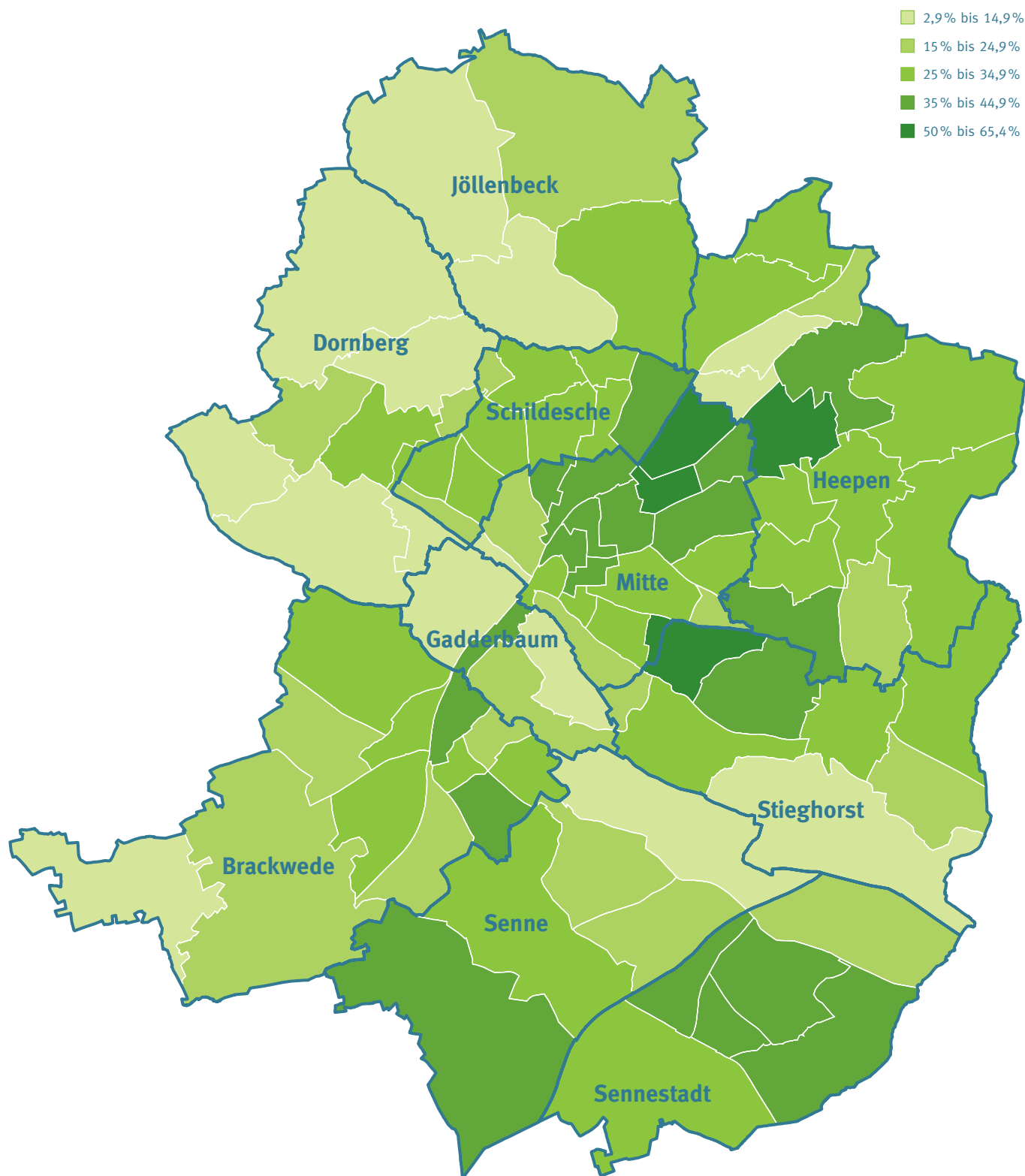
Quelle: Stadt Bielefeld, Melderegister, Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen

Räumlich gesehen zeigt die Abb. 5, dass die Lebens- und Wohnstruktur hinsichtlich des Migrationshintergrunds im Stadtgebiet unterschiedlich ausgeprägt ist. So leben vor allem in der Innenstadt und den östlichen Bezirken sowie in Teilen des Bielefelder Südens überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund.

11 Vgl. Bildungsbericht Ruhr 2012:34

Abb. 5

Anteil der Personen mit Migrationshintergrund



Quelle: Stadt Bielefeld, Melderegister, Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen

Es gibt in Bielefeld einen wachsenden Anteil von Personen mit Migrationshintergrund. Je jünger die Altersgruppen sind, umso höher ist deren Anteil. Die einzelnen Quartiere weisen unterschiedlich hohe Anteile auf. So haben in fünf statistischen Bezirken mehr als 50% der dort lebenden Menschen einen Migrationshintergrund.

A2 Wirtschaftliche Entwicklung und Strukturwandel, Finanzsituation und Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte¹² liefern einen Eindruck vom finanziellen Potential, das von öffentlicher Hand, Privatwirtschaft und Bevölkerung in das Bildungswesen und seine einzelnen Teilbereiche investiert werden kann. Die beschäftigungsstrukturelle Entwicklung liefert Hinweise für die Anforderungen an die Qualifizierungsfunktionen des Bildungswesens. Die Finanzsituation einer Kommune wird stellvertretend über die kommunalen Steuereinnahmen je Einwohner (A2-4) und den Anteil der laufenden kommunalen Bildungsausgaben am Gesamthaushalt (A2-5) erfasst.

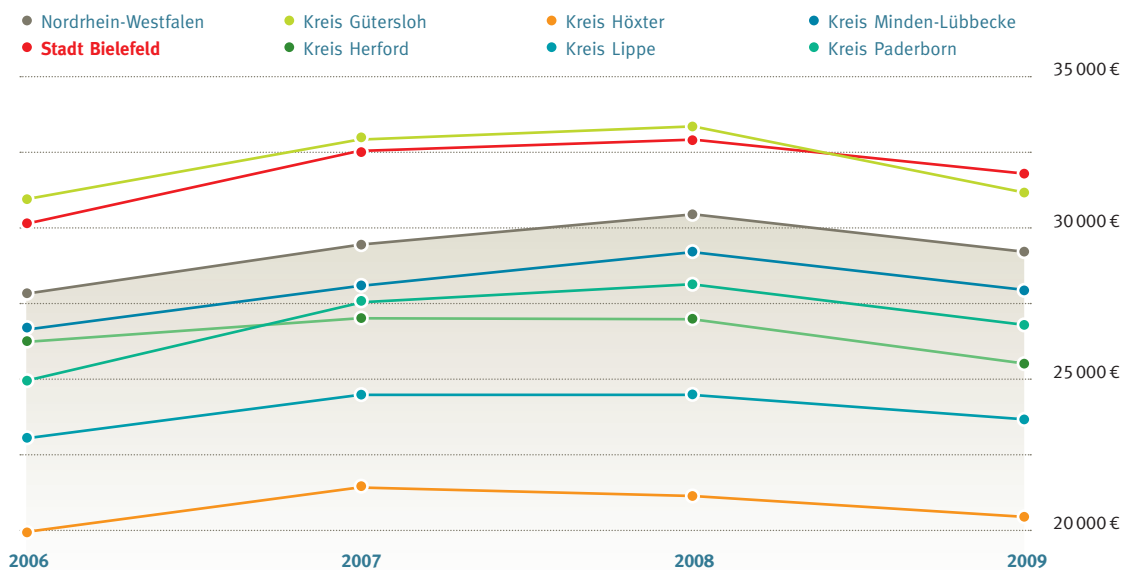
A2-1 Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner und erwerbstätiger Person

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner¹³ dient zur Messung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Ländern oder Regionen. Bezogen auf die jeweilige Bevölkerungszahl einer Region ermöglicht es einen Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung bzw. der Wirtschaftskraft verschiedener Regionen. Berufspendler fließen in die Berechnung mit ein.¹⁴

Die Abbildung verdeutlicht für Bielefeld zwischen 2006 und 2008 einen Anstieg des BIP je Einwohner auf rund 32.900 €. In 2009 fiel das BIP allerdings wieder um rund 1.100 € je Einwohner auf 31.800 €. Andere Kommunen in Ostwestfalen, wie zum Beispiel der Kreis Gütersloh, erzielten in 2009 ein BIP von rund 31.000 € und der Kreis Paderborn von ca. 27.000 €. In NRW wurde durchschnittlich ein BIP je Einwohner von rund 29.200 € erwirtschaftet.¹⁵

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner

Abb. 6



Quelle: IT.NRW/ Stadt Bielefeld, Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen 2011

¹² Der öffentliche Haushalt ist die systematische Zusammenstellung von (geplanten) Ausgaben und der zu deren Deckung vorgesehenen Einnahmen einer Körperschaft (vgl. www.kredit-und-finanzen.de).

¹³ Definition des BIP je Einwohner: Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen, ohne die im Produktionsprozess verbrauchten Vorleistungen wie z.B. Material und Energie. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011 www.statistik-bw.de/VolkswPreise/Indikatoren/VW_wirtschaftskraft.asp

¹⁴ Die Aussagekraft des „BIP je Einwohner“ für wirtschaftliche Regionalvergleiche wird allerdings dadurch relativiert, dass die gesamtwirtschaftliche Leistung in manchen Regionen durch Berufseinpender auf ein Niveau erhöht wird, das maßgeblich über der von der ansässigen Erwerbsbevölkerung erbrachten Wirtschaftsleistung liegt. In Regionen mit hohem Einpendlerüberhang wird das BIP je Einwohner im Ländervergleich somit überschätzt und in Regionen mit einem negativen Pendlersaldo scheinbar unterschätzt. Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. 2011. Bielefeld weist mit Stand 30.06.2010 einen positiven Einpendlersaldo von rund 25.000 Personen aus. Vgl.: Bielefelder Wirtschaftsbericht 2010:33. Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

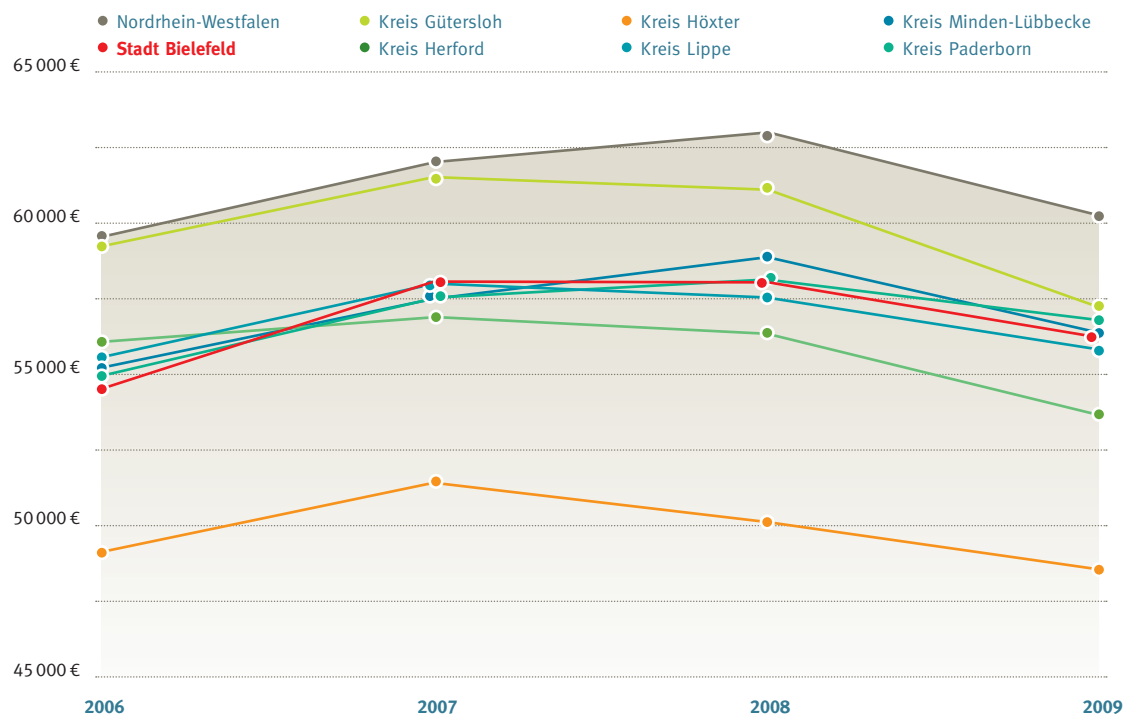
¹⁵ Angaben zum BIP anderer Kommunen IT-NRW.2011

Das BIP je erwerbstätiger Person¹⁶ (Arbeitsproduktivität) dient als Messzahl für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit einer Region (bzw. eines Landes) bezogen auf den insgesamt geleisteten Arbeitseinsatz. Sie spiegelt somit die Effektivität des Faktors Arbeit im Produktionsprozess wider.¹⁷

Für 2009 weist Bielefeld ein BIP je Erwerbstätigen von rund 56.000 € auf, dies ist ein Rückgang zum Vorjahr um annähernd 2.000 € je Erwerbstätigen. In anderen Kommunen Ostwestfalens, wie im Kreis Gütersloh, war die negative Entwicklung noch stärker (- 4.000 €). Der Landesdurchschnitt beim BIP je Erwerbstätigen entwickelte sich ebenfalls rückläufig. Er lag 2009 bei rund 60.000 €, das entspricht einem Minus von 2.700 € je Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr.

Abb. 7

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem



Quelle: IT.NRW/ Stadt Bielefeld, Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen 2011

Das BIP je Einwohner entwickelte sich in 2009 unter den Wert von 2007. Je Erwerbstätigen fiel der Rückgang des BIP noch deutlich stärker aus. Während Bielefeld beim BIP je Einwohner über dem Landesdurchschnitt lag und damit bezogen auf den Wohlstand gut aufgestellt ist, liegt die Stadt Bielefeld bezogen auf das BIP je Erwerbstätigen deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Der Vergleich mit dem Landesdurchschnitt zeigt, dass Bielefeld bei der Wirtschaftskraft zurückhängt. Der Abstand zum Landesdurchschnitt beträgt in 2009 rund 4.000 € je Erwerbstätigen.

¹⁶ „Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität wird als Quotient aus preisbereinigtem (frei von Preiseinflüssen) Bruttoinlandsprodukt und Anzahl der Erwerbstätigen (Selbstständige und Arbeitnehmer) bzw. insgesamt geleisteten Erwerbstätigenstunden (Arbeitsvolumen) berechnet. Im Hinblick auf die in den letzten Jahren immer stärker an Bedeutung gewinnende Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung liefert der Bezug auf das Arbeitsvolumen anstatt auf die Erwerbstätigenzahl das zutreffendere Produktivitätsmaß. Denn das auf die reine Kopfhalt bezogene BIP stellt Regionen mit einem hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten unproduktiver dar als sie tatsächlich sind.“ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2011

¹⁷ Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, dass diese Produktivitätskennziffer neben dem Faktor Arbeit u. a. von der Ausstattung des Bereichs bzw. der gesamten Wirtschaft mit Maschinen bzw. deren Modernitätsgrad oder etwa der Infrastruktur bestimmt ist, die ebenso Einfluss auf das Produktionsergebnis bzw. die Höhe der Wirtschaftsleistung haben.

A 2-2 Unterbeschäftigungsquote

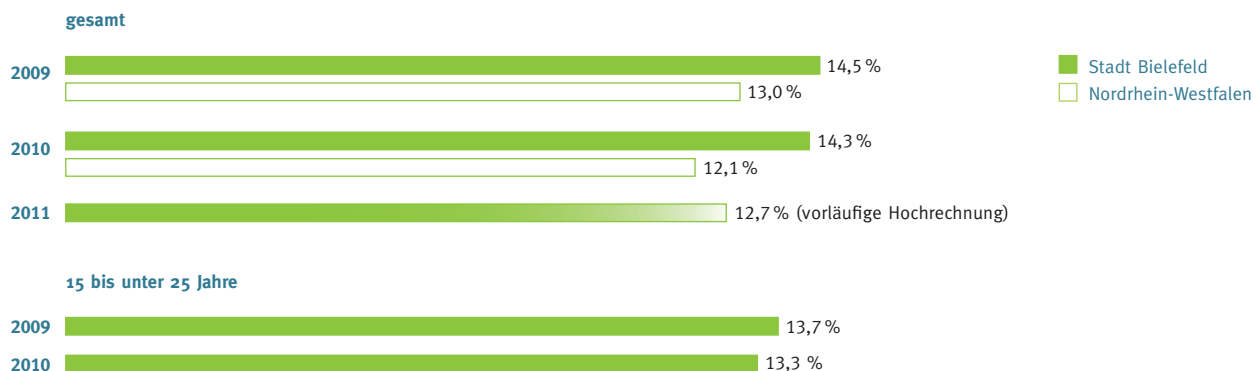
Die Unterbeschäftigungsquote bezieht im Gegensatz zu der Arbeitslosenquote, die nur als arbeitslos bzw. als arbeitssuchend gemeldete Personen erfasst, alle bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern nach § 16 SGB III registrierten Arbeitslosen zuzüglich der Personen mit ein, die entweder an bestimmten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen¹⁸ teilnehmen oder aber einen Sonderstatus¹⁹ besitzen. Die Unterbeschäftigungsquote liefert damit Informationen über die Begrenztheit der Aufnahmefähigkeit des kommunalen Arbeitsmarkts und vermag in begrenztem Umfang auch Hinweise auf von der Arbeitsmarktsituation besonders betroffene Bevölkerungsgruppen geben. Zu den besonders betroffenen Altersgruppen zählen vor allem Jugendliche und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In die Berechnung der Unterbeschäftigungsquote der 15- bis unter 25-Jährigen fließen primär Maßnahmen zur Aktivierung und Eingliederung in den Arbeitsmarkt ein. Maßnahmen der beruflichen Erstqualifizierung, in die in einem erheblichen Umfang Jugendliche im Anschluss an die allgemeinbildende Schule aufgrund mangelnder Perspektiven zunächst einmünden, fließen in die Berechnungen der Unterbeschäftigungsquote nicht ein.

Die Unterbeschäftigungsquote hat sich in der Bildungsregion Bielefeld im Betrachtungszeitraum (2009 und 2010) mit ca. 14,3 % auf konstantem Niveau gehalten. Bezogen auf die Gesamtgruppe der 15- bis unter 65-Jährigen ist auch in 2010 jeder siebte Bielefelder betroffen.²⁰

Eine Fokussierung auf Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren verdeutlicht, dass auch diese Gruppe in erheblichem Umfang von Unterbeschäftigung betroffen ist. Auch wenn die Quote 2010 bei dieser Teilgruppe um rund einen Prozentpunkt unter der Gesamtquote (vgl. Abb. 8) lag, war auch jeder siebte Jugendliche unterbeschäftigt.

Unterbeschäftigungsquote 2009 bis 2011 Bielefeld

Abb. 8



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2011

Die Unterbeschäftigungsquote hat sich in der Bildungsregion insgesamt trotz einer konjunkturellen Entspannung nur leicht positiv entwickelt. Als dramatisch einzuschätzen ist die Höhe der Quote bei den 15- bis unter 25-Jährigen.

¹⁸ Zum Beispiel Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW)

¹⁹ Ein Sonderstatus liegt bei Kurzarbeit, geförderter Selbstständigkeit, Vorruhestand oder Arbeitsunfähigkeit vor.

²⁰ Die Hochrechnung der Quote für das Jahr 2011 erfolgte auf der Basis vorläufiger Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Die Berechnung wurde vom Amt für Schule der Stadt Bielefeld durchgeführt.

A2-3 Erwerbstätige nach Berufsgruppen

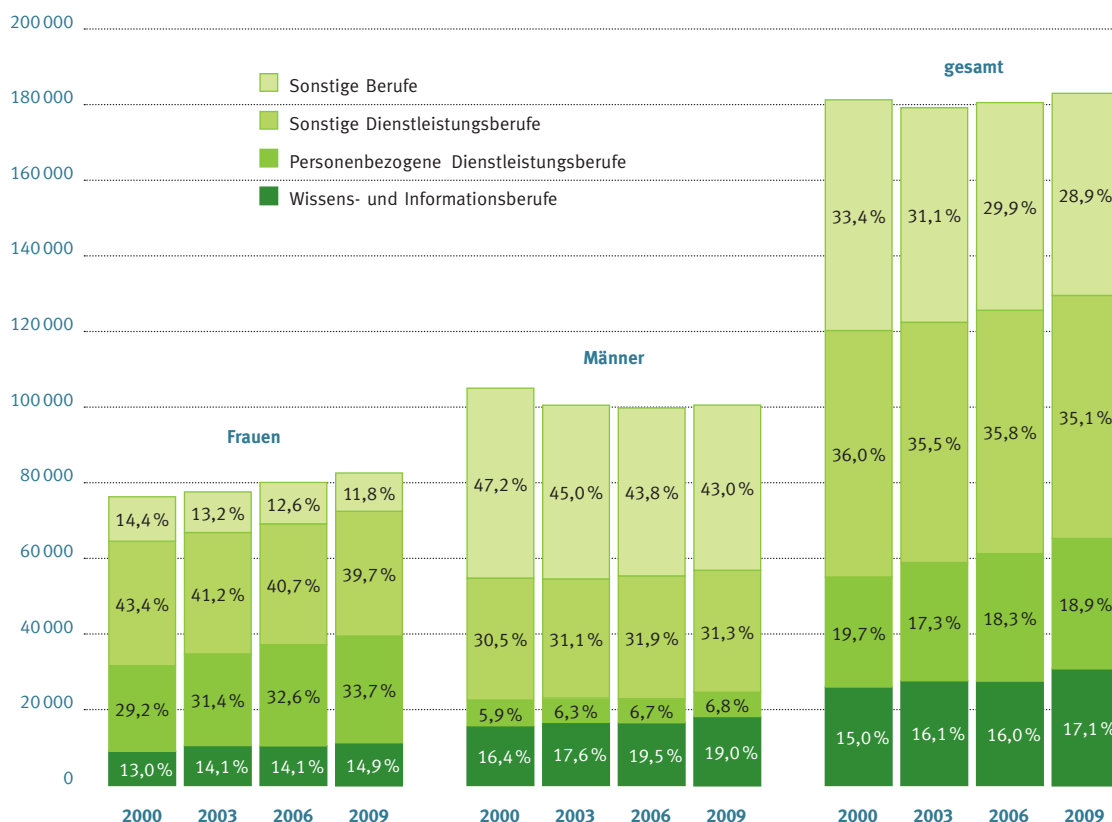
Der wirtschaftliche Strukturwandel hat die Anforderungsprofile für Erwerbstätige und in Folge die vom Bildungs- und Beschäftigungssystem zu erbringenden Qualifizierungsleistungen nachhaltig verändert. Der Strukturwandel der Erwerbstätigkeit wird über die Veränderungen von Berufen und Tätigkeiten (Erwerbstätige nach Berufsgruppen²¹) dargestellt.

Im Betrachtungszeitraum 2000 bis 2009 (Abb. 9) hat sich die Anzahl der Erwerbstätigen in Bielefeld um 1,6 % auf 56,7 % der Bevölkerung (184.339) erhöht. Während der Anteil der Männer an den Erwerbstätigen um 2,4 % rückläufig war, ist der Frauenanteil um 7,3 % angestiegen.

Infolge des Strukturwandels haben die sonstigen Berufe, bei denen vorwiegend handwerklich-technische Fertigkeiten gefragt sind, im Betrachtungszeitraum kontinuierlich an Bedeutung abgenommen (- 10,5 %). Demgegenüber legten die Wissens- und Informationsberufe sowie die personenbezogenen Dienstleistungsberufe deutlich zu. Die Entwicklung der personenbezogenen Dienstleistungsberufe (+ 19,6 %), in denen der Frauenanteil viermal so hoch ist wie bei den Männern, kompensierte die Verringerung bei den sonstigen Berufen und führte dazu, dass der Frauenanteil an den Erwerbstätigen seit dem Jahr 2000 deutlich gestiegen ist.

Abb. 9

Erwerbstätige nach Berufsgruppen und Geschlecht 2000 bis 2009



Quelle: IT.NRW. Mikrozensus 2000ff., Düsseldorf 2011

21 **Berufsgruppen:** Die Definition Berufe erfolgt gemäß der Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992. Folgende Berufsgruppen wurden berücksichtigt: **Wissens- und Informationsberufe:** 60 (Ingenieure/Ingenieurinnen), 61 (Chemiker, Physiker, Mathematiker), 735 (Berufe im Funk- und Fernspreverkehr), 75 (Berufe in der Unternehmensleitung, -beratung, und -prüfung), 77 (Rechnungskaufleute, Informatiker), 82 (Publizistische, Übersetzungs-, Bibliotheks- und verwandte Berufe), 83 (Künstlerische und zugeordnete Berufe), 87 (Lehrer/innen), 88 (Geistes- u. naturwissenschaftliche Berufe); **Personenbezogene Dienstleistungen:** 84–86 (Ärzte/Ärztinnen, Apotheker/innen, Übrige Gesundheitsdienstberufe, Soziale Berufe), 89–93 (Berufe in der Seelsorge, Berufe in der Körperpflege, Hotel- und Gaststättenberufe, Haus- und ernährungswirtschaftliche Berufe, Reinigungs- und Entsorgungsberufe); **Sonstige Dienstleistungsberufe:** 66–74 (ohne 735) (Verkaufspersonal, Groß- und Einzelhandelskaufleute, Ein- und Verkaufsfachleute, Warenkaufleute, a.n.g., Vertreter, Bank-, Bausparkassen-, Versicherungsfachleute, Andere Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe, Berufe des Landverkehrs, Berufe des Wasser- und Luftverkehrs, Berufe des Nachrichtenverkehrs, Lagerverwalter, Lager-, Transportarbeiter, 76 (Abgeordnete, administrativ entscheidende Berufstätige), 78–81 (Büroberufe, Kaufmännische Angestellte, Dienst-, Wachberufe, Sicherheitsberufe, Berufe im Rechts- und Vollstreckungswesen). **Sonstige Berufe:** Alle übrigen Berufe

Der Strukturwandel und der technische Fortschritt führen zu einer Veränderung der Tätigkeitsfelder. Damit einhergehend verändern sich auch die Anforderungsprofile der Erwerbstätigen in fast allen Berufsfeldern.²² Die Entwicklung in den Tätigkeitsfeldern, für die vor allem höhere Bildungsabschlüsse notwendig sind, wird im Ausbildungs- und Bildungssystem in den nächsten Jahren zu berücksichtigen sein.

A 2-4 Kommunale Steuereinnahmen

Die Entwicklung der Steuereinnahmen liefert neben der Entwicklung der Ausgaben für die pflichtigen Aufgabenbereiche Hinweise auf den finanziellen Spielraum, den eine Kommune im Bereich der Bildungspolitik hat. Sinkende Steuereinnahmen können den Spielraum für kommunale Bildungspolitik weiter einschränken; umgekehrt können steigende Einnahmen entsprechende Spielräume erweitern.

Die der Stadt Bielefeld zufließenden Steuereinnahmen²³ machen seit Jahren rund ein Drittel der städtischen Gesamteinnahmen aus. Zwischen den Jahren 2004 und 2008 konnte eine positive Entwicklung der Steuereinnahmen beobachtet werden. Im Jahr 2008 konnte mit 420,2 Mio. € das bisher höchste Steueraufkommen der Stadt Bielefeld erreicht werden. Aufgrund der konjunkturellen Entwicklung sind im Jahr 2009 die Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr um 104,5 Mio. € gesunken und damit auf 315,7 Mio. € zurückgefallen. In 2010 sind die Steuereinnahmen wieder leicht um rund 32 Mio. € auf 347,0 Mio. € angestiegen. Zur Veranschaulichung werden in der nebenstehenden Abbildung die Steuereinnahmen pro Einwohner in Bielefeld im Zeitverlauf dargestellt.

Die Steuererträge der letzten Jahre sind stark schwankend, im Vergleich zu den Vorjahren jedoch auf ein deutlich geringeres Niveau zurückgefallen. Gleichzeitig sind die Ausgaben für pflichtige Aufgabenbereiche auf hohem Niveau verblieben oder sogar angestiegen. Reduzierte Spielräume für bildungspolitische Maßnahmen sind die unausweichliche Folge. **Für die von der konjunkturellen Entwicklung abhängigen Steuereinnahmen, wie insbesondere der Gewerbesteuer und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, sind sichere Einnahmeprognosen kaum möglich und verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen für eine zukunftsorientierte kommunale Bildungsplanung damit nur schwer gestaltbar.**

Steuereinnahmen in Bielefeld je Einwohner Abb. 10



Quelle: Stadt Bielefeld,
Amt für Finanzen 2011

A 2-5 Anteil der laufenden kommunalen Bildungsaufwendungen am Gesamthaushalt nach Bildungsbereichen

Anhand des Anteils der Bildungsaufwendungen am Gesamthaushalt, für die die kommunale Verwaltung eine unmittelbare Verantwortung trägt, lässt sich verdeutlichen, in welchem Umfang eine Kommune finanzielle Ressourcen für den Bildungsbereich zur Verfügung stellt und welchen Stellenwert sie dem Thema Bildung beimisst. Aufgrund der bisher zur Verfügung stehenden Datenlage wird bei diesem Indikator auf die traditionellen Bildungsbereiche (Elementar- und Schulbereich, Jugendarbeit sowie Volkshochschule) abgestellt. Im Sinne des verwendeten weiten Lernbegriffs bleiben somit Ausgaben, insbesondere für den non-formalen Bildungsbereich und das informelle Lernen, unberücksichtigt.

Durch die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) zum Haushaltsjahr 2009 und eine Umstellung des Rechnungswesens auf das System der doppelten Buchführung ist ein Vergleich zu den Vorjahren nicht durchgängig möglich und wird deshalb nicht dargestellt. Da der Rechnungsabschluss für das Jahr 2010 zum Zeitpunkt des Reaktionsschlusses nicht vorlag, können die ordentlichen Aufwendungen für 2010 nicht als Vergleich herangezogen werden. Damit bleibt die Darstellung von Entwicklungen dem nächsten Lernreport vorbehalten.

²² Vgl. Bildung in Deutschland 2010:22

²³ Grundsteuer, Gewerbesteuer, Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer, weitere Steuern wie z.B. Vergnügungssteuer und Hundesteuer

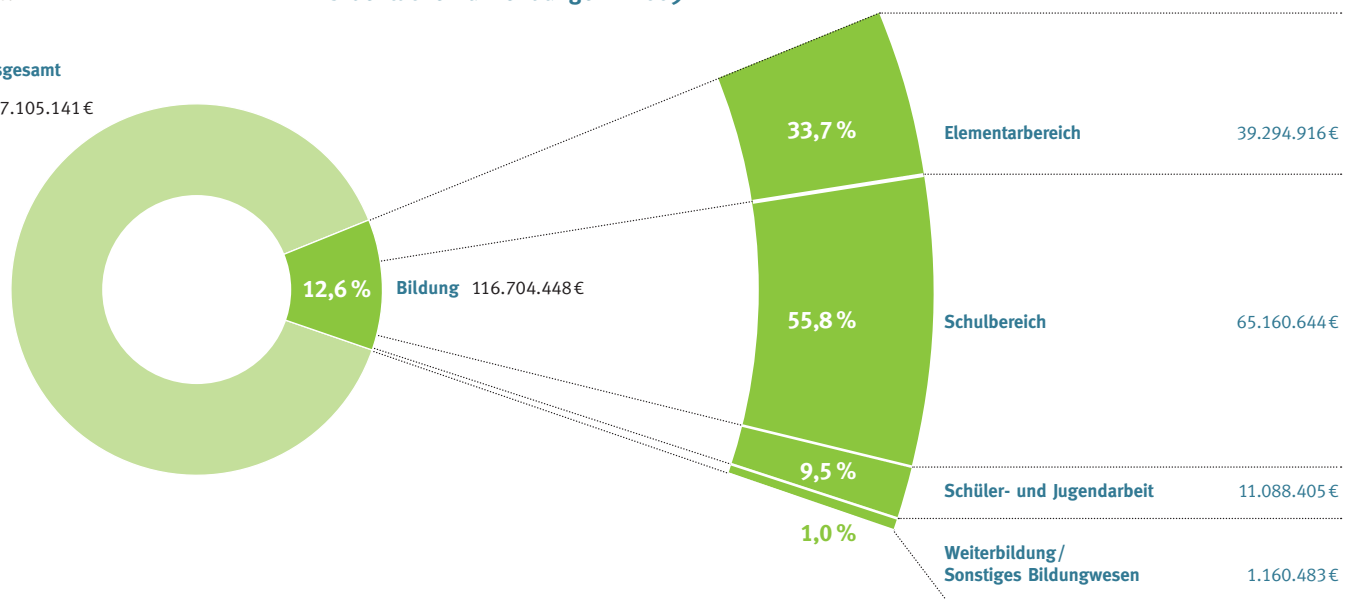
Der Anteil der Bildungsaufwendungen am Gesamthaushalt betrug im Jahr 2009 insgesamt 12,6 %. Der überwiegende Teil der Bildungsaufwendungen (55,8 %) entfällt auf den Schulbereich, 33,7 % der Aufwendungen entfallen auf den Elementarbereich.

Abb. 11

Ordentliche Aufwendungen²⁴ 2009

insgesamt

927.105.141 €



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Finanzen/Amt für Schule 2011

²⁴ Ordentliche Aufwendungen sind Aufwendungen, die im Rahmen der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit anfallen. Zu den ordentlichen Aufwendungen gehören die regelmäßig wiederkehrenden und planbaren Aufwendungen, insbesondere Personalaufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, bilanzielle Abschreibungen und Transferaufwendungen. Nicht zu den ordentlichen Aufwendungen gehören hingegen Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen sowie Finanzaufwendungen (Zinsen).

A3 Soziale, materielle und kulturelle Lage der Bevölkerung

Die Teilhabemöglichkeiten an Bildung und Kultur stehen in einem engen Zusammenhang mit den sozialen, materiellen und kulturellen Lebensverhältnissen der Menschen. Arbeitslosigkeit, monetäre Armut und ein niedriger Bildungsstand wirken negativ auf Partizipationsmöglichkeiten im Bildungs- und Kulturbereich. Darüber hinaus können sie die Bildungserfolge der in den betroffenen Familien lebenden Kinder beeinflussen. Der Indikator bildet über drei Teilindikatoren (A3-1 bis A3-3) die soziale, materielle und kulturelle Lage der Bevölkerung ab. Ergänzend wird über einen Index Quartierstypen bildungsrelevanter sozialer Belastungen (A3-4) eine räumliche Bündelung der Lebenslagen ausgewiesen. Hieraus ergeben sich Ansatzpunkte für eine sozialräumlich differenzierte kommunale Bildungspolitik.

A3-1 Hilfequote nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II)

Die SGB II-Hilfequote verdeutlicht das relative Ausmaß bereits länger bestehender problematischer sozialer Lagen der 15- bis 65-Jährigen. In der Quote berücksichtigt sind sowohl Personen ohne Beschäftigung als auch solche, deren Erwerbseinkommen durch SGB II-Leistungen aufgestockt wird. Sie verweist auf Belastungen im Alltag, die sich im Haushaltszusammenhang auch als Mangel an Unterstützung der Bildungsanstrengungen von Kindern erweisen können.

2010 bezog jeder achte Bielefelder zwischen 15 und 65 Jahren Transferleistungen nach dem SGB II (sog. Hartz IV-Leistungen). Während sich die Quote der männlichen Bevölkerung im Vergleich der Jahre 2006 und 2010 leicht rückläufig entwickelte, konnten Frauen in den zurückliegenden Jahren nicht an dieser Entwicklung partizipieren. Für Ausländer hat sich die Situation weiter verschlechtert. Die Hilfequote dieser Gruppe stieg gegenüber 2006 um zwei Prozentpunkte auf 30,2 % an. Auch bei den älteren Personen (50 bis 65 Jahre) zeichnet sich ein negativer Trend im Betrachtungszeitraum ab.

Obwohl sich die Situation für Jugendliche zwischen 2006 und 2010 etwas entspannt hat (- 1,3 Prozentpunkte), ist auch in 2010 immer noch jeder Siebte zwischen 15 und unter 25 Jahren in Bielefeld von Transferleistungen nach dem SGB II abhängig.

SGB II-Hilfequote in Bielefeld

Tab. 1

	insgesamt	Männer	Frauen	Ausländer	15–24 Jahre	25–49 Jahre	50–64 Jahre
2006	13,0	13,3	12,7	28,2	14,9	14,1	9,2
2007	12,7	12,7	12,7	27,8	13,8	13,7	9,6
2008	12,2	12,0	12,4	27,6	13,1	13,1	9,7
2009	12,3	12,3	12,3	28,3	13,3	13,2	9,7
2010	12,7	12,8	12,7	30,2	13,6	13,9	9,8

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Die arbeitsmarktpolitischen Bemühungen auf der kommunalen Ebene weisen für die Zielgruppe der SGB II-Leistungsempfänger eine nur marginal positive Wirkung auf.

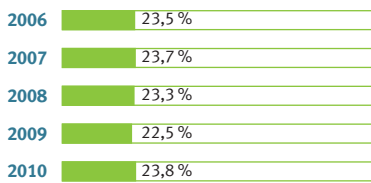
Für Ausländer und ältere Arbeitnehmer hat sich die Situation in den letzten Jahren weiter verschlechtert. Für 15- bis unter 25-Jährige lassen sich geringfügige Verbesserungen beobachten, die in erster Linie auf die Integrationsanstrengungen der Arbeitsmarktakeure zurückzuführen sind. Aufgrund des demographischen Wandels, sich in den kommenden Jahren weiter erhöhender Anforderungsprofile auf dem Arbeitsmarkt und abnehmender Jobangebote für gering Qualifizierte (vgl. dazu auch A2-3) werden die kommunalen Bildungs- und Arbeitsmarktakeure gemeinsam noch stärker agieren müssen.

A3-2 Sozialgeldempfängerquote der unter 15-Jährigen

Die Sozialgeldempfängerquote der unter 15-Jährigen wird als Maßstab für das Ausmaß von Kinderarmut angesehen. Für betroffene Kinder kann diese Situation, insbesondere wenn sie länger vorherrscht, problematische Folgen auch für ihre weitere Entwicklung haben, da sie zu einer Beeinträchtigung der Bildungschancen führen kann. Schwächere Lernergebnisse können die Konsequenzen sein, die wiederum die Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verringern und in der Folge das Risiko von Arbeitslosigkeit erhöhen. Bildungschancen von Kindern können sowohl durch eine soziale Risikolage (Erwerbslosigkeit der Eltern), eine finanzielle Risikolage (geringes Familieneinkommen) oder das Risiko der Bildungsferne (Eltern verfügen über eine geringe Ausbildung)²⁵ beeinträchtigt sein²⁶. Die differenzierte Darstellung der drei Risikolagen impliziert nicht, dass diese jeweils nur isoliert anzutreffen sind. Vielmehr ist davon auszugehen, dass Familien von einer Kumulation unterschiedlicher, sich gegenseitig bedingender Risikolagen betroffen sind. So beeinflusst z.B. das Qualifikationsniveau in der Regel auch das Familieneinkommen und erhöht die Wahrscheinlichkeit, von einer sozialen Risikolage betroffen zu sein.²⁷ In diesem Indikator wird aufgrund der nur eingeschränkt zur Verfügung stehenden Daten stellvertretend für die genannten drei Risikolagen die finanzielle Lage beleuchtet.

Abb. 12

Sozialgeldempfängerquote der unter 15-Jährigen



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2011

Für die Gruppe der unter 15-Jährigen lässt sich keine positive Entwicklung feststellen. Vielmehr ist das Ausmaß von Kinderarmut in den zurückliegenden Jahren in Bielefeld weiter angestiegen (Abb. 22). Im Vergleich zu 2006 stieg die Quote in 2010 um 0,3 Prozentpunkte auf 23,8 % an. Somit war annähernd jedes vierte Bielefelder Kind nachweislich von einer finanziellen Risikolage betroffen.

Für zielgerichtete sozial- und bildungspolitische Interventionen ist das Wissen um die Verteilung der finanziellen Risikolagen im Stadtgebiet von zentraler Bedeutung. Eine differenzierte sozialräumliche Betrachtung des Ausmaßes von Kinderarmut liefert solche Erkenntnisse.

Die Betrachtung der sozialräumlichen Verteilung finanzieller Risikolagen der unter 15-jährigen Sozialgeldempfänger verdeutlicht die bestehenden gravierenden Unterschiede zwischen den Stadtbezirken. Während 2009 im hinsichtlich finanzieller Risikolagen relativ unbelasteten Stadtbezirk Dornberg nur jedes zehnte Kind von einer dieser Risikolage betroffen war, gilt dies im Stadtbezirk Mitte bereits für jedes dritte Kind.

Auf der noch kleinräumigeren Ebene der statistischen Bezirke zeigt sich, dass das Ausmaß von Kinderarmut in einigen Bielefelder Sozialräumen als hochproblematisch einzustufen ist. Hier erreichen die Betroffenheitsquoten Werte von über 53 %. Damit ist in diesen Lebensräumen jedes zweite Kind von einer bzw. von mehreren Risikolagen betroffen (Abb. 13).

Die SGB II-Hilfequote hat sich zwar im Vergleich der Jahre 2006 und 2010 insgesamt leicht positiv entwickelt (vgl. A3-1), mit Blick auf die unter 15-Jährigen wird jedoch deutlich, dass Kinder an dieser Entwicklung nicht partizipieren. Ihre finanzielle Situation stellt sich weiter zugespitzt dar: Auch 2010 war annähernd jedes vierte Bielefelder Kind von einer finanziellen Risikolage betroffen.

Im Hinblick auf erfolgreich verlaufende Bildungsbiographien muss die prekäre finanzielle Situation von Kindern als problematisch eingeschätzt werden, da die „objektiven“ Lebensbedingungen ihre Bildungschancen erheblich beeinflussen.²⁸

²⁵ Bildungsferne liegt vor, wenn die Eltern keine abgeschlossene Berufsausbildung haben oder über keinen höheren Schulabschluss verfügen. 2008 betraf diese Risikolage rund 13 % aller Kinder unter 18 Jahren in Deutschland.

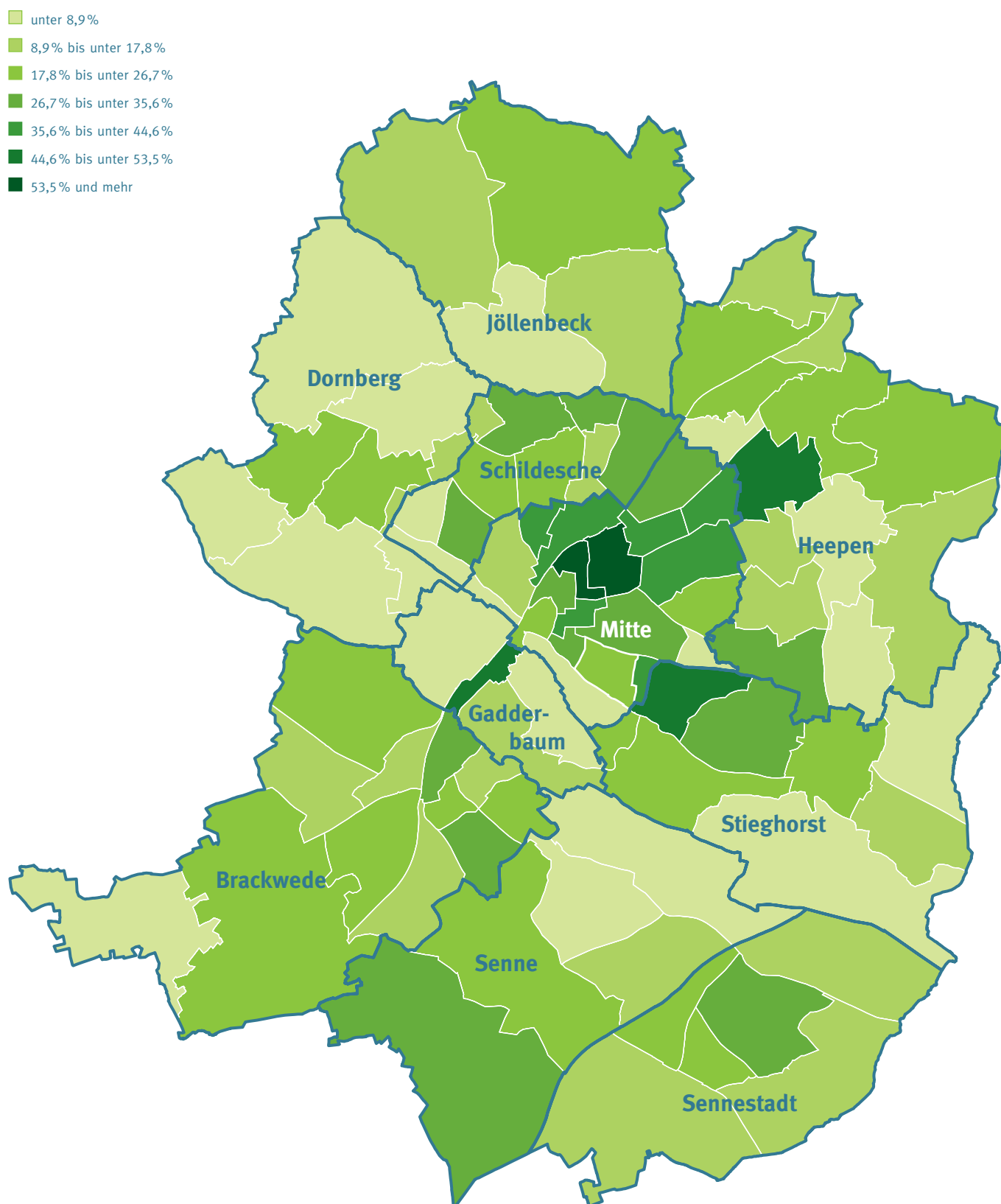
²⁶ Vgl.: Autorengruppe Bildungsberichterstattung Bildung in Deutschland 2010:27 f

²⁷ 2008 waren 3,5 % aller Kinder unter 18 Jahren in Deutschland von allen drei Risikolagen gleichzeitig betroffen.

²⁸ Vgl.: UNICEF 2011: Zur Lage der Kinder in Deutschland

Kinder im SGB II in Bielefeld (2009)

Abb. 13



A3-3 Bildungsstand der Bevölkerung

Anhand der erreichten schulischen Kompetenzen und der erworbenen beruflichen Abschlüsse lässt sich der Bildungsstand der Bevölkerung nachzeichnen und damit annäherungsweise verdeutlichen, über welche Humanressourcen die Bevölkerung verfügt (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: S. 29 ff). Das Qualifikationsniveau kann als Maß für das Entwicklungspotential der Kommune an Humanressourcen bzw. umgekehrt für das Ausmaß von Ausgrenzungsrisiken am Arbeitsmarkt verwendet werden.

Die Entwicklung des Bildungsstands in Bezug auf **allgemeinbildende Abschlüsse** (Abb. 14) über einen Vergleich von drei Altersgruppen zeigt, dass der Hauptschulabschluss weiter an Bedeutung verliert. In der Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen hat nur noch jeder sechste seine Schullaufbahn mit diesem Abschluss beendet, während es bei der Alterskohorte der 30- bis 49-Jährigen noch jeder Dritte war. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass der Schulabschluss in der Alterskohorte der 15- bis 29-Jährigen nur bedingt aussagefähig ist, da sich ein nicht unerheblicher Anteil dieser Alterskohorte noch in der schulischen Ausbildung befindet. Dementgegen stiegen die Abschlüsse mit Hochschulreife, vor allem gegenüber der Alterskohorte der über 50-Jährigen, um mehr als 50 % an. Der Anteil der Frauen, die die Hochschulreife erwerben, liegt in der ersten Alterskohorte mit 26,5 % um fünf Prozentpunkte über dem der Männer. In der mittleren Alterskohorte liegen Frauen und Männer in diesem Bildungssegment noch gleichauf.

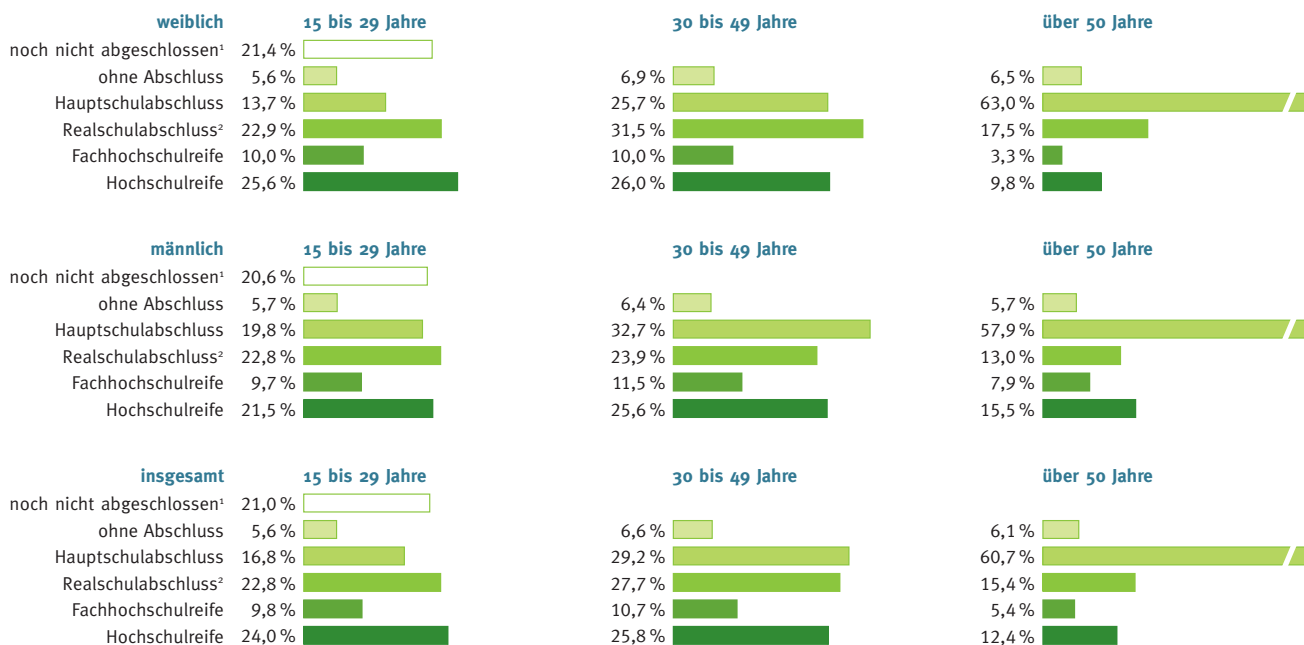
Auffallend ist die konstant hohe Quote von Personen in den Alterskohorten über 29 Jahren, die keinen allgemeinbildenden Schulabschluss erwerben.²⁹ Während die Quote bei den über 50-jährigen Personen noch bei 6,1 % liegt, hat sie sich in der darunter liegenden Alterskohorte (30 bis 49) negativ entwickelt. Dies muss vor dem Hintergrund weiter ansteigender Anforderungen hinsichtlich von Qualifikation in der Berufswelt und rückläufigen Beschäftigungszahlen für Personen mit niedrigem Ausbildungsstatus als problematisch eingestuft werden.

Abb. 14

Bevölkerung nach Bildungsstand – Höchster allgemeiner Schulabschluss

differenziert nach Geschlecht und Altersgruppen (2009)

allgemeine Schulabschlüsse



¹ einschließlich ohne Angabe und Schulausbildung vorübergehend nicht abgeschlossen
in den Altersgruppen 30 bis 49 Jahre und über 50 Jahre

² oder gleichwertiger Abschluss

Quelle: IT.NRW. Ergebnisse des Mikrozensus 2009, Düsseldorf 2011

29 Für die Alterskohorte der 15- bis 29-Jährigen können keine abschließenden Aussagen gemacht werden, da sich ein nicht unerheblicher Anteil dieser Alterskohorte noch in der schulischen Ausbildung befindet. Gleichwohl signalisieren die vorliegenden Daten keine Entwarnung.

Auch bei den **beruflichen Bildungsabschlüssen** (Abb. 15) zeigt sich der gestiegene Bildungsstand in der Bevölkerung: So weist jeder Neunte unter den 30- bis 49-Jährigen einen Hochschulabschluss auf, während in der Alterskohorte zwischen 50 und 65 Jahren nur jeder Dreizehnte einen solchen Abschluss besitzt. Hierbei schlägt zu Buche, dass die Geschlechterdifferenz bei diesen Abschlüssen für die Gruppe 30 bis 49 Jahre deutlich geringer ausfällt.

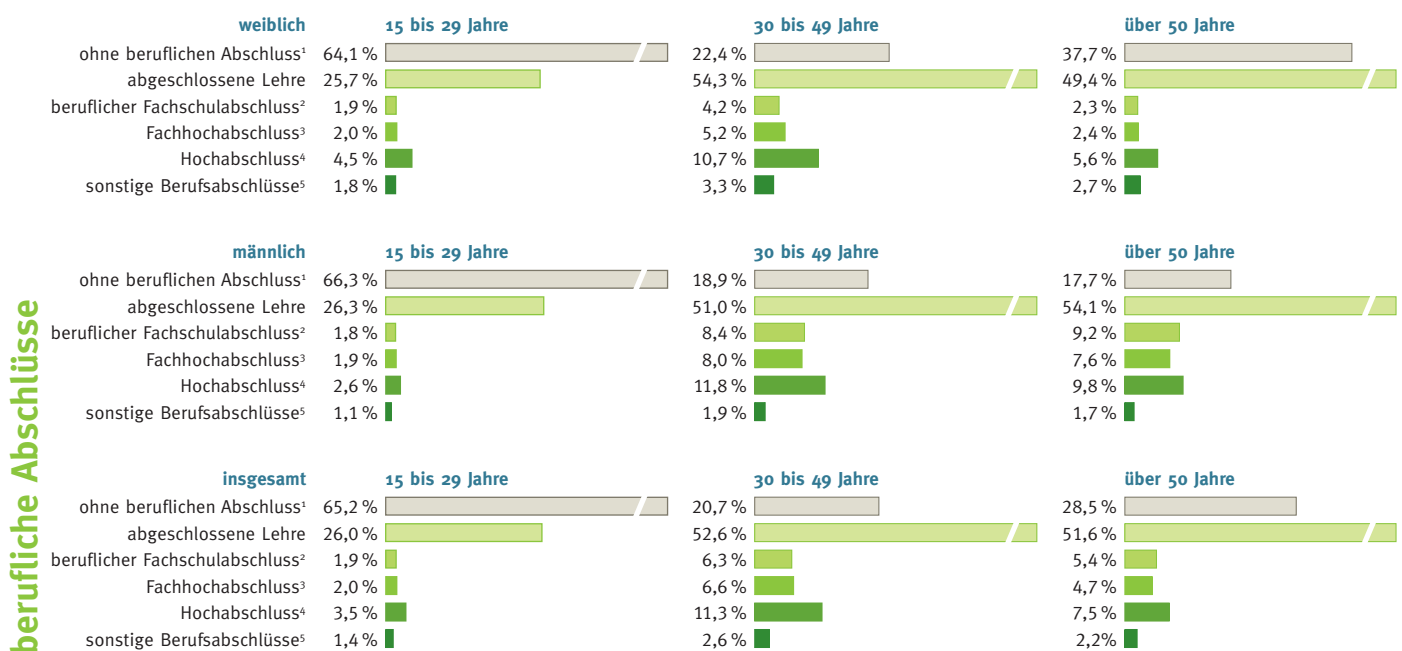
Auffallend ist allerdings für Männer und Frauen gleichermaßen, dass zwar mehr als ein Viertel (25,8% der Männer und 26,0% der Frauen) der Alterskohorte der 30- bis 49-Jährigen eine Hochschulzugangsberechtigung erworben hat, jedoch weniger als die Hälfte hiervon ein Hochschulstudium aufgenommen und erfolgreich beendet hat. Die Diskrepanz zwischen Hochschulberechtigung und dem Abschluss eines Studiums ist bei Frauen deutlich stärker ausgeprägt als bei Männern. Nur 15,9% der Frauen in der Alterskohorte 30 bis 49 Jahre haben ein Studium begonnen bzw. abgeschlossen. Bei den Männern liegt die Quote bei annähernd 20%.

Bei den 30- bis 49-Jährigen besitzen 18,9% der Männer und 22,4% der Frauen keinen beruflichen Abschluss. Während damit im Vergleich zur Alterskohorte der über 50-Jährigen der Anteil der Männer ohne jeden beruflichen Abschluss sogar leicht höher liegt, ist bei den Frauen dieser Anteil stark gefallen; bei den über 50-Jährigen lag der Anteil bei 37,7%. Insgesamt gehören damit rund ein Fünftel der 30- bis 49-jährigen Erwerbstätigen und fast ein Drittel der über 50-Jährigen zu jenen Gruppen auf dem Arbeitsmarkt, die hohe Risiken im Hinblick auf eine gesicherte Erwerbsperspektive tragen.

Bevölkerung nach Bildungsstand – Höchste berufliche Abschlüsse

Abb. 15

differenziert nach Geschlecht und Altersgruppen (2009)



¹ einschließlich Anlernausbildung, berufliches Praktikum und Berufsvorbereitungsjahr, vorübergehende Aussage für Altersgruppe 15 bis 29 Jahre; ² Meister-, Techniker- oder gleichwertiger Fachschulabschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fachakademie oder Berufsakademie; ³ einschließlich Ingenieurabschluss und Abschluss einer Verwaltungsfachschule; ⁴ einschließlich Promotion; ⁵ einschließlich ohne Angabe

Quelle: IT.NRW. Ergebnisse des Mikrozensus 2009, Düsseldorf 2011

Der Kohortenvergleich zwischen den Altersgruppen zeigt einen positiven Trend zum Erwerb höherer Bildungsabschlüsse, während Hauptschulabschlüsse an Bedeutung verlieren. Weiterhin verlässt ein nicht unerheblicher Anteil die Schule ohne Bildungsabschluss.

Auffallend ist die starke Zunahme des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung bei Frauen. Obwohl bei den Hochschulabschlüssen insgesamt eine deutliche Zunahme zu beobachten ist, entscheiden sich in der Alterskohorte der 30- bis 49-Jährigen mehr Männer für eine Hochschulausbildung als Frauen. Das zeitliche Zusammentreffen der Hochschulausbildung und der Familiengründung dürfte hierfür mit ursächlich sein.

A3-4 Quartierstypen bildungsrelevanter sozialer Belastungen

Aus bildungspolitischer Perspektive ist es sowohl für die Planung von Bildungs- und Integrationsangeboten als auch hinsichtlich einer erfolgreichen Bildungsbeteiligung in der frühen Kindheit von hohem Interesse, den Sozialraum von Kindern in den Blick zu nehmen. Während Stadtbezirke und statistische Bezirke aufgrund ihres Zuschnitts keinen direkten Bezug zu Bildungsinstitutionen zulassen, ist dies über eine Betrachtung der wohnortnahen Schuleinzugsbereiche³⁰ möglich. Da auf der Basis dieser wohnortnahen Schuleinzugsbereiche keine Daten zu Einkommen oder Transferleistungen existieren, wurde ein Index bildungsrelevanter sozialer Belastungen³¹ gebildet, der die Armutsbedrohung von Familienhaushalten erfasst. Kinder und Jugendliche, die in armutsbedrohten Familien leben, sind häufiger von sozialen, psychischen und kognitiven Problemen betroffen, was zu Konsequenzen hinsichtlich guter Schulleistungen und erfolgreicher Bildungsbiographien führt.

Ein Viertel der 47 wohnortnahen Schuleinzugsbereiche Bielefelds weist eine hohe Konzentration von Bildungsrisiken auf. Ihre geographische Lage erstreckt sich von der östlichen Innenstadt weiter in den Bielefelder Osten und in südlicher Richtung. Von den 32.761 Bielefelder Kindern der Altersgruppe 0 bis 10 Jahre lebten am 31.12.2010 30% in den Sozialräumen, die eine hohe Konzentration bildungsrelevanter sozialer Belastung aufweisen (Abb. 16).

30 Die Regelung, anhand einer städtischen Satzung die Grundschulbezirke verbindlich festzulegen, wurde durch eine Änderung des Schulgesetzes NRW obsolet. Durch den Wegfall fester Schulbezirke wurde der Begriff „wohnortnahe Schuleinzugsbereiche“ eingeführt.

31 Die Indexkonstruktion geht von der Annahme aus, dass Armutsbedrohung in bestimmten Familienformen gehäuft auftritt. Für die Konstruktion dieses Indexes wurden ausschließlich haushaltsbezogene Kennzahlen verwandt, da für Grundschulbezirke noch keine Daten über Einkommen oder Transferleistungen von Familienhaushalten verfügbar sind. Direkte Aussagen über z.B. den SGB II-Bezug von Familien sind somit nicht möglich. Trotz dieser Einschränkung kann von einer hohen Treffsicherheit des Index ausgegangen werden (siehe dazu auch den Lebenslagenbericht der Stadt Bielefeld für das Jahr 2009). Die Ergebnisse weisen, da sie in diesem Fall nur auf Übergangsquoten bezogen wurden, eine eingeschränkte Belastbarkeit auf. Um diese Einschränkung zu reduzieren, wird perspektivisch die Verfügbarkeit sozialstruktureller personen- oder haushaltsbezogener Merkmale für wohnortnahe Schuleinzugsbereiche für die weitere Entwicklung des Index für Bildungsrisiken anzustreben sein (vgl. Erziehung und Bildung in Offenbach 2009: 48ff). Der Index, der prototypisch für die Stadt Offenbach entwickelt wurde, basiert auf meldestatistischen Informationen und setzt sich aus vier Indikatoren zusammen: a) Anteil der Haushalte in Mehrfamilienhäusern, b) Anteil der Haushalte mit drei und mehr Kindern an allen Haushalten mit Kindern, c) Anteil der Haushalte mit Kindern und mindestens einem nicht-deutschen Elternteil an allen Haushalten mit Kindern und d) Der Anteil der Alleinerziehenden-Haushalte an allen Haushalten mit Kindern. Die einzelnen Indikatoren wurden berechnet und zu Summenscores mit einer Spanne zwischen 63,3 und 215,0 aufaddiert. Aufgrund der Spannweite von über 150 Punkten wurden Terzile gebildet. Der Score 63,3 bis 113,9 stellt einen Typ niedriger und der Score 164,7 bis 215 einen Typ hoher sozialer Belastungen dar.

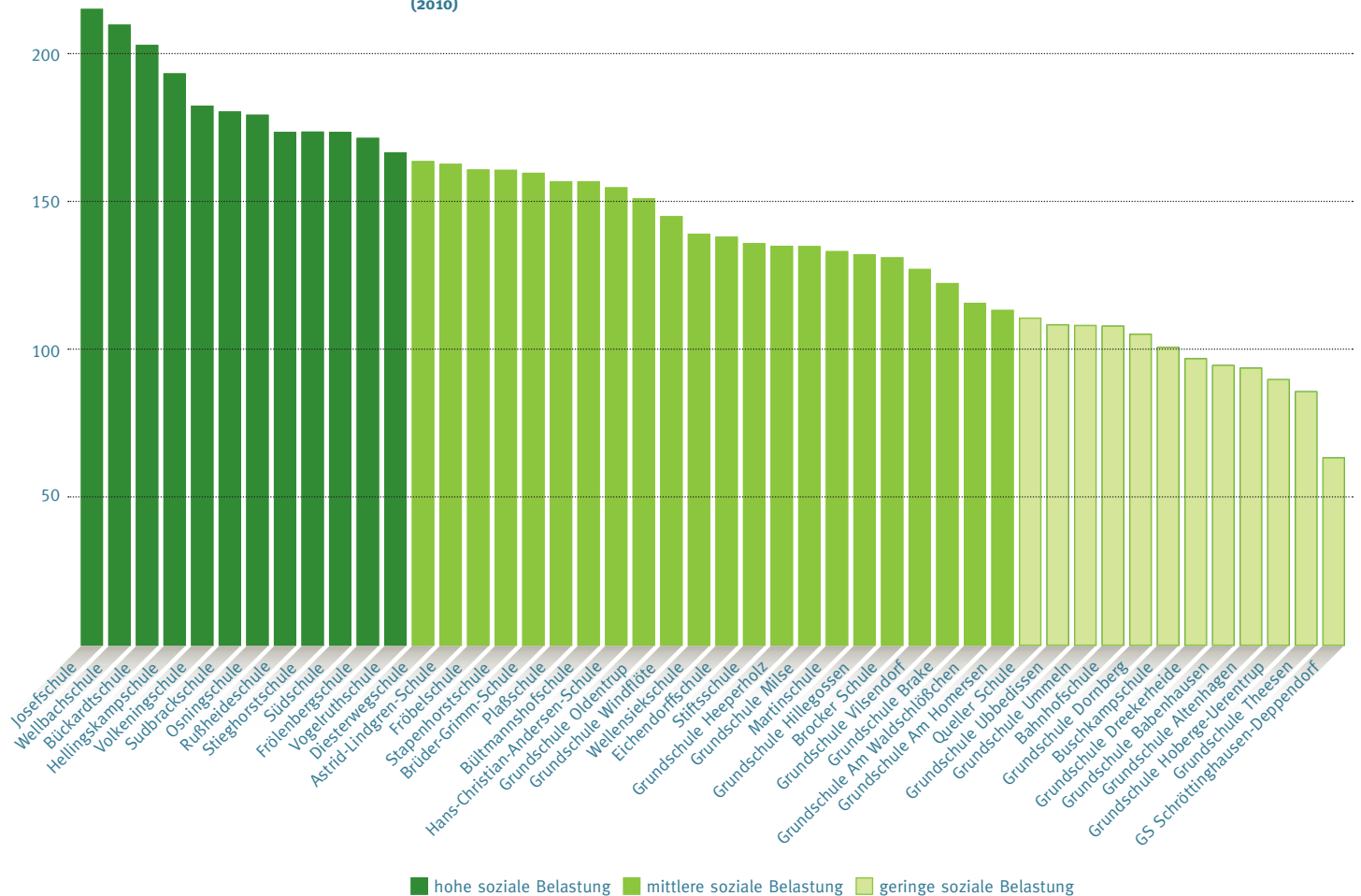


Abb. 17 verdeutlicht für 2010 die Höhe der bildungsrelevanten sozialen Belastung anhand des errechneten Punktwerts je wohnortnahe Schuleinzugsbereich. Die Aufstellung zeigt, dass es eine erhebliche Spannweite gibt und somit die Voraussetzungen für erfolgreiche Bildungslaufbahnen in der Bildungsregion sehr stark differieren.

Abb. 17

Bildungsrelevante soziale Belastungen nach wohnortnahen Schuleinzugsbereichen³²

(2010)



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen, Amt für Schule 2011

Ergänzend zu den bildungsrelevanten sozialen Belastungen wurden die Anteile der Absolventen mit Fachhochschulreife (FHR) und Allgemeiner Hochschulreife (AHR) des Schuljahres 2009/2010 der 18- bis 20-Jährigen an der Bevölkerung über ihre Meldeadresse ausgewertet, um zu verdeutlichen, in welchen wohnortnahen Schuleinzugsbereichen Schülerinnen und Schüler zum Zeitpunkt ihres Schulabschlusses gemeldet waren.³³

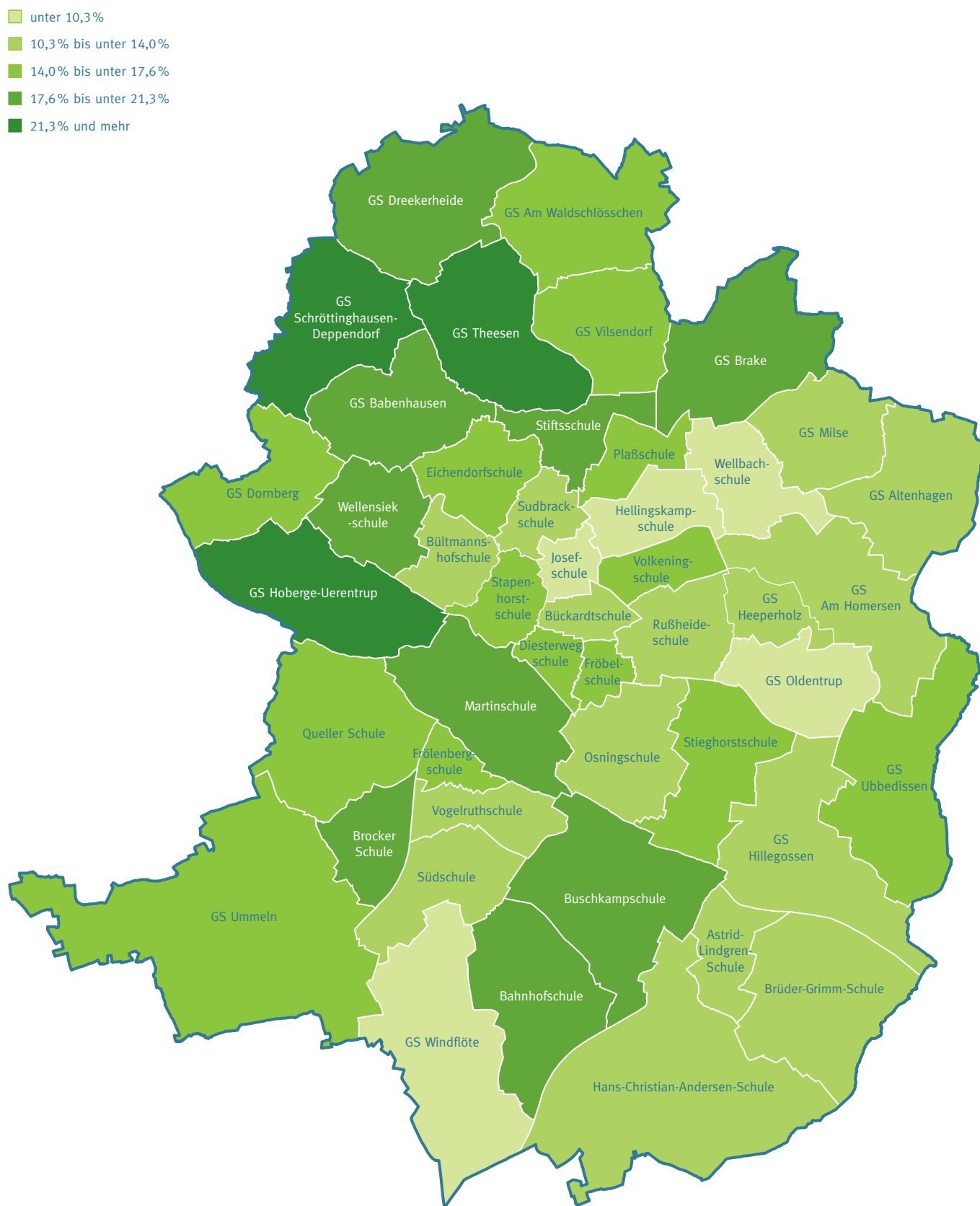
Die FHR- und AHR-Abschlussquoten weisen, je nach wohnortnahe Schuleinzugsbereich, Abweichungen vom Bielefelder Durchschnitt (vgl. B 2-8) auf. Während in einem Viertel der Schuleinzugsbereiche Bielefelds der Anteil der FHR- und AHR-Absolventen an den 18- bis 20-Jährigen der Bevölkerung deutlich über dem Durchschnitt (bezogen auf einen Jahrgang) liegt, weisen 20 der 47 wohnortnahen Schuleinzugsbereiche eine Quote unter bzw. nur leicht über dem Bielefelder Durchschnitt auf.

³² Die Klosterschule hat keinen wohnortnahen Schuleinzugsbereich, da sie als konfessionelle Grundschule Schülerinnen und Schüler aus dem gesamten Stadtgebiet aufnimmt. Seit dem Schuljahr 2011/2012 gilt dies auch für die Grundschule Hoberge-Uerentrup.

³³ Die geringen prozentualen Anteile ergeben sich aus den drei Altersgruppen 18 bis 20 Jahre. Um die tatsächlichen Quoten für einen Jahrgang zu ermitteln, müssen die Angaben mit drei multipliziert werden.

Anteil Schulabschluss Fach- und Hochschulreife 2010 an der Altersgruppe der 18- bis 20-jährigen

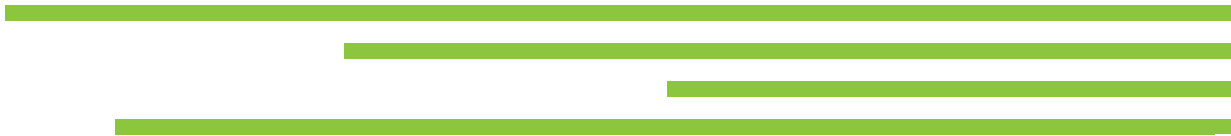
Abb. 18



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen, Amt für Schule 2011

Einen direkten Zusammenhang zwischen Bildungsrisiken und dem späteren individuellen Bildungserfolg, wie er hier für Bielefeld angedeutet wird, lässt sich aus den Daten nicht ableiten. Gleichwohl lassen sich Übereinstimmungen zwischen bildungsrelevanten sozialen Belastungen und späterem Bildungserfolg beobachten. Unabhängig von den hier dargestellten Ergebnissen belegen eine Vielzahl von nationalen und internationalen wissenschaftlichen Studien einen Zusammenhang zwischen Risikolagen und Bildungserfolg (vgl. Zur Lage der Kinder in Deutschland 59:2011/2012; OECD Bildung auf einen Blick 105ff und 557ff:2011; PISA 2009 Ergebnisse: Potenziale nutzen und Chancengerechtigkeit sichern – Sozialer Hintergrund und Schülerleistungen (Band II) (2010) Pisa 2009).

Neben unterschiedlich stark ausgeprägten familiären Unterstützungsmöglichkeiten für Kinder im Kontext Schule (Risikolagen) könnten auch die unterschiedlichen pädagogischen Konzepte der Grundschulen einen Einfluss auf den späteren Bildungserfolg besitzen.



Lerndimension

„Lernen Wissen zu erwerben“

Die Lerndimension „Lernen Wissen zu erwerben“ fokussiert das Lernen im Rahmen des formalen Bildungssystems.

Diese Lerndimension nimmt anhand von vier Indikatoren mit fünfzehn Teilindikatoren einige der in unmittelbarer und in mittelbarer kommunaler Verantwortung liegenden bildungspolitischen Handlungsfelder näher in den Blick. Neben der frühkindlichen Bildung (B 1) sind dies die allgemeinbildenden Schulen (B 2), nachschulische Lernaktivitäten (B 3) sowie die Bedeutung der Kommune als Hochschulstandort (B 4).

B



B 1 Beteiligung an frühkindlicher Bildung

Die Betrachtung frühkindlicher Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten und -pflege verdeutlicht, in welchem Alter Kinder in eine Institution mit einem gesetzlich verankerten Bildungsanspruch eintreten und so an Bildungsangeboten partizipieren können, die auch – und zunehmend mehr – der kognitiven Entwicklung dienen.

B 1-1 Versorgung mit Kindertagesstätten und -plätzen

Über den Aspekt „Versorgung mit Kindertagesstätten und -plätzen“ kann eine wohnortnahe Versorgung dargestellt werden. Der Besuch einer Kindertageseinrichtung wirkt sich nach Ergebnissen verschiedener Studien³⁴ positiv auf die Bildungsbiographien von Kindern aus. Dies gilt im besonderen Maß für Kinder aus bildungsfernen Familien, da sie in den Einrichtungen gezielt gefördert werden können.³⁵ Dementsprechend ist es für Kommunen von zentraler Bedeutung, ein gut ausgebautes Versorgungsangebot vorzuhalten.

Die Entwicklung der Bielefelder Kindertagesstätten weist zwischen 2005 und 2011 eine Steigerung um 8,4 % auf 187 Einrichtungen mit insgesamt 8.814 Plätzen, inklusive der Betreuung in heilpädagogischen Einrichtungen, auf (Stand: 12.2011). Die Anzahl der städtischen Einrichtungen ist mit 42 Einrichtungen über die Jahre konstant, da die Stadt nachrangig Kitas gegenüber freien Trägern betreibt (Subsidiaritätsprinzip). Bis zum 31.12.2010 wurden insgesamt 34 Einrichtungen zu Familienzentren³⁶ umgewandelt.

Gesamtstädtisch weist Bielefeld für das Kindergartenjahr 2010/11 einen Anteil weiblicher Kinder von rund 48 % aus. In den zurückliegenden Jahren lag der Anteil der Mädchen konstant zwischen 48 % und 49 %.³⁷

Rund 45 % der drei- bis sechsjährigen Kinder, die in den Bielefelder Kindertageseinrichtungen betreut werden, weisen einen Migrationshintergrund auf. Bei den unter dreijährigen Kindern liegt die Quote bei 32 %.³⁸

In jenen wohnortnahen Schuleinzugsbereichen, die eine hohe Konzentration bildungsrelevanter sozialer Belastungen aufweisen, liegt die Quote der drei- bis sechsjährigen Kinder, die einen Migrationshintergrund haben, bei 64 %. Bei den unter dreijährigen Kindern liegt die Betreuungsquote in diesen Bezirken bei 38 % und somit höher als im Durchschnitt.

Hinsichtlich der wohnortnahen Versorgung mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen besteht scheinbar ein Widerspruch zwischen den rechnerischen Bedarfen an Betreuungsplätzen und der realen Nachfrage. So weisen einige Kindergartenbezirke eine unterdurchschnittliche Versorgungsquote auf, gleichwohl sind Plätze in den Einrichtungen nicht besetzt. Eine mögliche Erklärung ist die Ausweitung von Einrichtungen mit speziellen pädagogischen Konzepten, die Berufswege der Eltern, die eine arbeitsplatznahe Betreuung wünschen, und die Ausweitung von Betriebskindergärten.³⁹

Abb. 19 zeigt die Standorte von Kindertageseinrichtungen differenziert nach städtischer und freier Trägerschaft in der Kommune.

34 Vgl. OECD Studie 2004: Lernen für die Welt von morgen. Erste Ergebnisse von PISA 2003; Tietze, W u.a. 2005 Kinder von 4 bis 8 Jahren.

35 Vgl. Kratzmann, J. und Schneider, T. 2008: Soziale Ungleichheit beim Schulstart

36 „Familienzentren erweitern die Bildungsförderung und beziehen vor allem Eltern stärker ein. Durch die Bündelung von Bildung, Beratung und Betreuung wird eine umfassende Familienförderung gewährleistet, die Eltern und Kindern passgenaue Unterstützung im Stadtteil anbietet. [...] Die Integration von Familien mit Zuwanderungsgeschichte gehört zu ihren besonderen Aufgaben.“ Vgl. MSW / MGFFI NRW „Mehr Chancen durch Bildung von Anfang an“ 2010:11

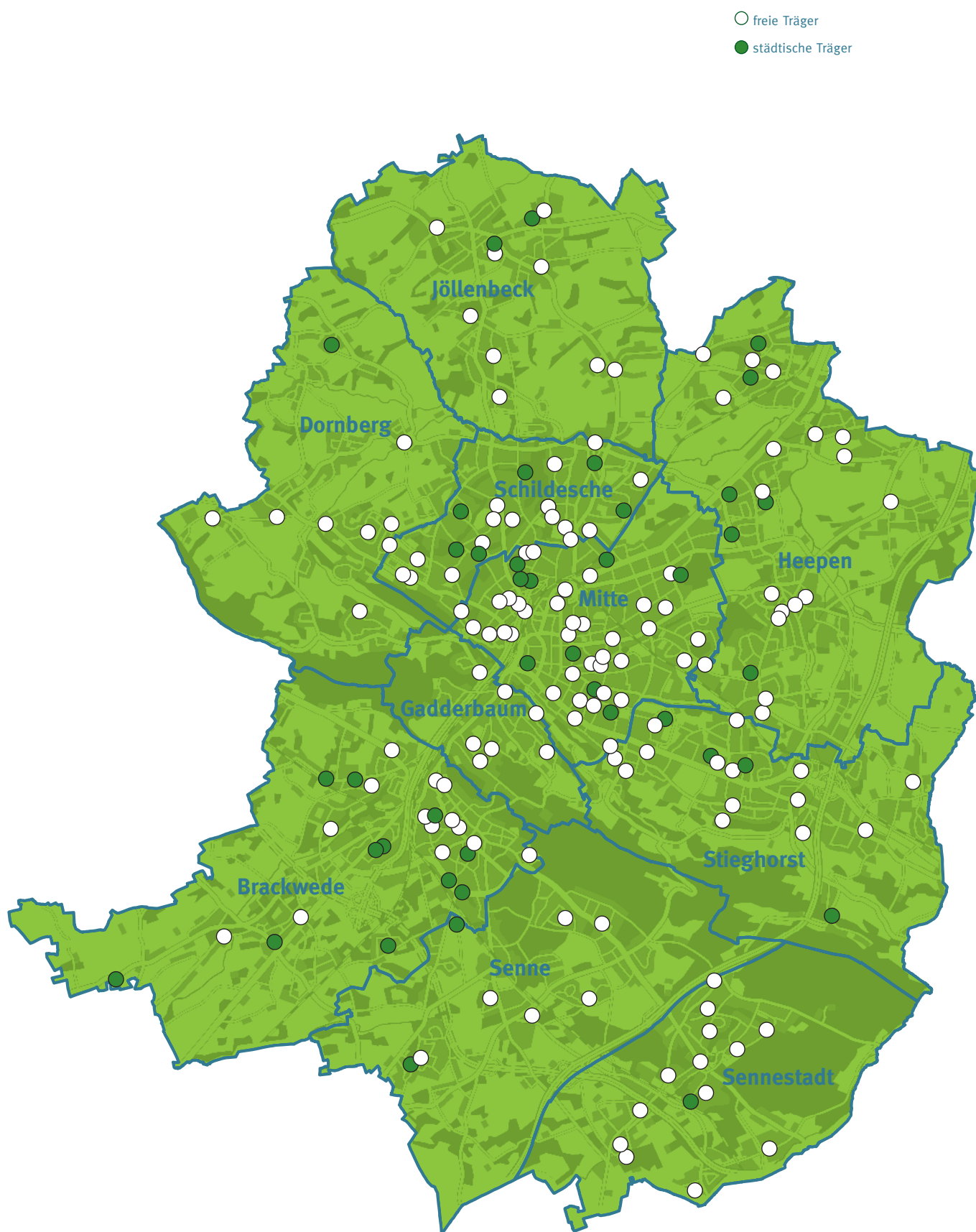
37 Einrichtungsbezogene Daten zur Geschlechterstruktur werden nicht erhoben.

38 Die Daten wurden im Kindergartenjahr 2010/11 im Mai 2011 im Rahmen einer Erhebung des Bildungsbüros der Stadt Bielefeld erhoben. Insgesamt beteiligten sich 83 % der Bielefelder Kindertageseinrichtungen an der Erhebung.

39 Vgl. Kindergartenbedarfsplanung 2011/12:2

Kindertageseinrichtungen in Bielefeld nach städtischen und Einrichtungen freier Träger

Abb. 19



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Jugend und Familie; Kartengrundlage: Stadt Bielefeld, Amt für Geoinformation und Kataster 2012

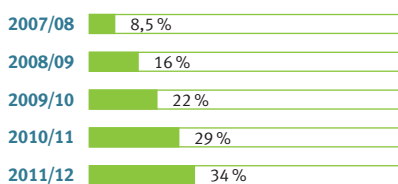
B 1-2 Bildungsbeteiligung von unter 7-Jährigen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege

Ein zentrales kommunales Element zum Abbau sozialer Benachteiligung bei unter 7-Jährigen ist die ausreichende Bereitstellung von Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten und der Kindertagespflege. Besondere politische Aufmerksamkeit gilt der Bildung, Betreuung und Erziehung von unter 3-Jährigen. Ab 2013 sind die Kommunen gesetzlich verpflichtet, für diese Kinder bedarfsgerecht Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege vorzuhalten.

Abb. 20

Entwicklung der Versorgungsquote der Betreuungsplätze für unter Dreijährige

in Kindertagesstätten und in der Tagespflege



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Jugend und Familie 2011

Bielefeld weist im Kindergartenjahr 2011/12 eine Versorgungsquote der drei- bis sechsjährigen Kinder in Kindertageseinrichtungen von 96,3 % auf. Im Vergleich dazu lag die Versorgungsquote in Nordrhein-Westfalen bei annähernd 92 % im Kindergartenjahr 2010/11.

Hinsichtlich der Versorgungsquote der unter Dreijährigen in Kindertageseinrichtungen wurde 2011/12 eine Quote von 27,8%⁴⁰ erreicht. Berücksichtigt man die Plätze in der Kindertagespflege (6,3 %), hält Bielefeld insgesamt für 34,1% der Kinder unter drei Jahren ein Betreuungsangebot vor (Abb. 20). Auf Landesebene wird inklusive der Tagespflege hingegen eine Quote von durchschnittlich 14 % (Bundesdurchschnitt 23 %) erreicht.⁴¹

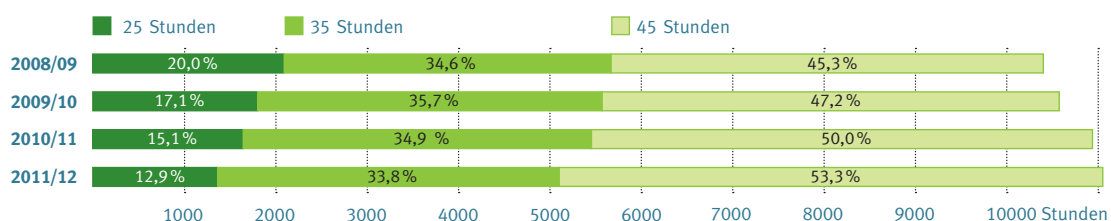
Die Nachfrage nach Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen für unter dreijährige Kinder überstieg in den zurückliegenden Jahren das vorgehaltene Angebot in Bielefeld. Die Betreuung dieser Kinder durch die Kindertagespflege stellt ein paralleles Angebot dar. Qualitativ werden an beide Betreuungsarten die gleichen Anforderungen gestellt. Kritisch gesehen werden muss jedoch, inwieweit die Kindertagespflege den Qualitätsanspruch hinsichtlich der Aus- und Weiterbildung beim eingesetzten Personal einlösen kann.

Mit der Einführung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) wurde den Eltern die Wahlmöglichkeit hinsichtlich der Betreuungszeiten, die die Kinder in den Einrichtungen verbringen, ermöglicht. Seit 2008 ist eine Steigerung der Ganztagsbetreuung (bis 45 Stunden) um ca. 30 % festzustellen. Im Kindergartenjahr 2011/12 nutzten rund 53 % der Eltern für ihre Kinder einen Ganztagesplatz, während nur rund 34 % einen 35- und rund 13 % einen 25-Stundenplatz belegten (Abb.21).

Abb. 21

Entwicklung der vereinbarten Stundenkontingente in Kindertageseinrichtungen

zwischen 2008/09 und 2011/12



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Jugend und Familie 2011

Die Versorgungsquote der unter 7-Jährigen in Kindertageseinrichtungen ist in Bielefeld außerordentlich gut. Die ab 2013 geltenden gesetzlichen Vorgaben zum bedarfsgerechten U3-Ausbau werden aus heutiger Sicht voll erfüllt.

⁴⁰ Vgl. Kindergartenbedarfsplanung Stadt Bielefeld 2011/12

⁴¹ Vgl. Bock-Famulla, K. und Lange J.: Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2011: 170 ff

B 1-3 Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung

Der frühe Spracherwerb und der sichere Umgang mit der deutschen Sprache ist die Basis für erfolgreiche Bildungsbiographien und ein Schlüssel für Integration. Eine frühe Sprachförderung erhöht die Chancengleichheit und begünstigt individuelle Erfolge im Bildungssystem.⁴² Mit dem Testverfahren Delfin⁴³ wurde die Überprüfung der Sprachkompetenz aller Kinder zwei Jahre vor Einschulung landesweit verbindlich festgelegt. Dies geschieht in Zusammenarbeit zwischen den Kindertageseinrichtungen und den Grundschulen. Die Ergebnisse der Testverfahren liefern Erkenntnisse über die Sprachentwicklung der Kinder und den individuellen Förderbedarf.

In Bielefeld werden parallel zum Testverfahren **Delfin 4** die Sprachbeobachtungsverfahren **sismik** (Sprachverhalten und Interesse an Sprache bei Migrantenkindern in Kindertageseinrichtungen) und **seldak** (Sprachentwicklung und Literacy bei deutschsprachig aufwachsenden Kindern)⁴⁴ zur Überprüfung der Sprachkompetenz aller Kinder zwei Jahre vor Einschulung eingesetzt.

Die Testergebnisse nach Delfin 4 zeigen, dass sich die Quote der Vierjährigen, bei denen ein Sprachförderbedarf diagnostiziert wurde, im Betrachtungszeitraum zwischen 2008/09 und 2010/12 um rund 6 Prozentpunkte erhöht hat. Im Schuljahr 2011/12 lag die Quote bei 32,6%.

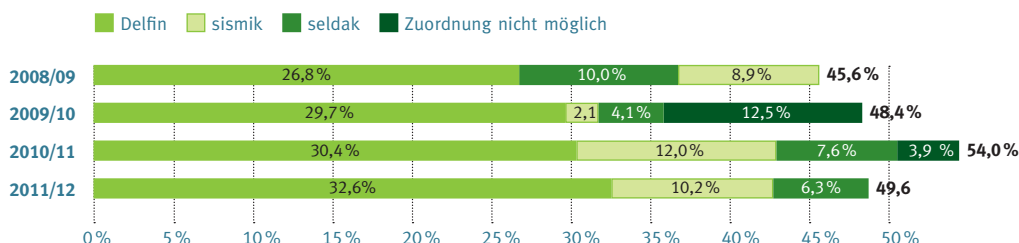
Die beiden ergänzend in Bielefeld verwendeten Sprachbeobachtungsverfahren sismik und seldak stellen einen weiteren erheblichen Förderbedarf bei vierjährigen Kindern fest (vgl. Abb. 22). Insgesamt lag die Quote der Kinder, die in Bielefeld im Schuljahr 2011/12 im Sprachbereich gefördert werden, bei rund 50%. Damit ist die Gesamtquote im Betrachtungszeitraum um vier Prozentpunkte angestiegen.

In Bielefeld werden alle Kinder, bei denen ein Sprachförderbedarf diagnostiziert wird, über einen Zeitraum von zwei Jahren in Grund- und Aufbaukursen gefördert.

Anteil der Kinder mit Sprachförderbedarf nach Testverfahren

Abb. 22

in Relation zur Gesamtzahl der getesteten Kinder



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Integration 2012

Ein erheblicher Anteil (50%) der vierjährigen Kinder weist in Bielefeld einen Sprachförderbedarf auf. Dies gilt nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund, sondern auch für Kinder mit Deutsch als Erstsprache.

Bereits 2006 hat die Stadt Bielefeld die frühe Sprachförderung vierjähriger Kinder als wichtiges Handlungsfeld festgeschrieben. Die Einführung der beiden Sprachbeobachtungsverfahren (sismik und seldak), die über das Testverfahren Delfin 4 hinaus in allen Kindertageseinrichtungen sämtlicher Träger angewendet werden, unterstreicht den Stellenwert, der der Sprachentwicklung in der Bildungsregion aktuell und in der Zukunft beigemessen wird.

42 Vgl. Konsortium Vorstudie Bildungsbericht Ruhr 2009:37 ff

43 Delfin: Diagnostik, Elternarbeit, Förderung der Sprachkompetenz In Nordrhein-Westfalen

44 Parallel zu der Implementierung der beiden Erhebungsverfahren sismik und seldak wurde eine durch die Universität Bielefeld, Fakultät für Linguistik und Literaturwissenschaft, durchgeführte wissenschaftliche Begleitstudie des Projekts mit dem Ziel begonnen, den zweisprachlichen Entwicklungsverlauf nachzuzeichnen und den Einfluss von Sozialisationskontexten bei Spracherwerb näher zu bestimmen.

B 2 Allgemeinbildende Schulen: Versorgung, Einmündung und Unterstützung, Übergänge und Abschlüsse

Dieser Indikator bildet über acht Teilindikatoren den aktuellen kommunalen Stand im allgemeinbildenden Schulwesen ab. Dessen wichtigstes Strukturmerkmal ist die starke Ausdifferenzierung von Bildungsgängen und Schulformen. Einstiegs- und Übergangsentscheidungen wirken sich langfristig auf die weiteren Bildungschancen und die Zugänge zum Berufsleben aus. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche, die unter sozial ungünstigen Bedingungen aufwachsen. Eine Aufgabe der Kommune ist es daher, in Kooperation mit weiteren schulischen Akteuren die Durchlässigkeit des Schulwesens durch geeignete Unterstützungs- und Versorgungsmaßnahmen zu erhöhen.

B 2-1 Schulen und Schülerzahlen, Besuchsquote von Grundschulen

Der Aspekt „Schulen und Schülerzahlen, Besuchsquote von Grundschulen“ nimmt die wohnort-nahe Versorgung mit Grundschulen einschließlich der Bildungswanderung in den Fokus.

Im Schuljahr 2010/11 wurden in Bielefeld 59.129 Schülerinnen und Schüler an 117 öffentlichen und privaten Schulen unterrichtet.⁴⁵ Die Abb. 23 gibt einen Überblick, wie sich die Schulen nach städtischer und nichtstädtischer Trägerschaft verteilen.

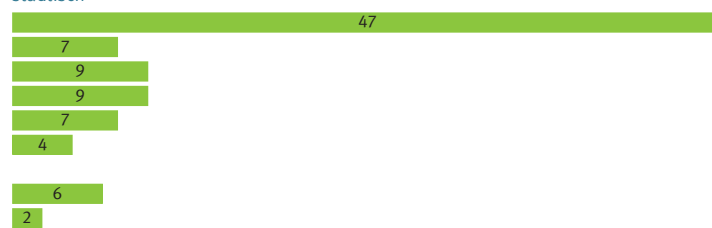
Abb. 23

nicht städtisch



Anzahl der Schulen in Bielefeld 2010/11 nach Schulformen und Trägerschaft

städtisch



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

Die Anzahl der in Bielefeld beschulten Schülerinnen und Schüler hat sich insgesamt zwischen 2006 und 2010 nur marginal (-0,7 %) verringert. Die Schülerzahlen der Grundschulen waren in diesem Zeitraum um rund 7 % rückläufig und die der Hauptschulen um annähernd ein Viertel. Dies führte im Schuljahr 2011/12 dazu, dass an drei von neun Hauptschulen keine Eingangsklasse gebildet werden konnte.

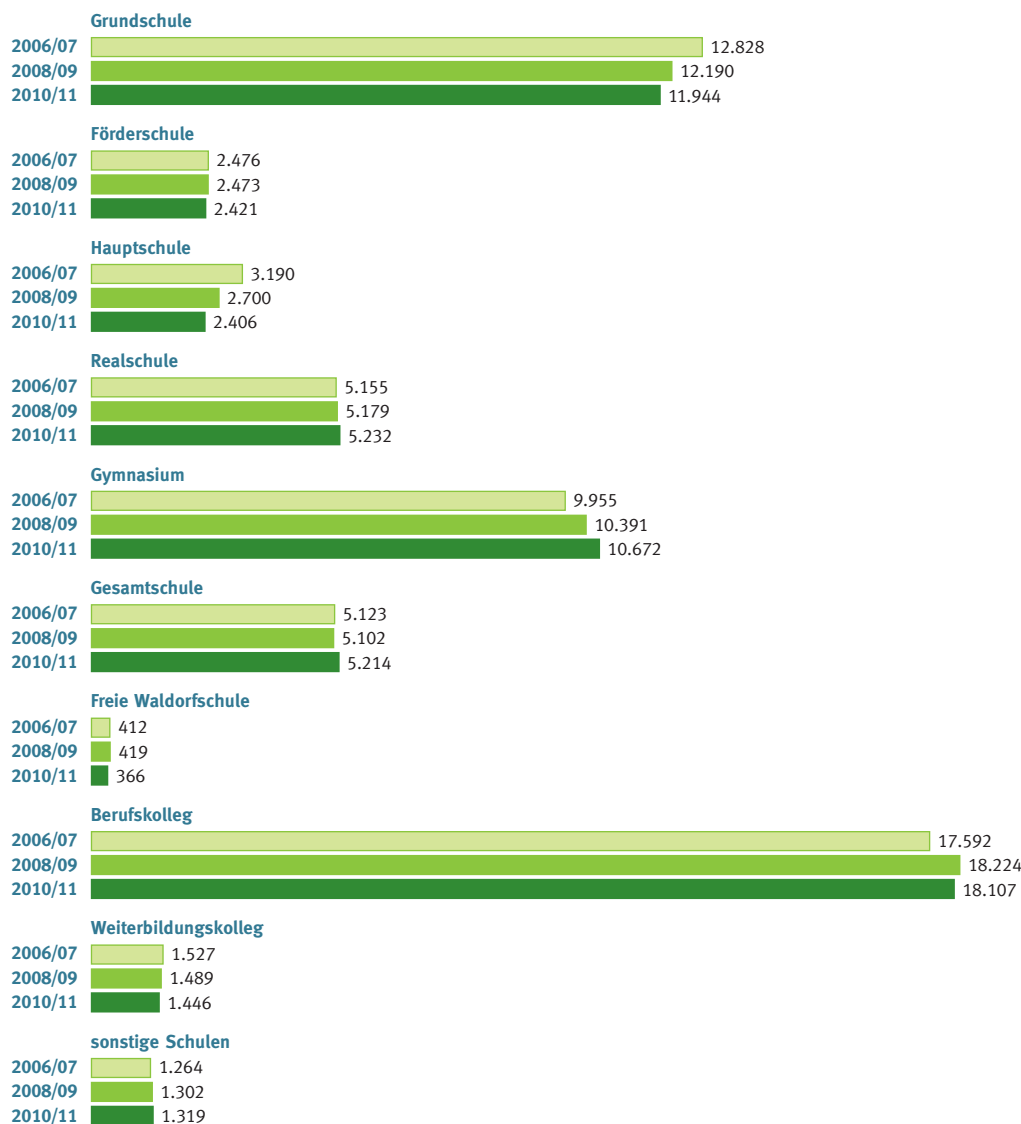
Eine deutliche Zunahme der Schülerschaft verzeichnen hingegen die Gymnasien. In dieser Schulform stiegen die Schülerzahlen im Betrachtungszeitraum insgesamt um 7,2 % an (Abb. 24). An den Gymnasien in freier Trägerschaft erhöhten sich die Schülerzahlen um 10,4 % und damit deutlich stärker als an den städtischen Gymnasien (+5,7 %)⁴⁶. Hintergrund für die Entwicklung der Schülerzahlen an den Gymnasien in freier Trägerschaft ist der seit Jahren zu beobachtende Trend zum Gymnasium, der zu einer hohen Verdichtung an dieser Schulform geführt hat. Eine deutliche Kapazitätsaufstockung an den städtischen Gymnasien, um die weiter ansteigenden Übergangsquoten zu dieser Schulform bis zur Entlastung durch die Schulzeitverkürzung (2013) zu kompensieren, war ohne bauliche Erweiterung nicht möglich. In der Konsequenz stellte die Stadt Bielefeld den Gymnasien in freier Trägerschaft finanzielle Mittel zur Verfügung, um die Platzkapazitäten aufzustocken. Das damit entstandene zusätzliche Kontingent ist somit für die höheren Schülerzuwächse an den Gymnasien in freier Trägerschaft ursächlich.

⁴⁵ 52 % der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen waren männlich.

⁴⁶ Daten: Schulentwicklungsplanung der Stadt Bielefeld 2011

Schülerzahlen Bielefelder Schulen nach Schulformen

Abb. 24



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

In nicht unerheblichem Umfang sind Prozesse der **Bildungswanderung aus angrenzenden Kommunen** an Bielefelder Schulen der Sekundarstufen I und II und hier insbesondere an die Förderschulen und die Berufskollegs zu beobachten. 17,5 % der in Bielefeld beschulten Schülerinnen und Schüler pendeln im Schuljahr 2010/11 aus angrenzenden Kommunen ein.⁴⁷

Prozesse der **innerstädtischen Bildungswanderung von Schülerinnen und Schülern im Primarstufenbereich** lassen sich aufgrund des grundsätzlichen Rechtsanspruchs auf wohnortnahe Beschulung gut nachzeichnen. Bedingt durch bewusste Entscheidungen der Eltern über den Schulort, die auch die Wahl von konfessionellen und nichtstädtischen Schulen beinhaltet, oder teilweise nicht ausreichenden Platzkapazitäten an den wohnortnahen Grundschulen, kam es im Schuljahr 2010/11 zu erkennbaren Bildungswanderungen der Schulanfänger. So weisen einige Schulen eine Abwanderung von bis zu 60 % der im wohnortnahen Schuleinzugsbereich lebenden Kinder auf, während andere Schulstandorte eine Zuwanderungsquote von 114 % erreichen und damit mehr als doppelt so viele Kinder beschulen, als in dem wohnortnahen Schuleinzugsbereich leben⁴⁸ (Abb. 25).

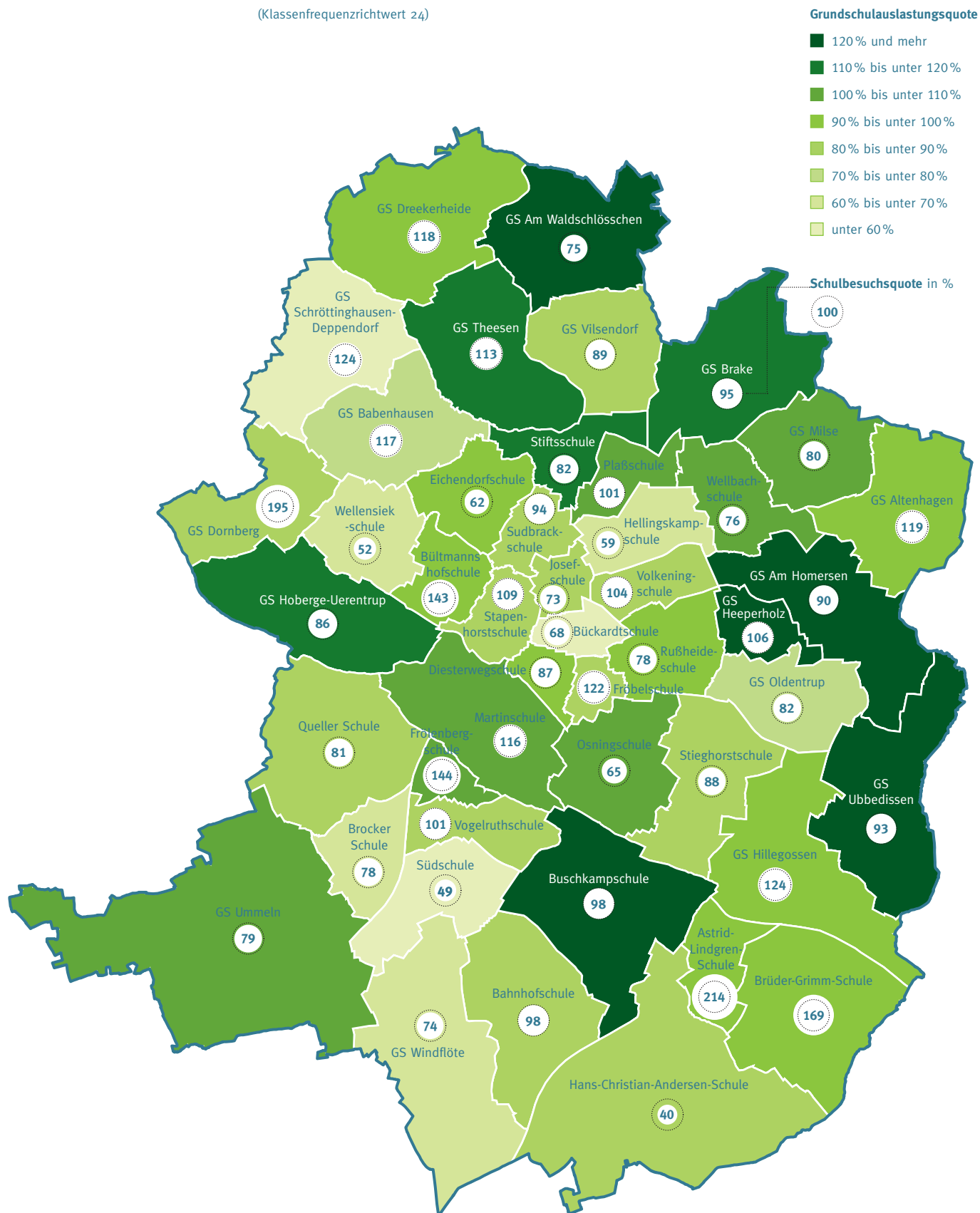
47 IT.NRW

48 Die Erstellung der Quoten basiert auf der Anzahl der Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Schule dividiert durch die Wohnbevölkerung im Grundschulalter.

Abb. 25

Schülerwanderung zwischen wohnortnahen Schuleinzugsbereichen und Grundschulauslastungsquote auf der Basis der Aufnahmekapazität

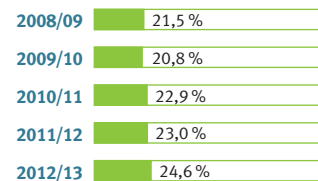
(Klassenfrequenzrichtwert 24)



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

Abb. 26

Anmeldungsquote an nicht wohrtortnächsten städtischen Grundschulen



Quelle: IT.NRW / Stadt Bielefeld,
Amt für Schule 2012

Die dargestellte Bildungswanderung im Grundschulbereich führt zu deutlich unterschiedlichen Auslastungen der Grundschulen, die auf den jeweils festgelegten Aufnahmezugigkeiten der Grundschulen sowie dem Klassenfrequenzrichtwert von 24 Schülerinnen und Schülern je Klasse basieren. Die Auslastungen variieren in einer Bandbreite von 53 % bis 128 %, wobei der Durchschnittswert der Bielefelder Grundschulen bei 93 % liegt.

In den zurückliegenden Jahren ist ein deutlicher Trend in der Bildungswanderung von Grundschülerinnen und Grundschülern zu beobachten. Der Anteil der Eltern, die sich nicht für die wohnortnächste Grundschule entscheiden, ist seit dem Schuljahr 2008/09 um 3,1 Prozentpunkte auf 24,6 % gestiegen (Abb. 26)⁴⁹.

Ein Viertel der Grundschülerinnen und Grundschüler wird nicht an der wohnortnächsten Schule beschult.

Die Stadt Bielefeld hält als Oberzentrum ein umfangreiches, nach allen Schulformen differenziertes Angebot vor, das auch von einem erheblichen Anteil auswärtiger Schülerinnen und Schüler genutzt wird. Im Betrachtungszeitraum sind die Schülerzahlen insgesamt marginal rückläufig. Mit Blick auf die unterschiedlichen Schulformen zeigt sich jedoch, dass sich die Schülerzahlen sowohl in den Grundschulen als auch in den Hauptschulen stärker negativ entwickeln als insgesamt. Dies führt bereits jetzt an vielen Standorten im Grund- und Hauptschulbereich zu räumlichen Überkapazitäten. Diese Entwicklung wird sich durch die demographische Entwicklung und das Schulwahlverhalten zuspitzen.

49 Der Anteil der städtischen Bekenntnisschulen am Gesamtanteil beträgt ca. 3,1 %

B 2-2 Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf nach Art des Förderschwerpunkts

Kinder und Jugendliche, die in ihren Bildungs-, Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten beeinträchtigt sind, so dass ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschwert ist, erhalten eine sonderpädagogische Förderung. Obwohl die Kultusministerkonferenz bereits Mitte der 1990er Jahre empfohlen hat, sonderpädagogische Förderung als gemeinsame Aufgabe für grundsätzlich alle Schulen anzustreben, wird in Deutschland die Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Förderbedarf weiterhin überwiegend in speziellen, nach Förderbedarf ausgerichteten, Förderschulen vorgenommen.⁵⁰

2009 wurde die UN-Behindertenrechtskonvention aus dem Jahr 2006 von Deutschland mit dem Ziel ratifiziert, ein inklusives Bildungssystem aufzubauen. Benachteiligungen im Bildungsbereich aufgrund eines sonderpädagogischen Förderbedarfs sollen, sofern organisatorisch und personell möglich, sukzessive zugunsten einer inklusiven Beschulung in einer Regelschule abgebaut werden. Der Indikator bildet das Ausmaß der Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in das allgemeine Schulsystem ab und verdeutlicht, wie die vor Schulbeginn festgestellten Einschränkungen integrativ gefördert werden.

Im **Bundesdurchschnitt** beläuft sich der Anteil der integrativ unterrichteten Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf 2008/09 auf 18,4 %. Während in den Grundschulen noch 33,6 % der Kinder mit entsprechendem Förderbedarf inklusiv betreut werden, sind es in den weiterführenden Schulen nur noch 14,9 %.⁵¹

In **Nordrhein-Westfalen** wurde der Gedanke eines inklusiven Bildungssystems bisher nicht in geltendes Recht umgesetzt. Der Landtag hat im Dezember 2010 die Landesregierung beauftragt, die Forderung zur Entwicklung eines inklusiven Schulsystems umzusetzen und einen Inklusionsplan zu entwickeln. Der sonderpädagogische Förderbedarf wird weiterhin im AO-SF-Verfahren⁵² festgestellt. Förderort kann neben der speziellen Förderschule auch eine allgemeinbildende Schule sein. Nordrhein-Westfalen beschult in 2008/09 durchschnittlich 30,2 % der Kinder mit Förderbedarf in Grundschulen integrativ. In den Schulen der Sekundarstufen I und II sind es hingegen nur 8 %.

Erste Hinweise über die Entwicklung des bei Kindern diagnostizierten sonderpädagogischen Förderbedarfs in der **Stadt Bielefeld** liefern die vom Gesundheitsamt durchgeführten Schuleingangsuntersuchungen. Im Bereich der sonderpädagogischen Förderung stiegen die festgestellten Förderfälle zwischen 2005/06 und 2009/10 um 1,7 Prozentpunkte auf 5,6 % an. Auffällig ist, dass der Jungenanteil, bei denen ein sonderpädagogischer Förderbedarf diagnostiziert wurde, im Betrachtungszeitraum bei durchschnittlich 70 % lag. In den Schuljahren 2007/08 und 2009/10 lag der Anteil der Kinder mit diagnostiziertem sonderpädagogischen Förderbedarf, deren Erstsprache⁵³ nicht Deutsch war, zwischen 35,9 % und 42,6 %. Während 2005/06 der Anteil der Kinder nach dieser Definition von Migration, bei denen ein sonderpädagogischer Förderbedarf diagnostiziert wurde, noch bei 35,9 % lag, stieg er bis zum Schuljahr 2009/10 auf 39,4 %.⁵⁴

50 4,9 % der Schülerinnen und Schüler wurden in Deutschland 2008 an Förderschulen unterrichtet. In NRW lag die Quote bei 5,2 % und somit leicht über dem Bundesdurchschnitt.

51 Vgl. Klemm, K.: Gemeinsam lernen. Inklusion leben 2010:8 ff

52 Für Kinder, bei denen sich zu Beginn der Schulpflicht oder während des Besuchs der allgemeinen Schule Anhaltspunkte dafür ergeben, dass sie im Unterricht nur mit sonderpädagogischer Unterstützung hinreichend gefördert werden können, ist ein Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs [...] gemäß der Verordnung über sonderpädagogische Förderung AO-SF (Ausbildungs-Verordnung Sonderpädagogischer Förderung) § 52 Schulgesetz NRW durchzuführen.

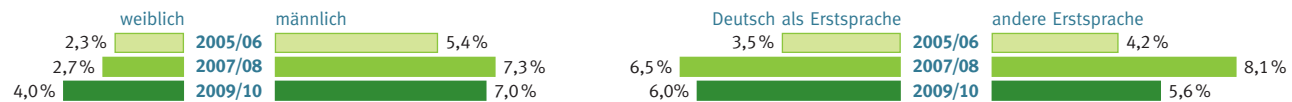
53 In den ersten vier Lebensjahren vorwiegend gesprochene Sprache.

54 Daten: Gesundheits-, Veterinär- & Lebensmittelüberwachungsamt Stadt Bielefeld

Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf⁵⁵

Abb. 27

in Relation zur Größe des Einschulungsjahrgangs differenziert nach Geschlecht und Erstsprache



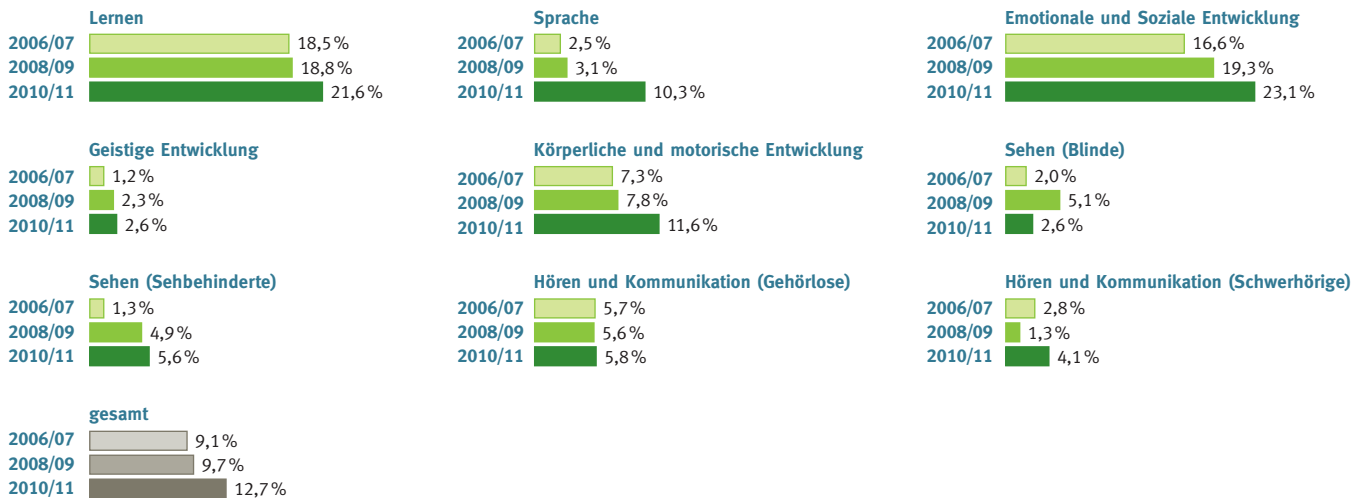
Quelle: Stadt Bielefeld, Gesundheitsamt 2011

Ein zunehmender sonderpädagogischer Förderbedarf ist zu beobachten, der nicht nur auf den Migrationshintergrund (bzw. die in den ersten vier Lebensjahren gesprochene Fremdsprache) zurückzuführen ist.

Bereits 1987/88 wurde der „Gemeinsame Unterricht“ (GU)⁵⁶ behinderter und nichtbehinderter Kinder an Grundschulen in Bielefeld eingeführt. 2010/11 hielten 22 % der Grundschulen GU-Plätze für Schulanfänger vor. 5,1 % der Bielefelder Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf in der **Primarstufe** werden in GU-Klassen der Grundschulen unterrichtet, was in etwa den 5,6 % der Kinder entsprach, denen im Einschulungsjahrgang 2010 eine sonderpädagogische Förderung attestiert wurde. 2010/11 werden an den weiterführenden Schulen der **Sekundarstufe I** 5,2 % der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf in Bielefeld in Integrationsklassen beschult. Die Integrationsquote für Kinder mit Förderbedarf in Regelschulen stieg zwischen 2006/07 und 2010/11 von 9,1 % auf 12,7 % an.

Anteil der im allgemeinen Schulsystem integrierten Schülerinnen und Schüler nach sonderpädagogischen Förderschwerpunkten

Abb. 28



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

Insbesondere in den Förderbereichen „Lernen“, „Sprache“, „emotionale und soziale Entwicklung“ sowie „körperliche und motorische Entwicklung“ konnten die Integrationen in eine Regelschule deutlich erhöht werden. Die verschiedenen Integrationsquoten deuten darauf hin, dass sich bestimmte Förderschwerpunkte wie „Lernen“ oder „Emotionale und soziale Entwicklung“ einfacher in das Regelschulsystem integrieren lassen, als z. B. „Sehen“ und „Hören“, für die spezifische Gegebenheiten notwendig sind. Die bisher erreichte Integrationsquote (12,7 % in 2010) ist eine positive Entwicklung, liegt jedoch noch deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts (18,4 % in 2008).

⁵⁵ Abweichungen zwischen der Kennzahl „Geschlecht“ und „Sprache“ resultieren aus der nicht durchgängig bei allen Kindern erhobenen Kennzahl Sprache.

⁵⁶ Der GU kann als Vorstufe zu einer inklusiven Beschulung verstanden werden.

B 2-3 Ganztagsbetreuung von Schülerinnen und Schülern des Primar- und Sekundarbereichs nach Art des Angebots

Die Ganztagsbetreuung, die in den zurückliegenden Jahren von Bund, Land und Stadt deutlich ausgebaut wurde, liefert Hinweise für das vor Ort realisierte Angebot an zusätzlicher individueller Förderung. Damit werden Rahmenbedingungen geschaffen, um eine bessere Bildungsförderung zu gewährleisten, innovative pädagogische Konzepte zu realisieren und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Ganztagsbetreuung wird in drei unterschiedlichen Modellvarianten angeboten: Dem vollgebundenen Ganztag, in dem die Schülerinnen und Schüler an mindestens drei Tagen in der Woche verbindlich auch nachmittägliche Angebote in der Schule wahrnehmen (Sekundarstufe I), dem teilweise gebundenen Ganztag, in dem die Angebote am Nachmittag nur für einzelne Klassen oder Jahrgänge verbindlich sind, und dem offenen Ganztag (OGS), in dem die Eltern individuell über eine Teilnahme entscheiden (Primarstufe).

Die Bildungskonferenz NRW⁵⁷ hat im Mai 2011 empfohlen, einen Stufenplan zur schrittweisen Einführung eines flächendeckenden gebundenen Ganztags bis zum Jahr 2020 in allen Schulformen und Schulstufen zu erstellen. Dabei soll sich der Prozess des weiteren Ausbaus an der Nachfrage von Eltern, Kindern und Jugendlichen orientieren.

Das Land NRW führte 2003 das Modell des offenen Ganztages flächendeckend im Primarbereich ein. Mittlerweile bieten alle Bielefelder Grundschulen den offenen Ganztag an. 10 % der Grundschulen haben darüber hinaus basierend auf der OGS vollständige Ganztagsklassen gebildet und damit auch ein teilweise gebundenes Angebot geschaffen. 42 % der Schulen der Sekundarstufe I arbeiten nach dem Modell des vollgebundenen Ganztags.

An den Primarschulen wurde das OGS-Angebot in den vergangenen Jahren (2006-2010) sukzessive von durchschnittlich 19,3 % auf 40,6 % der Schülerinnen und Schüler ausgebaut. Deutlich wird, wie die Abb. 29 zeigt, dass sich die Nachfrage und dementsprechend der Ausbau des Angebots in den Stadtbezirken unterschiedlich entwickelt hat. Die OGS-Quoten lagen im Schuljahr 2010/11 zwischen 27,9 % (Stadtbezirk Senne) und 53,1 % (Stadtbezirk Mitte).

Die Anzahl der Kinder, die das Angebot einer Ganztagsbetreuung in den Grundschulen wahrnehmen, hat sich seit 2006 um 92 % auf 4.673 Kinder erhöht.

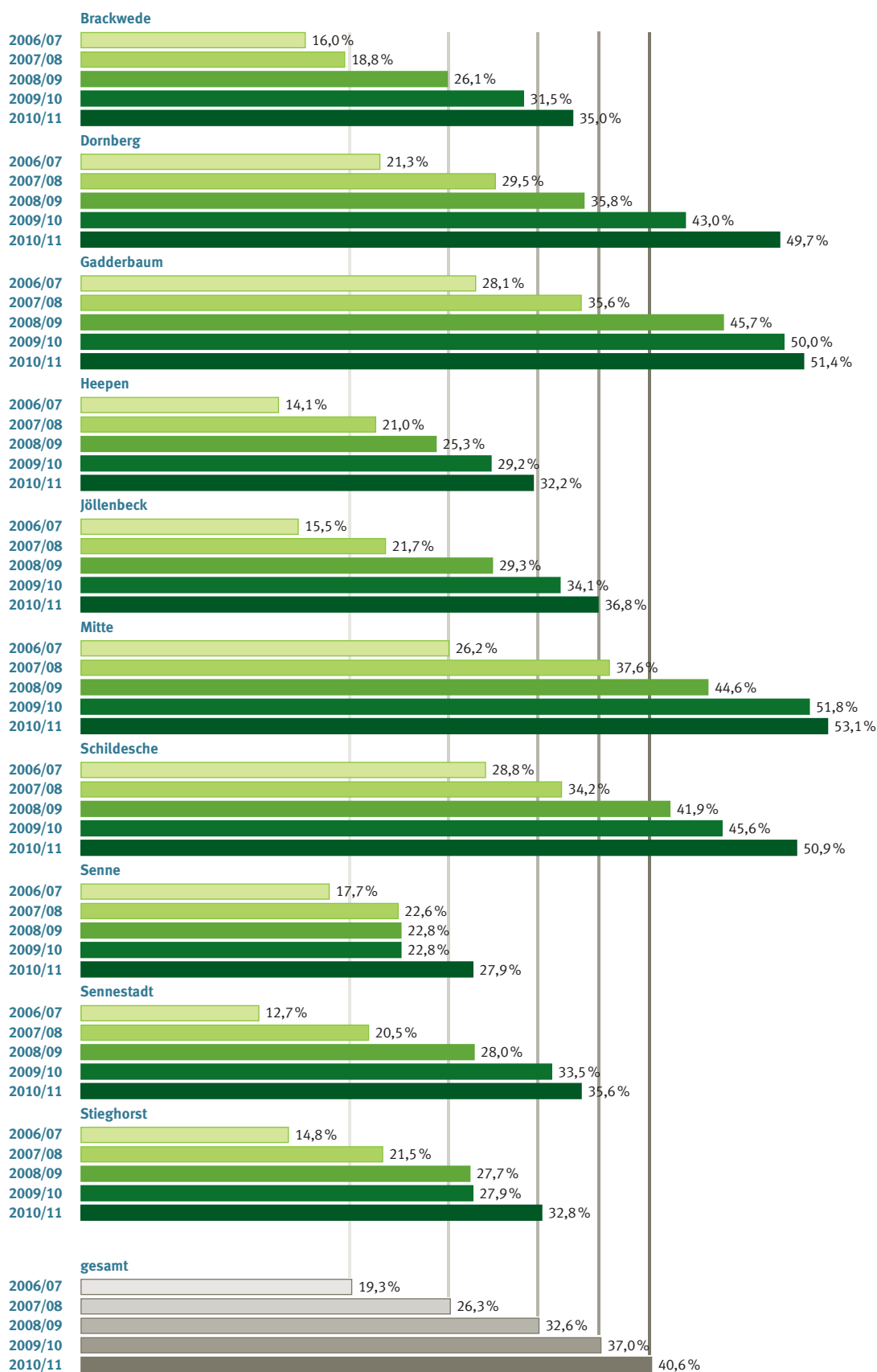
Bei der Inanspruchnahme des OGS-Angebots in jenen wohnortnahen Schuleinzugsbereichen, die eine hohe Konzentration bildungsrelevanter sozialer Belastungen aufweisen (vgl. A3-4), lassen sich deutliche Differenzen im Nutzungsgrad erkennen. Während in fünf der wohnortnahen Schuleinzugsbereiche die OGS-Nutzungsquoten zwischen 45 % und 73 % und damit über dem Bielefelder Durchschnitt liegen, weisen sieben Bereiche unterdurchschnittliche Quoten zwischen 30 % und 39 % auf (Abb. 30). In rund der Hälfte der Grundschulen (23) bestanden im Schuljahr 2010/11 Wartelisten für eine Teilnahme am Angebot des offenen Ganztags.

⁵⁷ Im Rahmen der Bildungskonferenz – Zusammen Schule machen für Nordrhein-Westfalen wurden von Vertreterinnen und Vertretern von rund 50 Verbänden, Institutionen und im Landtag vertretenen Parteien Empfehlungen für die Landesregierung und den Landtag zur Weiterentwicklung des Schulsystems erarbeitet. 2011 wurden die Empfehlungen der Bildungskonferenz verabschiedet (vgl. www.schulministerium.nrw.de/BP/Bildungskonferenz/).

Entwicklung der Offenen-Ganztagsschul-Quoten an städtischen Grundschulen

Abb. 29

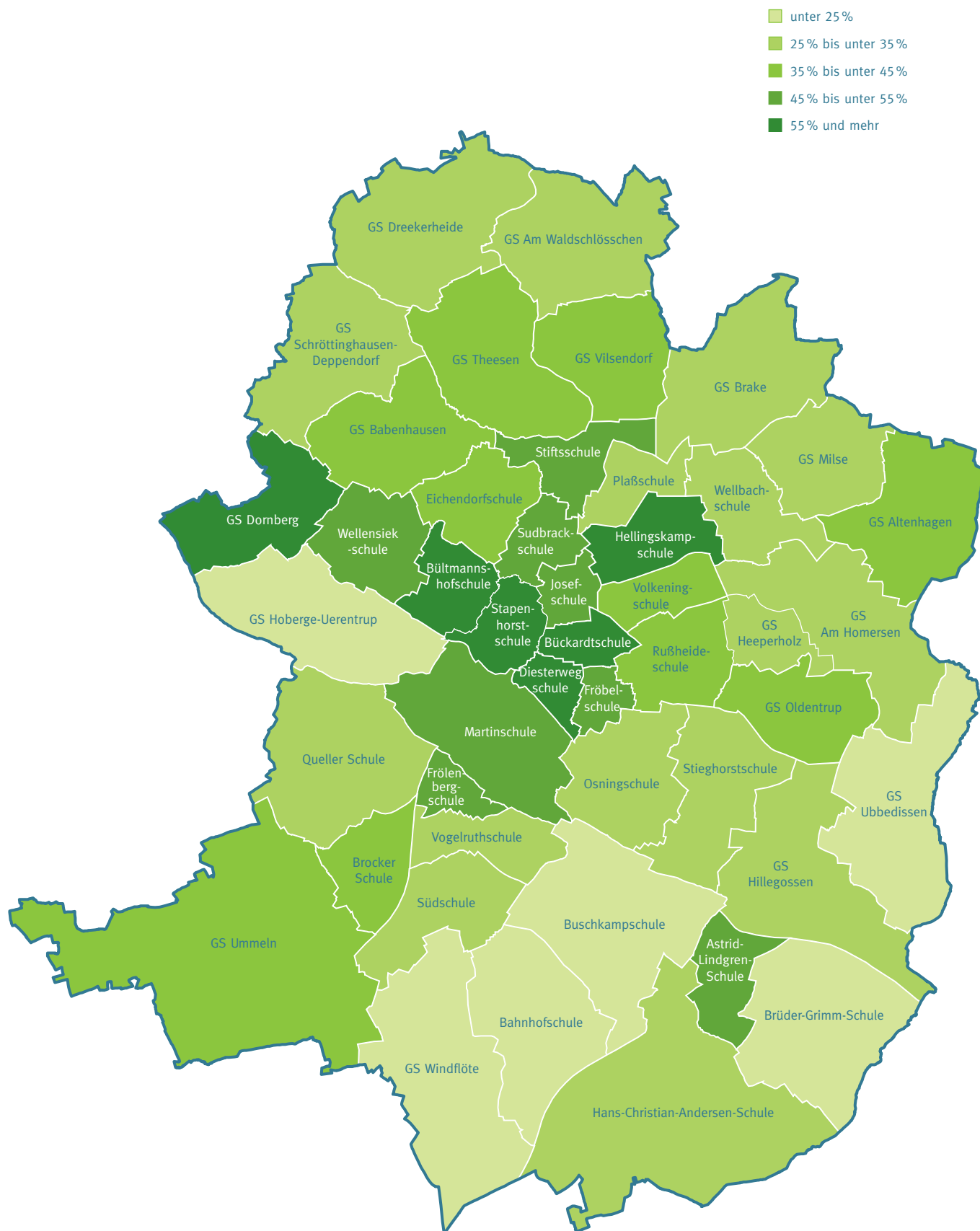
nach Stadtbezirken



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

Abb. 30

Quoten der Offenen Ganztagschule an städtischen Grundschulen

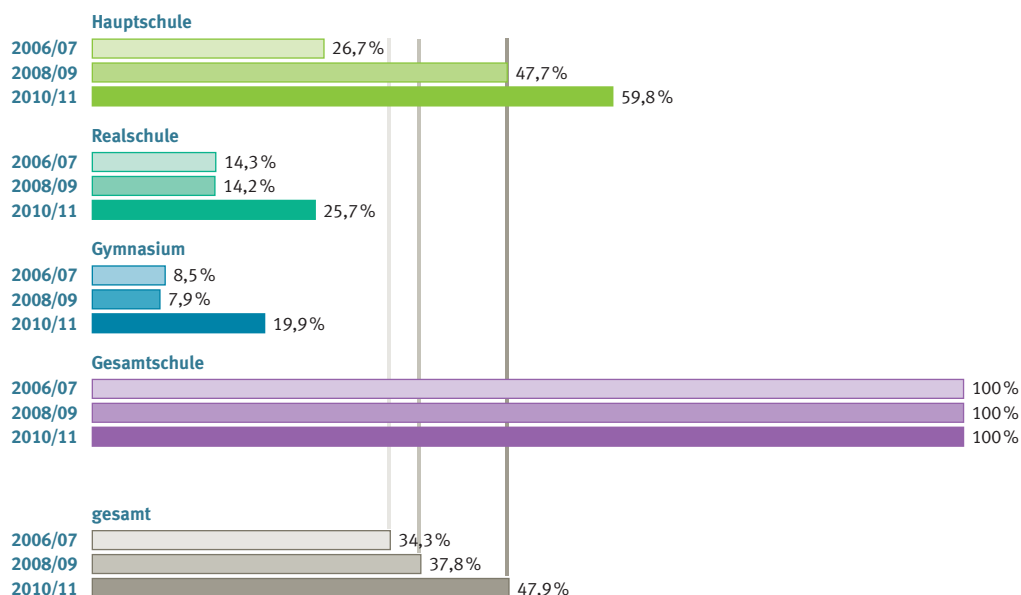


Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

Die Entwicklung des vollgebundenen Ganztags an den Schulen der Sekundarstufe I konnte im Betrachtungszeitraum (2006–2010) um 13,6 Prozentpunkte auf 47,9 % der Schüler ausgebaut werden. Während die Betreuungsquote an den Hauptschulen im Schuljahr 2010/11 bei 59,8 % lag, wiesen die Realschulen eine Quote von 25,7 % und die Gymnasien eine Quote von 19,9 % auf. Da der gebundene Ganztags konzeptioneller Bestandteil der Gesamtschulen ist, liegt hier die Quote bei 100 % (Abb. 31).

Ganztagsquoten an städtischen Schulen der Sekundarstufe I nach Schulform

Abb. 31



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

An den Bielefelder Schulen ist das Ganztagsangebot in den zurückliegenden Jahren durch finanzielle Bundes- und Landesförderung sowie durch ein hohes Engagement des Schulträgers kontinuierlich ausgebaut worden. Gleichwohl weisen die Angebote je nach Stadtbezirk bzw. nach Schuleinzugsbereich und nach Schulform deutliche Unterschiede auf.

Im Kontext individueller Förderung von Schülerinnen und Schülern werden zwei weitere Aspekte in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen. Zum einen ist die konsequente Weiterentwicklung der Qualitätsstandards innerhalb der Ganztagsangebote im Grundschulbereich in den Blick zu nehmen. Zum anderen lässt sich ein deutlicher Trend zum gebundenen Ganztags an den Grundschulen feststellen. Die Einführung eines gebundenen Ganztags im Primarbereich bedarf allerdings schulgesetzlicher Änderungen.⁵⁸

⁵⁸ Siehe dazu auch: Bildungskonferenz – Zusammen Schule machen für Nordrhein-Westfalen 2011 (Hrsg.) MSW 2011

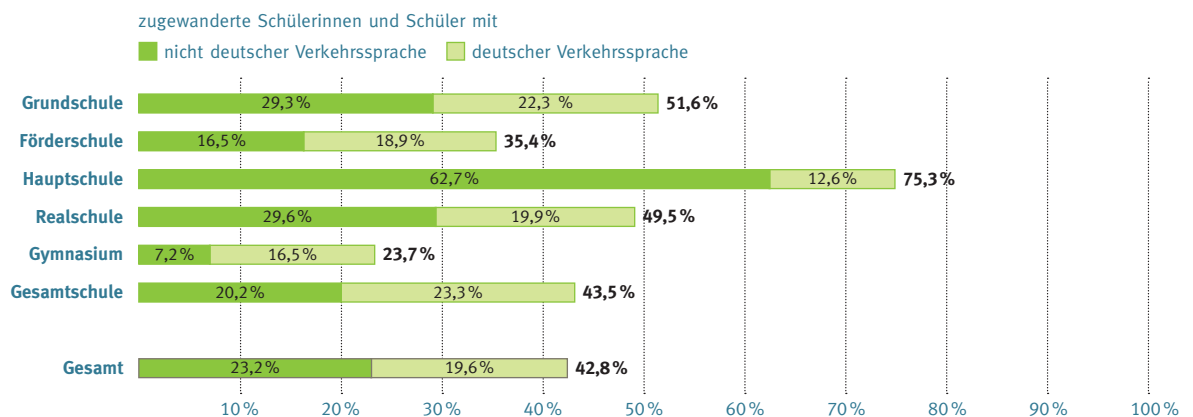
B 2-4 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und nicht deutscher Verkehrssprache

Die Aspekte Migrationshintergrund⁵⁹ und Sprachkompetenz haben Einfluss auf die Bildungsbiographie von Kindern und Jugendlichen. Dies lässt sich u.a. an der Verteilung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund und nicht deutscher Familiensprache im Anschluss an die Grundschule auf die einzelnen Schulformen zeigen.

Im Durchschnitt hat jedes zweite Kind an den Bielefelder Grundschulen einen Migrationshintergrund. Für annähernd jedes dritte Kind in den Bielefelder Grundschulen ist die deutsche Sprache nicht die Erst- bzw. Familiensprache. An den weiterführenden Schulen kommt es dann zu einer ungleichen Verteilung. An den Gymnasien weisen rund 23 % der Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund auf, während der Anteil an den Realschulen bei 49,5 % liegt. Die Hauptschulen weisen mit 75,3 % den höchsten Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund auf. Ein ähnliches Bild lässt sich für das Merkmal nicht deutsche Familiensprache beobachten. Für über 60 % der Schülerinnen und Schüler und über 80 % der Migrantinnen und Migranten an Hauptschulen ist Deutsch nicht die Erst- bzw. Familiensprache. An den Gymnasien trifft dies für 30 % der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund (7,2 % des gesamten Schüleraufkommens) zu.

Abb. 32

Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und nicht deutscher Verkehrssprache nach Schulformen (2010/11)



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

Der seit längerem zu beobachtende Segregationstrend an den Hauptschulen bringt dieser Schulform eine kulturelle Vielfalt, die sie vor sehr hohe Anforderungen stellt. Als dramatisch einzuschätzen ist die extrem hohe Quote der Schülerinnen und Schüler an den Hauptschulen mit nicht deutscher Verkehrssprache (63 %). Eine sozialräumliche Betrachtung macht die Tendenzen zur Segregation⁶⁰ in den Grundschulen der Bielefelder Stadtbezirke deutlich. So liegt der Anteil der Grundschülerinnen und -schüler mit Migrationshintergrund in sechs von zehn Stadtbezirken zwischen 50 % und 65 %. In drei Stadtbezirken liegen die Quoten der Schülerinnen und Schüler mit nicht deutscher Verkehrssprache bei etwa 40 % und mehr (Abb. 33).

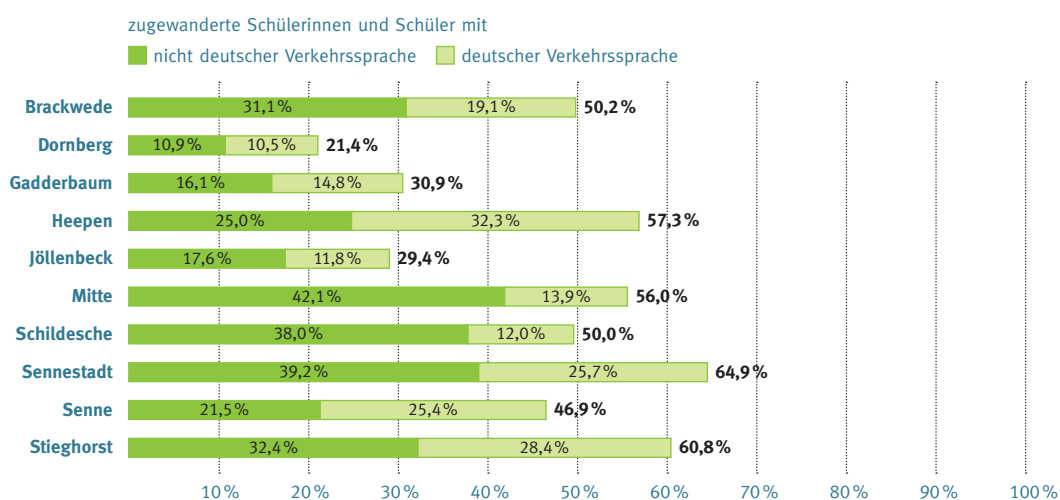
Für die Förderung gelingender Bildungsbiographien ist es notwendig, der Segregation von Migrantinnen und Migranten entgegenzuwirken.

59 Die für diesen Indikator verwendeten Daten basieren auf dem Begriff Zuwanderungsgeschichte. Bis 2008 wurden in NRW die Begriffe Migrationshintergrund und Zuwanderungsgeschichte analog verwandt. Nach 2008 verständigten sich Bund und Länder auf eine einheitliche Definition, wie sie vom statistischen Bundesamt für die Auswertung des Mikrozensus verwendet wird. Einen Migrationshintergrund haben demnach: Ausländerinnen und Ausländer, im Ausland Geborene und nach dem 1. Januar 1950 Zugewanderte, Eingebürgerte sowie Kinder, bei denen mindestens ein Elternteil in eine der genannten Kategorien fällt. Siehe auch unter: www.migration-info.de

60 Als Segregation bezeichnet man die Entmischung von unterschiedlichen Elementen in einem Beobachtungsgebiet. Man spricht von Segregation, wenn eine Tendenz zur Polarisierung und räumlichen Aufteilung bestimmter Eigenschaften, wie z.B. Einkommen, Ethnizität oder Religion beobachtbar ist.

Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und nicht deutscher Verkehrssprache in den städtischen Grundschulen im Schuljahr 2010/11 zusammengefasst nach Stadtbezirken

Abb. 33



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

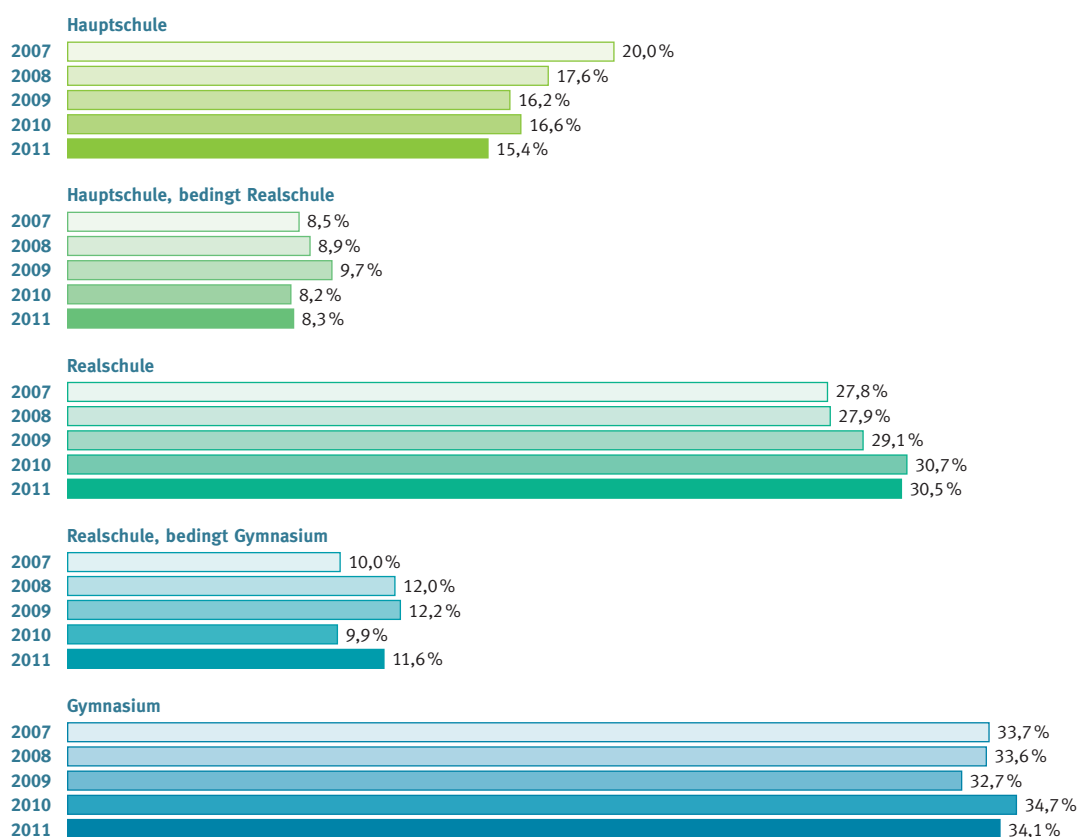
B 2-5 Schülerinnen und Schüler in der 4. Grundschulklasse nach Schulempfehlung

Von entscheidender Bedeutung für die weitere Bildungsbiographie ist der Übergang von der Grundschule zu einer weiterführenden Schule der Sekundarstufe I, da u.a. die vertikale Durchlässigkeit zwischen den Schultypen nur eingeschränkt möglich ist. Entscheidend wird dieser Übergang durch die Empfehlungen der Grundschulen mit beeinflusst.

Abb. 34 verdeutlicht, dass die Quote der Empfehlungen zum Besuch der Hauptschule um annähernd fünf Prozentpunkte im Betrachtungszeitraum 2007 bis 2011 zurückgegangen ist. 2011 erhält nur noch etwa jedes sechste Kind eine Hauptschulempfehlung von der Grundschule. Während die Realschuleempfehlungen leicht zulegten, hielten sich die Gymnasialempfehlungen auf konstant hohem Niveau.

Abb. 34

Übergangsempfehlungen der städtischen Grundschulen

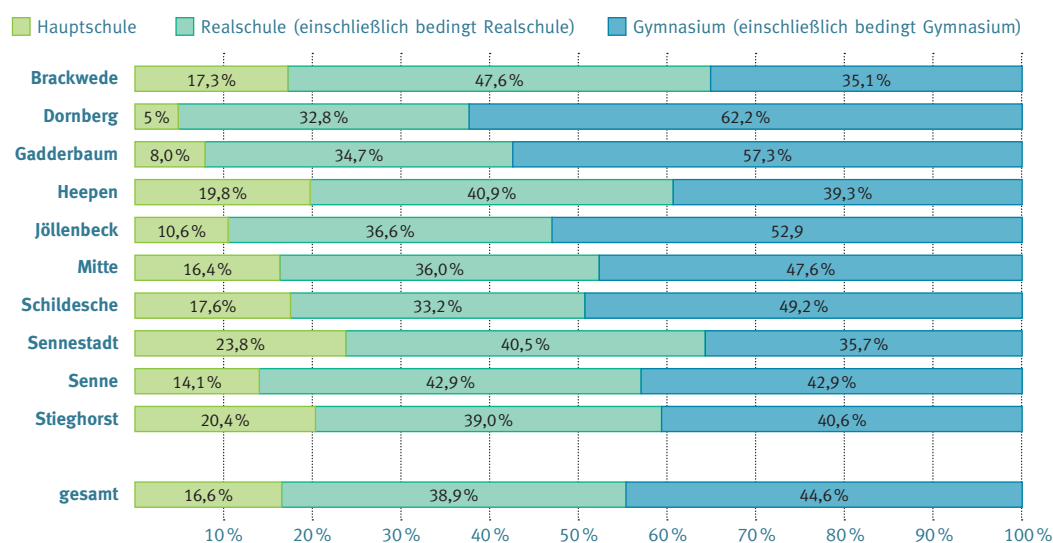


Quelle: Schulamt für die Stadt Bielefeld/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

Auffallend unterschiedlich stellen sich die Übergangsempfehlungen zu den weiterführenden Schulen in einer Betrachtung nach Stadtbezirken dar (Abb. 35). Je nach Stadtbezirk variieren die Gymnasialempfehlungen zwischen 35 % und 60 %. Die Hauptschuleempfehlungen variieren demgegenüber zwischen 5 % und 24 %.

Übergangsempfehlungen der städtischen Grundschulen für das Schuljahr 2010/11 zusammengefasst nach Stadtbezirken

Abb. 35



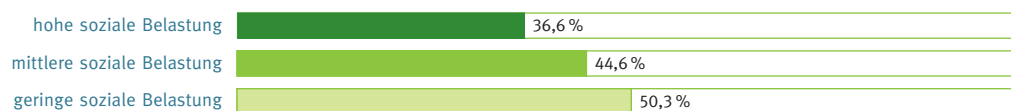
Quelle: Schulamt für die Stadt Bielefeld/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

Eine Betrachtung der durchschnittlichen Übergangsempfehlungen der Jahre 2008 bis 2010 zeigt: In den wohnortnahen Schuleinzugsbereichen, die eine hohe Konzentration bildungsrelevanter sozialer Belastungen ausweisen, fielen die Übergangsempfehlungen zu den Gymnasien im Durchschnitt deutlich geringer (36,6%) aus als in Bezirken mit niedrigen Belastungen (50,3%).⁶¹

Anteil der Übergangsempfehlungen zu den Gymnasien nach bildungsrelevanten sozialen Belastungen in den wohnortnahen Schuleinzugsbereichen

Abb. 36

(Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2010, einschließlich bedingter Empfehlungen)



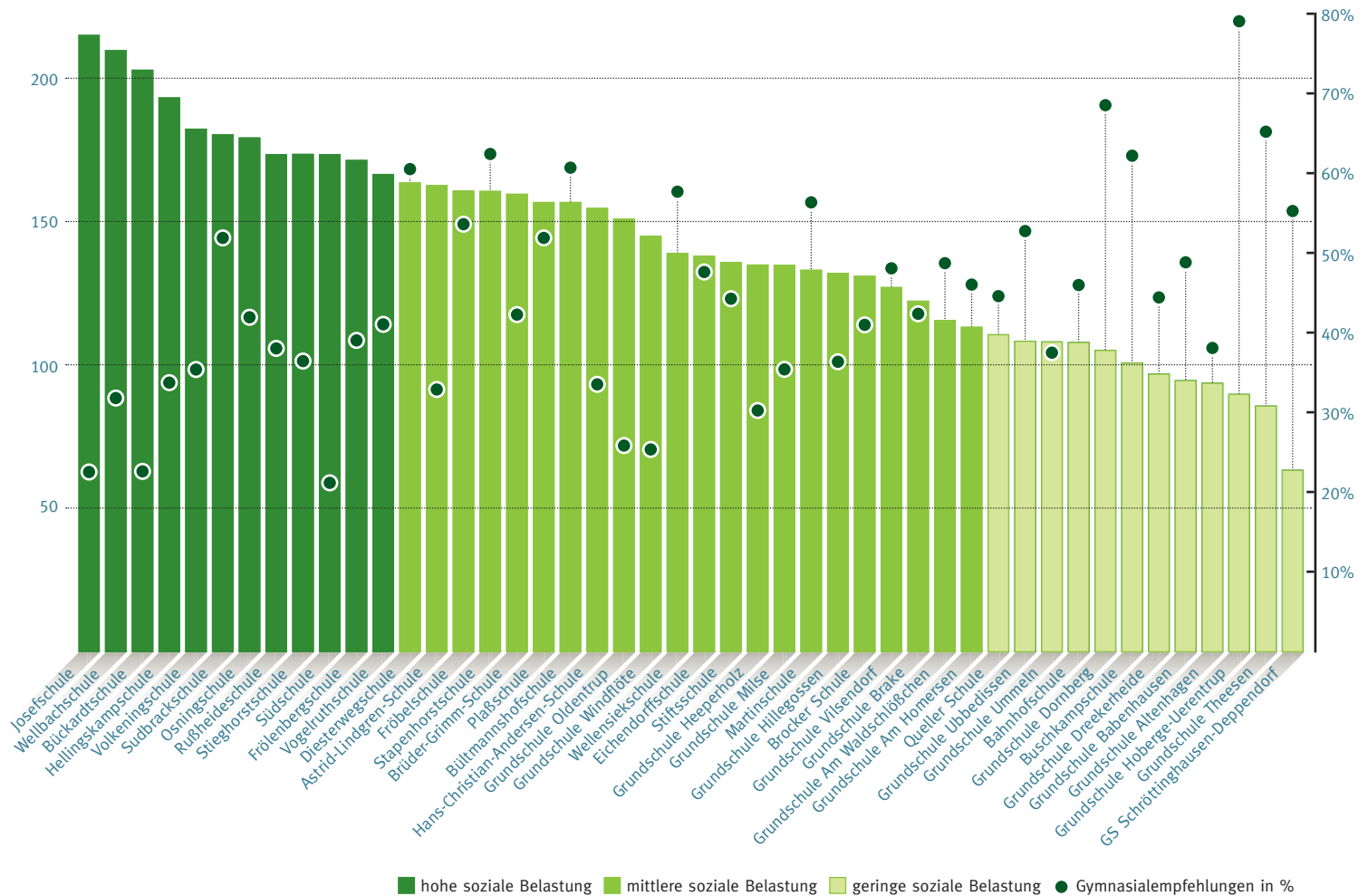
Quelle: Schulamt für die Stadt Bielefeld/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

Bei einer schulscharfen Betrachtung zeigt sich in der nachfolgenden Abb. 37 ein Zusammenhang zwischen bildungsrelevanten sozialen Belastungen und Übergangsempfehlungen.

61 In der Abbildung wurde auf eine Darstellung der bedingten Empfehlungen aus Gründen der Lesbarkeit verzichtet.

Abb. 37

Bildungsrelevante soziale Belastungen und Gymnasialempfehlungen



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen, Amt für Schule 2011

Zwischen dem Schuljahr 2007/08 und 2010/11 lässt sich ein deutlich rückläufiger Trend der Übergangsempfehlungen zu den Hauptschulen und eine leichte Zunahme der Realschulempfehlungen beobachten. Die Übergangsempfehlungen zu den weiterführenden Schulen weisen je nach Stadtbezirk deutliche Unterschiede auf. **In den wohnortnahen Schuleinzugsbereichen, die eine hohe Konzentration sozialer Belastungen aufweisen, fallen die Übergangsempfehlungen zu den Gymnasien tendenziell niedriger aus als in Grundschulbezirken mit geringer Belastung.** Dieses Ergebnis unterstreicht einen Zusammenhang von sozialer Herkunft und dem Bildungserfolg.⁶²

Vor dem Hintergrund, dass es den Grundschulen trotz hoher bzw. niedriger sozialer Belastung unterschiedlich gut gelingt, ihre Schülerinnen und Schüler auf das Gymnasium vorzubereiten, muss an dieser Stelle zunächst offen bleiben, wie hoch der Einfluss sozialer Belastungen auf die Übergangsempfehlung ist und inwieweit die Grundschulen durch spezielle (Schul-)Konzepte familiäre Problemlagen zum Teil kompensieren können. Schulen, denen es trotz hoher bildungsrelevanter sozialer Belastung gelingt, einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Schülerinnen und Schüler auf das Gymnasium vorzubereiten, könnten als „best practice“-Beispiele dienen.

62 Vgl. Ehmke/Jude (2010): Soziale Herkunft und Kompetenzerwerb. In: PISA 2009: 231 ff

B 2-6 Übergänge auf weiterführende Schulen

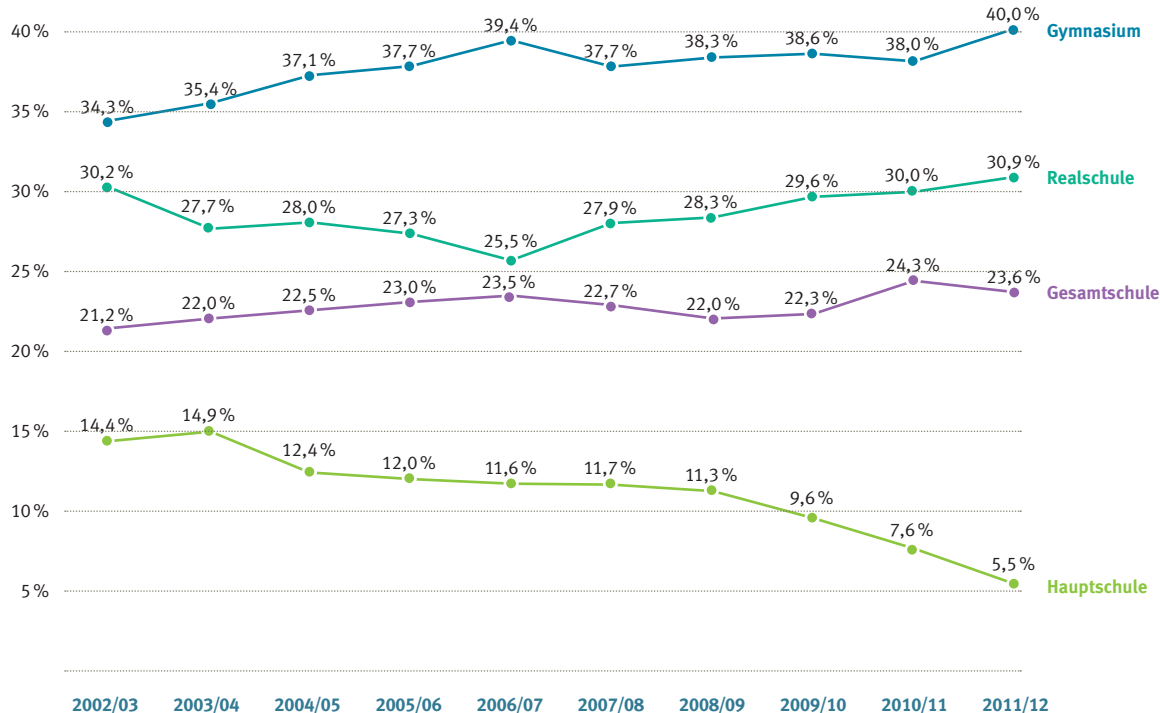
Dieser Teilindikator gibt zum einen die tatsächliche Übergangsquote von der Grundschule auf die weiterführende allgemeinbildende Schule wieder. Zum anderen wird die Quote des Übergangs von der Sekundarstufe I der allgemeinbildenden Schulen in die Sekundarstufe II der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen abgebildet.

Während die Quote der **Hauptschulempfehlungen** zwischen 2007 und 2011 um fünf Prozentpunkte auf 15 % abgenommen hat (vgl. B 2-5) ist die **tatsächliche Übergangsquote** auf diese Schulform zwischen dem Schuljahr 2007/08 und 2011/12 um 6,2 Prozentpunkte auf 5,5 % gesunken. Damit wechselt nur noch jeder 19. Bielefelder Schüler nach der Grundschule auf die Hauptschule. Im gesamten Betrachtungszeitraum seit 2002/03 ist die Übergangsquote zur Schulform Hauptschule sogar von 14,4 % ausgehend um über 60 % gesunken. Im Gegenzug ist die Übergangsquote zu den Realschulen seit 2006/07 kontinuierlich um über fünf Prozentpunkte angestiegen. Bei den Gymnasien ist im gesamten Betrachtungszeitraum ein Anstieg von knapp sechs Prozentpunkten zu beobachten (Abb. 38).

Übergangsquoten der Bielefelder Grundschülerinnen und -schüler in die Sekundarstufe I

Abb. 38

(in Prozent von 2002/03 bis 2011/12)



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

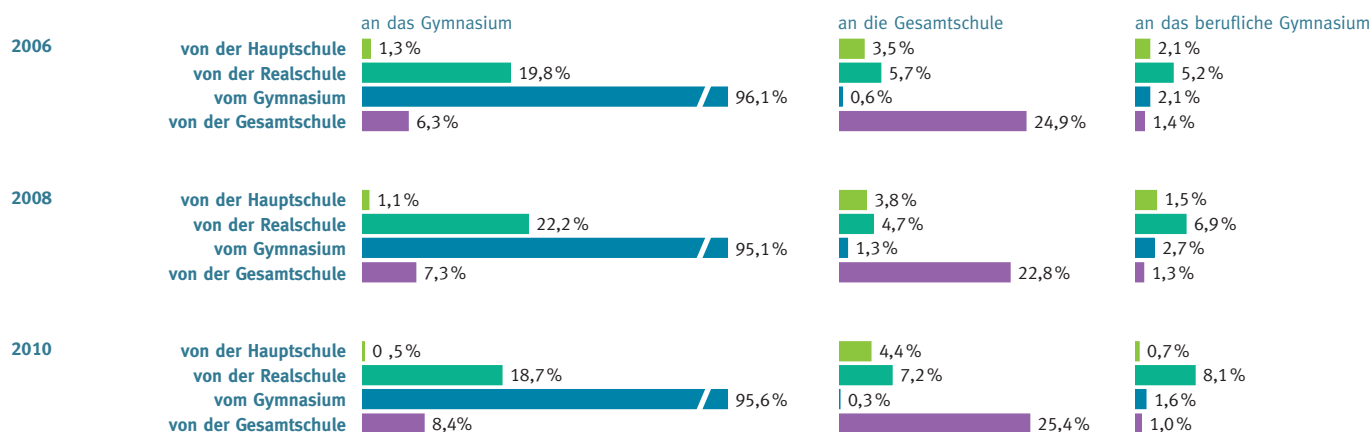
Die **Übergangsquoten in den Sekundarbereich II** haben sich in den zurückliegenden Jahren nicht wesentlich verändert. Der Zugang von den Hauptschulen in die Oberstufe der Gesamtschulen stieg um einen Prozentpunkt auf 4,4 % und die Zugänge von den Realschulen um 2,2 Prozentpunkte auf 7,2 %. Fast ein Fünftel der Realschüler (18,7 %) wechselt nach dem Realschulabschluss in die Oberstufe der Gymnasien. Während rund ein Viertel der Gesamtschüler in der eigenen Schulform verbleibt, um das Abitur zu erwerben, wechseln 8,4 % der Gesamtschüler auf ein Gymnasium (+2,9 Prozentpunkte). Insgesamt hat sich die Quote der Gesamtschüler, die in die Sekundarstufe II wechseln, um rund vier Prozentpunkte auf 34 % erhöht.

Obwohl fast 60 % der Realschüler einen Qualifikationsvermerk für die Oberstufe erhalten, nutzen nur rund die Hälfte die Möglichkeit, einen höheren Schulabschluss zu erwerben. Mit Ausnahme der Realschulen, bei denen der weibliche Anteil, der in die Oberstufe wechselt, konstant um 6 % höher liegt als bei den männlichen Jugendlichen, ist die Geschlechterverteilung beim Wechsel in eine weiterführende allgemeinbildende Oberstufe weitestgehend paritätisch.

Der **Übergang in die gymnasiale Oberstufe der Berufskollegs** (Abb. 39) wird überwiegend von Realschülern als Alternative zur Gesamtschule und zu den Gymnasien genutzt. Im Betrachtungszeitraum steigen die Übergangsquoten um rund drei Prozentpunkte auf 8% an, während die Quoten der Hauptschüler rückläufig waren.⁶³

Abb. 39

Anteil der Übergänger in die gymnasiale Oberstufe (nach Schulformen)



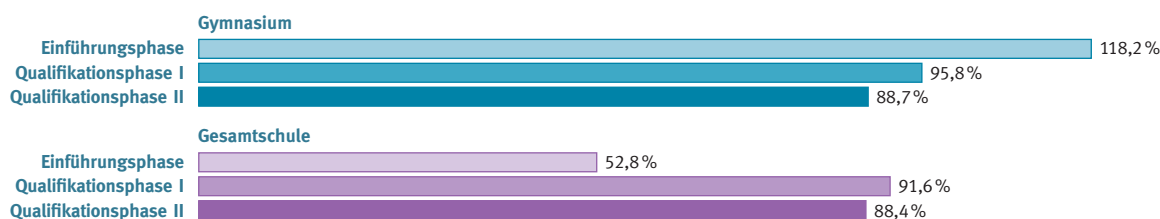
Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

Die Übergangsquote in die gymnasiale Oberstufe lag im Betrachtungszeitraum einschließlich der Seiteneinsteiger von Haupt- und Realschulen an Gymnasien bei 118,2% und an Gesamtschulen bei 52,8%. Von diesen Schülerinnen und Schülern der Einführungsphase gelingt einem nicht unerheblichen Anteil der Übergang in die Qualifikationsphase I (zumindest im ersten Anlauf) nicht (Abb. 40). Die Quote an den Gymnasien lag mit 95,8% allerdings noch um 4,2 Prozentpunkte über der der Gesamtschulen. Im Übergang zum letzten Jahr der gymnasialen Oberstufe (Qualifikationsphase II) liegt die Quote an beiden Schulformen fast gleich auf bei rund 88%.

Abb. 40

Übergangsquoten in die gymnasiale Oberstufe städtischer Schulen

(Durchschnitt der Schuljahre 2008/09 bis 2010/11)



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

Die Entwicklung der tatsächlichen Übergangsquoten nach der Grundschule deutet zunächst auf einen generellen Bildungsaufstieg hin. Die Hauptschulen verlieren weiter deutlich an Akzeptanz.

Innerhalb der Oberstufe gelingt es einem nicht unerheblichen Anteil von Schülerinnen und Schülern nicht, das angestrebte Ziel der allgemeinen Hochschulreife zu realisieren. Zum Teil kann die Oberstufe zumindest mit der Fachhochschulreife abgeschlossen werden.

⁶³ Die verwendeten Daten beinhalten den Bildungsgang Erzieher. Für 2010 sind nur tatsächliche Übergänger aus Bielefelder Schulen im beruflichen Gymnasium berücksichtigt. Für 2006 und 2008 wurden die Bielefelder Übergänger rechnerisch auf Basis des Anteils im Jahr 2010 ermittelt.

B 2-7 Klassenwiederholung – Auf- und Abstiegsmobilität

Obwohl das Schulsystem mehrgliedrig und damit auf relative Leistungshomogenität in den einzelnen Schulformen ausgerichtet ist, wiederholt ein nicht unerheblicher Teil der Schülerinnen und Schüler im Verlauf seiner Bildungsbiographie eine Klasse. Damit verlängert sich die individuelle Bildungszeit, obwohl verschiedene Studien⁶⁴ Hinweise liefern, dass Klassenwiederholungen keinen nachhaltigen positiven Effekt besitzen⁶⁵

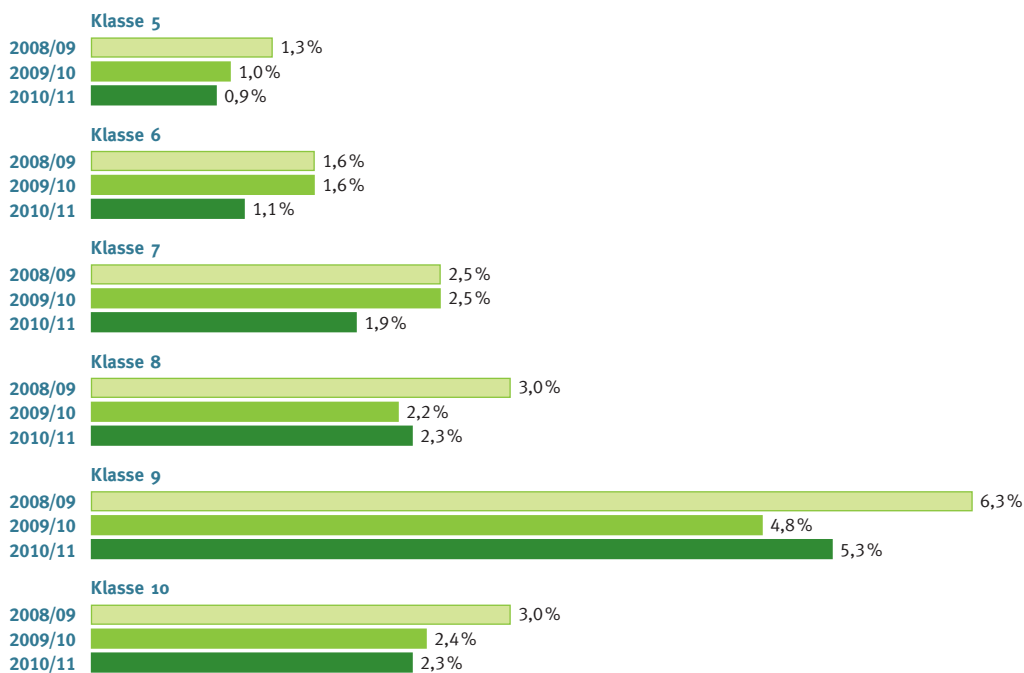
Laut einer empirischen Studie der Bertelsmann Stiftung (2009)⁶⁶ erzielen Klassenwiederholungen keinen positiven Nutzen für die wiederholenden Schülerinnen und Schüler. Gleichwohl zeigt die Praxis, dass dieses Instrument in allen Schulformen in einem erheblichen Umfang weiterhin Anwendung findet. So wiederholten im Schuljahr 2008/09 rund 2,7% der Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen eine Klasse in der Sekundarstufe I.

An den Bielefelder Schulen der Sekundarstufe I finden Klassenwiederholungen ebenfalls in einem erheblichen Umfang statt. Allerdings entwickelt sich die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die eine Klasse wiederholen, seit 2008/09 insgesamt rückläufig. Auffallend sind die Unterschiede von Klassenwiederholungen nach Jahrgangsstufen. Während im Jahrgang 5 weniger als 1% der Schülerinnen und Schüler die Klasse wiederholen, sind es im Jahrgang 9 bereits über 5%.

Wiederholerquote an Haupt-, Real-, Gesamtschulen und Gymnasien

Abb. 41

2008/09 bis 2010/11 nach Schuljahrgängen



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

⁶⁴ So weist eine aktuelle OECD Studie darauf hin, dass Klassenwiederholungen kostspielig und im Hinblick auf die Anhebung der Bildungsergebnisse nicht wirkungsvoll sind (vgl. Chancengerechtigkeit und Qualität in der Bildung – Förderung benachteiligter Schüler und Schulen. In: OECD 2012; Zusammenfassung in Deutsch).

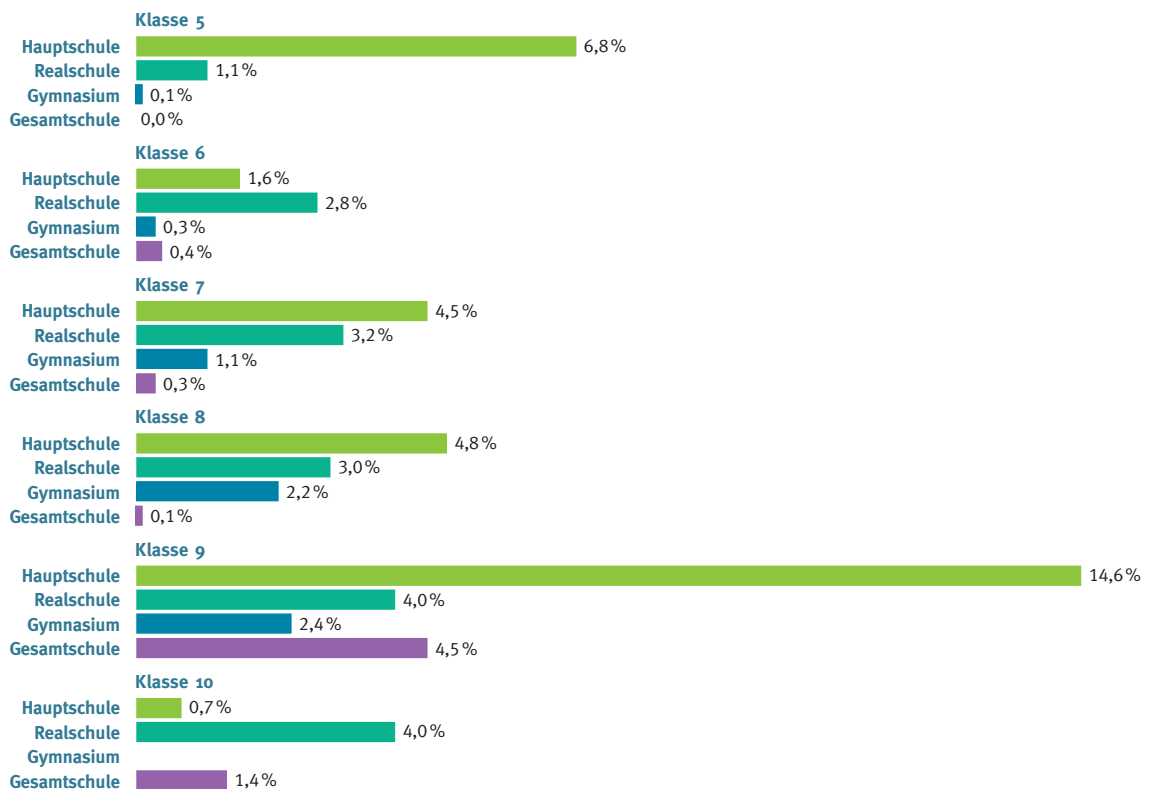
⁶⁵ 2008 lag die Klassenwiederholungsquote auf Bundesebene bei 3,1%, die Quote in NRW bei 2,0%. Betrachtet man nur die Wiederholungen in der Sekundarstufe I, lag die Quote in NRW im Schuljahr 2008/2009 bei 2,7%.

⁶⁶ Klemm, K.: Klassenwiederholungen – teuer und unwirksam (Hrsg.) Bertelsmann Stiftung 2009

Klassenwiederholungen weisen je nach Schulform und Jahrgang deutliche Differenzen auf. Während die Wiederholerquote an den Gesamtschulen nur in der 9. Klasse (4,4 %) nennenswert ist, liegt sie an den Gymnasien in den Klassen 8 und 9 bei durchschnittlich 2,3 %. Die Wiederholerquote an den Realschulen beginnt hingegen bereits in Klasse 6 bei 2,2 % und steigt bis Klasse 10 auf 3,8 % an. An den Hauptschulen liegen die Quoten trotz einer in der Vergangenheit intensivierte Förderung im Verhältnis zu den anderen Schulformen bereits in Klasse 7 bei 4,5 % und steigern sich bis Klasse 9 auf 14,6 %.

Abb. 42

Wiederholerquote nach Schulformen und Jahrgängen 2010/11



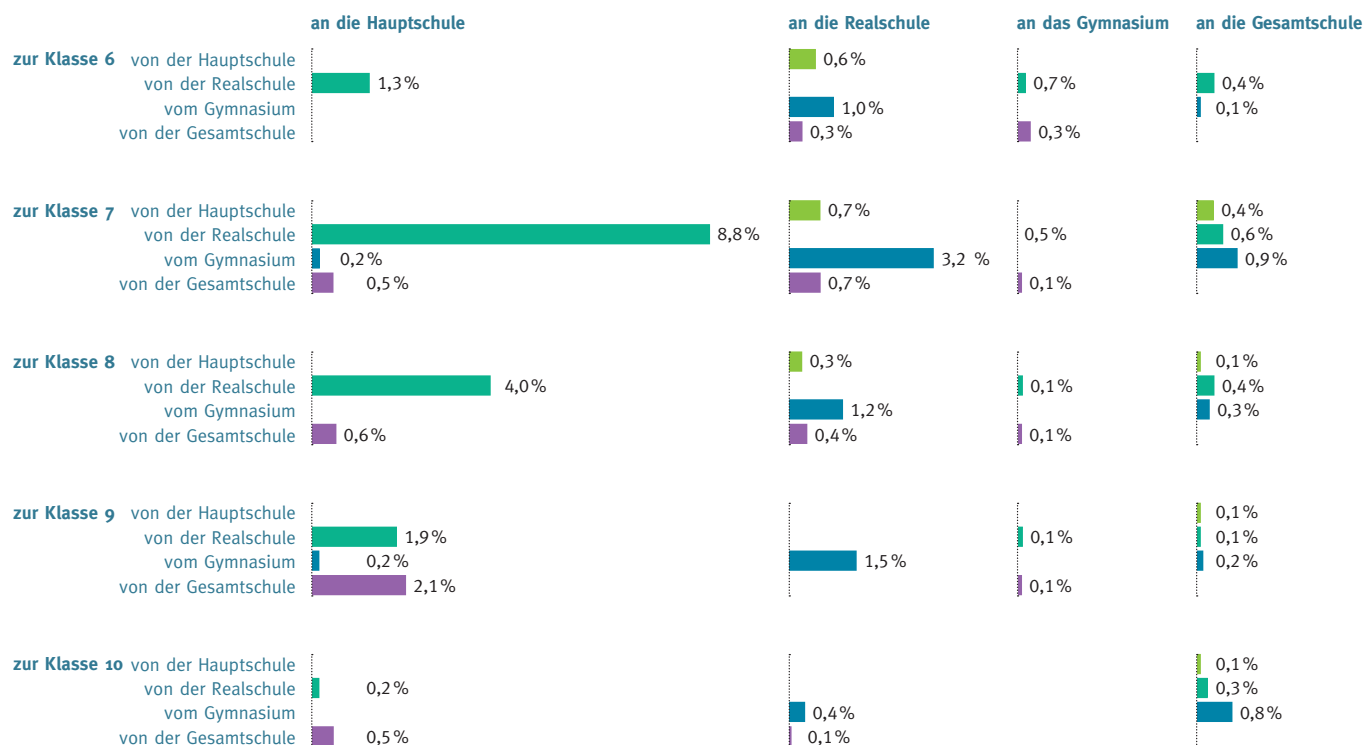
Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

Die Auf- und Abstiegsmobilität zwischen den Schulformen der Sekundarstufe I gibt Aufschluss darüber, inwieweit die Schülerinnen und Schüler das Leistungsniveau der Schulform erfolgreich bzw. nicht erfolgreich absolvieren. Sie lässt aber auch Rückschlüsse hinsichtlich der Förderung von Schülerinnen und Schülern an den verschiedenen Schulformen zu. Letztlich lassen sich durch eine Betrachtung der Auf- und Abstiegsmobilität die Diskrepanzen zwischen Schulformempfehlung und tatsächlicher Schulwahl noch einmal aus einer anderen Perspektive beleuchten.

Eine Auf- bzw. Abstiegsmobilität lässt sich über alle Schulformen hinweg beobachten. Wie die Abb. 43 verdeutlicht, kommt es aber vorrangig zu Abschlüssen. Besonders auffällig sind die Abschlüsse am Ende der Orientierungsstufe nach Jahrgang 6. Das deutet einerseits darauf hin, dass die Leistungsanforderungen der gewählten Schulform für die Schülerinnen und Schüler zu hoch waren. Andererseits scheint es einigen Schulformen nicht ausreichend zu gelingen, die Schülerinnen und Schüler entsprechend ihres gesetzlichen und pädagogischen Auftrages (§ 1 SchulG NRW) individuell zu fördern. In besonderem Maße finden Abschlüsse vom Gymnasium zu den Realschulen und von den Realschulen zu den Hauptschulen statt. Nach der Jahrgangsstufe 6 entwickeln sich die prozentualen Anteile der Abschlüsse insgesamt degressiv.

Anteil der Schulformwechsler 2010/11 am jeweiligen Jahrgang

Abb. 43



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

An den städtischen Schulen lässt sich in den letzten Jahren eine rückläufige Entwicklung der **Klassenwiederholungen** beobachten. Diese insgesamt positive Entwicklung muss vor dem Hintergrund des weiterhin hohen Niveaus von Klassenwiederholungen in den unterschiedlichen Schulformen und Jahrgangsstufen jedoch äußerst kritisch gesehen werden.

Schulformwechsel finden über alle Jahrgänge hinweg in allen Schulformen statt. Die Schulformwechsel, die überwiegend zur niedrigeren Schulform erfolgen, können ein Indiz für eine falsche Schulformwahl beim Übergang in die Sekundarstufe I sein. Sie deuten aber gleichzeitig darauf hin, dass die Konzepte zur individuellen Förderung an den abschulenden Schulen nicht in ausreichendem Maße Wirkung zeigen.

B 2-8 Schulabgänger allgemeinbildender und beruflicher Schulen mit und ohne Abschluss

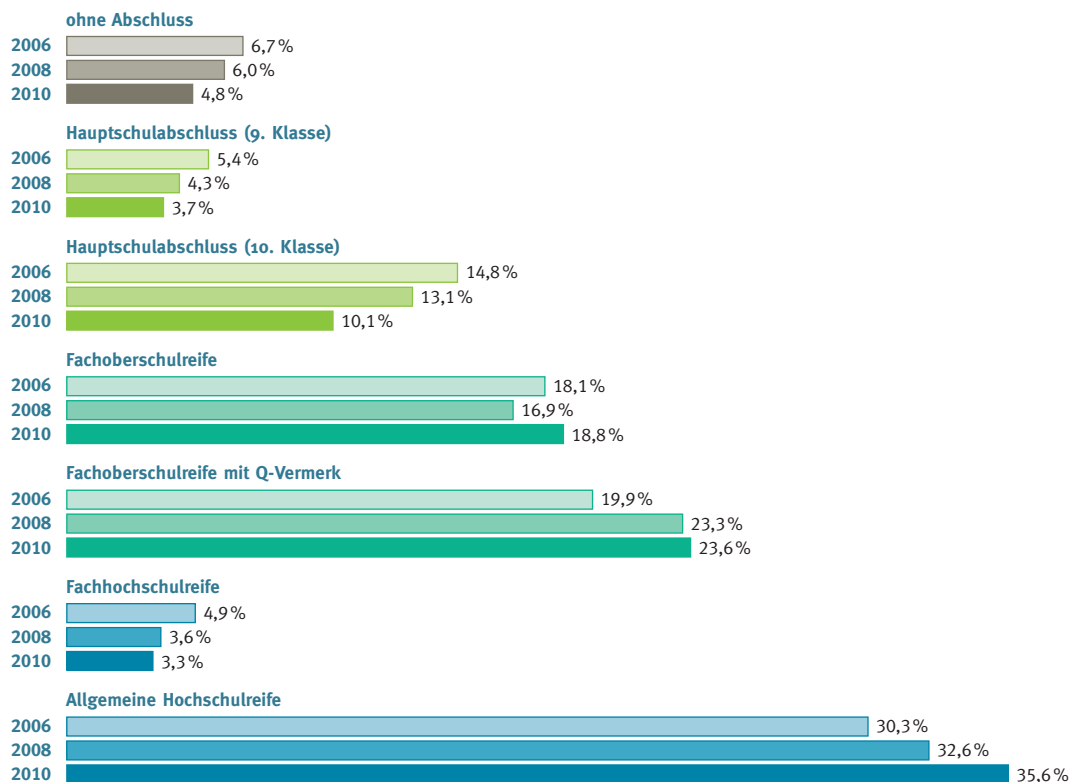
Dieser Teilindikator liefert Hinweise, ob und in welcher Form angestrebte Bildungsziele verwirklicht werden konnten. Anhand der nach Abschlüssen differenzierten Abgangsquoten der Schulabgänger allgemeinbildender und beruflicher Schulen kann gezeigt werden, ob und in welcher Form die Ausschöpfung individueller Potentiale formal erfolgreich war. Da ein erheblicher Teil von Schulabschlüssen inzwischen an beruflichen Schulen erworben wird, werden diese in der Betrachtung ebenfalls berücksichtigt. Die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss lässt Aussagen darüber zu, in welchem Umfang Integrationsbemühungen initiiert werden müssen.

Mit Blick auf die Entwicklung der **Abschlüsse (Abschlussquoten) an den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufen I und II** zeigt sich analog dem beobachtbaren Trend des generellen Bildungsaufstiegs (vgl. B 2-6), dass zwischen 2006 und 2010 gering qualifizierende Abschlüsse abnehmen und höher qualifizierende weiter zulegen konnten. Während 2006 noch 6,7% der Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildende Schule ohne einen Abschluss verlassen haben, sank die Quote bis 2010 um rund 2 Prozentpunkte. Beim Hauptschulabschluss nach Klasse 10 verringerte sich die Quote im Betrachtungszeitraum um annähernd fünf Prozentpunkte auf 10%. Dementgegen stiegen die Abschlüsse im Bereich der Fachoberschulreife mit Qualifikationsvermerk für die gymnasiale Oberstufe um 3,7 Prozentpunkte und die Abschlüsse mit Hochschulreife um 5,3 Prozentpunkte auf 35,6% an (Abb.44).

Abb. 44

Abschlüsse allgemeinbildender Schulen

in Relation zum Abgangsjahrgang



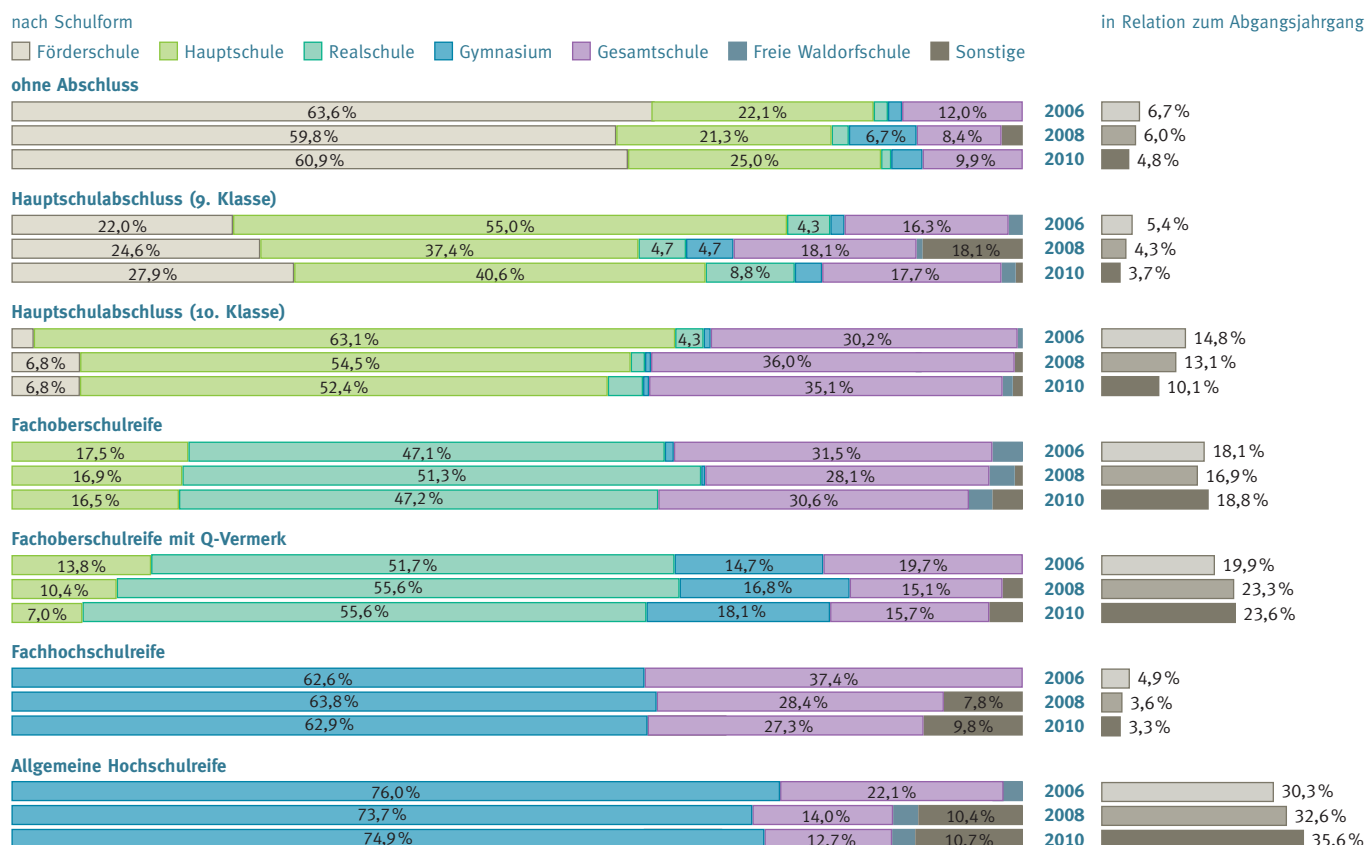
Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

Konnte anhand der Abb. 44 oben aufgezeigt werden, dass ein genereller Trend zu höher qualifizierenden Abschlüssen an den allgemeinbildenden Schulen in Bielefeld besteht, vermittelt die darauf aufbauende Abb. 45 einen Einblick in die Entwicklung der Verteilung der Abschlüsse differenziert nach Schulform. Insgesamt lassen sich keine gravierenden Veränderungen in der Entwicklung der allgemeinbildenden Abschlüsse innerhalb der Schulformen feststellen.

Nennenswert ist jedoch die positive Entwicklung an den Förderschulen. Hier ist es gelungen, den Anteil von Schülerinnen und Schülern, die die Schule mit einem Abschluss nach Klasse 10 verlassen, leicht auszubauen und den Anteil von Schülerinnen und Schülern, die die Schule ohne Abschluss verlassen, zu senken. Während an den Realschulen der Anteil an Absolventen mit Qualifikationsvermerk leichte Zuwächse verzeichnet, verringerte sich der Anteil im Bereich der Fachhochschulreife und der Hochschulreife an den Gesamtschulen.

Abschlüsse allgemeinbildender Schulen

Abb. 45



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

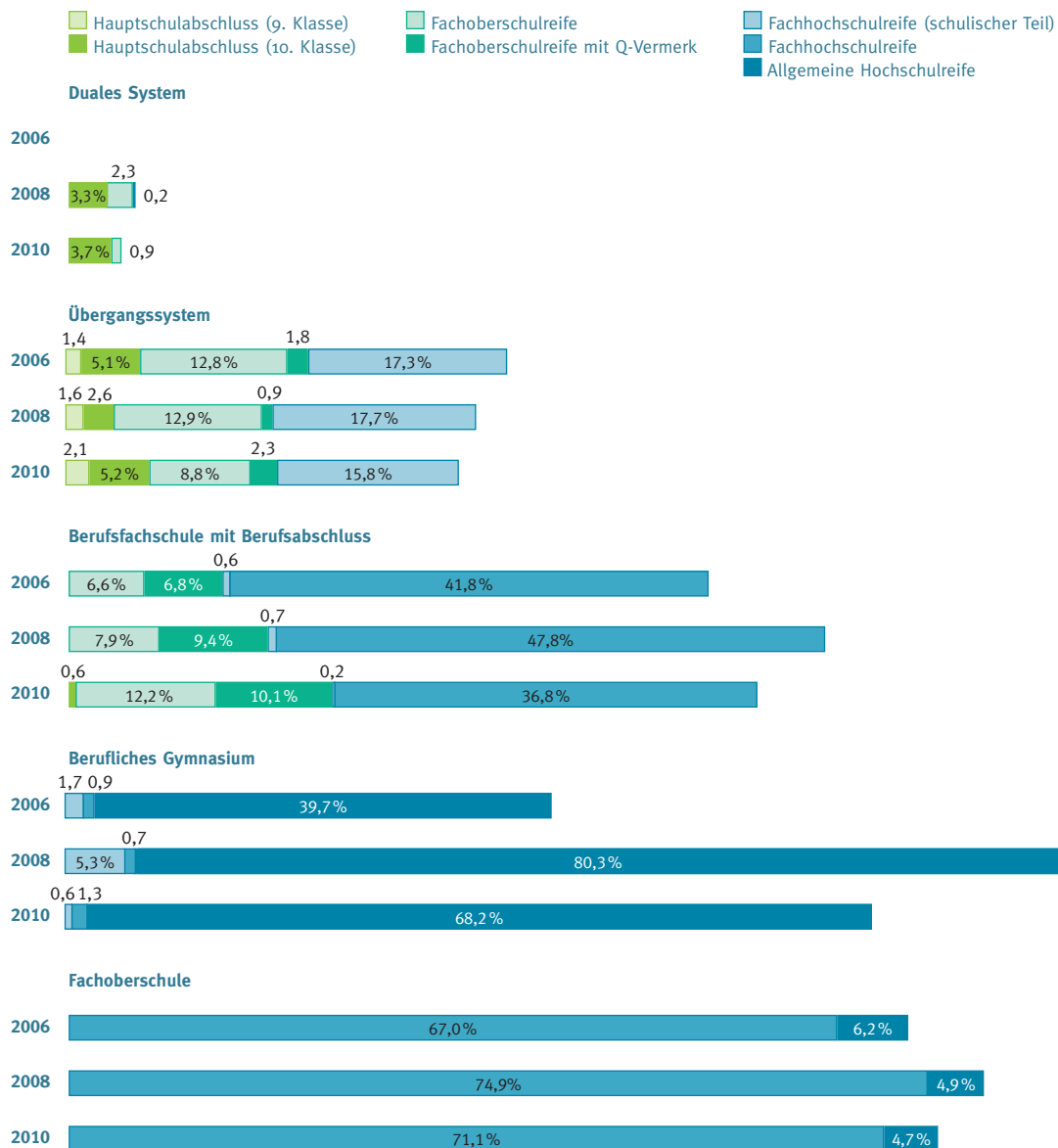
An den **Berufskollegs** können generell alle allgemeinbildenden Schulabschlüsse erworben werden, aufgrund der komplexen Strukturen werden diese jedoch nicht in jedem Bildungsgang angeboten. Entgegen der Definition des Übergangssystems im Indikator C3-1 werden hier unter Übergangssystem alle Abschlussarten subsumiert, die nicht zu einem beruflichen Abschluss führen.⁶⁷

Im Betrachtungszeitraum (2006–2010) sind primär zwei Entwicklungen auffällig. Zum einen verringerte sich der Anteil der Fachoberschulabschlüsse und der Fachhochschulabschlüsse (schulischer Teil), die im Übergangssystem erworben werden. Dies könnte auf eine Veränderung bei der Wahl des Ausbildungsgangs der Schülerinnen und Schüler hindeuten. Zum anderen stieg der Anteil der erfolgreichen Abschlüsse an den beruflichen Gymnasien deutlich an (Abb. 46).

67 KSOB, Berufsgrundschuljahr, Beruorientierungsjahr und Teile der Berufsfachklassen, die nicht zu einem beruflichen Abschluss führen.

Abb. 46

Allgemeinbildende Abschlüsse an Berufskollegs

Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011⁶⁸**Es ist den Bielefelder Schulen in den zurückliegenden Jahren gelungen, mehr Schülerinnen und Schüler zu höherwertigen Abschlüssen zu führen.**

Die Entwicklung der Abschlussquoten an den allgemeinbildenden Schulen verdeutlicht insgesamt einen positiven Trend zu höher qualifizierenden Abschlüssen. Gleichwohl verlässt immer noch ein hoher Anteil von Schülerinnen und Schülern die Schule ohne oder mit einem niedrigen Bildungsabschluss. Die Perspektiven auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt müssen für diese Gruppe als problematisch eingeschätzt werden.

Innerhalb der unterschiedlichen Schulformen ist vor allem die Steigerung der Abschlussquoten an den Förderschulen hervorzuheben. Auffallend sind ebenfalls die hohen Zuwächse bei den AHR-Abschlüssen in den beruflichen Gymnasien.

⁶⁸ Auf eine Darstellung aus dem Jahr 2006 duales System wurde verzichtet, da keine validen Daten zur Verfügung standen.

B3 Nachschulische Lernaktivitäten

Nach wie vor gibt es insbesondere bei den älteren Geburtskohorten einen beachtlichen Bevölkerungsanteil von Personen ohne allgemeinbildenden Schulabschluss und einen deutlich höheren Anteil, der über keine abgeschlossene Ausbildung verfügt. Insbesondere trifft dies auf Personen mit Migrationshintergrund zu. Dies kann u.a. mit Blick auf die steigenden qualifikatorischen Voraussetzungen auf dem Arbeitsmarkt eine deutliche Beeinträchtigung ihrer Chancen bedeuten.

B3-1 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Alphabetisierungskursen

Der Indikator „Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Alphabetisierungskursen“ ab 18 Jahre je 10.000 Einwohner verdeutlicht anhand der realisierten Nachfrage die kommunalen Anstrengungen, bestimmte gesellschaftliche Teilgruppen gezielt im Bereich der Alphabetisierung zu fördern und damit ihre Bildungschancen zu erhöhen. Beim funktionalen Analphabetismus⁶⁹, bei dem die betroffenen Personen im erwerbsfähigen Alter nicht in der Lage sind, kurze Texte zu lesen bzw. zu schreiben, spitzt sich das Problem fehlender Grundlagen für weitere Bildungsprozesse zu.

Die Teilnehmerquote an den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) initiierten Alphabetisierungskursen⁷⁰ legte in den zurückliegenden Jahren in der Bildungsregion deutlich zu. Im Betrachtungszeitraum hat sich die Quote mehr als verdoppelt. Verpflichtungen durch die Ausländerbehörde und Jobcenter sind in einem bestimmten Umfang ursächlich für die Teilnahme an den Kursen des BAMF. Insgesamt ist der Anteil an verpflichtender Teilnahme jedoch leicht rückläufig.⁷¹

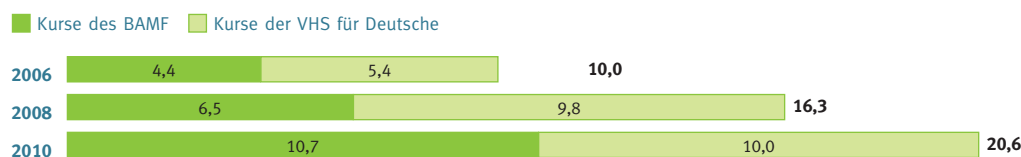
Dies deutet somit eher auf ein zunehmendes Interesse der Zielgruppe an diesen Angeboten hin.⁷² Ein Grund für das Ansteigen der Quote könnte auf die veränderte Organisationsform der Angebote zurückzuführen sein. Seit 2006 werden Alphabetisierungskurse z. T. im Kontext von Integrationskursen für Personen mit Migrationshintergrund in den Stadtteilen in Kooperation mit Kindertageseinrichtungen, Familienzentren oder Grundschulen durchgeführt. Dadurch werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer deutlich besser erreicht.

Die Stadt Bielefeld fördert durch die Kursangebote der Volkshochschule parallel zu den Angeboten des BAMF seit Jahren auch die Alphabetisierung von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Auch bei diesen Angeboten ist ein deutlich positiver Trend im Betrachtungszeitraum zu beobachten.

Teilnehmer an Alphabetisierungskursen in Bielefeld

Abb. 47

je 10.000 Einwohner ab 18 Jahre



Quelle: BAMF/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

69 Funktionaler Analphabetismus betrifft 14,4 % der deutschsprachigen Erwachsenen. Berücksichtigt man, dass zu den 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten weitere 13,3 Millionen Menschen hinzu kommen, die auch bei gebräuchlichen Wörtern (Grundschulniveau) fehlerhaft schreiben, entspricht das 25,9 % der erwerbstätigen Bevölkerung in Deutschland. Vgl. dazu auch: Level-One-Studie: Literalität von Erwachsenen, Grotlüschen 2011

70 Die Teilnehmerquote an Alphabetisierungskursen für Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit liegt 2006 und 2010 auf einem relativ konstanten Niveau von rund neun Einwohnerinnen und Einwohner (je 10.000) Quelle: VHS Bielefeld

71 Der gestiegene Bedarf an Alphabetisierungskursen in der Stadt war wesentlich den Zuzügen bestimmter ethnischer Gruppen geschuldet (insbesondere Yeziden aus dem Irak). Nur ein Teil dieses Personenkreises hat einen Rechtsanspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs oder kann zur Teilnahme verpflichtet werden. Personen, die (noch) keinen dauerhaften Aufenthalt haben, können in Integrationskursen nicht gefördert werden. Während ein Teil der Flüchtlinge beispielsweise in Vorjahren noch im Projekt „Alpha“ bei der REGE auch an Sprachförderprogrammen teilnehmen konnten, ist dies jetzt im Folgeprojekt sehr dezimiert.

72 Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2011

In den zurückliegenden Jahren ist ein steigendes Interesse der Zielgruppen sowohl an den Angeboten des BAMF als auch an den Kursen der Volkshochschule im Bereich der Alphabetisierung zu beobachten.

Insbesondere hat die Veränderung der Angebotsstruktur hin zu einer dezentralen Ausrichtung der Kurse zu einer höheren Akzeptanz und Teilnahme geführt. Um diese Personen überhaupt für Lernangebote zu erreichen, ist eine motivierende Beratung notwendig. Mit entsprechenden Beratungsangeboten, die z.T. auch dezentral in den Stadtteilen (durch Amt für Integration, Migrationsberatung für Erwachsene, Jugendmigrationsdienst) vorgehalten werden, wird dieser Personenkreis immer besser erreicht.

B 3-2 Nachträglicher Erwerb von Schulabschlüssen

Vor dem Hintergrund wachsender beruflicher Qualifikationsanforderungen gewinnt das lebenslange Lernen immer mehr an Bedeutung, da frühzeitig erworbene Fähigkeiten und Kenntnisse in der Regel nicht mehr für das gesamte (Berufs-)Leben ausreichen. Der nachträgliche Erwerb von Schulabschlüssen bzw. von höher qualifizierenden Schulabschlüssen gewinnt deshalb einen immer höheren Stellenwert. Dies gilt in gleichem Maße für ältere und jüngere Menschen. Der Indikator bildet das Ausmaß ab, in dem Schulabschlüsse und höher qualifizierende Schulabschlüsse nachträglich an Abendschulen und Weiterbildungskollegs erworben werden. Berücksichtigt wurden die Abschlüsse der bis 65-Jährigen je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Das Interesse am nachträglichen Erwerb von höherwertigen Bildungsabschlüssen hat sich in der Bildungsregion Bielefeld zwischen 2006 und 2010 positiv entwickelt.⁷³ Die Zahl der Abschlüsse an den Weiterbildungskollegs stieg im Betrachtungszeitraum von 16,6 auf 18,9 Teilnehmern je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner bezogen auf die Altersgruppe der bis 65-Jährigen an.⁷⁴

Abb. 48

Schulabschlüsse an Weiterbildungskollegs

je 10.000 Einwohner im Alter von 15 bis 65 Jahren



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

In der Bildungsregion besteht ein umfangreiches Angebot, um schulische Bildungsabschlüsse nachträglich zu erwerben. **Das Interesse am nachträglichen Erwerb schulischer Bildungsabschlüsse ist in den vergangenen Jahren angestiegen. Mit Blick auf die wachsende Bedeutung des lebenslangen Lernens ist diese Entwicklung für die Bildungsregion positiv zu bewerten.**

⁷³ Daten des Oberstufenkollegs wurden nicht berücksichtigt.

⁷⁴ Die Teilnehmerzahlen in Bielefeld liegen höher als im Landesdurchschnitt, da zum Abendgymnasium Bielefeld auch die Standorte Löhne, Detmold und Gütersloh gerechnet werden und Bielefeld Standort des überregionalen Westfalenkollegs ist.

B 4 Hochschulbesuch

Der wirtschaftliche Strukturwandel und steigende Anforderungen der Tätigkeitsprofile werden die Nachfrage nach hochqualifizierten Fachkräften weiter ansteigen lassen. In der Folge wird die Bevölkerung vermehrt an akademischer Bildung zu beteiligen sein.

B 4-1 Hochschulen und Studierende

Erste Hinweise, in welchem Umfang dies bereits in den zurückliegenden Jahren gelungen ist, liefern die Entwicklungen der Anzahl der Studierenden an den Bielefelder Hochschulen sowie die Anzahl der Studienanfängerinnen und -anfänger (B 4-1). Die Differenzierung nach Trägerschaft ist von Interesse, da die Ansiedlung privater Hochschulen eine der wenigen strategischen Ansatzpunkte regionaler Bildungspolitik sein kann.

Die Bildungsregion Bielefeld verfügt über eine umfangreiche Infrastruktur im Bereich der Hochschulbildung. Neben der Universität Bielefeld und der Fachhochschule Bielefeld⁷⁵ bietet der Standort zwei private Fachhochschulen, eine Verwaltungsfachhochschule und zwei kirchliche Hoch- bzw. Fachhochschulen. Im Wintersemester (WS) 2010/11 waren rund 27.600 Studierende an den Bielefelder Hochschulen eingeschrieben. Dies ist eine Steigerung von 6,6 % im Betrachtungszeitraum (WS 2006/07 bis WS 2010/11).

Während sich die Anzahl der Studierenden an der Universität Bielefeld im Betrachtungszeitraum leicht rückläufig entwickelte (-2,9 %) verzeichnen die Fachhochschule Bielefeld (+19,6 %) und die privaten Fachhochschulen (+3,5 %) deutliche Zuwächse. Ursächlich für die rückläufige Anzahl der Studierenden an der Universität Bielefeld ist u. a. die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge. Unter anderem verkürzen sich hierdurch die Studienzeiten. Im Gegenzug haben sich die Präsenzzeiten der Studierenden erhöht, d.h. mehr Studierende nehmen die Angebote und die Infrastruktur in Anspruch. Ein quantitativer Ausbau der Studienplätze war somit im Betrachtungszeitraum kein angestrebtes Ziel der Universität.⁷⁶ Dementgegen hat sich die Fachhochschule für eine deutliche Aufstockung der Studienplätze entschieden. Gleichwohl haben beide Hochschulen bei vielen Studiengängen einen Numerus Clausus eingeführt, da die Nachfrage nach Studienplätzen im Vergleich zu den zur Verfügung stehenden Plätzen deutlich höher ist.

Lag der Frauenanteil an den Studierenden 2006/07 an den Bielefelder Hochschulen insgesamt noch bei 52,7 %, verringerte er sich im Betrachtungszeitraum um 0,8 % auf 51,9 % im WS 2010/11. Mit Blick auf die einzelnen Hochschulen zeigen sich hinsichtlich der Geschlechterverteilung deutliche Unterschiede. Im WS 2010/11 lag der Frauenanteil an der Fachhochschule Bielefeld bei rund 40 %, die Universität weist hingegen einen Anteil weiblicher Studierender von rund 57 % aus. Auffallend ist die deutliche Zunahme des Frauenanteils an den privaten Fachhochschulen (Abb. 49).

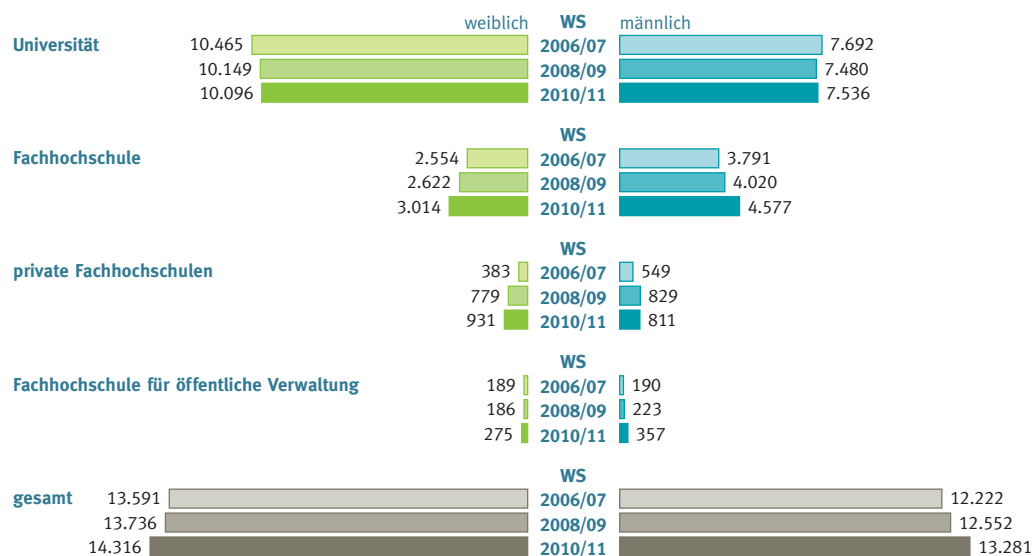
⁷⁵ Inklusive des Campus Minden und des Studienorts Gütersloh

⁷⁶ Mit finanziellen Mitteln aus dem Hochschulpakt II wird die Universität in den Jahren 2013 und 2014 zusätzliche Studierende aufnehmen.

Abb. 49

Entwicklung der Studierenden an den Bielefelder Hochschulen

nach Geschlecht im Zeitverlauf



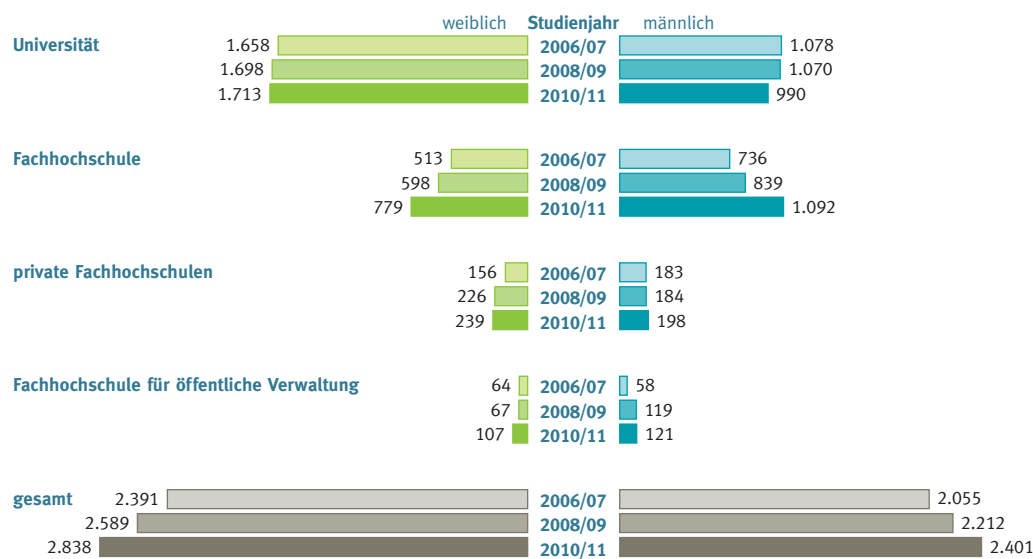
Quelle: IT.NRW 2011

Genauere Hinweise zur Entwicklung des Interesses am Besuch Bielefelder Hochschulen liefern die Zahlen für die jeweiligen Studienanfängerinnen und Studienanfänger im ersten Hochschulsemester. Hier ist sowohl für die Fachhochschule Bielefeld, die im Betrachtungszeitraum um rund 50 % zulegte, wie für die privaten Fachhochschulen mit durchschnittlich 25 % Steigerung eine positive Entwicklung zu beobachten. An der Universität Bielefeld hingegen verringerten sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger leicht um 1,2 % (Abb. 50).

Abb. 50

Studienanfängerinnen und -anfänger an den Bielefelder Hochschulen

im 1. Hochschulsemester



Quelle: IT.NRW 2011

Die Anzahl der Studierenden und der Studienanfängerinnen und -anfänger hat sich an den Bielefelder Hochschulen in den letzten Jahren positiv entwickelt. Aufgrund der unterschiedlichen hochschulpolitischen Ausrichtung und der begrenzten Ressourcen der Universität entfällt der Anstieg bei den Studierenden auf die Fachhochschule Bielefeld und die privaten Fachhochschulen. In den kommenden Jahren ist mit Blick auf den doppelten Abiturjahrgang und einer insgesamt höheren Nachfrage nach Studienplätzen mit einer weiteren positiven Entwicklung zu rechnen. In welchem Umfang die demographische Entwicklung, insbesondere in der für die Aufnahme eines Studiums relevanten Altersgruppe, Auswirkungen zeigen wird, bleibt zu beobachten.

B 4-2 Studienanfängerinnen und -anfänger im 1. Hochschulsesemester an Bielefelder Hochschulen nach Region des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung

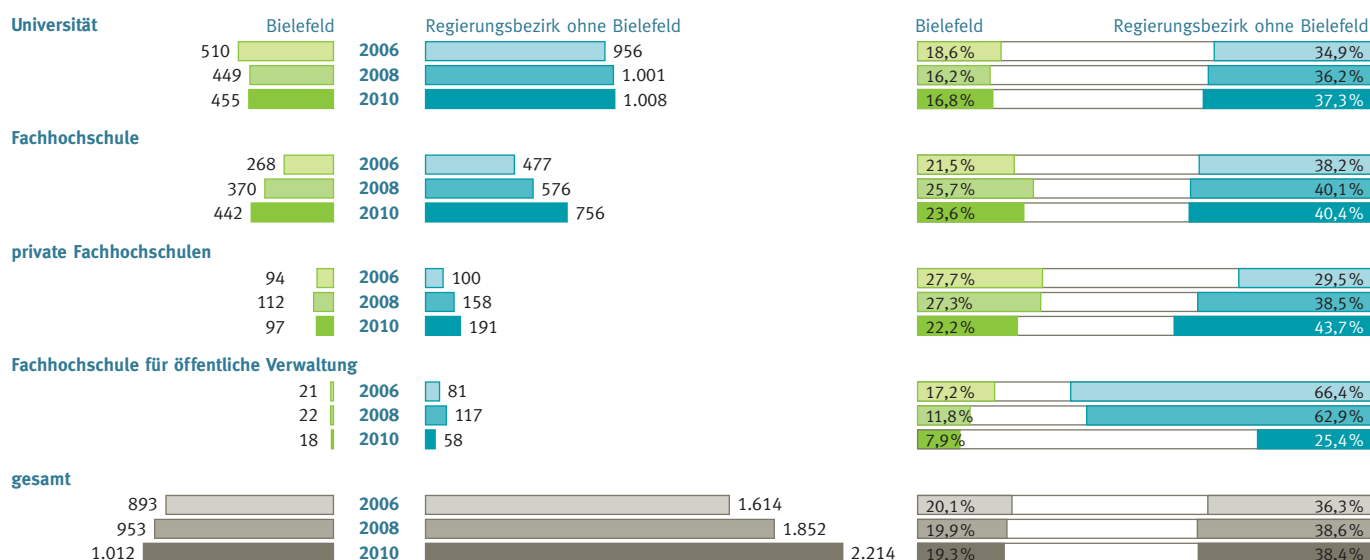
Die Herkunft der Studierenden verdeutlicht, wo die Hochschulzugangsvoraussetzung der Studienanfängerinnen und -anfänger erworben wurde, und zeigt damit an, in welchem Umfang die Hochschulen Studierende aus dem Regionalraum aufnehmen und welchen Stellenwert die Bielefelder Hochschulen hinsichtlich des Erwerbs akademischer Bildung für die Region besitzen.

Im Studienjahr 2010/11 nahmen rund 5.200 Studienanfängerinnen und -anfänger⁷⁷ ein Studium an den Bielefelder Hochschulen auf. 19,3 % dieser Gruppe hatten ihre Hochschulzugangsberechtigung in Bielefeld und 38,4 % in der Hochschulregion⁷⁸ erworben. Insgesamt lässt sich eine Steigerung der Studienanfängerinnen und -anfänger, die die Hochschulzugangsberechtigung in Bielefeld und der Hochschulregion erworben haben, um 1,3 Prozentpunkte im Vergleich zum Studienbeginn 2006/07 beobachten. An der Fachhochschule Bielefeld legten die Studienanfängerinnen und -anfänger, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Bielefeld erworben haben, im Betrachtungszeitraum zu, während sich diese Gruppe an der Universität rückläufig entwickelte (Abb. 51).

Herkunft der Studienanfängerinnen und -anfänger an den Bielefelder Hochschulen

Abb. 51

im 1. Hochschulsesemester, nach Region des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung

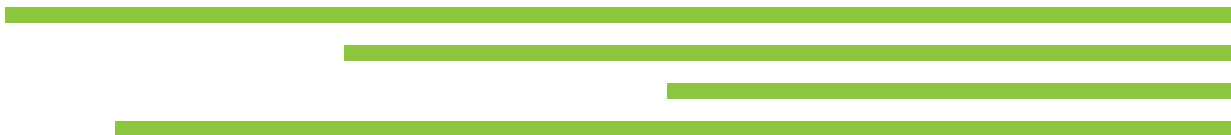


Quelle: IT.NRW 2011

Deutlich wird, dass die Bielefelder Hochschulen nicht nur für die Bildungsregion Bielefeld, sondern auch für den gesamten Regierungsbezirk Detmold einen zentralen Stellenwert hinsichtlich akademischer Bildung haben. Gleichwohl kommen 42,3 % (2010/11) der Studienanfängerinnen und -anfänger aus anderen Regionen. Damit wird auch die überregionale Bedeutung der Bielefelder Hochschulen deutlich.

⁷⁷ Bezogen auf das 1. Hochschulsesemester

⁷⁸ Regierungsbezirk Detmold



Lerndimension „Lernen zu handeln“

Die Lerndimension umfasst drei Themenkomplexe mit insgesamt acht Indikatoren bzw. Teilindikatoren, die sich mit dem Einstieg in die Berufsausbildung beschäftigen. Der Indikator „Versorgung mit beruflicher Ausbildung“ (C1) betrachtet sowohl die beruflichen Schulen als auch die Angebots-Nachfrage-Relation und die Übergangsquoten in die drei Teilbereiche des beruflichen Ausbildungssystems näher. Der Indikator „Management der Übergänge zwischen Schule und Beruf“ (C2) beleuchtet die im kommunalen Übergangsmanagement erfassten Abgänger. Schließlich wird mittels des Indikators „Qualifikationsanpassung und -erweiterung“ (C3) die berufsbezogene Weiterbildung in den Blick genommen.



C1 Versorgung mit beruflicher Ausbildung

Der Indikator liefert einen Überblick über die berufsbildenden Schulen und deren Kapazitäten. Die Differenzierung nach Trägerschaft und Schulformen liefert Hinweise auf das vorgehaltene Gesamtspektrum an Bildungsgängen. Darüber hinaus befasst er sich mit der Diskrepanz zwischen dem regionalen Ausbildungsplatzangebot und der vorhandenen Nachfrage, die als Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) dualer Ausbildung bezeichnet wird. Letztlich beleuchtet der Indikator die Übergangsquoten neu eingetretener Schülerinnen und Schüler in die drei Teilbereiche des beruflichen Ausbildungssystems (duale Ausbildung, Schulberufs- und Übergangssystem) und liefert damit Erkenntnisse über den gelingenden bzw. zunächst nicht gelingenden Einstieg in eine vollqualifizierende Berufsausbildung.

C1-1 Berufliche Schulen und Schülerzahlen (Bielefelder Berufskollegs)

Berufskollegs bieten ein breites Spektrum beruflicher Qualifizierungen und schulischer Abschlüsse an und verknüpfen mit diesem Angebot berufliche mit allgemeiner Bildung. Das Angebot der Berufskollegs ist in verschiedene Bildungsgänge gegliedert. Diese orientieren sich an beruflichen Qualifikationsprofilen und betonen die berufspraktischen Inhalte in unterschiedlicher Intensität. Ein wesentliches Merkmal der Bildungsangebote der Berufskollegs ist die in der Regel bestehende Möglichkeit, eine berufliche Qualifizierung mit dem Erwerb eines allgemeinbildenden (Schul-) Abschlusses zu verbinden, der über dem bisher erreichten Bildungsabschluss liegt.

Die Bildungsgänge der Berufskollegs führen somit zu einer beruflichen Qualifizierung und/oder zu einem allgemeinbildenden Abschluss bis hin zum Abitur. Abschlüsse der Sekundarstufe I können nachträglich erworben werden. Die an den Berufskollegs zu erwerbenden beruflichen Qualifikationen reichen von der Vorbereitung auf eine spätere Berufsausbildung (Berufsorientierung) über eine vertiefende Berufsvorbereitung bis hin zur schulischen Begleitung einer betrieblichen Berufsausbildung (Duales System) oder dem Erwerb von Berufsabschlüssen nach Landesrecht.⁷⁹

Ein erheblicher Anteil der Schülerinnen und Schüler wechselt, um nach der allgemeinbildenden Schule eine berufliche Anschlussqualifizierung zu erwerben, auf eines der 12 Berufskollegs der Stadt, von denen sich jeweils sechs in städtischer und weitere sechs in nichtstädtischer Trägerschaft befinden. Die Bielefelder Berufskollegs halten ein umfangreiches Angebot an Bildungsgängen vor, das auch von vielen Schülerinnen und Schülern aus angrenzenden Kommunen genutzt wird.

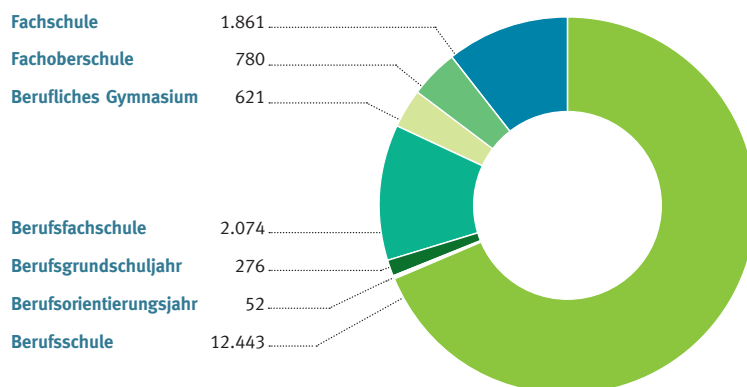
Zwischen 2006 und 2010/11 ist die Schülerschaft an den Berufskollegs um rund 3 % auf rund 30 % der Bielefelder Schülerschaft (18.107) angewachsen, von denen ca. 38 % aus anderen Kommunen einpendeln. An den sechs städtischen Berufskollegs werden fast 87 % aller Schülerinnen und Schüler der zwölf Berufskollegs unterrichtet. Annähernd 67 % der Schülerinnen und Schüler an allen Berufskollegs besuchen die Berufsschule (duale Ausbildung). Abb. 52 gibt für das Schuljahr 2010/11 einen Überblick über die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die unterschiedlichen Bildungsgänge innerhalb der Berufskollegs.

⁷⁹ Aufgrund der hohen Komplexität der Angebotsstruktur der Berufskollegs und der vielschichtigen Möglichkeiten des Erwerbs von Bildungsabschlüssen, wurde an dieser Stelle auf eine differenzierte Darstellung verzichtet. Siehe auch: Berufskollegs in NRW 2004; Das Berufskolleg in Nordrhein-Westfalen. Bildungsgänge und Abschlüsse 2008 (Hrsg.) MSW

Schülerzahlen an den Bielefelder Berufskollegs

Abb. 52

nach Bildungsgängen im Schuljahr 2010/11



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

Berufskollegs bieten mit ihren vielschichtigen Angeboten an Bildungsgängen in den Bereichen Ernährung, Gestaltung, Naturwissenschaft, Soziales, Technik sowie Wirtschaft und Verwaltung sowohl einen Einstieg in die berufliche Qualifizierung als auch die Möglichkeit, (höher) qualifizierende Schulabschlüsse zu erwerben. Bildungsgänge im dualen Ausbildungsbereich bilden weiterhin den Schwerpunkt der Angebote.

C 1-2 Angebots-Nachfrage-Relation der dualen Berufsausbildung

Die Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) der dualen Berufsausbildung gibt die Diskrepanz zwischen Ausbildungsplatzangebot und Ausbildungsplatznachfrage an.⁸⁰ Sie liefert damit Erkenntnisse über die bestehenden Überhänge bzw. Versorgungsengpässe auf dem Ausbildungsmarkt. Während Werte deutlich über 100 auf ein auswahlfähiges Angebot hindeuten, signalisieren Werte unter 100, dass kein auswahlfähiges Angebot vorhanden ist und insbesondere leistungsschwächere Ausbildungsplatzsuchende in die Warteschleifen des sogenannten Übergangssystems oder in vollzeitschulische Alternativen ausweichen müssen.

In den zurückliegenden Jahren hat sich die ANR dualer Ausbildung ausgehend von einer sehr ungünstigen Relation (90,1) im Jahr 2006 deutlich verbessert auf zuletzt 98,8. **Trotz dieser positiven Entwicklung liegt auch 2010 kein auswahlfähiges Angebot für ausbildungsplatzsuchende Jugendliche im Arbeitsagenturbezirk⁸¹ Bielefeld vor.⁸²** Diese Situation spiegelt sich letztlich auch in den hohen Quoten von sich im Übergangssystem befindlichen Jugendlichen wider (vgl. C 2-2). Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass nur Personen als Nachfrager berücksichtigt werden, die eine entsprechende Meldung bei der Arbeitsagentur aufrechterhalten. In einer Warteschleife befindliche Bewerber, die weiterhin einen Ausbildungsplatz suchen, werden in dieser Berechnung nicht erfasst. Darüber hinaus spiegelt die ANR nicht die speziellen Ausbildungswünsche der Jugendlichen und damit die Passgenauigkeit von Angebot und Nachfrage wider.

Auf 100 nachfragende Bielefelder Jugendliche kamen im Jahr 2010 nur 98,8 Ausbildungsstellen.

⁸⁰ Methodische Erläuterung: Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) Die ANR beschreibt die Relation zwischen dem Angebot an dualen Ausbildungsplätzen und der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und spiegelt damit näherungsweise die bestehende Knappheit des entsprechenden Angebots des dualen Ausbildungssystems wider. Das Angebot wird berechnet als Summe aus der bis zum 30.09 eines Jahres abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse (Neuverträge) und den bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldeten, aber unbesetzt gebliebenen Stellen. Die Nachfrage wird berechnet als Summe von Neuverträgen und den bei der BA gemeldeten unvermittelten bzw. unversorgten Bewerbern. Nachfragende Personen sind diejenigen, die eine entsprechende Meldung bei der Arbeitsagentur aufrechterhalten. Anderweitig versorgte Bewerber, die dennoch eine Ausbildung beginnen wollen, werden also nicht erfasst.

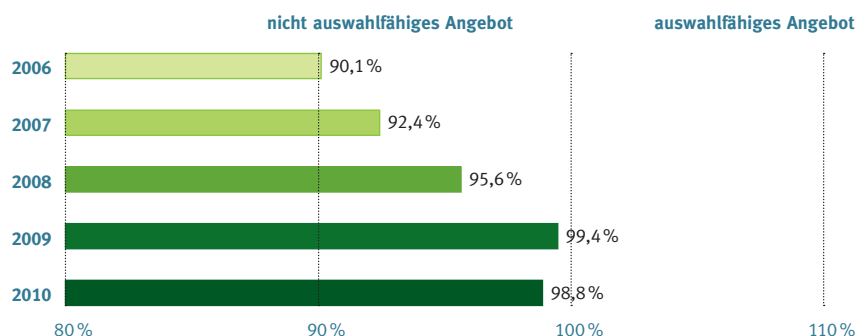
⁸¹ Der Arbeitsagenturbezirk Bielefeld besteht aus der Stadt Bielefeld und dem Kreis Gütersloh.

⁸² Eine vertiefende Analyse zur Veränderung der regionalen Disparitäten in der Ausbildung findet sich in: Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2010, S. 102 ff.

Abb. 53

Angebots-Nachfrage-Relation der dualen Berufsausbildung

im Arbeitsagenturbezirk Bielefeld



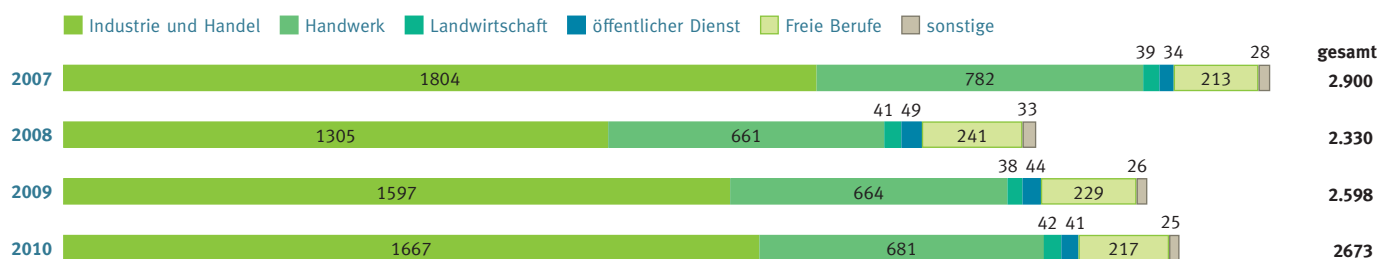
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2011

Die Anzahl der in Bielefeld neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bleibt 2010 unter dem Wert von 2007 (vgl. Abb. 54). Insbesondere die Bereiche „Industrie und Handel“ sowie „Handwerk“ schlossen gegenüber 2007 deutlich weniger Ausbildungsverträge ab.

Abb. 54

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Bielefeld

zum Stichtag 31.12.2010



Quelle: IT.NRW, Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

Die Angebots-Nachfrage-Relation der Ausbildungsplätze weist seit Jahren eine Quote von unter 100 aus. Damit bestand in den zurückliegenden Jahren und bestehen aktuell **keine Auswahloptionen für die Schulabgänger**. Vielmehr werden bereits die **quantitativen Bedarfe** nicht gedeckt. Ein nicht unerheblicher Anteil von Jugendlichen erhält keinen ihren **qualitativen fachspezifischen Wünschen** entsprechenden Ausbildungsplatz. Hier besteht das Risiko, dass diese Jugendlichen zunächst in das Übergangssystem ausweichen müssen (vgl. C 2-2). Betroffen hiervon sind in erster Linie Jugendliche ohne oder mit einem niedrigen Bildungsabschluss.

Das Ausbildungsplatzangebot ist in der Region seit Jahren nicht ausreichend.

C 1-3 Übergangsquoten neu eingetretener Schülerinnen und Schüler in die drei Teilbereiche des beruflichen Ausbildungssystems

Nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule⁸³ wechselt ein erheblicher Anteil von Schülerinnen und Schülern in die drei Teilbereiche (duale Ausbildung, Schulberufs- und Übergangssystem) des beruflichen Ausbildungssystems. Im Schulberufssystem werden vollzeitschulisch berufsqualifizierende Abschlüsse erworben, im Übergangssystem werden berufsausbildungsvorbereitende Qualifikationsbausteine und in der dualen Ausbildung wird der theoretische Teil beruflicher Bildungsabschlüsse vermittelt. Erfasst ist dabei nur der Anteil von Schulabgängerinnen und Schulabgängern, die nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule an die Berufskollegs gewechselt sind.

*Anhand der Übergangsquoten lässt sich zum einen aufzeigen, welchem Anteil des jeweiligen Abgangsjahres ein erfolgreicher Einstieg in eine vollqualifizierende Berufsausbildung gelingt. Zum anderen können die Probleme von Jugendlichen, beim Übergang in die Berufsausbildung einen berufsqualifizierenden Ausbildungsplatz zu erhalten, verdeutlicht werden. Damit wird offenkundig, wer zunächst nur einen Platz im Übergangssystem erhält und sich somit in einer u.U. mehrjährigen Warteschleife vor dem Eintritt in die Berufsausbildung oder Berufstätigkeit befindet.*⁸⁴

Mit Blick auf die vorab im allgemeinbildenden Schulsystem erworbene Qualifikation kann gezeigt werden, in welchen der drei Teilbereiche die Schülerinnen und Schüler an den Berufskollegs einmünden (Abb. 55). Deutlich wird, dass Jugendlichen ohne Schulabschluss der Wechsel in eine vollqualifizierende Berufsausbildung häufig nicht sofort gelingt. Ein erheblicher Anteil von ihnen, 2010 betrifft das annähernd 80 %, mündet zunächst in das Übergangssystem ein. Auch für die fast dreifach so große Gruppe der Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschluss nach Klasse 9 und 10 verringert sich das Risiko nicht, zunächst nur einen Platz im Übergangssystem zu erhalten; deren Quote liegt 2010 ebenfalls bei 80 %. Werte über 100 % erklären sich daraus, dass sich Jugendliche aus Vorjahren weiter im Übergangssystem befinden und einen erneuten Anlauf für einen Einstieg in die duale Berufsausbildung bzw. in das Schulberufssystem unternehmen.

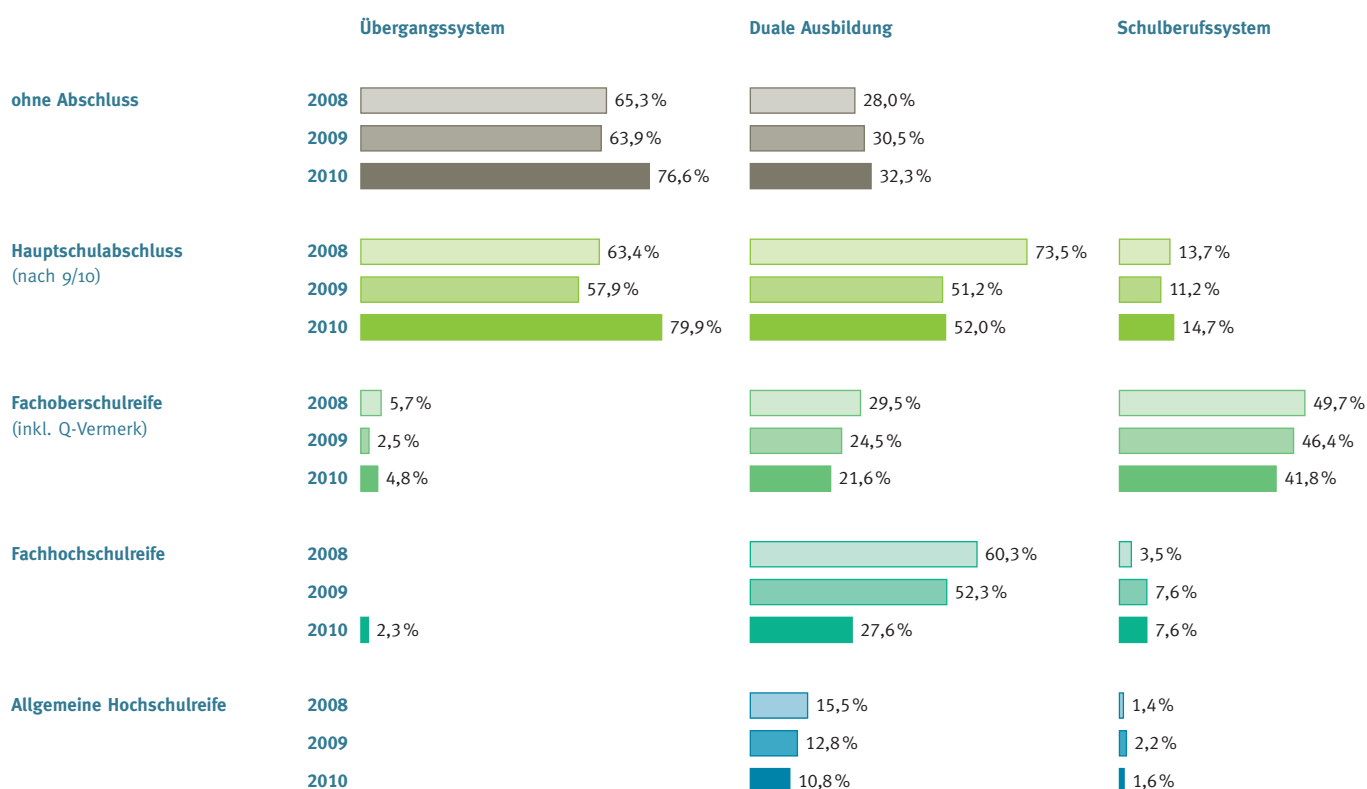
⁸³ Grundgesamtheit sind alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger des Vorjahres.

⁸⁴ Bei der Berechnung und Darstellung der Übergangsquoten in die drei Teilbereiche des beruflichen Ausbildungssystems muss berücksichtigt werden, dass in Bielefeld in hoher Anteil auswärtiger Schülerinnen und Schüler, insbesondere in Fachklassen der dualen Berufsausbildung beschult werden. Ihr Anteil kann nicht durchgängig trennscharf abgegrenzt werden. Ferner werden Jugendliche, die in einem Bielefelder Betrieb eine Ausbildung absolvieren, statistisch als Bielefelder gerechnet, auch wenn ihre Meldeadresse in anderen Kommunen liegt. Im Übergangssystem werden Einstiegsqualifizierungen (EQ), Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB und KSoB), das Berufsgrundschuljahr (BGJ) sowie das Berufsorientierungsjahr (BVJ) erfasst.

Abb. 55

Übergangsquoten Bielefelder Schülerinnen und Schüler in die drei Teilbereiche der Berufskollegs

(nach bisher erreichten Abschlüssen 2008 bis 2010)



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

Konnte anhand der Abb. 55 verdeutlicht werden, wie sich die Schülerinnen und Schüler entsprechend ihres vorab erworbenen Qualifikationsniveaus auf die drei Teilbereiche der Berufskollegs verteilen, richtet die Abb. 56 den Blick auf die anteilige Verteilung der Schülerinnen und Schüler (und der erworbenen Qualifikation) innerhalb der drei Teilbereiche der Berufskollegs. Damit wird das Erstausbildungssystem nicht vollständig erfasst, da insbesondere Bildungsgänge an eigenständigen Fachschulen fehlen.

In den zurückliegenden Jahren ist der Anteil (bezogen auf den jeweiligen Abgangsjahrgang) der Schülerinnen und Schüler, die nach der allgemeinbildenden Schule auf ein Berufskolleg wechseln, insgesamt um über zehn Prozentpunkte rückläufig.

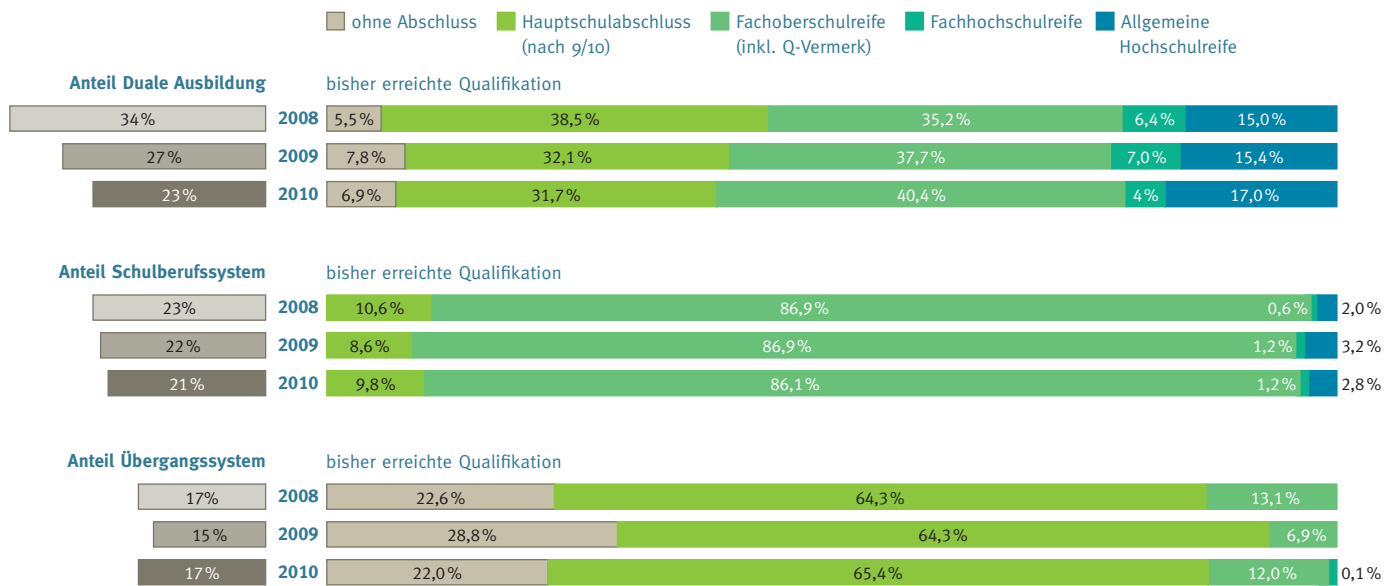
Innerhalb der drei Teilsysteme der Berufskollegs⁸⁵ ist besonders auffällig, dass sich primär die Einmündungsquoten in den Bereich der dualen Ausbildung verringert haben (ein Minus von annähernd zwölf Prozentpunkten). Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die in das Schulberufssystem wechseln, verzeichnete hingegen nur geringe Verluste, während das Übergangssystem auf konstantem Niveau verbleibt.

Hinsichtlich des vorab erworbenen Qualifikationsniveaus lässt sich innerhalb der dualen Berufsausbildung eine Entwicklung zu höheren Abschlüssen beobachten, während der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit niedrigen Bildungsabschlüssen in diesem Segment abnimmt. Worauf diese Entwicklung primär zurückzuführen ist, muss zunächst offen bleiben. Ca. 17 % der Abgangsjahrgänge (2008–2010), die die allgemeinbildende Schule ohne bzw. mit niedrigem Bildungsabschluss verlassen, finden keine adäquate Abschlussperspektive, sondern münden zunächst in das Übergangssystem ein (Abb. 56).

⁸⁵ In der Rubrik Übergangssystem sind die Bildungsgänge des Berufsgrundschuljahrs, des Berufsorientierungsjahrs und die Klassen für Schülerinnen und Schüler ohne Ausbildungsverhältnis zusammengefasst. Unter der Rubrik Schulberufssystem werden die Bildungsgänge der Berufsfachschule (einschl. Assistentenbildungsgänge und berufliches Gymnasium) und der Fachoberschule subsumiert.

Anteil der vom Abgangsjahrgang in die Berufskollegs eingemündeten Schülerinnen und Schüler (nach Teilbereichen 2008 bis 2010)

Abb. 56



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

Der Blick auf das im allgemeinbildenden Schulsystem erreichte Qualifikationsniveau verdeutlicht hinsichtlich der Verteilung der Absolventen auf die drei Teilsysteme in den Berufskollegs, dass ein Bildungsabschluss nach Klasse 9 bzw. 10 keinen Garant mehr für eine direkte berufliche Anschlussperspektive darstellt. Vielmehr mündet ein erheblicher Anteil auch dieser Gruppe zunächst in das Übergangssystem ein. Für die Orientierung von Absolventen mit Fachhochschulreife und Allgemeiner Hochschulreife zur dualen Berufsausbildung ist ein deutlich rückläufiger Trend im Betrachtungszeitraum zu konstatieren.

Die insgesamt rückläufigen Übergangsquoten in die Berufskollegs manifestieren sich primär im Segment der dualen Ausbildung. Diese Entwicklung hängt vermutlich auch mit der problematischen Angebots-Nachfrage-Situation auf dem Ausbildungsmarkt zusammen.

C2 Management der Übergänge zwischen Schule und Beruf

Kommunen sollen zu den von Bund, Ländern und der Bundesagentur für Arbeit vorgehaltenen beruflichen Bildungs- und Beratungsangeboten ergänzende Leistungen für junge Menschen anbieten, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind (§§ 11, 13 SGB VIII). In der Bündelung von bereits frühzeitig einsetzenden Aktivitäten, die von Berufsorientierung über Ausbildungsvermittlung bis hin zu präventiven Angeboten zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen reichen, liegt auch perspektivisch eine wichtige Aufgabe der Kommunen.⁸⁶

C2-1 Im kommunalen Übergangsmanagement erfasste Schulabgänger aus Förder-, Haupt-, und Gesamtschulen (Anteil an Abgängern insgesamt)⁸⁷

Der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine berufsqualifizierende Ausbildung ist für viele Schülerinnen und Schüler eine besondere Herausforderung. Hohe Anforderungen im Ausbildungsbereich hinsichtlich schulischer Abschlüsse und Querschnittskompetenzen führen, insbesondere bei einem geringen regionalen Ausbildungsplatzangebot, zu einem Verdrängungswettbewerb von Schulabgängerinnen und Schulabgängern, vor allem zu Lasten der Förder- und Hauptschulen.

Die Quote der in einem kommunalen Übergangsmanagement erfassten Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus Förder-, Haupt- und Gesamtschulen zeigt, inwieweit die Kommune auf die Probleme eines erheblichen Anteils von Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag mit einem Übergangsmanagement reagiert, das über herkömmliche Beratungs- und Berufsorientierungsangebote weit hinaus geht.

Auf den für einen erheblichen Anteil der Schülerinnen und Schüler problematischen Übergang im Anschluss an die allgemeinbildende Schule hat die Stadt Bielefeld seit 2006 mit einem konsequenten Ausbau der Leistungsangebote für die Zielgruppe der Förder-, Haupt- und Gesamtschülerinnen und -schüler reagiert. Das regionale Übergangsmanagement (RÜM) wird über die Jugendberufshilfe (SGB VIII) der REGE mbH, einer städtischen Tochter, gesteuert. Da ein Anteil der Zielgruppe, die durch das kommunale Übergangsmanagement betreut wird, Leistungen nach dem SGB II erhält und auch in diesem Kontext hinsichtlich des Übergangs in eine berufsqualifizierende Ausbildung beraten und unterstützt wird, arbeiten beide Akteure mit dem Ziel, den Prozess für die Jugendlichen abgestimmt, transparent und bedarfsgerecht zu gestalten, unter einem Dach im Bielefelder Jugendhaus zusammen.⁸⁸ Bei Jugendlichen aus dem Rechtskreis des SGB III besteht eine intensive Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit. Parallel zu der im Vordergrund stehenden Ausrichtung der Angebote des kommunalen Übergangsmanagements auf eine direkte Vermittlung der Absolventen nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt wird eine möglichst kurze Verweildauer der nicht sofort vermittelten Jugendlichen im Übergangssystem angestrebt.

In enger Kooperation mit den Schulen und der Agentur für Arbeit erhalten die Schülerinnen und Schüler bereits ab der achten Klasse Orientierungsangebote (im Bereich der Berufsfelderprobung), die in der neunten Klasse um weitere spezifische Leistungen (z.B. Kompetenz-Checks) ergänzt werden. In den Abgangsklassen können alle Absolventen Angebote einer vertiefenden Berufsorientierung nutzen sowie ein auf einen optimalen Übergang ausgerichtetes individuelles und begleitendes Coaching. Das Coaching der Übergangsmanager der REGE mbH steht den Schülerinnen und Schülern bis zu einer erfolgreichen Vermittlung in den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt und auch noch vier Jahre nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule zur Verfügung (Abb. 57).

⁸⁶ Bei den Angeboten der Berufsorientierung und der Ausbildungsvermittlung kooperiert das kommunale Übergangsmanagement mit den entsprechenden Stellen der Bundesagentur für Arbeit. Teile der Angebote des Kommunalen Übergangsmanagements werden mit Unterstützung und/oder finanziellen Beiträgen der Agentur für Arbeit umgesetzt.

⁸⁷ Die Betreuung von Realschülerinnen und -schülern hat erst im Jahr 2011 begonnen, so dass dafür noch keine verwertbaren Daten vorliegen.

⁸⁸ Kooperationen des kommunalen Übergangsmanagements bestehen darüber hinaus für die Zielgruppe der Jugendlichen, die über das SGB III betreut werden.

Angebote des kommunalen Übergangsmanagement der Jugendberufshilfe
(SGB VIII) der REGE⁸⁹ mbH ab Klasse 8⁸⁹

Abb. 57



Quelle: Jugendberufshilfe der Rege mbH 2011

Eine zentrale Voraussetzung für eine direkte erfolgreiche Vermittlung der Absolventen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt im Anschluss an die allgemeinbildende Schule stellt, neben nicht beeinflussbaren Marktbedingungen (ANR dualer Berufsausbildung, vgl. C 1) und den individuellen Qualifikationen, die (kontinuierliche) Betreuung der Absolventen und die Steuerung des Übergangsprozesses, insbesondere im Abgangsjahr, dar. Insofern kommt den Betreuungsquoten vor dem Übergang eine hohe Bedeutung zu.

In den Abgangsklassen der Sekundarstufe I der Haupt- und Gesamtschulen erreicht das kommunale Übergangsmanagement mit seinen Beratungs- und Coachingangeboten alle Schülerinnen und Schüler Bielefelds (Abb. 58). Die gesetzlichen Vorgaben für die Betreuung von Abgangsschülerinnen und -schüler durch das kommunale Übergangsmanagement sind auf das Wohnortprinzip ausgerichtet. Um Einpendler aus angrenzenden Kommunen von den Leistungen des kommunalen Übergangsmanagements nicht ausschließen zu müssen, findet diese Regelung in Bielefeld keine Anwendung. Daraus resultieren auf der anderen Seite Betreuungsquoten bei den Haupt- und Gesamtschülerinnen und -schülern von über 100 Prozent.⁹¹

Die im Verhältnis zu den Haupt- und Gesamtschulen geringeren Betreuungsquoten an den Förderschulen sind hingegen ursächlich auf die Ausrichtung der Angebote des kommunalen Übergangsmanagements zurückzuführen, weil im Betrachtungszeitraum nur Schülerinnen und Schüler von Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen beraten wurden.

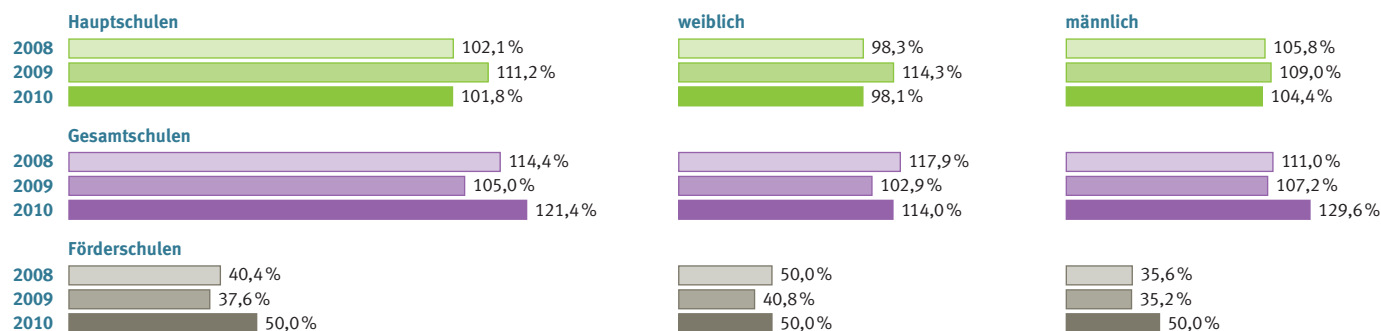
⁸⁹ In Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und den Jobcentern.

⁹⁰ BvB-Maßnahmen werden von der Arbeitsagentur finanziert und gesteuert. Die Jugendberufshilfe der REGE mbH übernimmt, ebenso wie die Fachstellen des SGB II, die Maßnahmebesetzung. EQ- und ÜQ-Maßnahmen sind Angebote, die gleichermaßen für Jugendliche aus dem Rechtskreis des SGB II und SGB III verwendet werden.

⁹¹ Das zugrunde liegende Datenmaterial basiert auf einer kommunalen Individualstatistik, deren Daten auf der Grundlage persönlicher Vereinbarungen zwischen Institutionen, Jugendlichen und Eltern im Zeitverlauf mehrfach erhoben wurden.

Abb. 58

Betreuungsquote der Schulabgängerinnen und -abgänger der Förder-, Haupt- und Gesamtschulen durch das kommunale Übergangsmanagement 2008 bis 2010



Quelle: Jugendberufshilfe der REGE mbH 2011

Das in 2006 von der Stadt Bielefeld etablierte und kontinuierlich ausgebauten Leistungsspektrum des kommunalen Übergangsmanagements erreicht mit seinen Angeboten bereits frühzeitig große Teile der Förder-, Haupt- und Gesamtschülerinnen und -schüler. **In den Abgangsklassen werden alle Bielefelder Schülerinnen und Schüler der betreuten Schulformen bzw. der betreuten Förderschwerpunkte der Förderschulen mit den Angeboten des kommunalen Übergangsmanagement erreicht.** Damit liegt eine zentrale Voraussetzung für die Gestaltung und Begleitung bedarfsorientierter Übergangsprozesse vor.

Die enge Kooperation im Bielefelder Jugendhaus zwischen dem kommunalen Übergangsmanagement (SGB VIII) der REGE mbH, dem SGB II und dem SGB III führt zu zwischen den unterschiedlichen Rechtskreisen abgestimmten Angeboten für die Absolventen. Ab 2011 werden auch die Schülerinnen und Schüler der Realschulen durch das kommunale Übergangsmanagement betreut. Mit der Übernahme der kommunalen Koordinierung durch die REGE mbH im „Neuen Übergangssystem des Landes NRW“ zum 01.02.2012 als Referenzkommune weiten sich die Aufgaben auf alle Schulen in Bielefeld aus.

C 2-2 Schulabgänger aus Förder-, Haupt-, und Gesamtschulen nach Art des Verbleibs in Prozent

Aus kommunaler Sicht ist nicht nur der direkte Verbleib von Schülerinnen und Schülern im Anschluss an die allgemeinbildenden Schulen von Bedeutung, sondern darüber hinaus auch die weitere bildungsbiographische Entwicklung in den Folgejahren. Sich wiederholende Warteschleifen im Übergangssystem und sogenannte „Drop-Out“-Problematiken von Jugendlichen, deren Verbleib statistisch ungeklärt⁹² ist, liefern in Verbindung mit den Merkmalen Geschlecht und Migration Hinweise auf das Ausmaß von Verzögerungen bzw. Hemmnissen beim Einstieg in die berufliche Zukunft und den Abbau von sozialer Benachteiligung. Die Abbildungen 59 und 60 stellen für die Bielefelder Schulabgängerinnen und Schulabgänger der Jahre 2008 und 2009 heraus, welchem Anteil der direkte Übergang in Schule, Ausbildung oder Arbeit gelingt und wie hoch der Anteil derjenigen ist, die zunächst in das Übergangssystem einmünden. Darüber hinaus verdeutlichen sie die Anteile von denjenigen, für die noch kein passendes Angebot ermittelt werden konnte (im Prozess), die eine Beratung bzw. Vermittlung aus persönlichen Gründen aktuell nicht wahrnehmen (Sonstige) und den Anteil der Jugendlichen, die unter die Drop-Out Problematik (unbekannt) fallen, also die Zusammenarbeit aus ungeklärten Gründen abbrechen.

Dem kommunalen Übergangsmanagement gelingt es, alle Bielefelder Schülerinnen und Schüler der Abgangsklassen der entsprechenden Schulformen im Kontext des Übergangs zu betreuen (vgl. C 2-1). Qualitative Aussagen, inwieweit sich diese Übergangsprozesse für Absolventen erfolgreich oder zunächst weniger erfolgreich gestalten, können hingegen über eine Verlaufsbetrachtung der Anschlussjahre nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule verdeutlicht werden.

Von den 1.364 durch das kommunale Übergangsmanagement zum Stichtag 30.09.2008 betreuten Schulabgängerinnen und -abgängern gelang 57 % im Anschluss entweder ein direkter Einstieg in eine weiter qualifizierende schulische Ausbildung, eine duale Berufsausbildung oder die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit. 37 % der Übergängerinnen und Übergänger mündeten zunächst in das Übergangssystem ein und auf 5,5 % traf die sogenannte Drop-Out-Problematik zu. Darunter lassen sich diejenigen subsumieren, die eine weitere Betreuung trotz eventuell mangelnder Anschlussperspektive nicht wahrnehmen. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen, die zunächst in das Übergangssystem einmündeten, weisen einen Migrationshintergrund auf (Abb. 59).

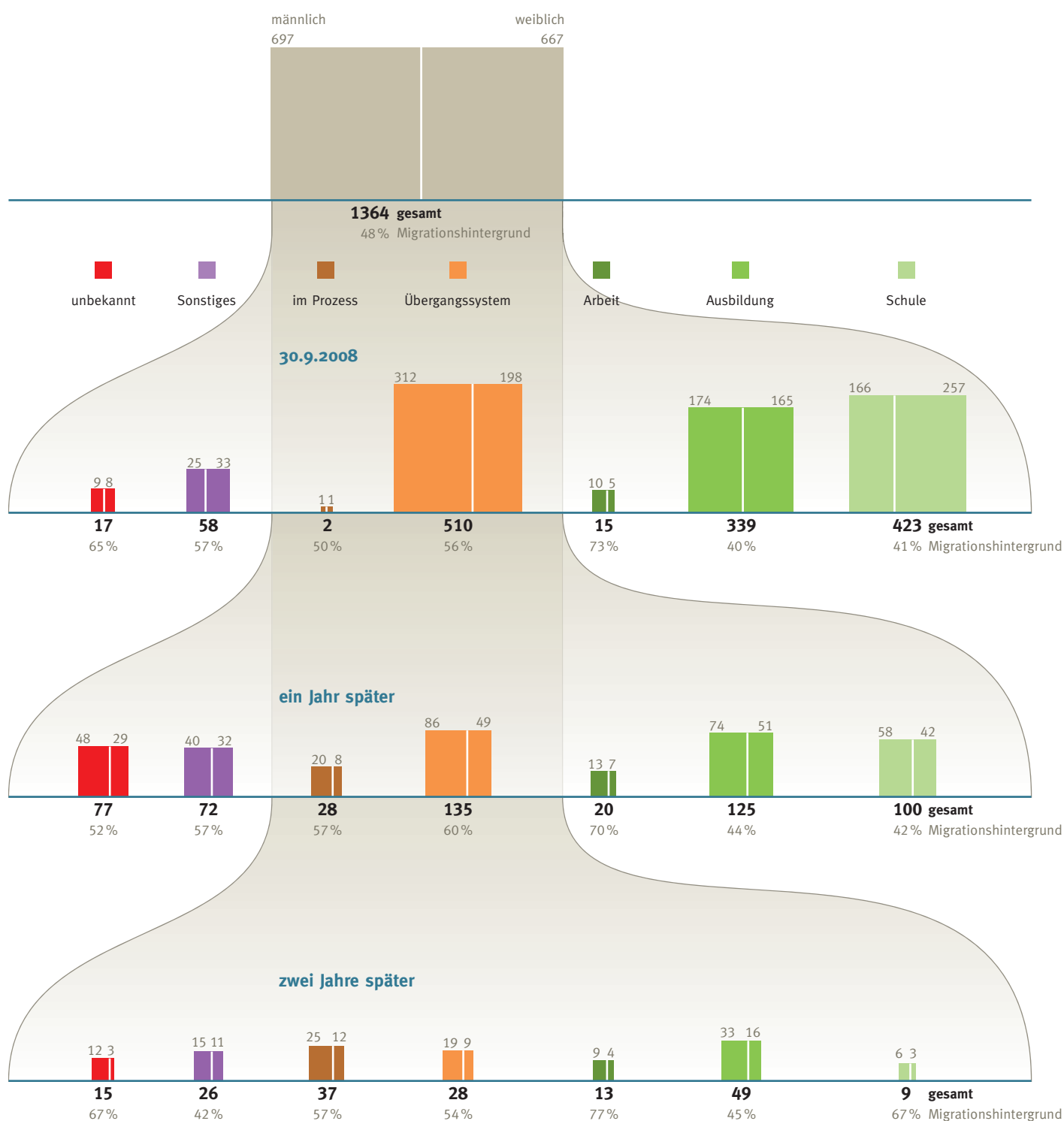
Die Verlaufsbetrachtung des Abgangsjahrgangs 2008 verdeutlicht, dass im Folgejahr (2009) von den zunächst in das Übergangssystem eingemündeten Jugendlichen weiteren 48 % eine substantielle Anschlussperspektive vermittelt werden konnte. Zwei Jahre nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule sind noch ca. 4,8 % des Abgangsjahrgangs unversorgt und münden somit in eine weitere „Warteschleife“ im Übergangssystem ein. Gleichzeitig ist jedoch auch ein deutlicher Anstieg des Anteils von Jugendlichen mit Drop-Out-Problematik zu beobachten.

Offensichtlich gelingt weiblichen Jugendlichen der Übergang in eine Anschlussperspektive deutlich besser als männlichen Jugendlichen. Ihr Anteil im Übergangssystem im ersten Jahr nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule beträgt nur ca. 39 %.

⁹² Unter die „Drop-Out-Problematik“ fallen alle Jugendlichen, die die Beratung bzw. die Zusammenarbeit mit dem Übergangsmanagement aus ungeklärten Gründen abbrechen.

Abb. 59

Verbleib der Schülerinnen und Schüler von Förder-, Haupt- und Gesamtschulen im kommunalen Übergangsmanagement des Abgangsjahres 2008 im Zeitverlauf



Quelle: Jugendberufshilfe der REGE mbH 2011

Hatten vom Abgangsjahrgang der hier einbezogenen Schulformen 2008 noch 57 % im Anschluss an die allgemeinbildende Schule eine direkte Anschlussperspektive, sank der Anteil im Abgangsjahr 2009 (1.368 Schülerinnen und Schüler) um ca. vier Prozentpunkte auf 53 % (vgl. Abb.60). Damit war vom Abgangsjahrgang 2009 nur noch etwas mehr als jeder zweite Jugendliche nach der allgemeinbildenden Schule mit einem tragfähigen Angebot versorgt. Auffallend sind, parallel zu dem ansteigenden Anteil von Jugendlichen, die zunächst in das Übergangssystem einmündeten (plus 2 Prozentpunkte), drei Entwicklungen: Der Anteil der Schülerinnen und Schüler der Förder-, Haupt- und Gesamtschulen, die eine betriebliche Ausbildung aufnahmen, verringerte sich in 2009 im Verhältnis zu 2008 um 11,7 Prozentpunkte auf 13,2 %. Dementgegen stieg die Quote der Jugendlichen, die sich zunächst für eine schulische Anschlussperspektive entschieden, um 8,4 Prozentpunkte auf 38,9 %. Der Drop-Out-Anteil stieg um 1,8 Prozentpunkte auf 7,7 %.

Auch 2009 waren 39 % von den zunächst in das Übergangssystem eingemündeten Jugendlichen weiblich. Für Jugendliche mit Migrationshintergrund hat sich die Situation weiter zugespitzt. Von den 2009 ins Übergangssystem eingemündeten Jugendlichen hatten 62 % einen Migrationshintergrund, dies entspricht einer Steigerung um sieben Prozentpunkte zum Vorjahr.

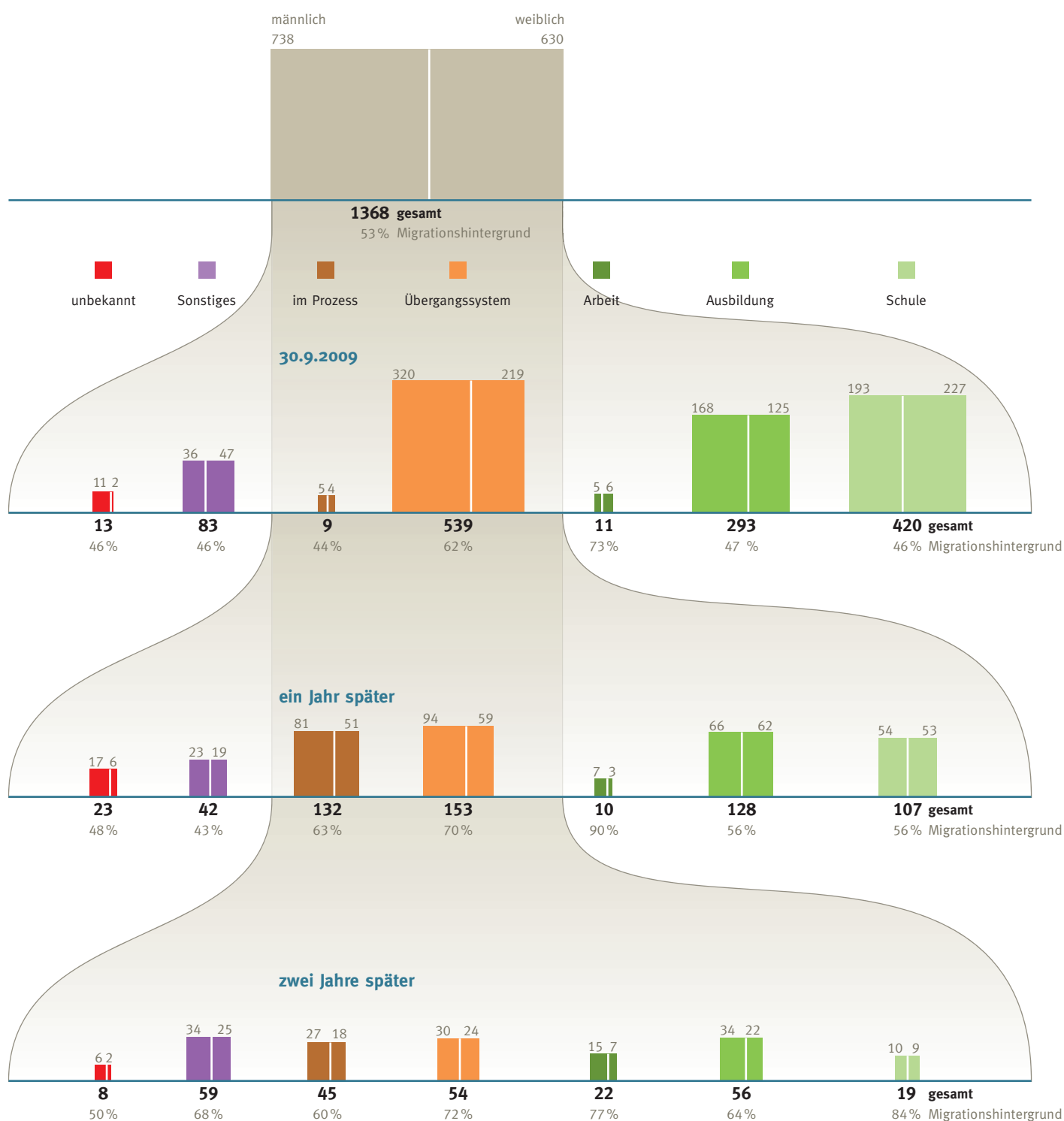
Im Folgejahr (2010) gelang es dem Kommunalen Übergangsmanagement, von den im Abgangsjahr 2009 nicht versorgten Jugendlichen weitere 40 % zu vermitteln, das entspricht einer Verringerung um acht Prozentpunkte zum Vergleichsjahr des Abgangsjahrgangs 2008. Auffallend ist der hohe Anteil von Jugendlichen, die sich 2010 noch im Prozess befanden.

Ein erheblicher Anteil der Förder-, Haupt- und Gesamtschülerinnen und -schüler der Abgangsjahre 2008 (43 %) und 2009 (47 %) mündet aufgrund mangelnder Perspektiven zunächst in das Übergangssystem ein, bevor es mit Unterstützung des kommunalen Übergangsmanagements⁹³ in den Folgejahren sukzessive gelingt, auch mit diesen Jugendlichen eine tragfähige Anschlussperspektive zu entwickeln. Problematisch gestaltet sich der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in eine qualifizierende Berufsausbildung vor allem für männliche Jugendliche und für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Als ebenfalls problematisch müssen die relativ hohen „Drop-Out-Quoten“ im Abschlussjahrgang 2008 eingeschätzt werden.

93 An der weiteren Integration der Jugendlichen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sind gleichermaßen das SGB II und SGB III beteiligt.

Abb. 60

Verbleib der Schülerinnen und Schüler von Förder-, Haupt- und Gesamtschulen im kommunalen Übergangsmanagement des Abgangsjahres 2009 im Zeitverlauf



Quelle: Jugendberufshilfe der REGE mbH 2012

C3 Qualifikationsanpassung und -erweiterung

Die Bedeutung beruflicher Weiterbildung nimmt seit Jahren zu, da eine qualifizierte berufliche Erstausbildung zwar eine Einstiegsvoraussetzung in das Erwerbsleben darstellt, jedoch keine hinreichende Garantie für eine dauerhafte Integration ist. Teilnahme an beruflicher Weiterbildung kann als wesentliche Voraussetzung zur Bewältigung sich verändernder und steigender Anforderungen im Berufsleben angesehen werden. Die dafür notwendigen Gelegenheitsstrukturen zu schaffen, ist eine Aufgabe der unterschiedlichen, in diesem Bereich in der Kommune tätigen Akteure.

Qualifizierungsprozesse können sowohl als betriebliche Weiterbildung oder als nichtbetriebliche, individuell berufsbezogene Weiterbildung organisiert sein, wie sie an den Volkshochschulen, in den Fachschulen der Berufskollegs und bei den freien Weiterbildungsträgern stattfinden. Für den Bereich betrieblicher Strukturen beruflicher Weiterbildung steht auf kommunaler Ebene bislang kein repräsentatives Datenmaterial zur Verfügung. Der Indikator „Qualifikationsanpassung und -erweiterung“ greift mit den drei nachfolgenden Aspekten die individuell berufsbezogene Weiterbildung auf (C3-1, C3-2 und C3-3). Insbesondere die Teilnahmequote an beruflicher Weiterbildung an den Kursen der Volkshochschule liefert Hinweise, inwieweit mit diesem Angebot das kommunal angestrebte Ziel der Erhöhung von Bildungsbeteiligung erreicht wurde.

C3-1 Eintritte Arbeitsloser in FbW-Maßnahmen je 1.000 Einwohner

(Förderung beruflicher Weiterbildung)

Die Förderung beruflicher Weiterbildung (FbW), die von der Bundesagentur für Arbeit organisiert und finanziert wird, hat einen zentralen Stellenwert im Weiterbildungsbereich in Deutschland, auch wenn sie primär Arbeitslosen⁹⁴ und nur unter bestimmten Voraussetzungen Personen in Beschäftigungsverhältnissen zu Gute kommt. An den Eintritten in „FbW-Maßnahmen“ (je 1.000 Einwohner) lässt sich ablesen, welche Bedeutung dieser Weiterbildungsbereich für die Bevölkerung hatte und wie er sich entwickelt hat.

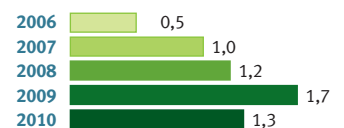
Das arbeitsmarktpolitische Instrument der Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) ist eine Ermessensleistung der aktiven Arbeitsförderung der Bundesagentur für Arbeit. Die Qualifizierung durch FbW-Maßnahmen zielt auf eine Erhöhung der Integrationschancen von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt ab. Die Planung und Bereitstellung finanzieller Mittel für FbW-Angebote steht in einem engen Verhältnis zur Arbeitsmarktsituation. In konjunkturell schwächeren Phasen mit hohen Arbeitslosenquoten werden die eingesetzten finanziellen Mittel in der Regel aufgestockt, um den Anteil qualifizierter Fachkräfte mit dem Ziel zu erhöhen, die Integrationschancen bei einer sich verändernden Nachfragesituation auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Im Betrachtungszeitraum (2006–2010) lässt sich für Bielefeld bis zum Jahr 2009, dem Höhepunkt der konjunkturellen (weltweiten) Schwächephase, ein kontinuierlicher Anstieg der Qualifizierungsbemühungen der Bundesagentur für Arbeit beobachten. Die Eintrittsquoten in FbW-Maßnahmen verdreifachten sich und erreichten in 2009 einen Wert von 1,7 ‰ (Abb. 61)⁹⁵. In 2010 fielen sie hingegen wieder ab.

Abb. 61

Eintritte arbeitsloser Personen in Fördermaßnahmen der beruflichen Weiterbildung

je 1000 Einwohner im Alter von 15 bis 65 Jahren



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2011

⁹⁴ In den Jahren 2006, 2008 und 2010 wurden durchschnittlich ca. 86,5 % der FbW-Maßnahmen von arbeitslosen Personen genutzt.

⁹⁵ Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Berechnungsgrundlage: Anzahl Eintritte in FbW*‰: Wohnbevölkerung (15 bis 65 Jahre)

C3-2 Kursbelegungen in beruflicher Weiterbildung der Volkshochschule je 1.000 Einwohner

Die Teilnahme an der beruflichen Weiterbildung an der Volkshochschule Bielefeld (VHS) gibt anhand der Kursbelegung Auskunft über die Beteiligung in diesem Bereich und liefert damit Anhaltspunkte für den Grad der Versorgung einer Region mit beruflicher Weiterbildung. Über eine Differenzierung nach Alter und Geschlecht kann aufgezeigt werden, welche Gruppen tatsächlich von den Angeboten erreicht wurden.⁹⁶

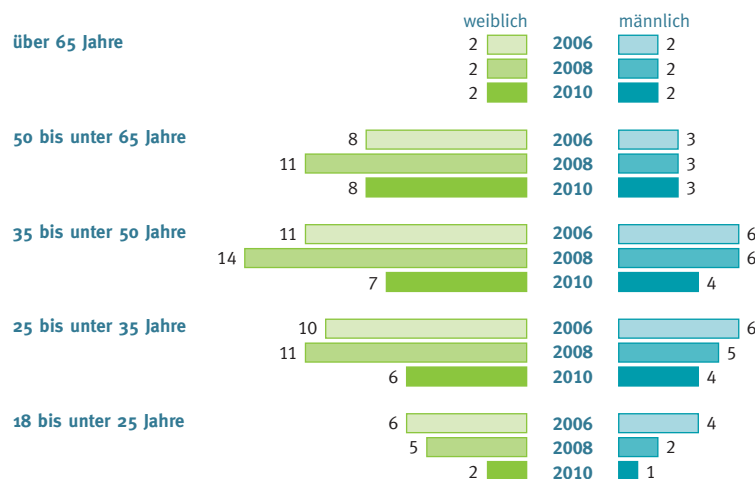
Trotz sich verändernder Anforderungsprofile für Erwerbstätige (vgl. A2-3) und einer damit einhergehenden notwendigen Zunahme des zu erbringenden individuellen Engagements im Bereich der beruflichen Weiterbildung ist für die Frequentierung der VHS-Kurse in der beruflichen Weiterbildung insgesamt ein rückläufiger Trend im Betrachtungszeitraum (2006–2010) festzustellen. Die unterschiedliche Entwicklung je nach Alterskohorte und Geschlecht könnte darauf hindeuten, dass das Kursangebot nicht für alle Altersgruppen sowie für Männer und Frauen gleichermaßen attraktiv ist.⁹⁷

Ein Blick auf die Alterskohorten zeigt, dass die Angebote der VHS hauptsächlich von den 25- bis 64-Jährigen genutzt werden, also von denjenigen, die bereits in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und sich parallel zu einer Erwerbstätigkeit qualifizieren oder eine Weiterbildung für die Aufnahme einer neuen Tätigkeit absolvieren. Auffallend ist die sehr unterschiedlich ausgeprägte Geschlechterverteilung bei der Nutzung der VHS-Angebote in diesem Segment. Über alle Alterskohorten hinweg ist der Anteil der Kursteilnehmerinnen deutlich höher als der der männlichen Teilnehmer. Dies ist vermutlich auch auf die stärker ausgeprägte Einbindung von männlichen Beschäftigten in die betriebliche Weiterbildung zurückzuführen (Abb. 62).

Die rückläufige Beteiligung der 18- bis 24-Jährigen an den VHS-Kursen der beruflichen Weiterbildung ist maßgeblich auf strukturelle Veränderungen innerhalb der VHS zurückzuführen. Ab Ende 2006 wurden Maßnahmen des Jobcenters für diese Altersgruppe bei der VHS nicht fortgeführt und die Durchführung von Bildungsmaßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik ausgelagert und auf einen anderen Bildungsträger⁹⁸ übertragen.

Abb. 62

Kursbelegung beruflicher Weiterbildung je 1000 Einwohner



Quelle: Stadt Bielefeld, Volkshochschule 2011

Die Förderung beruflicher Weiterbildung durch die Bundesagentur für Arbeit verzeichnete bis 2009 eine kontinuierliche Steigerung, die sich erst in 2010 durch eine veränderte Förderpolitik abschwächte. Dementgegen weisen die Teilnahmequoten der VHS in diesem Weiterbildungssegment eine deutlich rückläufige Entwicklung auf.

⁹⁶ Teilnehmerfälle beruflicher Weiterbildung *%o/Bevölkerung

⁹⁷ Männer sind bei der beruflichen Weiterbildung, die nicht betrieblich organisiert ist, traditionell unterrepräsentiert. Dies ist vermutlich gleichermaßen auf die Angebotsstruktur wie auch die Nachfrage zurückzuführen. Männer sind, anders als Frauen, stärker im Erwerbssystem verankert und haben damit bessere Zugänge zur betrieblichen Weiterbildung.

⁹⁸ Das VHS Bildungswerk e.V. ist ein gemeinnütziger Bildungsträger und wird als Weiterbildungsträger für verschiedene Auftraggeber in der Region tätig (siehe dazu auch: www.agib-bielefeld.de).

C3-3 Eingliederungsquote in den Arbeitsmarkt von Teilnehmern an FbW-Maßnahmen in Prozent

Erfolge beruflicher Weiterbildung sind noch schwieriger mess- und dokumentierbar als die anderer Bildungsaktivitäten. Als Anhaltspunkt lassen sich Arbeitsmarkterträge geförderter beruflicher Weiterbildung über die Eingliederungsquote von Teilnehmern an FbW-Maßnahmen in den Arbeitsmarkt aufzeigen.

Obwohl die Anstrengungen der Bundesagentur für Arbeit im Bereich der beruflichen Weiterbildung in den letzten Jahren hinsichtlich einer Verbesserung der Integrationschancen durch Qualifizierung von Arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Personen deutlich angestiegen sind, konnten die damit angestrebten Ziele nicht in vollem Umfang realisiert werden. Die Eingliederungsquote von Arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Personen nach einer erfolgreich absolvierten FbW-Maßnahme lag 2010 etwa auf dem Niveau von 2006. Insgesamt zeigt sich, dass die Eingliederungsquote während des gesamten Betrachtungszeitraums (2006–2010) durchgängig unter 50 % lag (vgl. Abb. 63).⁹⁹

Die Eingliederungsquote von Arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Personen im Anschluss an eine berufliche Weiterbildung der Bundesagentur für Arbeit liegen im Betrachtungszeitraum bei durchschnittlich 42 %. Die zunächst gering erscheinende Erfolgsbilanz muss angesichts der konjunkturellen Entwicklung der vergangenen Jahre jedoch relativiert gesehen werden. Der mit der wirtschaftlichen Erholung in 2011 verbundene Beschäftigungszuwachs wird vermutlich zu höheren Integrationsquoten führen.

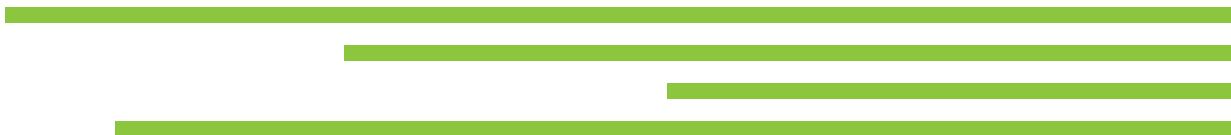
Abb. 63

Eingliederungsquote nach Teilnahme an Fördermaßnahmen der beruflichen Weiterbildung



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2011

⁹⁹ Die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) in Bielefeld verringerte sich zwischen 2006 und 2010 um 2,7 Prozentpunkte und liegt 2010 bei 10,5 %.



Lerndimension

„Lernen zusammen zu leben“

Wie lernen Menschen, sich sozial und rücksichtsvoll zu verhalten?

Wie lernen Menschen im und für das soziale Miteinander? Im

Zentrum dieser Lerndimension stehen verschiedene Formen von non-formaler, außerschulischer Bildung, die nicht alleine Wissen und Kenntnisse vermitteln, sondern auch dazu beitragen, dass sich sozial-kommunikative Fähigkeiten und Einstellungen entwickeln und entfalten können. Damit umfasst diese Dimension eine breite Palette von Gelegenheiten und Aktivitäten im kommunalen Raum, die der zwischenmenschlichen Verständigung von Jung und Alt, von Deutschen und Migranten, wie auch Personen mit unterschiedlichen Weltanschauungen dienen. Sie bildet das gesellschaftliche Engagement ab. Diese Lerndimension ist unterteilt in die Indikatoren intergenerationelle Begegnungen (D 1), Angebote der Kinder- und Jugendarbeit (D 2) sowie Teilnahme und Abschlüsse von Integrationskursen (D 3).



D1 Intergenerationelle Begegnungen

Der demographische Wandel sowie die zunehmende Vielfalt der Lebensstile und Weltanschauungen erfordern neue Formen des Zusammenlebens der Generationen. Neben dem Wissenstransfer sind hier die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses zu grundlegenden Werten einer demokratischen Gesellschaft und die Bereitschaft zur gegenseitigen Unterstützung auf der Grundlage einer gemeinsamen Sprache von Bedeutung.

Über die Darstellung des Projekts „Kinder in (Lese-)Patenschaften Erwachsener“ wird das Engagement von Kindertagesstätten abgebildet, die in Zusammenarbeit mit anderen kommunalen Einrichtungen ein intergenerationell ausgerichtetes Projekt mit dem Ziel durchführen, vor allem sprachliche, aber auch kognitive und kulturelle Lernprozesse von Kindern zu fördern.

Am seit 2007 in Bielefeld laufenden Modellprojekt **„(Vor-)lesen macht stark! – Lese-Sprach-Patenschaften OWL“** lässt sich exemplarisch das soziale Engagement Älterer in Bildungseinrichtungen und der damit verbundene intergenerationelle Austausch verdeutlichen. Darüber hinaus stellt das Projekt einen ergänzenden Baustein in der Bielefelder Sprachförderlandschaft dar. In 2010/11 nahmen 120 Kindertageseinrichtungen und 117 Lese-Sprach-Paten an dem Projekt teil. Das Projekt fördert überwiegend Kinder mit der Erstsprache Deutsch in einem Umfang von 1 bis 1,5 Stunden pro Woche. Die Förderphase ist auf zwei Jahre angelegt und endet mit dem Wechsel in die Grundschule. In der gesamten Förderphase ist die Vermittlung von Sprachkompetenz durch die Sprachpaten eingebettet in einen kontinuierlichen Prozess des intergenerationellen Dialogs, der u.a. darauf abzielt, kulturelle und kognitive Lernprozesse zu befördern. Dabei fungieren die Sprachpaten auch als Türöffner zu Weltwissen.

Die Lese-Sprach-Paten unterstützen mit ihrem Angebot die in den Kindertagesstätten tätigen Sprachförderkräfte. Sprachförderung und Modellprojekt orientieren sich inhaltlich gleichermaßen an dem aus dem angloamerikanischen Raum kommenden Modell der „Literacy-Erziehung“, das sich mit der Vermittlung von Grundfertigkeiten rund um die Lese-, Erzähl- und Schriftkultur beschäftigt.¹⁰⁰

Bereits 2008/09 lag der Anteil von Kindern mit Muttersprache Deutsch, bei denen ein Sprachförderbedarf diagnostiziert wurde, bei 10 % mit steigender Tendenz (Abb. 64).

Jedes neunte Bielefelder Kind im Alter von vier Jahren mit Erstsprache Deutsch und festgestelltem Sprachförderbedarf wird durch das Sprachpaten-Projekt in seiner sprachlichen und kognitiven Entwicklung gefördert.

Die hohen Teilnehmerquoten in dem Projekt deuten darauf hin, dass Sprachförderung zunehmend auch bei Kindern ohne Migrationshintergrund ein notwendiges und sinnvolles Instrument der frühen Förderung darstellt, da die Kinder innerhalb ihrer Familien offensichtlich nicht in einem notwendigen Umfang gefördert werden. Insofern kommt dem kontinuierlichen intergenerationellen Dialog mit den Sprachpaten eine hohe Bedeutung zu. Bis dato liegt keine wissenschaftliche Evaluation zur qualitativen (Sprach-)Entwicklung der teilnehmenden Kinder im Zeitverlauf vor. In einer internen Projektevaluation gaben 68 % der Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertageseinrichtungen und 76 % der Sprachpatinnen und -paten an, dass sich die Sprachkompetenz der Kinder verbessert hat.

Abb. 64

Anteil der geförderten vierjährigen Kinder im Modellprojekt „(Vor-)lesen macht stark! – Lese-Sprach-Patenschaften OWL“



Quelle: Stadt Bielefeld,
Amt für Integration 2011

¹⁰⁰ Der Wandel von Familienstrukturen sowie ein verändertes Medienkonsumverhalten bereits noch sehr junger Kinder können als nicht förderlich für eine Kultur des Vorlesens im häuslichen Bereich angesehen werden. Das Lesepatenprojekt begegnet diesem Wandel deshalb innerhalb des steuerbaren institutionalisierten Rahmens der Kindertageseinrichtungen. Das Angebot zielt vor allem auf eine Wortschatzerweiterung, den Ausbau der sprachlichen Ausdrucksfähigkeit, Verbesserung der grammatikalischen Kenntnisse sowie eine Förderung der Konzentrationsfähigkeit und der Fantasie.

D2 Angebote der Kinder- und Jugendarbeit

Kinder- und Jugendarbeit umfasst sowohl die kommunal initiierte offene Jugendarbeit als auch die Aktivitäten der Jugendverbände. Sie verfolgt mit ihren an der Lebenswelt von Jugendlichen orientierten Angeboten das Ziel, Kinder und Jugendliche zu Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Teilhabe zu befähigen, zu gesellschaftlicher Mitverantwortung sowie zu sozialem Engagement anzuregen und hinzuführen.

Die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit stellen aus kommunaler Sicht eine der zentralen Steuerungsmöglichkeiten dar, direkten Einfluss auf die außerschulischen Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen zu nehmen und ihnen damit einen Rahmen zu eröffnen, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und soziale Lernprozesse zu erfahren.¹⁰¹ Die vier Teilindikatoren beleuchten die finanziellen Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit (D 2-1), das eingesetzte Personal (D 2-2), den Umfang der öffentlich geförderten Maßnahmen (D 2-3) sowie die über die Angebote erreichten Teilnehmerinnen und Teilnehmer (D 2-4).

D 2-1 Öffentliche Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit

Zu den Angeboten zählen Kinder- und Jugendreholungen, außerschulische Jugendbildung, Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit, Mitarbeiterfortbildungen, sonstige Angebote der Jugendarbeit sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit.

Die insgesamt aufgewendeten rein kommunalen Mittel im Bereich der Jugendarbeit weisen in den zurückliegenden Jahren keine gravierenden Veränderungen auf. Bezogen auf die in diesem Indikator fokussierten Angebotsbereiche wird deutlich, dass die eingesetzten Mittel pro Einwohner der Zielgruppe der 6- bis 21-Jährigen im Betrachtungszeitraum (2006–2010) um rund 4,5 % angestiegen sind (vgl. Abb. 65). Die Anzahl der Jugendlichen der Altersgruppe hat sich im Betrachtungszeitraum um rund 1.400 verringert, so dass die absolute Steigerung bei 1,9 % liegt.¹⁰²

Die Höhe der rein kommunalen Aufwendungen in der Kinder- und Jugendarbeit hat sich trotz einer schwierigen Haushaltssituation der Stadt in den zurückliegenden Jahren auf einem konstanten Niveau gehalten. Die marginale Erhöhung resultiert aus tariflichen Gehaltsanpassungen.

Abb. 65

Öffentliche Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit

pro Einwohner der Altersgruppe
6 bis 21 Jahre

2006	108,31 €
2008	113,06 €
2010	113,24 €

Quelle: IT.NRW, Stadt Bielefeld,
Amt für Schule 2011

¹⁰¹ Vgl. SGB VIII: § 11 Außerschulische Kinder- und Jugendbildung

¹⁰² Ohne Aufwendungen für die Jugendberufshilfe (SGB VIII), die in 2009 bei 2.120.000 lagen.

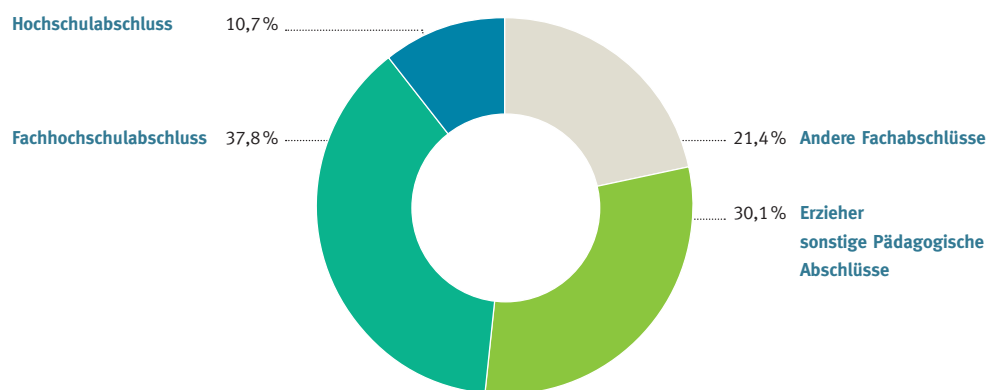
D2-2 Personal in der Kinder- und Jugendarbeit nach Qualifikation und Alter

Der hier abgebildete Aspekt steht für den insgesamt in der Kinder- und Jugendarbeit betriebenen personellen Aufwand.

Die Quote des hauptberuflich in der Kinder- und Jugendarbeit eingesetzten Personals¹⁰³ der Stadt Bielefeld verbesserte sich zwischen 2006 und 2010 von 12,8 ‰ auf 17,4 ‰ bezogen auf die Bevölkerung zwischen 6 und 21 Jahren. Rund 49 % des eingesetzten Personals verfügte in 2010 über einen Fachhochschul- bzw. einen Hochschulabschluss im Bereich Sozialarbeit/Sozialpädagogik oder Diplompädagogik. 30,1 % hatten eine Ausbildung in einem erzieherischen oder weiteren pädagogischen Bereich absolviert. Insgesamt ist der Anteil des Personals mit Fachhochschul- bzw. Hochschulausbildung seit 2006 um 6,6 Prozentpunkte angestiegen.

Abb. 66

Qualifikation des Personals in der Stadt Bielefeld in der Kinder und Jugendarbeit



Quelle: IT.NRW 2011

Abb. 67 verdeutlicht die Altersstruktur des 2010 in der Kinder- und Jugendarbeit eingesetzten Personals.¹⁰⁴ 2010 betrug der Anteil der 50- bis 60-jährigen 24 %¹⁰⁵. Die Altersgruppe der 20- bis 30-jährigen lag 2010 bei 17,6 %.¹⁰⁶

Abb. 67

Hauptberufliches Personal in der Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Bielefeld nach Alter Stand 31.12.2010



Quelle: IT.NRW 2011

In der Kinder- und Jugendarbeit verändert sich das Altersprofil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Folge, dass zunehmend ältere Kräfte in diesem Bereich tätig sind. Das Qualifikationsniveau erhöht sich zugunsten von Fachhochschul- und Hochschulabschlüssen.

¹⁰³ Nur hauptberufliches Personal in Vollzeitäquivalenten (VZÄ)

¹⁰⁴ Gesamtes Personal inklusive Teilzeitbeschäftigte

¹⁰⁵ 2006 lag der Anteil dieser Gruppe noch bei 18 %.

¹⁰⁶ 2006 lag der Anteil der 20- bis 30-jährigen noch bei 18,6 %.

D 2-3 Anzahl der öffentlich geförderten Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit in der außerschulischen Jugendbildung

Die Maßnahmen der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung verstehen sich als Angebot für alle Kinder und Jugendlichen. Abgebildet werden alle öffentlich geförderten Maßnahmen unabhängig davon, ob sie in der Trägerschaft der Kommune oder bei freien Trägern durchgeführt werden. Ebenso fließt die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein.

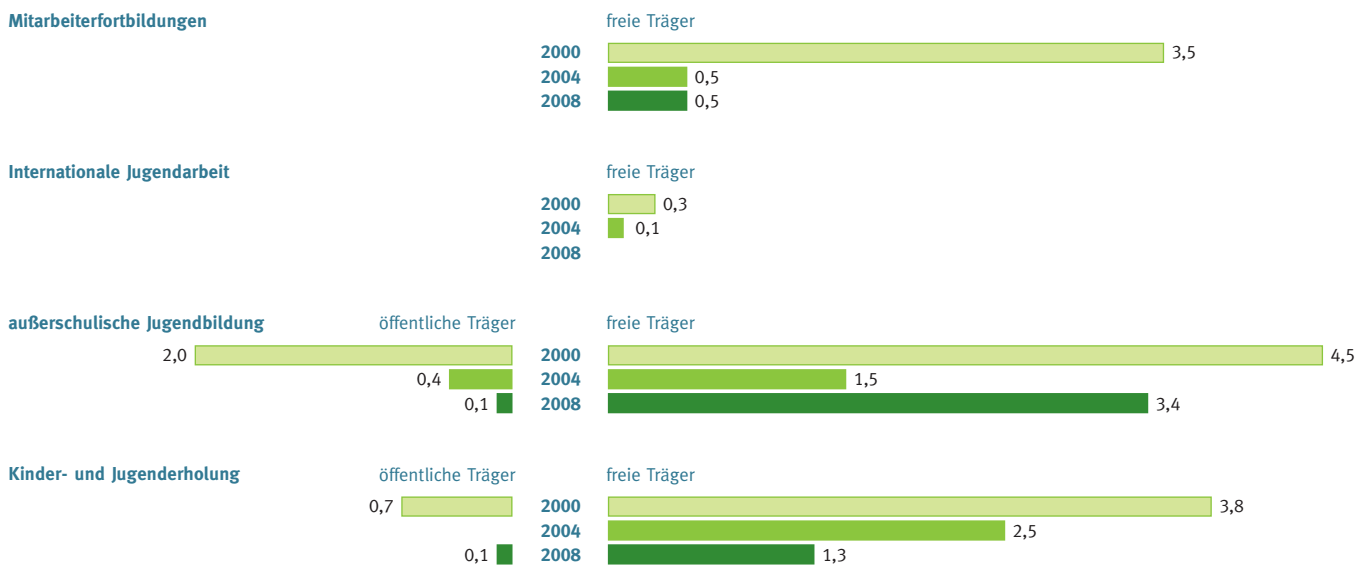
Die in Bielefeld öffentlich geförderten Angebote der außerschulischen Jugendbildung weisen im Verlauf der Betrachtungsjahre (2000, 2004 und 2008) sowohl insgesamt als auch hinsichtlich der Ausrichtung eine deutliche Veränderung auf (Abb. 68). Berücksichtigt werden muss bei der Betrachtung der vorliegenden Daten, dass die Stadt 2002 Angebote der Kinder- und Jugendbildung über Leistungsverträge an freie Träger übertragen hat. In diesem Zusammenhang kam es auch zu Veränderungen hinsichtlich des Berichtswesens, so dass die Daten aus dem Jahr 2000 nur eingeschränkt mit denen aus den Folgejahren vergleichbar sind. Die Datenlage weist eine Reduzierung geförderter Maßnahmen von 2000 zu 2004 aus. Zwischen 2004 und 2008 lässt sich hingegen wieder eine leichte Erhöhung der Angebote feststellen.

Auffallend ist die Veränderung der Angebotsstruktur. Während im Jahr 2000 die außerschulische Jugendbildung noch den größten Anteil ausmachte, kam es bis 2004 zu einer Verlagerung der Schwerpunktsetzung zugunsten der Kinder- und Jugenderholung. In 2008 lag der Schwerpunkt der Maßnahmenangebote wiederum auf der außerschulischen Bildung.

Öffentlich geförderte Maßnahmen außerschulischer Jugendbildung

Abb. 68

auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 6 bis 21 Jahren



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

Die Stadt Bielefeld hat für die operative Durchführung von Angeboten der außerschulischen Jugendbildung freie Träger beauftragt. Seit dem Jahr 2000 ist insgesamt eine Verringerung von Angeboten der außerschulischen Jugendbildung zu beobachten.

D 2-4 Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer außerschulischer Jugendbildungsmaßnahmen

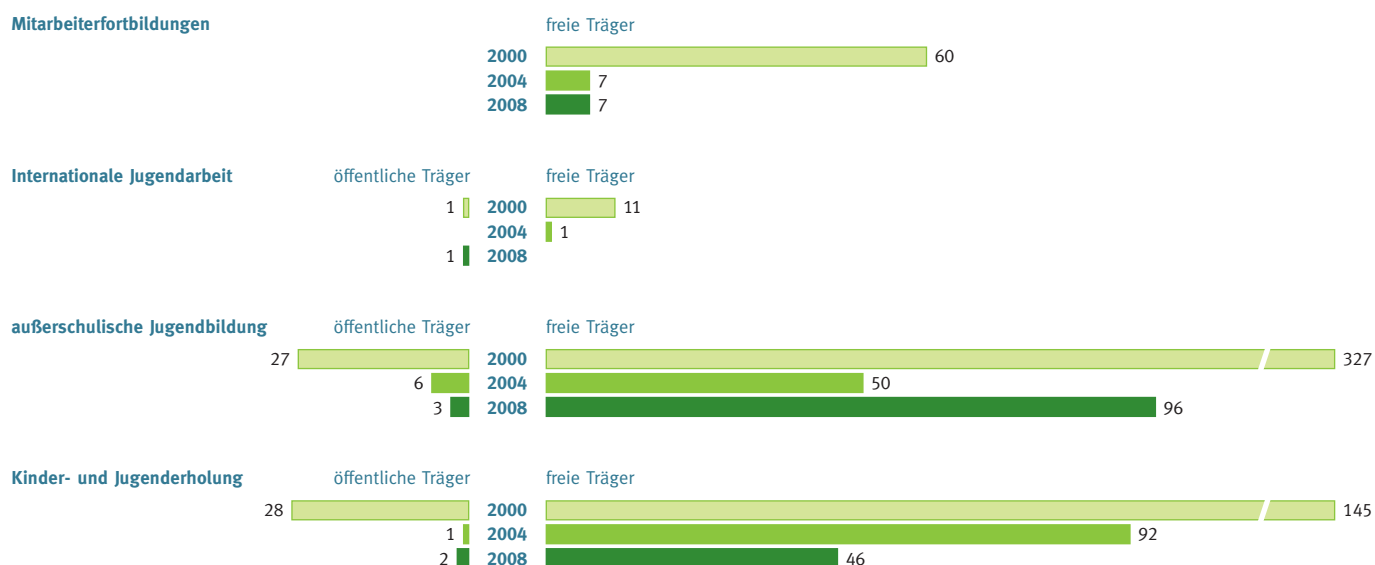
Die öffentlich geförderten Maßnahmen der Kinder- und Jugendbildung stellen ein offenes Angebot für Kinder und Jugendliche dar, mit dem auch in einem erheblichen Umfang Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund erreicht werden. Der Teilindikator stellt für die unter D 2-3 erhobenen Maßnahmen die Teilnehmerzahlen dar.

Mit den kommunalen Angeboten außerschulischer Jugendbildung wurden im Jahr 2000 noch rund 350 von 1.000 Jugendlichen in der Altersgruppe der 6- bis 21-Jährigen erreicht. Bis zum Jahr 2008 lässt sich eine Verringerung dieses Anteils konstatieren, mit dem auch die Abnahme der Einflussmöglichkeiten der Kommune auf die außerschulischen Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen verbunden ist. Eine vergleichbare Entwicklung weisen die Teilnehmerzahlen im Angebotssegment Kinder- und Jugendberufshilfe auf. Hier reduzierten sich die Teilnehmerzahlen von 173 auf 48 von 1.000 Jugendlichen der betrachteten Altersgruppe (Abb. 69). Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass durch die Ferienangebote der offenen Ganztagschule im Primarbereich eine neue Angebotsstruktur für einen Teil der Zielgruppe etabliert wurde, die in diesem Bericht noch nicht erfasst werden konnte.

Abb. 69

**Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer
außerschulischer Jugendbildungsmaßnahmen**

auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 6 bis 21 Jahren



Quelle: IT.NRW/Stadt Bielefeld, Amt für Schule 2011

Im Betrachtungszeitraum hat sich der Umfang geförderter Maßnahmen in der Kinder- und Jugendarbeit und die Anzahl der erreichten Teilnehmerinnen und Teilnehmer verringert. Ob die damit einhergehende Verringerung der Einflussmöglichkeiten der Kommune auf die außerschulischen Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen durch andere Angebote kompensiert werden kann, ist zukünftig zu beobachten.

D3 Teilnahme und Abschlüsse von Integrationskursen

Der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund wird seit längerem eine verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet, da nur durch eine gelungene Integration auch eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe möglich ist. Die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) initiierten und auf lokaler Ebene von unterschiedlichen Anbietern umgesetzten Integrationskurse vermitteln den Teilnehmerinnen und Teilnehmern neben dem Spracherwerb Grundlagen der deutschen Kultur, des Rechtssystems, der Werteordnung sowie interkulturelle Kompetenzen.

Seit 2005¹⁰⁷ nehmen jährlich ca. 80.000 Erwachsene bundesweit an den sogenannten Integrationskursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge teil. Für die Zielgruppe werden spezielle Kurse für Jugendliche, Frauen und Eltern entwickelt und angeboten. Die beiden Teilindikatoren¹⁰⁸ bilden für Bielefeld sowohl die Bemühungen wie auch die erfolgreiche Bewältigung der Aneignung der deutschen Sprache und Kultur für die in der Kommune lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ab. Während die Teilnehmerzahlen (D 3-1) die quantitative Inanspruchnahme in der Kommune abbilden, wird über den Aspekt Abschlüsse (D 3-2) der erfolgreiche Qualifikationserwerb mit Zertifikat erfasst.

D3-1 Teilnehmer an allgemeinen Integrationskursen mit Migrationshintergrund

Der Teilindikator erhebt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer¹⁰⁹ im Alter ab 18 Jahren an allen Integrationskursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Für die Datenerhebung wird nicht zwischen den Kursarten differenziert. Es wird jeweils nur auf neue Kursteilnehmer abgestellt.¹¹⁰

In den letzten Jahren ist eine Verringerung der Neuzuwanderung nach Deutschland zu beobachten. Gleichzeitig sinkt der Bedarf an nachholender Integration von Menschen, die bereits länger in Deutschland leben. In der Folge verringerten sich die Teilnehmerzahlen an Integrationskursen.

Rückläufige Teilnehmerquoten an Integrationskursen des BAMF dürfen nicht dazu verleiten, Integrationsbemühungen in der Kommune zu reduzieren, um die Basis für weitergehende Bildungserfolge und gesellschaftliche Integration aller Bielefelder und Bielefelderinnen mit Migrationshintergrund zu verbessern.

Abb. 70

Teilnehmer an allgemeinen Integrationskursen

in Bielefeld je 1.000 Einwohner mit Migrationshintergrund über 18 Jahre



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2011

¹⁰⁷ Die bundesweiten Integrationskurse wurden durch das Zuwanderungsgesetz 2005 eingeführt und werden vom BAMF gesteuert.

¹⁰⁸ Die Teilnehmerquote und auch die Erfolgsquote ergibt sich aus der Anzahl von Teilnehmern an Integrationskursen bzw. an Abschlüssen mal 1.000 durch Personen mit Migrationshintergrund ab 18 Jahren.

¹⁰⁹ Diese Gruppe setzt sich zusammen aus den Neuzuwanderern und sog. Altzuwanderern, die bereits vor dem 01.01.2005 in Bielefeld lebten. Während die Neuzuwanderer einen Rechtsanspruch auf Teilnahme haben (Voraussetzung: Dauerhafter Aufenthalt in Deutschland), können Altzuwanderer auch zu einer Teilnahme verpflichtet werden.

¹¹⁰ Da die Kurse sich hinsichtlich ihrer Dauer nicht am Jahreszyklus orientieren, manchmal (bei Teilzeitkursen) sogar weit länger als 1 Jahr dauern, würden ansonsten Teilnehmer ggf. doppelt erfasst.

D 3-2 Abschlüsse in allgemeinen Integrationskursen mit Migrationshintergrund

Dieser Teilindikator verdeutlicht die erfolgreichen Abschlüsse von Integrationskursen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter ab 18 Jahren, die durch ein entsprechendes Zertifikat bescheinigt werden.

Abb. 71

Erfolgreiche Abschlüsse allgemeiner Integrationskurse

in Bielefeld je 1.000 Einwohner mit Migrationshintergrund über 18 Jahre



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2011

Es ist ein Anstieg der Abschlussquote zwischen den Jahren 2008 und 2010 um 3,8 je 1.000 Einwohner festzustellen (vgl. Abb. 71). Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass durch die Änderung von Zugangsvoraussetzungen weitere Personengruppen mit Migrationshintergrund (z.B. Spätaussiedler) zu den Kursen zugelassen, der Stundenumfang erhöht und Möglichkeiten zur Prüfungswiederholung geschaffen wurden. Ein wichtiger Einflussfaktor ist darüber hinaus, dass „ausreichende Deutsch-Kenntnisse“ gesetzliche Voraussetzung für die Einbürgerung wurden.

Bis zur Einführung des einheitlichen Deutsch-Tests für Zuwanderer (DTZ) am 01.07.2009 gab es getrennte Tests für den Nachweis des Sprachniveaus B 1 („Zertifikat Deutsch“) und A 2 („Start Deutsch“).¹¹¹

Für den Erfolg der Integrationskurse in Bielefeld sowohl mit Blick auf die Teilnehmerzahlen, aber auch hinsichtlich der Abschlüsse wirkt sich die Kooperation des BAMF mit Familienzentren und Schulen in Stadtteilen in den Elternintegrationskursen (z.T. mit Alphabetisierung) positiv aus (vgl. B 3-1). Dies ist ein besonderes Profil und dient u. a. dem Ziel, niedrigschwellige Zugänge zu Bildungsthemen für die Teilnehmer zu schaffen und die Zusammenarbeit mit Erzieherinnen und Erziehern und dem Lehrpersonal an Schulen zu erleichtern (vgl. Integrationskonzept der Stadt Bielefeld).

Die Teilnehmerzahlen an Integrationskursen sind seit 2008 rückläufig. Hingegen sind die Abschlussquoten deutlich angestiegen.¹¹² Hieraus lässt sich jedoch nicht unmittelbar schlussfolgern, dass die umfassende gesellschaftliche Integration und Teilhabe von Personen mit Migrationshintergrund deutlich besser gelingt. In diesem Zusammenhang kommt den Übergängen nach Abschluss der Integrationskurse in weiterführende Integrationsprozesse große Bedeutung zu. Ein zunehmendes Anliegen ist die gezielte Förderung berufsfachlicher Sprachkenntnisse in sog. „ESF-BAMF-Kursen“ (in Bielefeld auch BuS-Kurse genannt: Beruf und Sprache) mit dem Ziel der Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

¹¹¹ In den Werten für 2008 wurden die Abschlüsse B 1 und A 2 dargestellt.

¹¹² Bundesweit lagen die Abschlusszahlen in 2010 für B 1 Kurse bei nahezu 50 %.

Lerndimension

„Lernen das Leben zu gestalten“

Welche Möglichkeiten bieten sich für Menschen, sich weiter zu entwickeln? Die Lerndimension „Lernen das Leben zu gestalten“ bildet ein breites Spektrum von Lerngelegenheiten und -gegenständen ab, über die die Kommune indirekt Einfluss auf die Kompetenzen von Individuen nehmen kann, ihr Verhältnis zur Umwelt, ihre Biographie sowie ihr Leben in der Gemeinschaft selbstständig zu planen und zu gestalten. Neben der kulturellen Bildung sind das Angebote der Gesundheitsprävention und der Persönlichkeitsentwicklung in Sport, Spiel und Natur, sofern sie sich auf Bildungsprozesse auswirken. Diese Lerndimension ist unterteilt in die Indikatoren „Nutzung kultureller Institutionen und Veranstaltungen (E1)“, „Nutzung medialer Angebote kultureller Bildung (E2)“ sowie „Gesundheitsprävention, Selbsterfahrung in Sport und Spiel (E3)“.



E1 Nutzung kultureller Institutionen und Veranstaltungen

Kulturelle Institutionen und Veranstaltungen bilden den Rahmen für das aktive kulturelle Erleben. Zeitgenössische und klassische Themen aus Musik, Kunst, Theater, Natur, Geschichte, Technik und Gesellschaft werden dadurch zu einer individuellen Erfahrung. Sie bieten darüber hinaus Gelegenheiten, die individuelle Kreativität kennenzulernen und die Selbstwirksamkeit weiter zu entwickeln. Damit leisten kulturelle Institutionen und Veranstaltungen einen wesentlichen Beitrag im Bereich des informellen lebenslangen Lernens. Über den Indikator „Nutzung kultureller Institutionen und Veranstaltungen“ werden die durch die Kommune bereitgestellten bzw. ermöglichten Angebote und deren Inanspruchnahme durch die Bevölkerung abgebildet.

E1-1 Besucherinnen und Besucher kommunaler Kultureinrichtungen und –veranstaltungen

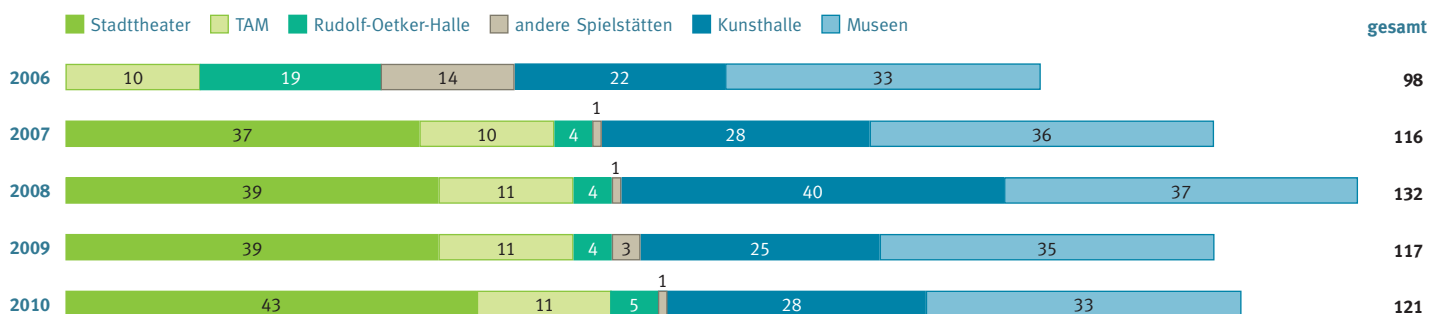
Anhand der Besucherinnen und Besucher der kommunalen Kultureinrichtungen und Kulturveranstaltungen je Einwohnerin und Einwohner lässt sich verdeutlichen, in welchem Umfang kulturelle Angebote von der Bevölkerung wahrgenommen werden.

Bielefeld verfügt über ein umfangreiches Kulturangebot im Theater-, Musik- und Museumsbereich. Dies wird zu einem wesentlichen Teil von der Kommune selbst vorgehalten, aber auch die freie Kulturszene bereichert mit ihren vielfältigen Angeboten in allen Sparten in hohem Maße das Bielefelder Kulturleben.¹¹³ Direkte Steuerungsmöglichkeiten der Kommune bestehen nur bei den kommunalen Angeboten. Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld mit eigenem Ensemble und den Spielstätten Stadttheater und Theater am Alten Markt (TAM), eine Konzerthalle – die Rudolf-Oetker-Halle (ROH) – sowie mehrere Museen¹¹⁴ und die Kunsthalle Bielefeld¹¹⁵ verdeutlichen den hohen Stellenwert, den Kultur und kulturelle Bildung in der Kommune besitzen.

Die Besucherzahlen kommunaler Kultureinrichtungen und -veranstaltungen haben sich im Betrachtungszeitraum (2006–2010) insgesamt positiv entwickelt. Während Museen und „andere Spielstätten“¹¹⁶ über die Jahre nur relativ geringe Schwankungen aufweisen, ist bei der Frequentierung des Stadttheaters und der Kunsthalle ein positiver Trend zu beobachten.¹¹⁷

Abb. 72

Besuche städtischer Kultureinrichtungen¹¹⁸ pro 100 Einwohner 2006 bis 2010



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen/Kulturamt 2011

¹¹³ Eine dezidierte Darstellung der freien Kulturanbieter mit ihren vielschichtigen Angeboten in allen Sparten kann im ersten Lernreport nicht berücksichtigt werden.

¹¹⁴ Zwei Museen befinden sich in vollständiger städtischer Trägerschaft. Vier weitere werden von der Stadt im Rahmen ihrer Kulturförderung oder durch Bereitstellung von Gebäuden unterstützt.

¹¹⁵ Die Kunsthalle ist nicht rein kommunal, sondern wird mit anderen Gesellschaftern als gGmbH geführt.

¹¹⁶ „Andere Spielstätten“ sind Veranstaltungsorte, die die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen und Orchester über ihre eigenen hinaus für Aufführungen nutzt.

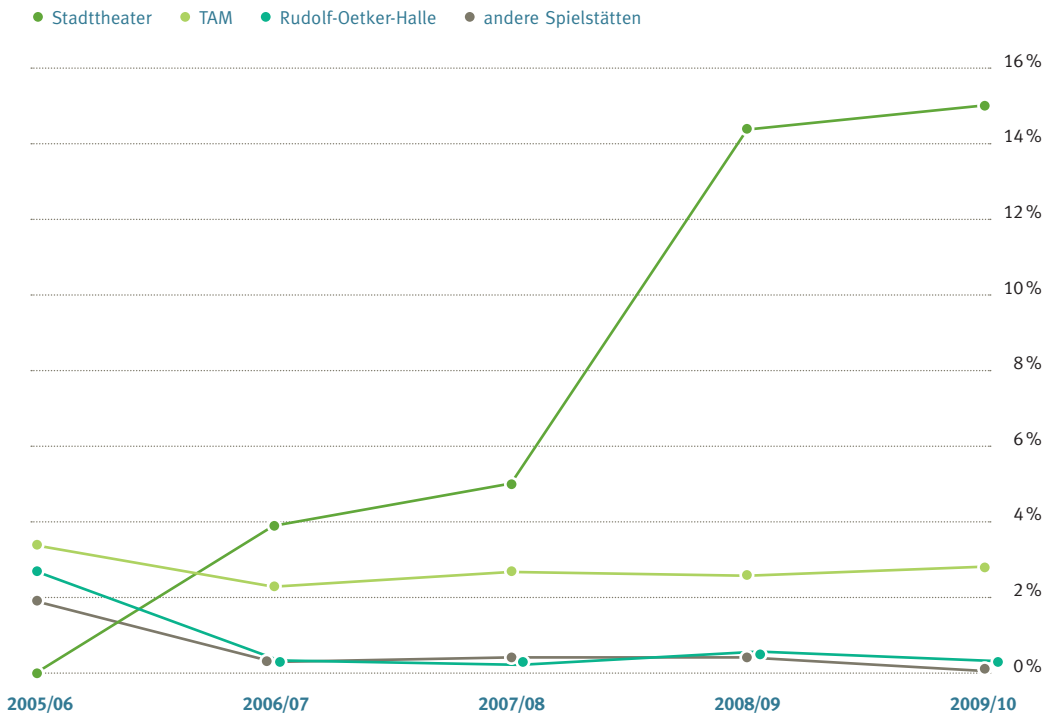
¹¹⁷ Das Stadttheater wurde in der Spielzeit 2005/2006 umgebaut und die Aufführungen an andere Orte verlegt. Deshalb erhöhten sich die Besucherzahlen in der Rudolf-Oetker-Halle und „anderen Spielstätten“ deutlich.

¹¹⁸ Die Angaben der städtischen Bühnen beziehen sich auf die Zeiträume August bis Juli des Folgejahres; alle anderen auf den Zeitraum Januar bis Dezember.

Da Altersangaben der Besucherinnen und Besucher von Kultureinrichtungen und -veranstaltungen in der Regel nicht erhoben werden, können Rückschlüsse auf Zielgruppen nur über die verkauften Karten gewonnen werden. Über den Anteil für Schülerinnen und Schüler sowie für Studentinnen und Studenten am Gesamtkartenverkauf der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld wird die Entwicklung für diese Zielgruppe in der folgenden Abbildung 73 näher beleuchtet.

Entwicklung der verkauften Karten an Schülerinnen und Schüler bzw. Studentinnen und Studenten für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld

Abb. 73



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen/Kulturamt 2011

Die steigenden Besucherzahlen des Stadttheaters¹¹⁹ und die positive Besucherentwicklung in der Kunsthalle machen deutlich, dass das kommunale Kulturangebot eine hohe Akzeptanz genießt. Die Verkaufszahlen der Schüler- und Studentenkarten für kommunale Theaterveranstaltungen belegen, dass es gelingt, zunehmend jüngere Zielgruppen anzusprechen. Die besonderen Anstrengungen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester um die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen schlagen sich hier nieder.

¹¹⁹ Für das TAM ist eine Steigerung nicht mehr möglich, da das Entwicklungspotential bezogen auf die Zahl der Veranstaltungen und der Zuschauerplätze bereits weitgehend ausgeschöpft ist.

E1-2 Teilnehmer an Vokal-, Instrumental- und Ensembleunterricht der öffentlichen Musikschulen

Anhand dieses Teilindicators¹²⁰ kann die Entwicklung des Nutzungsgrads dieser für die Kommune typischen Bildungsaufgabe abgebildet werden. Im Rahmen von Musikunterricht werden über die musischen Fähigkeiten hinaus wichtige Schlüsselkompetenzen wie Kreativität, Improvisationsvermögen, soziale Kompetenz und Selbstorganisation vermittelt. Ferner lässt sich aufzeigen, in welchem Umfang bereits Kooperationen mit Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätten und allgemeinbildenden Schulen bestehen. Darüber hinaus liefert die Erfassung von Beitragsermäßigungen Hinweise auf die Beteiligung sozial Benachteiligter an dieser Form kultureller Bildung.

Die Musik- und Kunstschule der Stadt Bielefeld ist bezogen auf die Schülerzahl die größte Musik- und Kunstschule in Deutschland. Mit ihren drei Sparten Musik, Kunst und Tanz & Theater erreicht sie 6.415 Schülerinnen und Schüler (Stand 2010) und damit rund 10 % der unter 18-Jährigen in Bielefeld. Die Musik- und Kunstschule betreibt Breitenförderung, darüber hinaus bringt sie sich mit einer Vielzahl von Veranstaltungen in das Bielefelder Kulturleben ein und betreibt über die Durchführung von Wettbewerben und das Angebot von studienvorbereitenden Ausbildungen eine anspruchsvolle Talentförderung.

Die Nutzung der kommunalen Bildungsangebote im musischen Bereich an der Musik- und Kunstschule (MuKu) Bielefeld weist seit 2006 eine leicht ansteigende Anzahl von Schülerinnen und Schülern auf. Rund 6 % der bis 18-Jährigen an der Bielefelder Bevölkerung nutzten in 2010 das kommunale Angebot im musischen Bereich der Musik- und Kunstschule (vgl. Abb. 74).

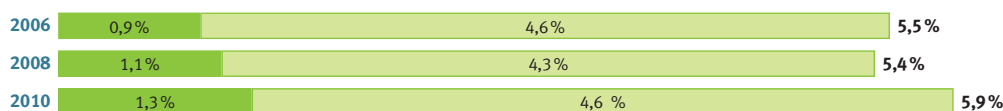
Der Anteil materiell benachteiligter Kinder und Jugendlicher, die an den Angeboten der Musik- und Kunstschule partizipieren, lag, bezogen auf die Bevölkerung der bis 18-Jährigen in 2010 bei rund 1,3 %. In 2010 kam somit jeder fünfte Teilnehmer bzw. jede fünfte Teilnehmerin im Musikbereich der Musik- und Kunstschule aus Familien, die materiell so gestellt sind, dass sie Vergünstigungen in Anspruch nehmen.

Abb. 74

Entwicklung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer**an Angeboten im musischen Bereich der Musik- und Kunstschule**

in Relation zur Wohnbevölkerung bis 18 Jahre, nach Beitragsermäßigung 2006 bis 2010

Teilnehmerinnen und Teilnehmer ■ mit Sozialermäßigung ■ ohne Sozialermäßigung



Quelle: Stadt Bielefeld, Musik- und Kunstschule 2011

Ergänzend zu den im Indikator erfassten musischen Angeboten, die in den Räumlichkeiten der Musik- und Kunstschule stattfinden, bestehen seit 2009 Kooperationen mit Kindertageseinrichtungen, Grundschulen, weiterführenden Schulen und Kultureinrichtungen im Stadtgebiet. Diese Kooperationen beinhalten neben musischen auch künstlerische Angebote. Einige der Angebote finden im Rahmen der Ganztagsbetreuung (OGS) in Grundschulen statt.

38 % der Bielefelder Grundschulen kooperierten 2010 im Ganztags mit der Musik- und Kunstschule. Weitere Kooperationen bestehen auch am Vormittag und in Projektform mit Grundschulen und allgemeinbildenden Schulen.

Die Musik- und Kunstschule erreicht mit ihren Angeboten im musischen Bereich mit 6 % der unter 18-Jährigen einen hohen Anteil in dieser Gruppe. Gerade vor dem Hintergrund der Ausweitung schulischer Angebote auf den Nachmittag ist die Steigerung der Teilnehmerzahlen besonders positiv zu bewerten. Die Kooperationen mit anderen Bildungseinrichtungen werden aktuell weiter ausgebaut, um den Adressatenkreis im institutionellen Rahmen zu erweitern und insbesondere mehr Kinder aus sozial benachteiligten Familien ein künstlerisches Ausbildungsangebot zu machen.

120 Im Alter bis zu 18 Jahren in %

E 1-3 Kursbelegungen in allgemeiner Weiterbildung der Volkshochschule¹²¹

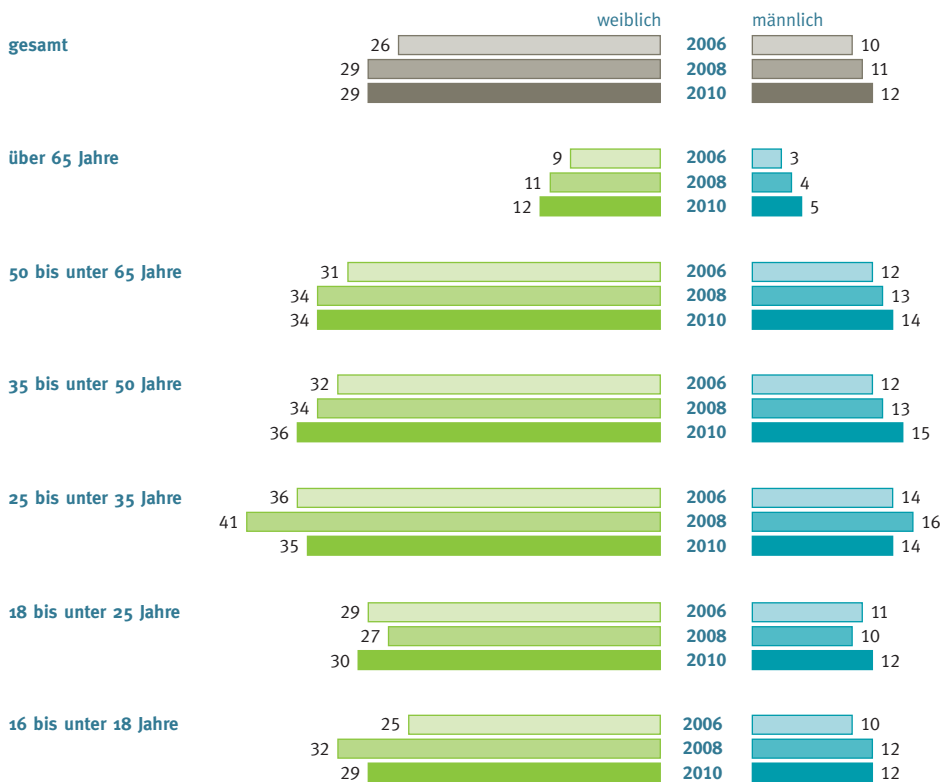
Die Kursbelegungen in allgemeiner Weiterbildung der Volkshochschule (VHS) beschreiben die Reichweite des Angebots innerhalb des Versorgungsgebiets. Über die Differenzierung nach Alter und Geschlecht lässt sich annäherungsweise verdeutlichen, welche Adressatengruppen im Bereich der nicht berufsbezogenen Weiterbildung erreicht werden. Nicht berücksichtigt sind an dieser Stelle die Fachbereiche Gesundheit, berufsbezogene Weiterbildung sowie der Fachbereich Deutsch als Fremdsprache.

Das Interesse am VHS-Angebot im Bereich der allgemeinen Weiterbildung hat sich im Betrachtungszeitraum insgesamt positiv entwickelt. Die Kursanmeldungen stiegen bezogen auf die Bielefelder Wohnbevölkerung (Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer pro 1.000 Einwohner) zwischen 2006 und 2010 von 36 auf 41 an, was einen Zuwachs von ca. 14% bedeutet. Die positive Entwicklung der Teilnehmerzahlen in der allgemeinen Weiterbildung lassen sich primär auf das umfassende, modular aufgebaute Sprachkursangebot zurückführen.

Kursbelegung allgemeine Weiterbildung VHS

Abb. 75

nach Geschlecht und Altersstufen je 1.000 Einwohner



Quelle: Stadt Bielefeld, Volkshochschule 2011

Die Nutzung der VHS-Angebote in der allgemeinen Weiterbildung nach Geschlecht vermittelt ein eindeutiges Bild. Das Angebot wird überwiegend von Frauen genutzt, ihr Anteil in der allgemeinen Weiterbildung lag über die Jahre bei rund 72%. Somit sind drei von vier Kursteilnehmern in der allgemeinen Weiterbildung weiblich. Besonders hohe Teilnahmequoten erreicht die Altersgruppe der 50- bis 64-jährigen Frauen. Die geringe Beteiligung männlicher Teilnehmer entspricht dem bundesweiten Trend.

Die VHS Bielefeld erreicht mit ihren Angeboten zur allgemeinen Weiterbildung Erwachsene jeden Alters. Frauen nutzen die Angebote deutlich ausgeprägter als Männer. Insgesamt ist der Nutzungsgrad im Kontext des lebenslangen Lernens noch steigerbar.

¹²¹ FB 1 Gesellschaft und Politik, FB 2 Kultur, Kunst und Gestalten, FB 4 Fremdsprachen, FB 6 Integration I Deutsch als Fremdsprache ohne FB 3 Gesundheit, FB 5 Arbeitswelt und Beruf

E 2 Nutzung medialer Angebote kultureller Bildung

Mit diesem Indikator wird die Nutzung kommunal angebotener Medien zur kulturellen Bildung erfasst. In der Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur wird auch in der Zukunft eine wichtige Aufgabe der Kommune liegen.¹²²

E 2-1 Aktive Nutzerinnen und Nutzer und Besucherinnen und Besucher der Stadtbibliothek

Bibliotheken mit ihrer vielschichtigen Angebotspalette bieten nicht nur die Infrastruktur für die Nutzung und Aneignung kultureller Bildung, sie sind auch wichtiger Informationsdienstleister auf der kommunalen Ebene. Der Indikator „aktive Nutzerinnen und Nutzer der Stadtbibliothek“ ermöglicht Aussagen über die Reichweite öffentlicher Bibliotheken. Darüber hinaus lässt sich über eine Differenzierung zwischen Besucherinnen und Besuchern einerseits sowie aktiven Nutzerinnen und Nutzern andererseits verdeutlichen, in welchem Umfang die Einrichtungen über Entleihvorgänge hinaus genutzt werden.

Abb. 76

Anzahl der aktiven Nutzerinnen und Nutzer der Stadtbibliothek

je 1.000 Einwohner



Quelle: Stadt Bielefeld, Stadtbibliothek 2011

Die Stadtbibliothek inklusive ihrer acht Außenstellen in den Stadtbezirken verzeichnet seit 2006 eine Steigerung der aktiven Nutzerinnen und Nutzer um ca. 8 % (Abb.76). Rechnerisch ist jede 13. Bielefelderin bzw. jeder 13. Bielefelder aktive Nutzerin oder aktiver Nutzer der Angebote der Stadtbibliothek. Nach Schätzungen kommen auf jede aktive Nutzerin bzw. jeden aktiven Nutzer zwei bis drei weitere Personen, die die entliehenen Medien ebenfalls nutzen. Danach nutzen hochgerechnet bis zu 80.000 Bielefelderinnen und Bielefelder die Angebote der Stadtbibliothek.

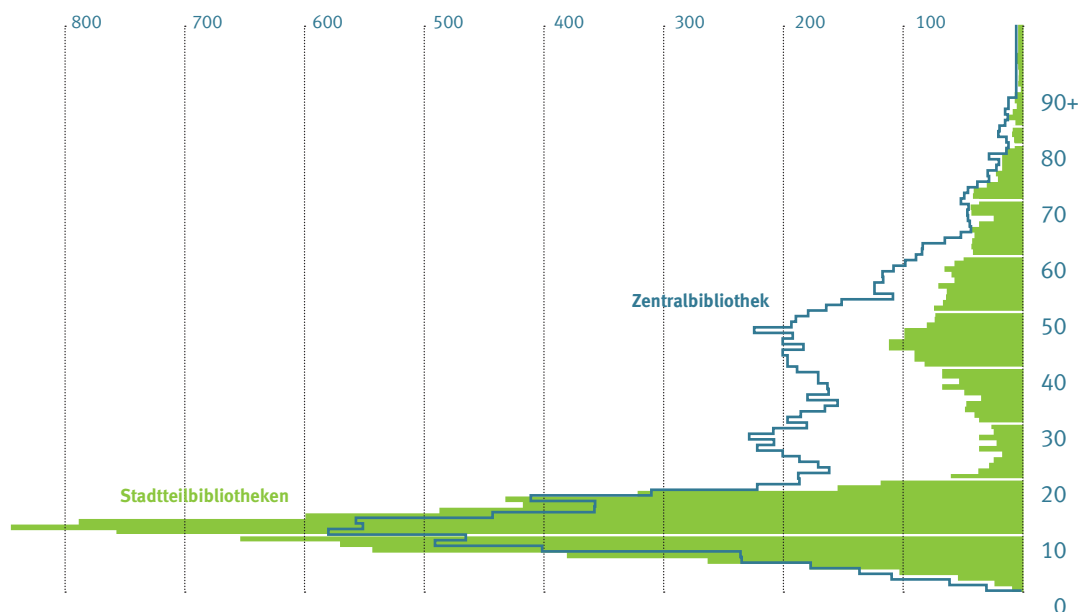
Die für Januar 2011 exemplarisch in Abb. 77 dargestellte Altersverteilung der aktiven Nutzerinnen und Nutzer ist seit Jahren konstant. Vor allem das jüngere Publikum der 7- bis 19-Jährigen nutzt die Angebote der Stadtbibliothek verstärkt. Dabei ist die aktive Nutzung der Angebote dieser Alterskohorte besonders in den Stadtteilbibliotheken signifikant.

Abb. 77

Altersverteilung des ausleihaktiven Publikums

(Januar 2011, gesamt 27.791

Kundinnen und Kunden)



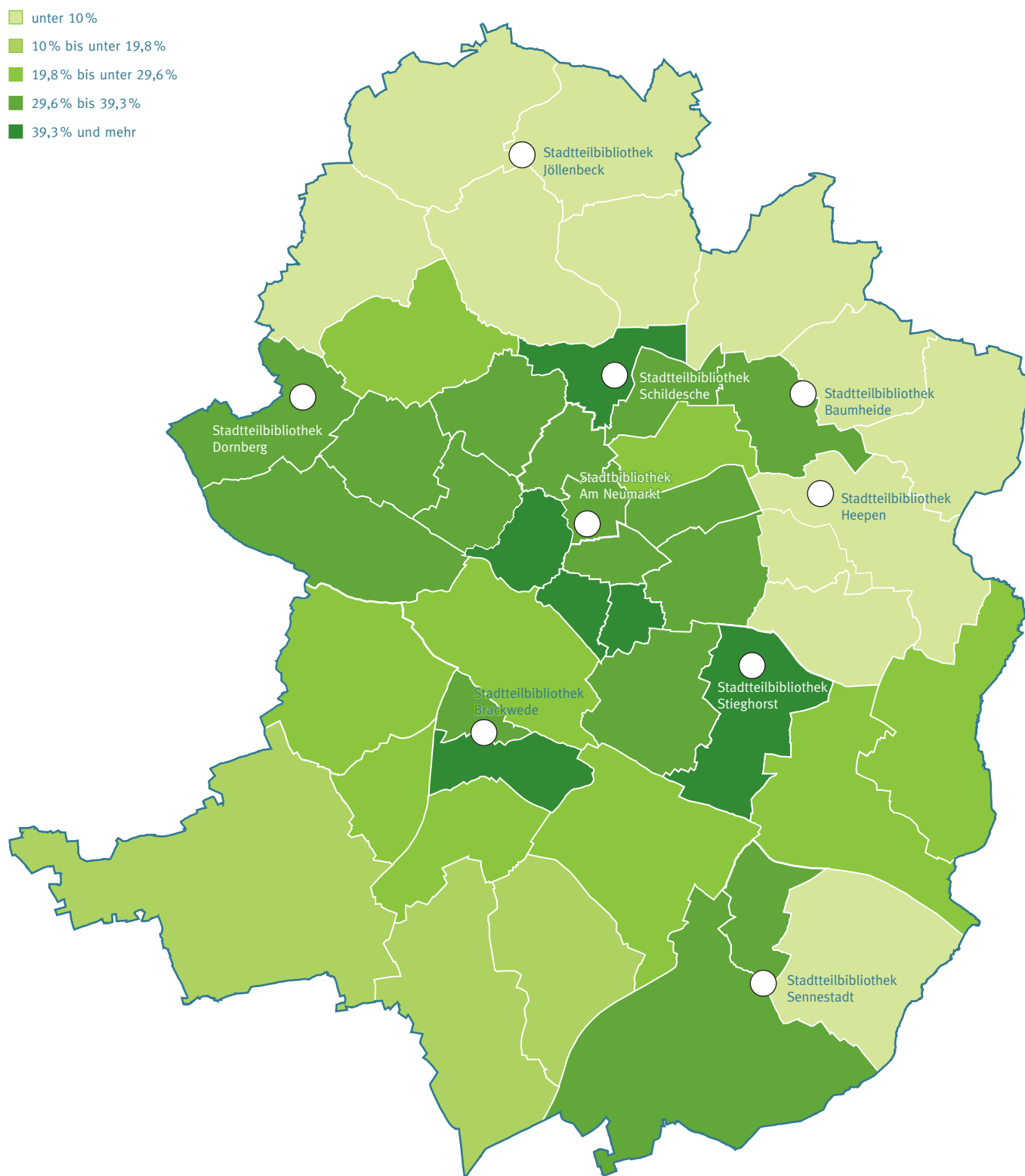
Quelle: Stadt Bielefeld, Stadtbibliothek, Stand Januar 2011

¹²² Öffentliche Bibliotheken dienen nicht nur der kulturellen Bildung der Bevölkerung. Durch die Kooperation mit Schulen unterstützen sie auch das eigenverantwortlich gesteuerte schulische Lernen. Da für das Ausmaß dieser Aktivitäten zum Zeitpunkt der Berichtserstellung keine Daten vorlagen, wurde dieser Aspekt nicht aufgegriffen.

Anteil der Nutzerinnen und Nutzer der Stadtbibliothek

Abb. 78

im Alter von 6 bis 15 Jahren an der Bevölkerung, auf Basis der Grundschulbezirke



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen

Die Stadtbibliothek bietet mit ihren acht Außenstellen Öffnungszeiten zwischen 15 und 36 Wochenstunden. Vier Außenstellen werden ehrenamtlich betreut. In sechs von acht wohnortnahen Schuleinzugsbereichen, in denen Außenstellen der Stadtbibliothek vorgehalten werden, sind ausgeprägte Nutzungen bei der Altersgruppe der 6- bis 15-Jährigen zu beobachten (Abb. 78).

Während die Reichweite des Angebotes über die aktiven Nutzerinnen und Nutzer der Stadtbibliothek abgebildet wird, liefern die Besucherquoten Hinweise auf die Attraktivität des gesamten Leistungsspektrums der Bibliothek. Analog der Entwicklung der aktiven Nutzerinnen und Nutzer haben sich auch die Besucherzahlen positiv entwickelt. Sie legten in den zurückliegenden Jahren ebenfalls zu. Die Quote stieg von 1.873 je 1.000 Einwohner in 2006 auf 1.980, je 1.000 Einwohner in 2010. Durchschnittlich besuchte damit jede Bielefelderin bzw. jeder Bielefelder zweimal im Jahr die Stadtbibliothek.¹²³

Abb. 79

Anzahl der Besucher der Stadtbibliothek

je 1.000 Einwohner



Quelle: Stadt Bielefeld, Stadtbibliothek 2011

Die hohen Nutzer- und Besucherzahlen belegen die zentrale Bedeutung der Stadtbibliothek als Drehscheibe medial-kultureller Bildung vor Ort. Die junge Altersstruktur der aktiven Nutzerinnen und Nutzer ist positiv zu bewerten.

E 2-2 Entlehene Medien der Stadtbibliothek

Dieser Indikator vermittelt ein Bild der Nutzungsintensität von digitalen Medien und Printmedien, indem die tatsächlich genutzte Anzahl der bereitgestellten Medien abgebildet wird.

Während seit 2006 die aktiven Nutzerinnen und Nutzer der Bibliothek um ca. 8% zunahmen, hat sich das Ausleihvolumen seitdem um rund 20% auf 1,6 Millionen Einheiten in 2010 erhöht. Statistisch entlieh jede Bielefelderin bzw. jeder Bielefelder in 2010 fünf digitale Medien bzw. Printmedien. 2006 waren es noch vier Einheiten.

Abb. 80

Anzahl der in der Stadtbibliothek entlehenden Medien

je Einwohner



Quelle: Stadt Bielefeld, Stadtbibliothek 2011

Das signifikant gestiegene Ausleihvolumen im Betrachtungszeitraum belegt die Attraktivität der angebotenen Medien.

¹²³ Geschäftsbericht der Stadtbibliothek Bielefeld 2010

E3 Gesundheitsprävention, Selbsterfahrung in Sport und Spiel

Gelegenheitsstrukturen zur Selbsterfahrung in Sport und Spiel bereitzustellen, hat für alle Altersgruppen vor Ort eine hohe Bedeutung für individuelle Lern- und Entwicklungsprozesse sowie für die physische und mentale Regeneration. Auch der Deutsche Städtetag hat für die Kommunen mit Blick auf Kinder und Jugendliche das Thema Sport, Spiel und Gesundheit zum bildungspolitischen Handlungsfeld erklärt.

E3-1 Spielplatzfläche je Kind

Der Indikator Spielplatzfläche je Kind im Alter bis zu 12 Jahren zeigt an, in welchem Umfang die Kommune Raum für informelle Lern- und Entwicklungsprozesse für junge Menschen zur Verfügung stellt und welche Chancen Kinder haben, daran zu partizipieren. Eine Differenzierung nach Stadtbezirken erlaubt darüber hinaus eine Betrachtung, ob diese Flächen wohnortnah zu erreichen sind.

In der in 2009 erarbeiteten Spielflächenbedarfsermittlung der Stadt ist für die Altersgruppe der bis 18-jährigen Kinder und Jugendlichen der Bestand an Spielflächen pro Kind in m² ermittelt worden. Beschränkt man die Daten auf den Adressatenkreis der bis 12-jährigen, so ergibt sich, dass für diese Altersgruppe eine durchschnittliche Spielplatzfläche pro Kind von 16,3 m² zur Verfügung stand. Die Verteilung in den zehn Bielefelder Stadtbezirken weist deutliche Abweichungen vom Durchschnittswert aus. Der höchste Versorgungsgrad mit Spielplatzfläche pro Kind und Stadtbezirk (24 m²) ist doppelt so groß wie der niedrigste Wert (12,5 m²) (vgl. Abb.: 81).¹²⁴ Die insgesamt von der Kommune für den Adressatenkreis zur Verfügung gestellte Fläche ist zwischen 2008 und 2010 nahezu gleich geblieben.

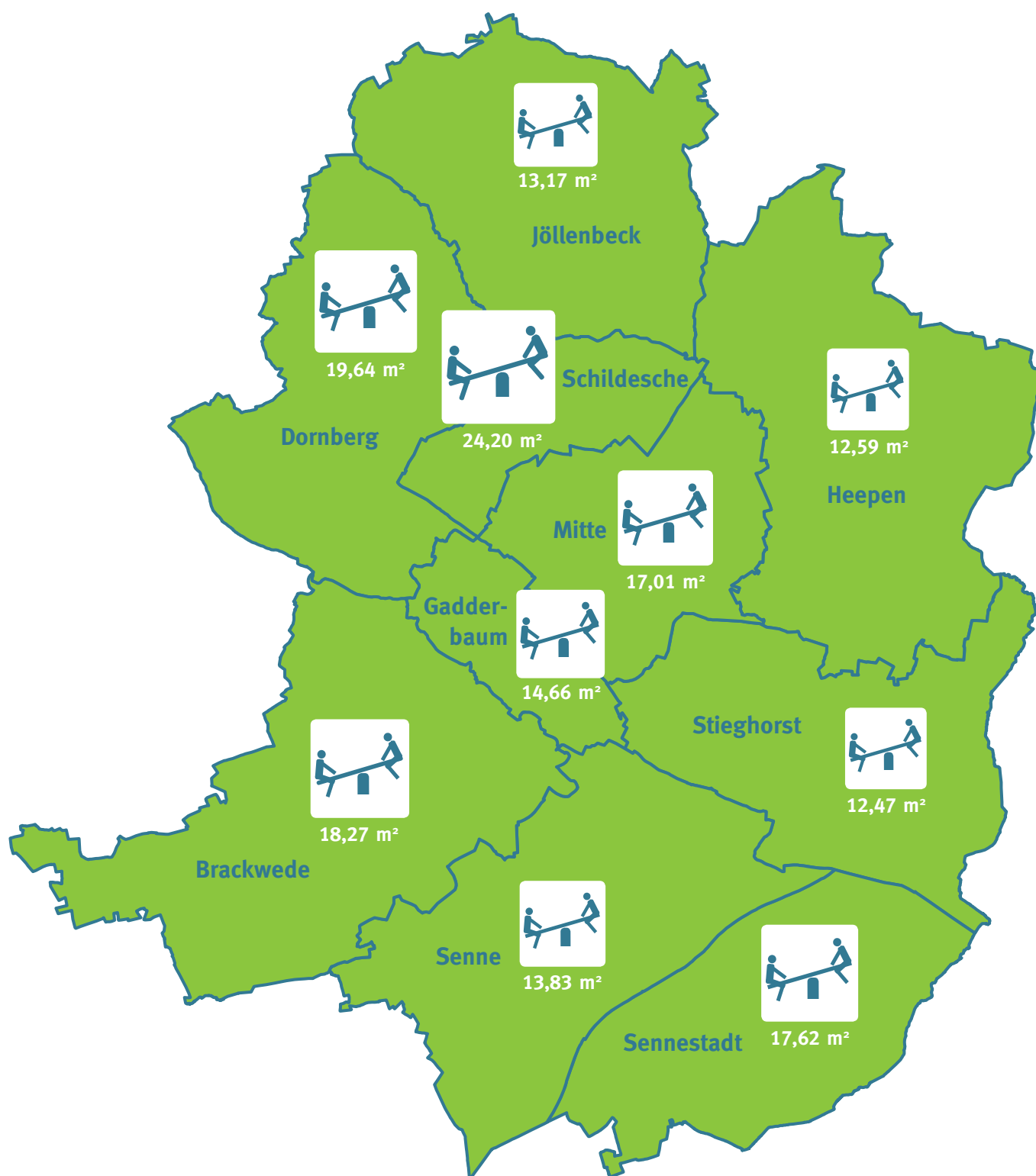
Die Versorgung mit Spielplatzflächen im Stadtgebiet für Kinder bis 12 Jahren ist sehr uneinheitlich. 44% der Altersgruppe der unter 12-jährigen leben in Stadtgebieten mit unterdurchschnittlicher Versorgung an Spielplatzflächen.

¹²⁴ Daten stehen nur für 2008 und 2010 zur Verfügung.

Abb. 81

Spielplatzfläche

je Kind im Alter von 0 bis 12 Jahren, auf Basis der Stadtbezirke



Quelle: Stadt Bielefeld, Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen

E3-2 Anteil der in Sportvereinen organisierten Personen

Das Ausmaß aktiver Nutzung von Sportangeboten in Vereinen fokussiert auf der kommunalen Ebene folgende Gesichtspunkte: Physische Entwicklung, Selbsterfahrung, Stressabbau, Kommunikation, soziales Lernen, aber auch gesundheitliche Prävention und gesellschaftliche Integration. Insoweit kommt dem Teilindikator im Kontext der Lerndimension „Lernen das Leben zu gestalten“ eine hohe Bedeutung zu.¹²⁵ Das Forschungsprojekt „Kinder- und Jugendarbeit im Sportverein und ihre Bildungschancen“ der Universität Münster untersuchte 2009 den informellen Kompetenzerwerb im Sportverein. Jugendliche aus Sportvereinen in NRW nannten mehr als 50 personelle und soziale Kompetenzen, die sie im lebenspraktischen Vereinsalltag erwerben. Die Nennung vielfältiger personenbezogener Kompetenzen unterstreicht die enorme Bedeutung von informellen Bildungsleistungen im Sportverein (vgl. Kinder in Bewegung 2011:7 ff).

In Bielefeld ist eine große Anzahl an Sportvereinen aktiv, die sportliche Angebote für Menschen jeden Alters in den verschiedensten Sportarten für alle Ansprüche vorhalten. Abb. 82 zeigt den Anteil der in Bielefelder Sportvereinen organisierten Personen aufgeschlüsselt nach Alter und Geschlecht.¹²⁶

In den zurückliegenden Jahren ist ein leicht zunehmendes Interesse im Bereich des organisierten Sports in Vereinen in Bielefeld zu beobachten. Die Quote der in Sportvereinen organisierten Personen stieg von 2006 um 1,9 Prozentpunkte auf 26,5 % in 2010. Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass die Bevölkerung dem aktiven Vereinssport und den damit verbundenen Aspekten, wie z.B. Stressabbau, physischer Entwicklung und sozialer Kontakte, eine steigende Bedeutung beimisst. Bei der Mitgliedschaft in Sportvereinen lassen sich hinsichtlich des Geschlechts Unterschiede beobachten. Insgesamt ist der Anteil männlicher Teilnehmer durchgängig deutlicher ausgeprägt.

Hervorzuheben ist der bei nahezu 70 % liegende Anteil der in Sportvereinen organisierten Kinder und Jugendlichen im Alter von 7 bis 14 Jahren. Dies zeigt, dass es den Sportvereinen gut gelungen ist, Teilnehmerinnen und Teilnehmer für ihre sportlichen Angebote trotz des steigenden Anteils von Ganztagsunterricht zu gewinnen bzw. zu halten. Dies ist zu einem wesentlichen Anteil durch Kooperationen mit den Schulen bzw. den Trägern der Offenen Ganztagschulen erreicht worden.

Bei den darauf folgenden Alterskohorten der 15- bis 18-Jährigen und der 19- bis 26-Jährigen treten dann jeweils deutliche Brüche auf. Die Quote der in Sportvereinen organisierten jungen Menschen sinkt auf rund 50 % bzw. danach auf etwas über 20 %. Dies ist sicherlich durch die zunehmende schulische Belastung oder die Auslastung durch Berufsausbildung sowie durch die im jugendlichen Alter oft wechselnden Interessen zu erklären. Bei den 19- bis 24-Jährigen wird in vielen Fällen der Abschluss der Schule und der häufig folgende Wechsel des Lebensumfelds (Aufnahme eines auswärtigen Studiums o.ä.) ursächlich sein.

¹²⁵ Berechnungsgrundlage: Mitglieder in Bielefelder Sportvereinen *100 durch die jeweilige Wohnbevölkerung des Erhebungsjahres. Statistische Daten zu Mitgliedern liegen für die Sportvereine vor, die Fördermittel über die Stadt Bielefeld beantragt haben.

¹²⁶ Dargestellt wird die Mitgliedschaft in Sportvereinen, ohne das Aussagen zur aktiven Sportbeteiligung gemacht werden können.

Abb. 82

Anteil der in Sportvereinen organisierten Personen

nach Geschlecht und Altersstufen

 weiblich  männlich
gesamt

2006	9,7 %	14,9 %	24,6 %
2008	10,1 %	16,2 %	26,3 %
2010	10,1 %	16,4 %	26,5 %

61 Jahre und älter

2006	7,4 %	9,1 %	16,5 %
2008	7,1 %	9,1 %	16,2 %
2010	7,7 %	9,6 %	17,3 %

41 bis unter 61 Jahre

2006	8,5 %	13,6 %	22,1 %
2008	9,3 %	15,8 %	25,1 %
2010	9,0 %	15,4 %	24,4 %

27 bis unter 41 Jahre

2006	7,8 %	13,8 %	21,6 %
2008	7,4 %	13,8 %	21,2 %
2010	7,7 %	14,3 %	22,0 %

19 bis unter 27 Jahre

2006	6,8 %	13,3 %	20,1 %
2008	7,2 %	14,4 %	21,6 %
2010	7,3 %	14,9 %	22,2 %

15 bis unter 19 Jahre

2006	17,5 %	28,3 %	45,8 %
2008	19,1 %	33,3 %	52,4 %
2010	18,8 %	33,6 %	52,4 %

7 bis unter 15 Jahre

2006	25,5 %	38,5 %	64,5 %
2008	26,7 %	42,2 %	68,9 %
2010	26,4 %	42,8 %	69,2 %

0 bis unter 7 Jahre

2006	9,7 %	11,4 %	21,1 %
2008	10,9 %	13,2 %	24,1 %
2010	11,1 %	12,9 %	24,0 %

Quelle: Stadt Bielefeld, Sportamt 2011

E3-3 Kursbelegungen im Bereich Gesundheit der VHS

Gesundheitsthemen genießen seit Jahren ein hohes Interesse in der Bevölkerung. Dies ist u. a. abzulesen an der Frequenz und Bandbreite des Themenbereichs in den Medien. Die Volkshochschulen bieten mit ihren Angeboten im Bereich der Gesundheitsbildung vielschichtige Möglichkeiten, sich aktiv mit Gesundheitsthemen und der individuellen Gesundheit in Form von Kursen auseinanderzusetzen. Da zum Gesundheitsverhalten der Bevölkerung auf kommunaler Ebene keine Daten vorliegen, dient die Kennziffer „Kursbelegung im Bereich Gesundheit der VHS“ als ein Hilfsindikator, um das Ausmaß der Teilhabe in diesem Segment darzustellen.

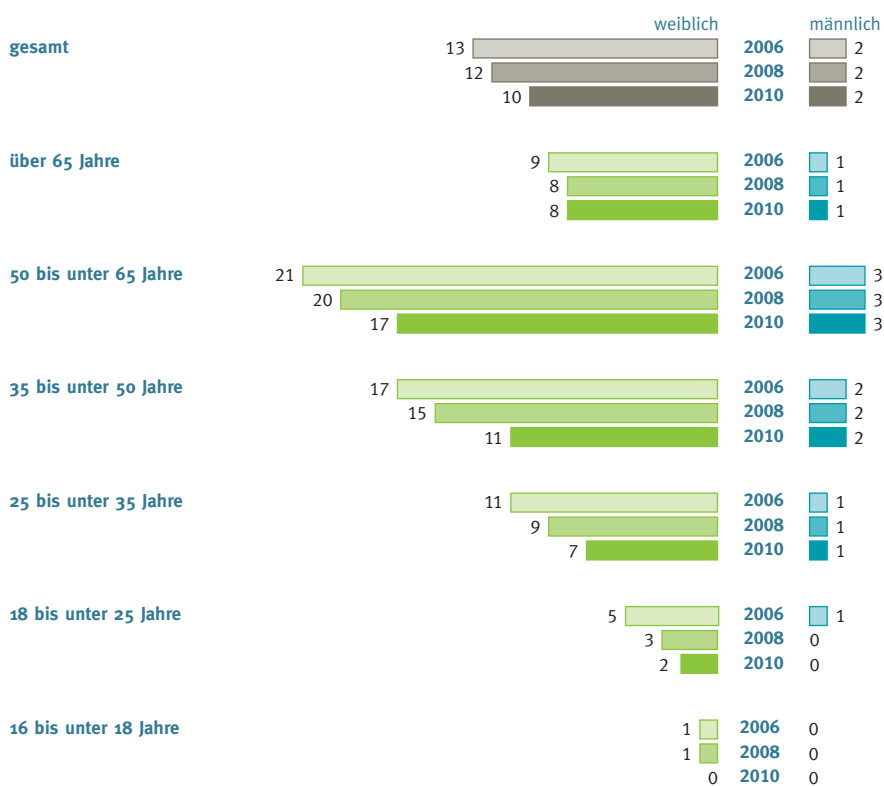
Die VHS Bielefeld verfolgt mit ihren Angeboten einen salutogenetischen Ansatz. Im Mittelpunkt steht der Erhalt von Gesundheit durch eine Ausrichtung auf präventive Angebote in den Bereichen Ernährung, Rückenurse, Fitnesstraining und Entspannung. Mit den dezentral auf die Stadtbezirke ausgerichteten Angeboten sind die Zugänge zu den Kursen niedrigschwellig gestaltet und damit auf die Nutzung breiter Bevölkerungsgruppen ausgerichtet.

Ausgehend von einem sehr hohen Niveau – der Fachbereich Gesundheit weist im Erfassungszeitraum 2006 bis 2010 die höchsten Teilnehmerzahlen im VHS-Kursbereich aus -, entwickelten sich die Teilnehmerquoten über alle Alterskohorten hinweg rückläufig. Diese Entwicklung deutet vermeintlich auf ein abnehmendes Interesse der Bevölkerung in diesem Kurssegment der VHS hin. Der Rücklauf der Teilnehmerzahlen ist jedoch u. a. auf die veränderte, stärker qualitative Ausrichtung der Gesundheitskurse zurückzuführen. So nutzten zwar weniger Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Angebote, gleichwohl erhöhte sich die Anzahl der Unterrichtsstunden. Deutlich wird mit Blick auf die unterschiedlichen Alterskohorten, dass die Inanspruchnahme und die Rückgänge im Kursbereich Gesundheit je nach Alter stark variieren. Während sich die Teilnahme in den Altersgruppen über 65 Jahren nur marginal verändert, weisen die Alterskohorten zwischen 35 und 49 Jahren deutlich Rückgänge auf.

Kursbelegung im Bereich Gesundheit der VHS

Abb. 83

nach Geschlecht und Altersstufen je 1.000 Einwohner



Quelle: Stadt Bielefeld, Volkshochschule 2011

Im Vergleich zu den Kursen in der allgemeinen Weiterbildung ist die Beteiligung an Gesundheitskursen durch Frauen noch stärker ausgeprägt. Im Durchschnitt sind über alle Alterskohorten hinweg 87 % der Teilnehmer an Gesundheitskursen Frauen. Zwar steigt das Interesse an der Gesundheitsbildung mit zunehmendem Alter bei der männlichen Bevölkerung, insbesondere in der Alterskohorte der 50- bis 64-Jährigen an, dennoch verbleibt es auf einem sehr geringen Niveau.

Die Teilnehmerquote an VHS-Kursen im Gesundheitsbereich steigt mit zunehmendem Alter an. Vor allem für Frauen sind die Angebote attraktiv. Um der insgesamt rückläufigen Teilnehmerquote entgegenzuwirken und verstärkt auch jüngere Zielgruppen zu erreichen, kooperiert die VHS mit anderen Anbietern im Gesundheitsbereich und mit Krankenkassen.

Handlungsempfehlungen

Die Handlungsempfehlungen zu den einzelnen Lerndimensionen haben unterschiedliche Reichweiten. Je nach Datenlage und Erkenntnisgewinn gibt es Bereiche, in denen

- ▶ **weitere Analysen** der Problemlagen und der Entwicklungen notwendig sind,
- ▶ im Hinblick auf die Abwägung von Gestaltungsoptionen **Prüfaufträge** formuliert werden,
- ▶ ausgehend von vorhandenen Sachlagen und schon ergriffenen Maßnahmen **weitere Entwicklungen** angestrebt werden,
- ▶ eine **Neukonzipierung** im Hinblick auf Zielgruppen und Anforderungslagen erforderlich ist oder
- ▶ die **Umsetzung** konkreter Maßnahmen empfohlen wird.

Kommunale Rahmenbedingungen des Bildungswesens

Soziale Disparitäten berücksichtigen

Anstrengungen zur Verminderung sozialer Disparitäten in den Sozialräumen, in denen jedes zweite bzw. dritte Kind von einer bildungsrelevanten Risikolage betroffen ist, sind notwendig, um negativen Auswirkungen auf spätere Bildungserfolge frühzeitig entgegen zu wirken. Dafür sind vorrangig Maßnahmen in wohnortnahen Schuleinzugsbereichen umzusetzen, in denen sich Bildungsrisiken häufen.

Für Bildung aktivieren

Zur Verbesserung des Bildungsstandes der Bevölkerung müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden, insbesondere um bildungsferne Gruppen zu aktivieren. Dafür sind sozialräumliche Ansätze zu entwickeln.

Bildungsinvestitionen sichern

Zur Rückgewinnung der kommunalen Gestaltungsfähigkeit ist es zwingend erforderlich, langfristig einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Durch die neu geschaffene gesetzliche Möglichkeit, innerhalb eines Prognosezeitraumes von 10 Jahren den Haushaltsausgleich zu erreichen, wird die Stadt voraussichtlich in der Lage sein, ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Bereits daraus können sich Handlungsspielräume ergeben, innerhalb derer die Aufwendungen im Bildungsbereich dem steigenden Bedarf an Bildungsinvestitionen angepasst werden müssen. Finanzielle Einsparungen aufgrund von schulstrukturellen Entscheidungen müssen als demographische Rendite im Bildungssystem verbleiben.



Lernen Wissen zu erwerben

Übergangsempfehlungen der Grundschulen verbessern

Die stark divergierenden Übergangsempfehlungen in die Sekundarstufe I sind daraufhin zu analysieren, inwieweit sie auf soziale Herkunft und Lernvoraussetzungen zurückzuführen sind bzw. ob pädagogische Konzepte der Grundschulen Schülerinnen und Schüler unterschiedlich gut individuell fördern und auf den weiteren Bildungsweg vorbereiten. Erfolgreiche Konzepte von Grundschulen sind zu analysieren und auf eine Übertragbarkeit zu prüfen.

Ganztag bedarfsgerecht ausbauen

Für den Ganztagsbereich ist der konkrete Bedarf durch Elternbefragungen festzustellen. Die Ganztagsangebote sind entsprechend anzupassen. Wartelisten an Grundschulen sind abzubauen. Zudem ist an Grundschulen in Bereichen mit bildungsrelevanter sozialer Belastung das Angebot auszubauen. Einheitliche Qualitätsstandards für Ganztagsangebote sind sowohl für den Primar- als auch für den Sekundarbereich zu entwickeln. Alternative Betreuungsmodelle zur Offenen Ganztagsschule im Primarbereich, wie der (teilweise) gebundene Ganzttag, sollten ausgebaut werden.

Schulentwicklungsplanung konsequent fortsetzen

Im Hinblick auf rückläufige Schülerzahlen und ein verändertes Schulwahlverhalten ist das vorhandene Schulangebot laufend anzupassen. Überkapazitäten in der Infrastruktur sind zu reduzieren oder anderen Nutzungszwecken zuzuführen. Unter Berücksichtigung des Elternwillens ist in den nächsten Jahren insbesondere die Errichtung von integrierten Systemen (Gesamtschulen, Sekundarschulen) zu prüfen.

Schulische Integration Behinderter fördern

Mehr Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen bzw. sonderpädagogischem Förderbedarf sind im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention und dem jeweiligen Elternwillen entsprechend in das allgemeine Schulsystem zu integrieren. Hierzu ist der weitere Ausbau des Gemeinsamen Unterrichts im Primarbereich und der Integrativen Lerngruppen im Sekundarbereich voranzutreiben. Unter Berücksichtigung der künftigen Rahmenrichtlinien des Landes ist ein kommunaler Inklusionsplan zu erarbeiten.

Sprachförderung stärken

Die Sprachstandserhebungsmethoden sismik und seldak sind als sinnvolle Ergänzungen zu den Delfin-Testverfahren einschließlich des bestehenden Fördersystems beizubehalten. Die Fortführung einer systematisierten Sprachförderung auch im Grundschulbereich ist anzustreben. Sprachförderung, insbesondere für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche, ist strukturell weiter zu entwickeln.

Individuelle Förderung verbessern

Um die Quoten von Klassenwiederholungen, absteigenden Schulformwechseln und Schulabbrüchen dauerhaft zu reduzieren, sollten Gymnasien und Realschulen prüfen, inwieweit sie die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern im Rahmen ihrer pädagogischen Arbeit verbessern können.

U3-Betreuung ausbauen

Zur Feststellung des Bedarfs für eine Betreuung der unter dreijährigen Kinder und zur bedarfsgerechten Planung und Umsetzung des weiteren Ausbaus von Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen ist eine Elternbeteiligung erforderlich. Die Angebote sind entsprechend der zu erwartenden Nachfrage auszubauen.

Alphabetisierungsangebote erweitern

Aufgrund des hohen Bedarfs sind mehr Alphabetisierungskurse anzubieten. Um die Lernerfolge nachhaltiger zu gestalten, ist zudem eine Verringerung der Teilnehmerstärke je Kurs anzustreben. Dezentrale Angebote in Kooperation mit Bildungseinrichtungen sind zu erweitern, um den Zugang zu diesen Angeboten zu erleichtern.

Lernen zu handeln

Angebote dualer Ausbildung erhöhen

Um für mehr Jugendliche ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen zu schaffen, ist die Angebots-Nachfrage-Relation für die duale Ausbildung durch die ausbildungsrelevanten Akteure zu verbessern. Die bestehenden Partnerschaften und Netzwerke zwischen Schulen und Wirtschaftsunternehmen sind zu diesem Zweck zu stärken und zu fördern.

Übergänge Schule-Beruf verbessern

Die Quote der Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die in das Übergangssystem einmünden, ist zu verringern. Gleichzeitig sind Anstrengungen zu unternehmen, um die Dauer des Verbleibs im Übergangssystem deutlich zu reduzieren. Die Stadt Bielefeld ist vom Land NRW als Referenzkommune für das Projekt „Kommunale Koordinierung“ im Übergang Schule-Beruf ausgewählt worden. Es ist zu prüfen, inwieweit dieses Projekt zu einer nachhaltigen Verbesserung der Übergänge in die duale Ausbildung führen wird.

Schulentwicklung für Berufskollegs planen

Die Bildungsgänge an den Berufskollegs müssen den Ausbildungsinteressen der Jugendlichen aber auch der fachlichen und wirtschaftlichen Ausrichtung der Bielefelder Betriebe entsprechen. Durch ein ortsnahe Schulangebot sind Ausbildungsplätze in Bielefeld zu erhalten. Für zukünftige Bedarfe müssen die Bildungsgänge an den Berufskollegs im Rahmen der Schulentwicklungsplanung und der neuen – für 2012 angekündigten – Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Berufskollegs neu konzipiert werden.

Angebote zur beruflichen Weiterbildung ausbauen

Das berufliche Weiterbildungsangebot der VHS ist aufgrund der sich permanent verändernden und stetig steigenden beruflichen Anforderungen kontinuierlich anzupassen. Dabei sind auch wohnortnahe Angebote vorzuhalten und die bisher unterrepräsentierten Zielgruppen in den Fokus zu nehmen.

Lernen zusammen zu leben

Kommunale Bildungslandschaft kultivieren

In der sich verändernden Stadtgesellschaft steigt die Bedeutung der Verzahnung schulischer und außerschulischer Bildung. Quartiersbezogene Verantwortungsgemeinschaften sind auszubauen und qualitativ weiter zu entwickeln. Um Kindern und Jugendlichen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld einen verbesserten Zugang zu Angeboten der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung zu ermöglichen, sind deren Kooperationen mit den Schulen weiter zu entwickeln.

Integration fördern

Für das Zusammenleben in der Kommune ist die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund von zentraler Bedeutung. Die mit dem städtischen Integrationskonzept beschlossenen Maßnahmen sind deshalb konsequent umzusetzen und weiter zu entwickeln.

Begegnungen zwischen den Generationen ermöglichen

Da die Relevanz des lebenslangen Lernens auf kommunaler Ebene steigt, gewinnt der Erfahrungsaustausch zwischen den Generationen zunehmend an Bedeutung. Deshalb sind verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, das ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen und Erwachsenen für- und miteinander zu unterstützen und weiter auszubauen.

Handlungsempfehlungen

Lernen das Leben zu gestalten

Kulturelle Bildung stärken

Angebote der Kultureinrichtungen sind für die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen weiter zu entwickeln, um Schlüsselkompetenzen und kulturelle Erfahrungen in der Bildungsbiographie für alle Kinder, insbesondere für Kinder mit bildungsrelevanten Risikolagen, zu vermitteln. Dafür sind verstärkt vernetzte Angebote (z. B. Kooperationen mit Kindertagesstätten, Schulen und Trägern der offenen Ganztagschulen) notwendig. Die Kultureinrichtungen sind gefordert, sich in ihrer Ansprache über Medien und Internet für die Lebenswelten und Lebensstile junger Menschen weiter zu öffnen.

Mediale Bildungsangebote erweitern

Die Angebotsstruktur der Stadtbibliothek einschließlich der Öffnungszeiten ist in den Stadtteilen und Schuleinzugsbereichen, die eine bildungsrelevante soziale Belastung aufweisen, zu erweitern. Der demographische Wandel erfordert verstärkt Angebote für spezifische Zielgruppen.

Raum für Sport und Spiel schaffen

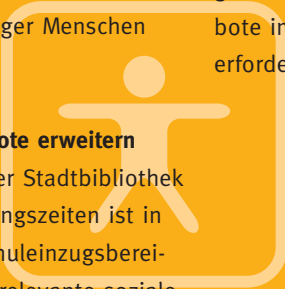
Der Raum für informelle Lern- und Entwicklungsprozesse von Kindern und Jugendlichen ist in Gebieten mit hoher Siedlungsdichte auszubauen. Dies gilt prioritär für Bereiche mit hoher bildungsrelevanter sozialer Belastung. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob Spielplätze sowie Sport- und Bewegungsflächen den zeitgemäßen Ansprüchen gerecht werden.

Allgemeines Weiterbildungsangebot stärker differenzieren

Um mehr Bielefelderinnen und Bielefelder aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen und Altersgruppen zu erreichen, ist das Angebot der VHS weiter zu entwickeln.

Sportangebote für Jugendliche ermöglichen

Es ist im Rahmen der Sportentwicklungsplanung zu prüfen, ob die Rückgänge der in Sportvereinen organisierten Altersgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen neu konzipierte Angebote in Ergänzung zum Wettkampfsport erfordern.



F

Von Daten zu Taten

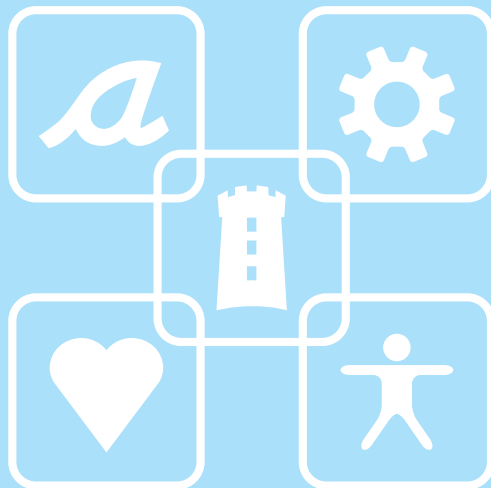
Herausforderungen annehmen

Dieser erste Lernreport markiert zahlreiche Herausforderungen für die Bildungsregion Bielefeld, um alle Altersgruppen der Bevölkerung zukünftig angemessen am lebenslangen Lernen zu beteiligen. Ausmaß und Qualität dieser Bildungsbeteiligung entscheiden über Lebenschancen der einzelnen Menschen, aber auch über die Zukunftsfähigkeit der Stadt als Ganzes. Angesichts der Auswirkungen des demographischen und sozialen Wandels in Bielefeld gebietet es sowohl die ökonomische Vernunft als auch die soziale Verantwortung, dass in der Stadt alle Anstrengungen unternommen werden, um den Menschen optimale Teilhabe an den Lernprozessen in den vier Lerndimensionen zu ermöglichen. Bildung ist somit ein Schlüsselthema für eine kompetente Stadtentwicklung.

Bildungschancen verbessern

Die in der Bildungsforschung seit langem artikulierten Befunde, dass der Bildungserfolg von Kindern in erster Linie von ihrer sozialen Herkunft abhängig ist, konnten bezogen auf die wohnortnahen Schuleinzugsbereiche in Bielefeld und die Übergangsempfehlungen zu den weiterführenden Schulen in alarmierender Weise belegt werden. Diese gravierende Unterschiedlichkeit der Bildungschancen von Kindern in dieser Stadt ist ein vordringlicher Handlungsauftrag. Die Stadt Bielefeld und alle verantwortlichen Akteure in der Bildungsregion haben sich deshalb der gemeinsamen Herausforderung zu stellen, allen Kindern die gleichen Bildungschancen zur Entwicklung ihrer Potentiale zu ermöglichen, unabhängig von sozialer Herkunft oder materieller Ausstattung des Elternhauses. Die ausgeprägten sozialen Disparitäten in dieser Stadt erfordern als Querschnittsaufgabe ein Um- und Gegensteuern aller politischen Entscheidungsträger und Schwerpunktsetzungen für betroffene Sozialräume. Dies schließt differenzierte finanzielle Förderungen und einen gezielten, passgenauen Ressourceneinsatz ein.

Gleiche Bildungschancen, höherwertige Bildungsabschlüsse und verbesserte Bildungsangebote sind nur einige Aspekte einer umfassenden Aufgabenpalette, die in der Bielefelder Bildungslandschaft zu bearbeiten sind. Die Kommune muss zukünftig in vielen Bereichen non-formaler und formaler Bildung mehr Verantwortung für die Gestaltung und Steuerung übernehmen und die Rahmenbedingungen für informelle Bildung verbessern. Wesentliche Gelingensvoraussetzung ist, dass die Stadt Bielefeld als zentraler Akteur der Bildungsregion auftritt. Mit der Gründung des regionalen Bildungsnetzwerkes auf der Grundlage des Kooperationsvertrages mit dem Land Nordrhein-Westfalen sowie der Einrichtung des Kommunalen Bildungsbüros im Jahr 2010 sind wichtige Ausgangsbedingungen geschaffen worden, um das verbindliche Zusammenwirken aller Bildungsakteure zu intensivieren.



– ein Ausblick

Bildungsmanagement intensivieren

Weil die Herausforderungen vielschichtig sind und nicht an Zuständigkeitsgrenzen und Arbeitsfeldern einzelner Institutionen enden, müssen Vorhaben vermehrt kooperativ bearbeitet werden. Konstruktive Problemlösungen und wirkungsvolle Steuerungsinterventionen sind in Zusammenarbeit zu entwickeln, hierfür ist das Zusammenwirken aller Akteure eine zentrale Voraussetzung. Einrichtungen und Angebote der Jugend- und Altenhilfe, der Schulen und Kulturinstitute, der Gesundheitsförderung, des Sports sowie des ehrenamtliches Engagement sind daher zukünftig noch stärker zu vernetzen. In solchen Vernetzungsprozessen dürfen nicht die bisweilen eigennützigen Interessen und Perspektiven der Institutionen dominieren, vielmehr muss sich Vernetzung stets an der Ausgestaltung von Bildungsprozessen im Lebenslauf und damit jeweils an individuellen, lebensphasenspezifischen Bildungsbedürfnissen der Bevölkerung ausrichten. Ziel ist die Überwindung institutioneller Grenzen, eine verbindliche Zusammenarbeit formaler und nicht-formaler Bildungseinrichtungen sowie die Herstellung der Anschlussfähigkeit von Bildungsprozessen. Eine solchermaßen intensivierte Kooperation zwischen den Bildungsakteuren sollte perspektivisch sogar noch stärker in Richtung verbindliche Abstimmung der unterschiedlichen Bildungs- und Förderangebote gehen und damit die Kohärenz der Bildungsakteure in der Bildungslandschaft bzw. differenziert nach Sozialräumen stärken. Um die Aktivitäten der unterschiedlichen Bildungsakteure, insbesondere in den Sozialräumen mit bildungsrelevanten sozialen Belastungen, zu bündeln und systematisch zu vernetzen, wäre ein kommunales Bildungsmanagement mit Fokus auf die Quartiere erstrebenswert.

Bildungsmonitoring weiterentwickeln

Für die Bielefelder Bildungslandschaft liegen bislang sehr unterschiedliche Datenlagen und Datenqualitäten vor. In Bezug auf die Lerndimensionen „Lernen Wissen zu erwerben“ und „Lernen zu handeln“ konnten Entwicklungen umfassend nachgezeichnet werden. Hingegen ist die vorhandene Datenbasis für die Lerndimensionen „Lernen zusammen zu leben“ und „Lernen das Leben zu gestalten“ schwächer ausgeprägt. Da die Handlungsempfehlungen immer auf empirischen, datengestützten Befunden aufbauen, fallen entsprechend die Empfehlungen für die beiden letzten Lerndimensionen schmäler und zurückhaltender aus. Bis zum nächsten, in zwei Jahren vorzulegenden Lernreport sollten daher in Kooperation mit den Akteuren, die für diese Lerndimensionen Lernprozesse gestalten, Grundlagen für eine adäquate Datenerfassung erarbeitet werden. Durch ergänzende Indikatoren könnten zusätzliche Aspekte der Bildungslandschaft in die Berichterstattung aufgenommen werden. Es ist weiterhin zu klären, ob jenseits der indikatorenbasierten Darstellung zukünftig auch qualitative Berichtsteile integriert werden, in denen zum Beispiel exemplarisch wichtige Projekte beschrieben werden.

Erfolge sichern

Die vorgelegten Handlungsempfehlungen geben vielfältige Impulse. Sie setzen Themen auf die Agenda der kommunalen Bildungsakteure und werden Diskurse in kommunalen Gremien, Organisationen und Netzwerken anstoßen. Auf dieser Ebene sind diese Empfehlungen in konkrete Projekte und Vorhaben zu überführen. Angesichts der Breite und Unterschiedlichkeit der vorgelegten Befunde dürften die Umsetzungswirkungen und Realisierungszeiträume solcher Projekte stark variieren. Der nächste Lernreport wird daher neben der Fortschreibung der Daten auch zu berichten haben, wo und in welchem Umfang bis dahin Erfolge oder Teilerfolge bei der Gestaltung der kommunalen Bildungslandschaft und der Verbesserung der Bildungsbedingungen und -chancen erzielt werden konnten. In diesem Sinne heißt es nun für alle Akteure sich aufzumachen: Von Daten zu Taten.

Literaturverzeichnis

Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines Kommunalen Bildungsmonitoring 2010;
www.statistik-bw.de/BildungKultur/Analysen!Aufsaetze/bildungsmonitoring.pdf

AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (HRSG.): *Bildung in Deutschland 2010.*
Bielefeld 2010

BAETHGE-KINSKY, VOLKER IN KOOPERATION MIT DÖBERT, HANS: *Lernen ganzheitlich erfassen – Wie lebenslanges und lebensweites Lernen in einem kommunalen Lernreport dargestellt werden kann.* Göttingen 2012

BERLIN-INSTITUT FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG (HRSG.): *Dem Nachwuchs eine Sprache geben.* Diskussionspapier 6, Berlin 2012

BERTRAM, HANS; KOHL, STEFFEN UND RÖSLER, WIEBKE: *Zur Lage der Kinder in Deutschland 2011/2012 – Kindliches Wohlbefinden und gesellschaftliche Teilhabe.* Deutsches Komitee für UNICEF, Köln 2011

BOCK-FAMULLA, KATHRIN UND LANGE, JENS: *Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2011.* Gütersloh 2011

BÖRNER, NICOLE; EBERITZSCH, STEFAN; GROTHUES, RAMONA UND WILK, AGATHE: *Bildungsbericht Ganztagschule NRW 2011.* Dortmund 2011

BOS, WILFRIED U.A.: *Bericht über das Bildungswesen in der Metropole Ruhr 2009,*
Konsortium Vorstudie Bildungsbericht Ruhr, Dortmund 2009
www.business.metropol Ruhr.de/uploads/media/Vorstudie_Bildungsbericht_Ruhr_o4.pdf

BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES (BMAS): *Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2008.*
www.bmas.de/portal/26742/property=pdf/dritter__armutsund__reichtumsbericht.pdf

DEUTSCHE UNESCO-KOMMISSION E.V (HRSG.): *Inklusion: Leitlinien für die Bildungspolitik.*
Bonn 2009

DEUTSCHER STÄDTETAG: *Aachener Erklärung.*
www.staedtetag.de/imperia/md/content/pressedien/2007/17.pdf.

EMKE, TIMO.; JUDE, NINA: *Soziale Herkunft und Kompetenzerwerb, 2010: 231-254.*
In: Klieme, Eckhard. et al. (Hrsg.): *PISA 2009. Bilanz nach einem Jahrzehnt.* Münster 2010

GROTLÜSCHEN, ANKE, UND RIEBMANN, WIEBKE: *leo. – Level-One-Studie: Literalität von Erwachsenen auf den unteren Kompetenzniveaus.* Hamburg 2011

HEINRICH BÖLL STIFTUNG: *Bildungspolitik als kommunale Aufgabe.*
www.kommunalwiki.boell.de/index.php/Bildungspolitik_als_kommunale_Aufgabe

KLEMM, KLAUS: *Gemeinsam lernen. Inklusion leben.* Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2010

KLEMM, KLAUS: *Klassenwiederholungen- teuer und unwirksam.* Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2009

KRATZMANN, JENS UND SCHNEIDER, THOSTEN: *Soziale Ungleichheit bei Schulstart.*
SOEPpapers 100, Berlin 2008

KREKEL, ELISABETH M.; ULRICH, JOACHIM GERD: *Jugendliche ohne Berufsabschluss. Handlungsempfehlungen für die berufliche Bildung.* Berlin 2009

MAAZ, KAI; BAUMERT, JÜRGEN UND TRAUTWEIN, ULRICH: *Der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule. Leistungsgerechtigkeit und regionale, soziale und ethnisch-kulturelle Disparitäten.* Bonn 2010

- MAGISTRAT DER STADT OFFENBACH (HRSG.): *Erziehung und Bildung in Offenbach, Bericht 2009*. Offenbach 2010
- MGFFI.NRW UND SCHULMINISTERIUM.NRW (HRSG.): *Mehr Chancen durch Bildung von Anfang an – Entwurf – Grundsätze zur Bildungsförderung für Kinder von 0 bis 10*. Düsseldorf 2010
- Migration und Bevölkerung*. Newsletter. www.migration-info.de/mub_artikel
- MINISTERIUM FÜR SCHULE UND WEITERBILDUNG DES LANDES NRW (HRSG.): *Bildungskonferenz – Zusammen Schule machen für Nordrhein-Westfalen*. Düsseldorf 2011
- OECD: *Lernen für die Welt von morgen*. Erste Ergebnisse von Pisa 2003. Paris 2004
- OECD: *Bildung auf einen Blick 2010*. OECD Indikatoren. Paris 2010
- OECD: *Bildung auf einen Blick 2011*. OECD Indikatoren. Paris 2011
- OECD: *Chancengerechtigkeit und Qualität in der Bildung – Förderung benachteiligter Schüler und Schulen 2012*. Paris 2012. Zusammenfassung in Deutsch: www.oecd.org/dataoecd/4/38/49620016.pdf
- REGIONALVERBAND RUHR (HRSG.): *Bildungsbericht Ruhr (2012)*. Münster 2012
- SCHILLING, MATTHIAS: *Informelles Lernen*. In: *Konsortium Vorstudie Bildungsbericht Ruhr 2009*:97ff
- SIEGEROTH, KLAUS: *Das Übergangsmanagement im Bielefelder Jugendhaus*. In: *Die berufliche Bildung der Zukunft*. Heinrich-Böll-Stiftung (Bildung und Kultur) Band 7, Seite 121 ff. Berlin 2011
- SPORTJUGEND IM STADTSPORTBUND BIELEFELD (HRSG.): *Kinder in Bewegung 2011*. Bielefeld 2011
- STADT BIELEFELD – DER OBERBÜRGERMEISTER/DEZERNAT SOZIALES (HRSG.): *Lebenslagen und soziale Leistungen 2009*. Bielefeld 2010
- STADT FREIBURG, DEZERNAT II (HRSG.): *Bildung in Freiburg (2010)*. 2. *Bildungsbericht der Stadt Freiburg im Breisgau*. Freiburg 2010
- STATISTISCHES BUNDESAMT/DEUTSCHES INSTITUT FÜR ERWACHSENENBILDUNG/STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG: *Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines Kommunalen Bildungsmonitorings*. Wiesbaden, Bonn, Stuttgart (Stand Januar 2011)
www.bamf.de/cln_092/nn_442016/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Publicationen/Sonstige/jahresbericht2008-integration,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/jahresbericht2008-integration.pdf. 2009
- STATISTISCHES LANDESAMT BADEN-WÜRTTEMBERG: 2011
www.statistik-bw.de/VolkswPreise/Indikatoren/VW_arbeitsproduktivitaet.asp
- STEG KONSORTIUM (HRSG.): *Ganztagsschule: Entwicklungen und Wirkungen 2005–2010*. Frankfurt 2010
www.ganztagsschulen.org/mwg-internal/de5fs23hu73ds/progress?id=i4CGQCBvon
- TIETZE, WOLFGANG U. A.: *Kinder von 4 bis 8 Jahren. Zur Qualität der Erziehung und Bildung in Kindergarten, Grundschule und Familie*. Weinheim/Basel 2005
- WEISS, WOLFGANG: *Kommunale Bildungspolitik*.
www.jena.de/fm/41/Kommunale%20Bildungspolitik-Deutsche%20Zeitschr.%20f%FCr%20Kommunalwissenschaften.pdf
 siehe auch: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*. Heft 1/2009

Abbildungsverzeichnis

Abb.

Seite



Kommunale Rahmenbedingungen des Bildungswesens

1	Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Bielefeld 2010 bis 2030	16
2	Bevölkerungsentwicklung 2010 bis 2030	17
3	Wanderungssalden nach ausgewählten Altersgruppen 2000 bis 2010	18
4	Anteil der Bevölkerung nach Altersgruppen und Migrationshintergrund am 31.12.2010	19
5	Anteil der Personen mit Migrationshintergrund	20
6	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	21
7	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem	22
8	Unterbeschäftigungsquote 2009 bis 2011 Bielefeld	23
9	Erwerbstätige nach Berufsgruppen und Geschlecht 2000 bis 2009	24
10	Steuereinnahmen in Bielefeld je Einwohner	25
11	Ordentliche Aufwendungen 2009	26
12	Sozialgeldempfängerquote der unter 15-Jährigen	28
13	Kinder im SGB II in Bielefeld (2009)	29
14	Bevölkerung nach Bildungsstand – Höchster allgemeiner Schulabschluss differenziert nach Geschlecht und Altersgruppen (2009)	30
15	Bevölkerung nach Bildungsstand – Höchste berufliche Abschlüsse differenziert nach Geschlecht und Altersgruppen (2009)	31
16	Bildungsrelevante soziale Belastungen nach wohnortnahen Schuleinzugsbereichen (2010)	33
17	Bildungsrelevante soziale Belastungen nach wohnortnahen Schuleinzugsbereichen	34
18	Anteil Schulabschluss Fach- und Hochschulreife 2010 an der Altersgruppe der 18- bis 20-Jährigen	35



Lerndimension „Lernen Wissen zu erwerben“

19	Kindertageseinrichtungen in Bielefeld nach städtischen und Einrichtungen freier Träger	39
20	Entwicklung der Versorgungsquote der Betreuungsplätze für unter Dreijährige in Kindertagesstätten und in der Tagespflege	40
21	Entwicklung der vereinbarten Stundenkontingente in Kindertageseinrichtungen zwischen 2008/09 und 2011/12	40
22	Anteil der Kinder mit Sprachförderbedarf nach Testverfahren in Relation zur Gesamtzahl der getesteten Kinder	41
23	Anzahl der Schulen in Bielefeld 2010/11 nach Schulformen und Trägerschaft	42
24	Schülerzahlen Bielefelder Schulen nach Schulformen	43
25	Schülerwanderung zwischen wohnortnahen Schuleinzugsbereichen und Grundschulauslastungsquote auf der Basis der Aufnahmekapazität	44
26	Anmeldungsquote an nicht wohnortnächsten städtischen Grundschulen	45
27	Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Relation zur Größe des Einschulungsjahrgangs differenziert nach Geschlecht und Erstsprache	47

Abb.	Seite
28	Anteil der im allgemeinen Schulsystem integrierten Schülerinnen und Schüler nach sonderpädagogischen Förderschwerpunkten47
29	Entwicklung der Offenen-Ganztagsschul-Quoten an städtischen Grundschulen nach Stadtbezirken49
30	Quoten der Offenen Ganztagsschule an städtischen Grundschulen.....50
31	Ganztagsquoten an städtischen Schulen der Sekundarstufe I nach Schulform.....51
32	Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und nicht deutscher Verkehrssprache nach Schulformen (2010/11)52
33	Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und nicht deutscher Verkehrssprache in den städtischen Grundschulen im Schuljahr 2010/11 zusammengefasst nach Stadtbezirken53
34	Übergangsempfehlungen der städtischen Grundschulen54
35	Übergangsempfehlungen der städtischen Grundschulen für das Schuljahr 2010/11 zusammengefasst nach Stadtbezirken55
36	Anteil der Übergangsempfehlungen zu den Gymnasien nach bildungsrelevanten sozialen Belastungen in den wohnortnahen Schuleinzugsbereichen (Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2010, einschließlich bedingter Empfehlungen).....55
37	Bildungsrelevante soziale Belastungen und Gymnasialempfehlungen56
38	Übergangsquoten der Bielefelder Grundschülerinnen und -schüler in die Sekundarstufe I57
39	Anteil der Übergänger in die gymnasiale Oberstufe (nach Schulformen)58
40	Übergangsquoten in die gymnasiale Oberstufe städtischer Schulen (Durchschnitt der Schuljahre 2008/09 bis 2010/11)58
41	Wiederholerquote an Haupt-, Real-, Gesamtschulen und Gymnasien 2008/09 bis 2010/11 nach Schuljahrgängen59
42	Wiederholerquote nach Schulformen und Jahrgängen 2010/11.....60
43	Anteil der Schulformwechsler 2010/11 am jeweiligen Jahrgang.....61
44	Abschlüsse allgemeinbildender Schulen in Relation zum Abgangsjahrgang62
45	Abschlüsse allgemeinbildender Schulen nach Schulform in Relation zum Abgangsjahrgang63
46	Allgemeinbildende Abschlüsse an Berufskollegs64
47	Teilnehmer an Alphabetisierungskursen in Bielefeld je 10.000 Einwohner ab 18 Jahre65
48	Schulabschlüsse an Weiterbildungskollegs je 10.000 Einwohner im Alter von 15 bis 65 Jahren.....66
49	Entwicklung der Studierenden an den Bielefelder Hochschulen nach Geschlecht im Zeitverlauf68
50	Studienanfängerinnen und -anfänger an den Bielefelder Hochschulen im 1. Hochschulsesemester68
51	Herkunft der Studienanfängerinnen und -anfänger an den Bielefelder Hochschulen im 1. Hochschulsesemester, nach Region des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung69

Abb.

Seite

**Lerndimension „Lernen zu handeln“**

52	Schülerzahlen an den Bielefelder Berufskollegs nach Bildungsgängen im Schuljahr 2010/11.....	73
53	Angebots-Nachfrage-Relation der dualen Berufsausbildung im Arbeitsagenturbezirk Bielefeld	74
54	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Bielefeld zum Stichtag 31.12.2010	74
55	Übergangsquoten Bielefelder Schülerinnen und Schüler in die drei Teilbereiche der Berufskollegs (nach bisher erreichten Abschlüssen 2008 bis 2010)	76
56	Anteil der vom Abgangsjahrgang in die Berufskollegs eingemündeten Schülerinnen und Schüler (nach Teilbereichen 2008 bis 2010).....	77
57	Angebote des kommunalen Übergangsmanagements der Jugendberufshilfe (SGB VIII) der REGE mbH ab Klasse 8.....	79
58	Betreuungsquote der Schulabgängerinnen und -abgänge der Förder-, Haupt- und Gesamtschulen durch das kommunale Übergangsmanagement 2008 bis 2010.....	80
59	Verbleib der Schülerinnen und Schüler von Förder-, Haupt- und Gesamtschulen im kommunalen Übergangsmanagement des Abgangsjahres 2008 im Zeitverlauf.....	82
60	Verbleib der Schülerinnen und Schüler von Förder-, Haupt- und Gesamtschulen im kommunalen Übergangsmanagement des Abgangsjahres 2009 im Zeitverlauf.....	84
61	Eintritte arbeitsloser Personen in Fördermaßnahmen der beruflichen Weiterbildung je 1000 Einwohner im Alter von 15 bis 65 Jahren	85
62	Kursbelegung beruflicher Weiterbildung je 1000 Einwohner	86
63	Eingliederungsquote nach Teilnahme an Fördermaßnahmen der beruflichen Weiterbildung	87

**Lerndimension „Lernen zusammen zu leben“**

64	Anteil der geförderten vierjährigen Kinder im Modellprojekt „(Vor-)lesen macht stark! – Lese-Sprach-Patenschaften OWL“	90
65	Öffentliche Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit pro Einwohner der Altersgruppe 6 bis 21 Jahre.....	91
66	Qualifikation des Personals in der Stadt Bielefeld in der Kinder und Jugendarbeit	92
67	Hauptberufliches Personal in der Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Bielefeld nach Alter Stand 31.12.2010	92
68	Öffentlich geförderte Maßnahmen außerschulischer Jugendbildung auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 6 bis 21 Jahren	93
69	Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer außerschulischer Jugendbildungsmaßnahmen auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 6 bis 21 Jahren	94
70	Teilnehmer an allgemeinen Integrationskursen in Bielefeld je 1.000 Einwohner mit Migrationshintergrund über 18 Jahre	95
71	Erfolgreiche Abschlüsse allgemeiner Integrationskurse in Bielefeld je 1.000 Einwohner mit Migrationshintergrund über 18 Jahre	96

Abb.

Seite

Lerndimension „Lernen das Leben zu gestalten“

72	Besuche städtischer Kultureinrichtungen pro 100 Einwohner 2006 bis 2010	98
73	Entwicklung der verkauften Karten an Schülerinnen und Schüler bzw. Studentinnen und Studenten für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld	99
74	Entwicklung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Angeboten im musischen Bereich der Musik- und Kunstschule in Relation zur Wohnbevölkerung bis 18 Jahre, nach Beitragsermäßigung 2006 bis 2010	100
75	Kursbelegung allgemeine Weiterbildung VHS nach Geschlecht und Altersstufen je 1.000 Einwohner	101
76	Anzahl der aktiven Nutzerinnen und Nutzer der Stadtbibliothek je 1.000 Einwohner	102
77	Altersverteilung des ausleihaktiven Publikums	102
78	Anteil der Nutzerinnen und Nutzer der Stadtbibliothek im Alter von 6 bis 15 Jahren an der Bevölkerung, auf Basis der Grundschulbezirke	103
79	Anzahl der Besucher der Stadtbibliothek je 1.000 Einwohner	104
80	Anzahl der in der Stadtbibliothek entleihenden Medien je Einwohner	105
81	Spielplatzfläche je Kind im Alter von 0 bis 12 Jahren, auf Basis der Stadtbezirke	106
82	Anteil der in Sportvereinen organisierten Personen nach Geschlecht und Altersstufen	108
83	Kursbelegung im Bereich Gesundheit der VHS nach Geschlecht und Altersstufen je 1.000 Einwohner	109



Impressum

Herausgeber	Stadt Bielefeld, Der Oberbürgermeister Dezernat für Schule, Bürger und Kultur Amt für Schule/Bildungsbüro Bielefeld Ravensberger Straße 12, 33602 Bielefeld
Für den Inhalt verantwortlich	Dr. Udo Witthaus, <i>Dezernent für Schule, Bürger und Kultur</i>
Redaktion	Niels Jösting, <i>Redaktionsleitung</i> Almut Fortmeier Stefan Günther Helga Kronsbein Christiane Möller-Bach Georg Müller Christian Poetting Andre Schleiter, <i>Bertelsmann Stiftung</i> Georgia Schöнемann
Wissenschaftliche Beratung	Soziologisches Forschungsinstitut der Universität Göttingen (SOFI) Prof. Dr. Martin Baethge und Dr. Volker Baethge-Kinsky
Initiiert und unterstützt durch	Bertelsmann Stiftung, <i>Gütersloh</i>
Gestaltung	werkzwei Lutz Dudek, <i>Bielefeld</i>
Druck	Merkur Druck, <i>Detmold</i>

Der erste Bielefelder Lernreport ist durch die Unterstützung einer Vielzahl von Akteuren und Fachämtern entstanden. Dafür möchten wir uns bei allen Beteiligten bedanken.

Beteiligte Ämter und Institutionen der Stadt Bielefeld

Amt für Demographie und Statistik
Amt für Finanzen und Beteiligungen
Amt für Geoinformation und Kataster
Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten
Amt für Jugend und Familie – Jugendamt –
Amt für soziale Leistungen – Sozialamt –
Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld
Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Historisches Museum
Kulturamt
Musik- und Kunstschule
Naturkundemuseum
Sportamt
Stadtbibliothek, Stadtarchiv und Landesgeschichtliche Bibliothek
Umweltamt
Volkshochschule

Externe Institutionen

Bundesagentur für Arbeit
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Fachhochschule Bielefeld
Kunsthalle Bielefeld
Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)
REGE Regionale Personalentwicklungsgesellschaft mbH Bielefeld
Stadtsportbund Bielefeld e.V.
Universität Bielefeld
Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft WEGE mbH Bielefeld

